Heft 1 Januar 2003 € 4,80

C 12611 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

## HUNGERWINTER 2003

Aufstand der Ersten Klasse

Fülberth
Kurz
Wagenknecht
Rohloff:
Deutschland
in Panik

Irak: Der
Schnauzbart
muß weg?

Koch, Schill,
Möllemann:
Offene Anstalt
Deutschland

4 191202 704806 01

# in konkret Januar 2003

**hier konkret** von Ilka Schröder

Die parteilose Europaabgeordnete Ilka Schröder hat im Sommer einen parteiübergreifenden Antrag für einen Untersuchungsausschuß über die Verwendung von EU-Geldern zur Finanzierung palästinensischen Terrors und über mögliche EU-Finanzhilfen für antisemitische Terrorgruppen im Nahen Osten mit initiiert. Jetzt hat ihr die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, ein Zusammenschluß der Linken im Europaparlament, deren assoziiertes Mitglied sie nach ihrem Austritt aus der grünen Fraktion ist, untersagt, weiterhin Anzeigen zu diesem Thema zu schalten (siehe S. 11)

**von Konkret**

**an Konkret**

**Offene Anstalt Deutschland** von Hermann L. Gremliza

**Herrschaftszeiten**

**Prof. Barings Barrikadenzauber** von Joachim Rohloff

Wie ein konservativer Historiker die Deutschen einmal zur »empörten Revolte« rief und dafür viel Beifall bekam.

**Rabatz in pädagogischer Absicht** von Georg Fülberth

Warum die Bourgeoisie keinen Grund hat, über die rotgrüne Regierung zu klagen und warum sie es trotzdem tut.

**Doitsche Pleite** von Robert Kurz

Lange Zeit war die Krise anderswo oder Literatur. Aber plötzlich scheint in Deutschland das Gespenst der Insolvenz allgegenwärtig. Ist Deutschland wirklich pleite?

**Mythos Demographie** von Sahra Wagenknecht

Die vielzitierte »demographische Entwicklung« ist für die Malaise des Rentensystems nicht verantwortlich.

**Links & Rights** von Jenna L. Brinning

**Gans, du hast den Fuchs gestohlen...** von Ralf Schröder

Die »Taz« erklärt, warum Israel keine deutschen Transportpanzer kriegen darf. Und noch ein paar andere Dinge.

**Der Schnauzbart** von Bernhard Schmid

Beim Reden über einen neuen Irakkrieg sollten die Interessen der Großmächte ernster genommen werden als ihre Worte.

**... muß weg!** von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Wie die deutsche Friedensbewegung in Bomben auf Bagdad Bomben auf Dresden wiederkennt.

**Body Count** von Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer

**Die Wut und der Wahn** von Gerhard Scheit

Über zwei Traktate zum religiösen Fanatismus.

**Antisemitismus der guten Laune** von Horst Pankow

Zweiter Teil des Streifzugs durch die politische Paranoia nach dem 11. September 2001.

**Tiger und Wölfe** von Deniz Yücel
Ob sich die Islamisten der türkischen AKP nun geläutert haben oder nicht: Sie bieten eine Verwaltung der Krise an, mit der sich auch die Militärs anfreunden könnten.

**Operationen über Zeit und Raum** von Arno Neuber
Mit der geplanten neuen Nato-Eingreiftruppe verschärft sich die Konkurrenz zwischen den USA und Deutsch-Europa.

**Land ohne Nachtigall** von Michael Hahn
Dan Diners Studie über Antiamerikanismus in Deutschland läßt zu viele Fragen offen.

**The good, the bad and the ugly** von Jürgen Elsässer
Bei den serbischen Präsidentschaftswahlen gab es zwar wieder keinen Gewinner – aber neue Erkenntnisse über die Verwicklung von Premier Djindjic in das organisierte Verbrechen.

**Wanderleichen im Kühlwaggon** von Matthias Gockel
Wie die Anklage beim Haager Tribunal sich in Widersprüche verstrickt. Eine Zwischenbilanz des Milosevic-Prozesses.

**Deutschland fordert Gerechtigkeit** von Rolf Surmann
Deutschlandfunk, NDR und MDR preschten vor, die »FAZ« und andere zogen nach. Damit ist die Forderung »Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter« von einer Marotte rechtsdrehender Politiker zu einem gesellschaftlichen Thema geworden.

**Ein Drama** von Christian Y. Schmidt

**Kunst & Gewerbe** von Gert Ockert

**Kunst & Gewerbe** von Peter O. Chotjewitz
Gewaltphantasie, zensiert

**Kunst & Gewerbe** von Marit Hofmann
Dauerbeschallung

**Kunst & Gewerbe** von Jürgen Roth
Ölbeutelweitwurf

**Kunst & Gewerbe** von Horst Tomayer
Das klassische Argument

**Schluß mit lustig** von Kay Sokolowsky
Kulturkolumne

**Moral Bombing** von Magnus Klaue
Mit Schweiß, Blut und Tinte kämpft Deutschland dafür, als »Opfer des Bombenkriegs« anerkannt zu werden. Jörg Friedrich ficht an vorderster Front, Dieter Forte in der Etappe.

**Und es geschah** von Hermann Peter Piwitt
Am 30. Januar jährt sich Hitlers Machtübernahme zum siebzigsten Mal.

**Verfolgt, vermessen, vernichtet** von Jan Pehrke
Eine Kölner Ausstellung widmet sich dem Schicksal dunkelhäutiger Menschen im Nationalsozialismus und leistet so einen Beitrag zur vergleichenden

Rassismusforschung.

**Buch & Deckel** von Jens Hoffmann
Vladimir Nabokov: Durchsichtige Dinge / Sieh doch die Harlekine! Gesammelte Werke, Band 12. Rowohlt, Reinbek 2002, 550 Seiten, 28 Euro

**Buch & Deckel** von Fanny Müller
Gerhard Henschel: Die Liebenden. Hoffmann & Campe, Hamburg 2002, 752 Seiten, 25,90 Euro

**Buch & Deckel** von Michel Raus
Hermann Lenz: Die Schlangen haben samstags frei. Insel, Frankfurt a. M. 2002, 300 Seiten, 19,90 Euro

**Buch des Monats** von Kurt Pätzold
Sabine Hauk/Hermann Simon: Feldpostbriefe jüdischer Soldaten 1914-1918. Hentrich&Hentrich, Teetz 2002, 2 Bd., 735 Seiten, 46 Euro

**Die Gilde der Guten** von Jan Süselbeck
Neue Bücher von und über Arno Schmidt geben einen Einblick in die Werkstatt des Autors.

**Ritterkreuz & Rattenorden** von Eike Stedefeldt

**Geht nicht? Gibt's nicht!** von Alexander Kasbohm
Eine Berliner Ausstellung und der neue Bond-Film geben Anlaß, an den großen Produktionsdesigner Ken Adam zu erinnern.

**FilmTheater** von Alexandra Buch
Der Obrist und die Tänzerin

**FilmTheater** von Andreas Busche
All or nothing

**FilmTheater** von Meike Röhrig
Die Liebe der Charlotte Gray

**Film des Monats** von Dietrich Kuhlbrodt
Die Herrschaft des Feuers. Regie: Rob Bowman; mit Christian Bale, Matthew McConaughey; USA/GB/Irland 2002 (Buena Vista); 101 Minuten; ab 09. Januar im Kino

**KEIN SCHÖNER LAND - Urlaub auf dem Bauernhof** von Fritz Tietz
Warum das Pflanzen von Fichtensprößlingen in Deutschland die öffentliche Sicherheit

**Stürmer und Bilderstürmer** von René Martens
Soccer ist antiproletarisch und intellektuell und hat jüdische Wurzeln. Kein Wunder, daß er europäischen Fußballfans suspekt ist.

**Ende gut, alles gut** von Gerhard Henschel
Ernst Nolte hat seine gesammelten Revisionen veröffentlicht. Eine Übersetzungshilfe.

**Maulschaum** von Thomas Behlert

**Melodie & Rhythmus** von Martin Büsser
Giacinto Scelsi: Same. Edition RZ

**Melodie & Rhythmus** von Alexander Kasbohm

Libertines: Up The Bracket. Rough Trade/Zomba Radio 4: Gotham. City Slang/Virgin

**Melodie & Rhythmus** von René Martens

Diverse: Bis auf weiteres eine Demonstration. Geräusche für den Tag danach. Zickzack/Indigo

**Platte des Monats** von Martin Büsser

Das Lied der Moorsoldaten

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/03, S. 3

**Ilka Schröder**

# hier konkret

**Die parteilose Europaabgeordnete Ilka Schröder hat im Sommer einen parteiübergreifenden Antrag für einen Untersuchungsausschuß über die Verwendung von EU-Geldern zur Finanzierung palästinensischen Terrors und über mögliche EU-Finanzhilfen für antisemitische Terrorgruppen im Nahen Osten mit initiiert. Jetzt hat ihr die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, ein Zusammenschluß der Linken im Europaparlament, deren assoziiertes Mitglied sie nach ihrem Austritt aus der grünen Fraktion ist, untersagt, weiterhin Anzeigen zu diesem Thema zu schalten (siehe S. 11)**

konkret: »Gegen EU-Hilfen an antisemitische Terroristen«. Was hat die linke Fraktion im Europaparlament gegen diese Forderung in Ihren Anzeigen?

Schröder: Diese Frage muß sich die Fraktion stellen lassen. Mein Statement in der Anzeige ist ja noch nicht einmal eine einseitige Positionierung im Nahostkonflikt. Aufgrund der Bestimmungen des Europäischen Parlaments muß das Fraktionslogo auf solchen Anzeigen mitgedruckt werden.

konkret: Heißt das, es gibt jetzt ein Verbot der Fraktion, diese Anzeigen weiterhin zu schalten?

Schröder: Ja. Ich habe sogar vorgeschlagen, in die Anzeigen einen Hinweis aufzunehmen, daß die Fraktion mehrheitlich diese Position nicht teilt. Selbst damit ist die Fraktionsführung nicht einverstanden. Mir ist dadurch die Möglichkeit verwehrt worden, effizient die Öffentlichkeit zu informieren. Es läuft also alles auf einen Akt der Zensur durch die linke Fraktion hinaus. Man kann offensichtlich mit EU-Steuergeldern zwar antisemitischen Terror finanzieren, nicht aber Öffentlichkeitsarbeit dagegen.

konkret: Sie vermuten, daß dieser Zensur ein inhaltlicher Dissens zugrunde liegt?

Schröder: Natürlich. Das bestreitet niemand. Die Fraktion verweigert sich aber einer direkten Konfrontation mit mir, weil sie wohl einen Möllemann-Skandal auf der Linken verhindern will.

konkret: Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß unterstützen auch andere Abgeordnete der Vereinigten Linken. Wie ist das vereinbar mit den Maßnahmen gegen Ihre Anzeigen?

Schröder: Auch mein Einsatz für den Untersuchungsausschuß mißfällt natürlich der Fraktion. Ein französischer Fraktionskollege, der den Antrag zunächst unterstützt hatte, wurde bearbeitet, bis er schließlich seine Unterschrift zurückzog. Wohlgemerkt beinhaltet der Antrag ja noch keine Verurteilung, sondern nur die Aufforderung, daß die eindeutigen Hinweise auf die Förderung des antisemitischen Terrorismus mit EU-Geldern genauestens untersucht werden sollen. Meine Fraktion bevorzugt aber das Wegschauen.

konkret: Ist es denn üblich, daß der Fraktionsvorstand oder die Mehrheit der Fraktion der Vereinigten Linken einzelnen Abgeordneten die Schaltung von Anzeigen untersagt?

Schröder: Überhaupt nicht. Das ist das erste Mal in dieser Legislaturperiode, die bereits seit Juni 1999 andauert. Es wurde auch in den Diskussionen immer wieder betont, daß dies ein Sonderfall sei.

konkret: Konföderale Fraktion – das bedeutet doch eigentlich eine Fraktion, die den einzelnen nationalen Delegationen und ihren Mitgliedern größtmögliche Freiheit ihrer Positionen beläßt?

Schröder: Das Anzeigenverbot verletzt den konföderalen Charakter der Fraktion. Wo die Fraktion Möglichkeiten zur Zensur hat, werden sie beim Nahostthema genutzt – etwa bei der Verteilung der Redezeiten im Plenum oder bei den jedem Abgeordneten zustehenden Geldern für solche Anzeigen.

konkret: Wie steht denn die linke Fraktion generell zum Thema des beantragten Untersuchungsausschusses?

Schröder: Die Fraktionsspitze ist momentan die eifrigste Verteidigerin von EU-Außenkommissar Patten, sowohl innerhalb des Parlaments, als auch vor der Öffentlichkeit. Es wird argumentiert, diese Zahlungen zu problematisieren, beruhe auf einer Kampagne der israelischen Regierung. Den Vorwurf der Finanzierung des Terrors selbst weist man mit der Argumentation zurück, man habe vor Ort die EU-Delegationsvertreter gefragt und diese hätten erklärt, daß an den Vorwürfen nichts dran sei.

konkret: Die Parlamentarier verlassen sich also auf die bloßen Versicherungen der EU-Exekutive?

Schröder: Genau. Hier paßt absolute Autoritätshörigkeit ins Konzept einer Fraktion aus Altkommunisten und neuen bunten Linken. Der Beweis für die Fraktionsspitze der Vereinigten Linken, daß die Gelder der EU nicht von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) an palästinensische Terroristen weitergeleitet werden, beruht auf den Zusagen derer, die unmittelbar mit den Zahlungen an die PA befaßt sind. Die Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, daß alles in Ordnung ist, wenn EU-Außenkommissar Chris Patten bestätigt, es sei so. Das ist wie wenn ein Richter vor der Aufnahme eines Verfahrens sagt, der Angeklagte ist trotz vorliegender Beweise unschuldig, weil er seine Taten abstreitet.

konkret: Es wird Ihnen immer wieder vorgeworfen, daß sie mit der Beantragung des Untersuchungsausschusses das Ziel verfolgten, daß in Zukunft auch keinerlei humanitäre Hilfen mehr an die Palästinenser von der EU geleistet würden.

Schröder: Wenn die Gelder die humanitäre Situation von Palästinensern vor Ort verbessern helfen würden, hätte ich damit überhaupt kein Problem. Im Gegenteil. Aber solange die Gelder, die für humanitäre Zwecke gezahlt wurden und für eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards auch ausreichen würden, in terroristische Kanäle umgeleitet werden und solange mit Hilfe von EU-Geldern antisemitische Propaganda befördert wird, solange sollten so viele Kontrollmechanismen wie möglich eingeführt werden. Ein Teil der Hilfe müßte zur Zeit sicherlich gestoppt werden, weil bei einer Vielzahl von EU-Geldern nicht sichergestellt werden kann, daß sie nicht zur Förderung antisemitischer und antijüdischer Gewaltakte ausgegeben werden.

Konkret 01/03, S. 4

# von Konkret

Am 13. August 2002 hatte ein Herr Matthias Kopp im Namen der Deutschen Bischofskonferenz gegen KONKRET Beschwerde beim Beschwerdeausschuß des Deutschen Presserats über eine Passage aus Gremlizas »Express« (Heft 5/02) eingelegt, die sich mit den Pädophilieskandalen in der Katholischen Kirche der USA beschäftigt hatte:

*In Billy Wilders »Some like it hot« versammelt sich die Bande von Gamaschen-Charly zu einem Bankett als »Freunde der italienischen Oper«. Die amerikanischen Freunde des Kinderfickens haben Wilders Spieß herumgedreht. Sie nennen ihre Bande »Katholische Kirche«.*

Am 6. Dezember teilt der Presserat der Redaktion seine Entscheidung mit:

*Der Beschwerdeausschuß des Deutschen Presserates hat sich auf seiner Sitzung am 26.11.2002 mit der o. g. Beschwerde befaßt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sie nicht begründet ist. Die Gründe für diese Entscheidung möchte ich Ihnen im Nachfolgenden näher erläutern.*

*Der Beschwerdeausschuß kam zu dem Ergebnis, daß eine Verletzung der Ziffern 9 und 12 des Pressekodex nicht vorliegt. Nach Meinung des Gremiums handelt es sich um eine Meinungsäußerung mit satirischem Charakter. Diese kann akzeptiert werden, da dem Leser klar wird, daß die Aussage überspitzt ist und keine Schuldzuweisung in Richtung des gesamten Klerus der Katholischen Kirche in den USA darstellt.*

*Insgesamt lag damit kein Verstoß gegen die Publizistischen Grundsätze des deutschen Presserats vor, so daß der Beschwerdeausschuß die Beschwerde für unbegründet erklärte.*

Und das, obwohl die Redaktion jegliche Mitarbeit an diesem schönen Vorgang verweigert hatte; der mehrfachen Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme kam sie nicht nach.

Jürgen Elsässer scheidet aus der KONKRET-Redaktion aus. Die Gründe dafür sind sowohl arbeitstechnischer als auch politischer Art; die arbeitstechnischen taugen nicht zu öffentlicher Erörterung, die politischen betrafen Elsässers Versuch, seine eigene politische Neuorientierung gegen den Willen des Herausgebers und der Redaktion sowie auf Kosten anderer KONKRET-Autoren auf die Zeitschrift zu übertragen.

Das Ende von Elsässers Tätigkeit als Redakteur sollte nicht das Ende seiner Tätigkeit für KONKRET bedeuten. Der Verlag hatte ihm einen Vertrag angeboten, der ihn weiterhin als Autor an die Zeitschrift gebunden hätte. Für den Politikteil von KONKRET »verantwortlich«, wie die »Junge Welt« meldet, war Elsässer übrigens nicht. Verantwortlicher Redakteur von KONKRET ist seit 1991 Wolfgang Schneider.

Der verschiedentlich erweckte Eindruck, die Kündigung des Vertrages mit Elsässer sei Ausdruck eines »politischen Richtungswechsels« von KONKRET, ist unzutreffend. Was die politische Intention des Verlags betrifft, so findet sie sich Heft für Heft in der Herausgeberkolumne formuliert. Diese hat sich in den letzten Monaten mehrfach, und keineswegs zustimmend, mit einem möglichen Irakkrieg beschäftigt. Daß die im Blatt erscheinenden Beiträge unterschiedlicher Autorinnen und Autoren davon abweichende Meinungen zum Thema vortragen, versteht sich von selbst. Es gibt gute und viele schlechte Argumente gegen einen Krieg, gute und viele schlechte für ihn. Sie werden auch künftig in KONKRET diskutiert.

Jürgen Elsässer bleibt bis 28. Februar 2003 Mitglied der Redaktion, erscheint aber auf eigenen Wunsch nicht mehr im Impressum.

Besondere Sorgen um die richtige Art, eine linke Zeitschrift zu machen, treibt in Fällen wie dem eben referierten die Redakteure und Autoren von so revolutionären Verlagen wie Springer und Holtzbrinck um. In dessen »Tagesspiegel« trägt die unlängst von Christian Y. Schmidt in KONKRET (4/02) auf ihr Maß gebrachte Journalistin Caroline Fetscher ihre Enttäuschung über »den verblaßten Mythos KONKRET« zu Markte, klagend, die Zeitschrift werde »gelesen von einer ungenannten kleinen Zahl alter Recken«. Nun wäre Holtzbrinck gewiß froh, mit der genannten großen Zahl von »Tagesspiegel«- und also Fetscher-Lesern ein ähnlich positives Wirtschaftsergebnis zu erzielen wie KONKRET, noch lieber aber wäre ihm vermutlich, die Leserschaft seiner Zeitung wäre ähnlich jung wie die von KONKRET , das heißt: im Schnitt halb so alt wie Frau Fetscher.

Veranstaltung: »Gegen Deutschland und den Rest der wählt« – eine Lesung mit Hermann L. Gremliza: Hamburg, Cafe Karl & Rosa Bar, Gaußstraße 10, am 22. Januar 2003, um 19.30 Uhr.

Knapp 50 Lesungen aus ihrem Buch *Sachzwang und Gemüt* haben Rainer Trampert und Thomas Ebermann von September bis Mitte Dezember absolviert. Weil der Text jetzt langsam sitzt, stehen sie für Veranstaltungen von Februar bis Mai 2003

zur Verfügung. Anfragen bitte unter Tel.: 040/438 581.

Horst Tomayer ist wegen eines grippalen Defektes einmalig entschuldigt.

Konkret 01/03, S. 6

# an Konkret

Falscher Frieden

KONKRET 12/02: »Kein Platz für Juden« von Thomas von der Osten-Sacken

Wenn staatliche Organe vernichtende Gewalt gegen Menschen systematisch als Mittel der Machtpolitik im Widerspruch zum innerstaatlichen wie auch zum internationalen Recht einsetzen, ist dies als Staatsterrorismus zu bezeichnen. Daß in der Politik der USA von einer solchen Methode reichlich Gebrauch gemacht wurde, ist von US-amerikanischen Parlamentariern, Politikern und Medien beweiskräftig beschrieben worden. Der Gedanke, der Hang zum Staatsterrorismus (nicht nur bei Regierungen der Vereinigten Staaten anzutreffen) könnte ein Strukturproblem der gegenwärtigen Form von Weltpolitik sein und staatsterroristische Gewohnheiten könnten »privatterroristischen« Netzwerken Vorschub leisten, ist nicht gerade abwegig. Diese Sachverhalte sind dargelegt in dem von Werner Biermann und mir verfaßten Buch *Ein Kreuzzug für die Zivilisation?*, was den KONKRET-Mitarbeiter Thomas von der Osten-Sacken (der unseren Buchtitel bei der Gelegenheit auch noch gleich verfälscht) dazu veranlaßt, seiner LeserInnenschaft zu suggerieren, ich sei dem Kontext von Feinden der USA, Freunden islamistischen Terrors und Sympathisanten des Antisemitismus zuzuordnen. Was soll dieser auf Diffamierung hinführende Blödsinn? Mit Thomas von der Osten-Sacken teile ich die Intention, gegen alte und neue antisemitische Aggressionen anzugehen und, soweit dies von hier aus geht, demokratische Regungen in arabischen Ländern zu unterstützen. Aber ich halte es für völlig unvernünftig, deshalb auf Kritik an der herrschenden Politik der USA zu verzichten; die übrigens, meine ich, setzt – längerfristig betrachtet – die Existenz Israels aufs Spiel.

*Arno Klönne*

*Paderborn*

Wird die Welt unübersichtlich, greift man mit Vorteil zur historischen Analogie: Hitler ist wahlweise in Bagdad oder Belgrad auferstanden, Auschwitz wurde mit deutscher Hilfe im Kosovo grad noch knapp verhindert. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der Endphase der Weimarer Republik, der neue Brüning muß entweder durch eine deutsche Revolution gestürzt werden oder gefälligst selbst versuchen, mit dem Notstandsparagraphen zu retten, was noch zu retten ist.

In dieser Zeit fröhlicher Analogiebildung will auch KONKRET nicht abseits stehen. Da reibt man sich dann verwundert die Augen, wenn von der Osten-Sacken plötzlich die »internationalen Bruchlinien von 1939« für die Gegenwart entdeckt: Amerikaner und Briten fordern eine konsequente militärische Aktion gegen die Diktatur, die Deutschen zusammen mit den übrigen Europäern und der ganzen Dritten Welt machen verantwortungslos auf Appeasement. Offenbar habe ich in meinem Geschichtsstudium einiges verpaßt, was die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs anbelangt, z. B. daß die Bomber der RAF konsequent die Pogromnacht des November ’38 beantworteten und die USA mit einer veritablen Kriegserklärung auf den deutschen Einmarsch in Polen reagierten, derweil Hitler, unterstützt von den übrigen Völkern Europas, auf Verständigung setzte. Entgangen ist mir auch, daß die Alliierten nun wirklich alles nur Menschenmögliche unternommen haben, die Zufahrtswege zu Auschwitz zu bombardieren. Dazu paßt dann auch, daß heute der neue Holocaust von der Al-Qaida in New York »geprobt und vorweggenommen« wird. Einziger Trost nach der Lektüre solchen Unsinns: So einfach wird sich (auch die deutsche) Geschichte nicht wiederholen. Aber schön unübersichtlich ist sie schon geworden, die Welt.

*Dani Schönmann*

*Basel/Schweiz*

Falsches Gefühl

KONKRET 12/02: »Attackiert Attac!« von Thomas Ebermann

Der ansonsten sehr erhellende Aufsatz wird von folgendem Satz verdunkelt: »Identität der Völker, der Zwangskollektive also, ist unter keinem emanzipatorischen Gesichtspunkt bewahrenswert.« Mag sein, daß Herr Ebermann schon so weit emanzipiert ist, um als Weltbürger sein Leben bestreiten zu können. Für mich klingt das zu sehr nach Goethe und zuwenig nach Börne. Gerade jemand, der Israel und die Juden verteidigt, kann so nicht argumentieren – es hieße ja, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verneinen und Minderheitenrechte (verstanden als Gruppenrechte) abzulehnen, denn wodurch anders als durch Identität konstituiert sich ein Volk oder eine Minderheit? Es soll wirklich keine Beleidigung sein, wenn ich darauf hinweise, daß der urdeutsche Slogan, »Den Juden als Individuen alles, den Juden als Volk (das heißt:

als Juden) nichts!«, genau in Ebermanns Argumentation paßt. Ebenso passend, daß der Satz während der ersten jüdischen Emanzipationskämpfe (1789-1815) geprägt wurde. Man sieht: Vernünftigerweise muß ein Volk selbst emanzipiert sein, damit sich die Individuen, die ihm angehören, emanzipieren können. Ersteres wurde den Juden Europas nie ermöglicht (vgl. in eindrucksvoller Form: Gershom Scholem: *Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch*, 1964).

Zugegebenermaßen ist Volkstümelei etwas, das in Westeuropa und besonders in Deutschland vornehmlich reaktionär ist. Auch in der Peripherie wird unter dem Motto »Bewahrung indigener Kultur/Identität« viel Unheil angerichtet. Dennoch muß die Teilhabe an sozialem Fortschritt, politischer Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Weiterentwicklung nicht mit einer Aufgabe der Identität einhergehen, lediglich mit einer Reformation derselben. Jede Tradition hat einen geschichtlichen Ursprung; daher sind Traditionen wandelbar und in ihrer veränderten Form doch bewahrenswert. Daß allerdings Attac zu dieser Reformation sinnvoll beitragen kann, ist ebenso unwahrscheinlich, wie die Beiträge der Hombergs und Lilienthals als Lakaien der europäischen Fürsten für die innere Reform des Judentums schädlich waren.

*Michael Spotka*

*Königsbrunn*

Herzlichen Dank für den Abdruck eines Bildes des Bund-Konzernriesen. Diese Figur war aber kein Ausdruck angeblicher »vager Gefühle« von Attac, sondern Teil einer weltweiten Kampagne für globale Regeln für »Global Players«. Diese Kampagne konnte beim Weltgipfel in Johannesburg einen ersten Etappenerfolg verbuchen. Es ist nun möglich, Konzerne weltweit auf Umwelt- und Sozialstandards zu verpflichten. Thomas Ebermann ist herzlich eingeladen, diese Kampagne mit zu unterstützen!

*Daniel Mittler*

*Bund – Friends of the Earth Germany, Berlin*

Falsche Wertschätzung

KONKRET 12/02: »Und Augstein hatte doch recht«

von Hermann L. Gremliza

Deine hervorgehobene »Gelassenheit« beim Rückblick auf Augstein kommt nur zustande, weil sie sich auf ein schwarz-weißes Klischee der damaligen Realität – garniert mit etwas abgestandenem Zynismus – stützt. Dazu paßt Dein Spott über Demokratie (»das politische Ideal jener Jahre«) und die Selbstdarstellung als »Rädelsführer« (im Bild mit Augstein, versteht sich), sowie das Verschweigen ebenso aktiver Kollegen, die gleichfalls rausflogen.

Daß für Dich Mitbestimmung heute zum »schrecklichsten der Schrecken« mutiert ist, mag spielerischer Aufdruck Deines Weltbilds als Autokrat sein, der vielleicht auf kleinem Acker seine Fahne hochhalten möchte. Die Gesellschaft braucht jedenfalls eher Sisyphos als Herostrat, denn auch vergebliche Herostraten haben ja nur sich selbst im Auge.

*Dieter Brumm*

*München*

Warum, Kollege Gremliza, warum dieser unselige letzte Satz von »der Versenkung von Augsteins Scheißblatt«? Das war's dann! Keinerlei Wertschätzung mehr meinerseits gegenüber KONKRET und seinem Herausgeber. Aus – vorbei – Adieu!
*Rainer Lüneburg*

*Hamburg*

Und das, wo doch KONKRET und sein Herausgeber seit 30 Jahren von Lüneburgs Wertschätzung in Saus und Braus leben! Was nun? – Die Red.

Konkret 01/03, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# Offene Anstalt Deutschland

Der Gewerkschaftsfunktionär Bsirske, Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen, will deutsche Milliardäre, ihre Frauen und Kinder, nachdem er ihnen Hab und Gut weggenommen hat, in Güterwagen pferchen, an der Rampe des Vernichtungslagers selektieren, kahl scheren, medizinischen Versuchen unterziehen, ihre Goldzähne ausbrechen, in Gaskammern ermorden und in Krematorien verbrennen. Was könnte sein Vorschlag, dieser und jener namentlich von ihm genannte Reiche solle zur Finanzierung des Staates beitragen, anderes meinen? Noch zwar sitzen die Herren ziemlich unbehelligt auf ihren Anwesen, und als das letzte Mal angetreten werden mußte zur Vernichtung durch Arbeit, traten die deutschen Milliardäre nicht an, sondern ließen antreten. Dennoch fürchtet der hessische Ministerpräsident Roland Koch für die Reichen das Ärgste.

Koch ist der Sproß eines besonders fruchtbaren Schoßes, der hessischen CDU. Daß politische Geschäfte, wie zum Beispiel die Sammlung von Schwarzgeld, besser flutschen, wenn man sie mit dem Blut jüdischer Opfer schmiert, hat er in ihr gelernt. Er war der Protégé jenes Vorsitzenden Alfred Dregger, der 1985 in einem Brief an die 53 Senatoren der USA verlangt hatte, sie müßten den Soldaten der Wehrmacht, die wie er und sein Bruder am Vernichtungskrieg gegen die bolschewistischen Untermenschen teilgenommen haben, Ehre erweisen. Sich selber hat Koch mit einer rassistischen Kampagne ins Amt gebracht. Für angemessene Bezeichnungen dessen, was der Mann sich so denkt, sieht das Gesetz Geld- oder Freiheitsstrafe vor. Soviel vielleicht läßt sich ungestraft sagen: Im Kopf des Roland Koch sieht es aus wie in einem Dickdarm.

Was alle wissen, aber keinen stört. Sonst hätte die öffentliche Meinung den Roland Koch im Anschluß an seine Rede über den gelben Stern, den der Gewerkschafter den Reichen auf die Brust heften wolle, in die nächstgelegene Anstalt, ob Anwaltskanzlei oder Landeskrankenhaus, entsorgt. Und wenn nicht nach seiner Rede, so nach dem Nachwort, in dem er beteuerte, es tue ihm leid, wenn der Herr Bsirske die Bemerkung über den gelben Stern irgendwie als Anspielung auf Vergangenes mißverstanden habe, der Depp.

Was statt dessen geschah, war nichts, gar nichts. Die örtlichen Sozis klapperten teils mit den Pulten, teils mit den Zähnen, die Leitartikler erhoben ihre Zeigefingerchen, Michel Friedman vom Zentralrat der Juden fand Kochs Äußerung unerträglich (nicht aber seine eigene Genossenschaft in einer Partei, die den Koch nicht nur erträglich findet). Nach drei Tagen war alles vorbei und vergessen. Bis auf das Erlebnis, daß im Herbst 2002 ein hessischer Ministerpräsident die Leichen der europäischen Juden als Munition für seinen Wahlkampf noch einmal verfeuern durfte. Und wäre der Redner nicht Roland Koch gewesen, wer weiß, ob er nicht einen jüngeren Jünger der Zivilgesellschaft animiert hätte, ihm Recht zu geben, weil das Ansinnen des Gewerkschafters, unter dessen Adressaten vielleicht auch ein Vertreter des Finanzkapitals gewesen sein könnte, einem antisemitischen Affekt geschuldet sei.

***

In Hamburg hat sich anläßlich des Protests gegen die Räumung eines bewohnten Bauwagenplatzes folgendes zugetragen:

*Zu einem Zwischenfall kam es bei der Demo am Sonnabend. Vier Thüringer Bereitschaftspolizisten gingen mit Schlagstöcken auf zwei zivile Kollegen los. Sie hielten die beiden für Demonstranten, schlugen ihnen mehrfach auf den Kopf. Die Polizisten aus Schleswig-Holstein sind jetzt dienstunfähig. SPD-Innenexperte Michael Neumann: »Das ist das Ergebnis, wenn die Polizei von der Politik mißbraucht wird.« Innensenator Ronald Schill konterte: »Die Zivilbeamten haben das Kennwort nicht gerufen, um sich zu identifizieren.« Polizeipräsident Udo Nagel erklärte, der Vorfall sei in »Mißverständnissen bei der Kommunikation« begründet. Entsprechende Vorkommnisse könnten nicht »hundertprozentig ausgeschlossen werden«.*

Was die lokalen Springer-Zeitungen auf diesen wenigen Zeilen erzählen, ist die Revision aller offiziellen und offiziösen Demonstrationsgeschichte. Wären die beiden Männer, die von Polizisten ohne jeden Rechtsgrund mit Knüppeln mißhandelt wurden, nicht zufällig Polizisten gewesen, hätten sie sich zu ihren ärztlich attestierten Kopf- und Rückenverletzungen noch Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zugezogen. So ist es in den letzten hundert Jahren Tausenden von mißhandelten Demonstranten geschehen, gegen die Tausende von Polizisten Tausende von falschen dienstlichen Stellungnahmen abgegeben und Tausende von Meineiden geleistet haben. Was nur eine Behauptung bliebe, trüge Hamburgs Polizeiführung ihr nicht den Wahrheitsbeweis hinterher: der Herr Präsident mit der Bemerkung, daß entsprechende Vorkommnisse nicht ausgeschlossen werden könnten, sondern, so darf man hinzufügen, regelmäßig vorkämen, und der Senator für Recht und Ordnung mit der Mitteilung, daß vom Knüppel auf den Kopf prinzipiell nur

verschont wird, wer ein polizeiliches Kennwort weiß. Alle andern, und benähmen sie sich so vorbildlich wie Beamte in Zivil, sind vogelfrei.

Das war unter SPD-Innenexperten, die zu Innenministern, Innensenatoren und Polizeipräsidenten aufstiegen (Gustav Noske, Helmut Schmidt, Heinz Ruhnau, Kurt Neubauer, Heinrich Albertz), schon so. Und doch markiert Ronald Schill eine Wende: vom bürgerlichen Staat, der den Übergriff seiner uniformierten Gewalttäter genießt und leugnet, zum präfaschistischen, der den Übergriff belobigt.

***

Koch bleibt Ministerpräsident, Schill bleibt Innensenator. Möllemann bleibt auf der Strecke. Wo bleibt die Gerechtigkeit? Möllemann, sagt sein Stiefzwilling Westerwelle, habe die Partei hintergangen und gegen die Regeln verstoßen. Er habe der Partei politisch und finanziell massiv geschadet. Den politischen Schaden erkannte die Partei darin, daß der Streit um das Flugblatt die Stimmen, die es locken sollte, verscheucht haben könnte. Der finanzielle Schaden besteht in der Strafe, welche die Partei für illegale Spendeneinnahmen erwartet. Ohne dessen Bekanntmachung durch den Kassenprüfer Rexrodt wäre Möllemann Mitglied geblieben.

Der Spendensammler Möllemann ist über die Portokasse gestolpert, den Antisemiten hätte die Partei so gut und gern ertragen wie der Rest der Gesellschaft. Noch in ihren Abschiedsbriefen nennt die FDP Möllemanns Flugblatt »israel-kritisch«. Die offiziösen Medien, von Wickerts »Tagesthemen« bis zu den Nachrichten im regierungsamtlichen Deutschlandfunk, benutzen, wenn von dem ominösen Flyer die Rede ist, dasselbe Wort. In ihrer Niederlage haben Möllemann und sein Karsli auf ganzer Linie gesiegt. Sie hatten die antisemitische Klage, daß Kritik an Israel in Deutschland nicht erlaubt sei und auf Druck einer übermächtigen jüdischen Lobby verfolgt werde, zur herrschenden Meinung machen wollen.

Sie ist es geworden. Wer Möllemanns antisemitisches Flugblatt »israel-kritisch« nennt, gibt seinem Verfasser Recht. Möllemann muß gehen, weil er sich mit dem Weltjudentum, vertreten durch Sharon und Friedman, angelegt hat. Das ist die Essenz des Falles. Sie wird in der kollektiven Erinnerung der Deutschen aufgehoben bleiben bis zum Tag der Revanche.

Konkret 01/03, S. 10

# Herrschaftszeiten

Das Große Arbeitslos

*26. September, »Hamburger Morgenpost«:*

Als sei sie eine Wohltat für die Menschheit, so präsentierte der Sender »Neun Live« seine geplante Arbeitslosen-Show. Pro Folge soll ein Jobsuchender einen Arbeitsvertrag bekommen, versprach Senderchefin Christiane zu Salm ... Das Konzept stößt auf alles andere als Begeisterung. Ein »moderner Sklavenmarkt« und »geschmacklos« sei die Idee, so der Arbeitslosenverband Berlin. Auch der Präsident des Sozialverbandes VdK Deutschland, Walter Hirrlinger, kritisiert, die Show spiele »auf schamlose und menschenverachtende Weise mit den Ängsten und Hoffnungen von Menschen«. Einziger Gewinner der Show: der Sender, der pro Anrufer 49 Cent kassiert. Rein pragmatisch sieht das Hamburger Arbeitsamt die Idee: »Die Arbeitslosen nehmen ja freiwillig teil, für sie ist die Show eine zusätzliche Chance«, urteilt Pressesprecher Knut Böhrnsen.

Afghanische Kinder spielen heute mit deutschen Soldaten in Kabul. Einen größeren Vertrauensbeweis könnte es kaum geben

*Hamit Karsai, afghanischer Präsident*

Perestrojka 1

*13. November, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«:*

In Rußland steigt die Zahl der Morde immer schneller – und die Aufklärungsquote sinkt. Im Jahre 2001 wurden 34.000 Morde registriert, ein Zuwachs um 2.200 Fälle im Vergleich zum Vorjahr. Nach Angaben des Moskauer Innenministeriums kamen 2001 in Rußland 24,2 Morde auf 100.000 Einwohner. In Deutschland waren es im selben Jahr 3,4 Fälle von Mord und Totschlag (Rußland unterscheidet nicht zwischen Straftatbeständen). Die Mordrate in der russischen Hauptstadt ist neunmal so hoch wie in London (2,4 Morde auf 100.000 Einwohner) und mehr als viermal so hoch wie in Berlin, wo im Jahr 2000 beispielsweise 180 Morde und Totschläge registriert wurden, also 5,3 Fälle auf 100.000 Einwohner. Sogar New York hatte mit etwa gleich vielen Einwohnern wie die Neun-Millionen-Stadt Moskau im Jahr 2001 dank eines wirksamen Programms zur Verbrechensbekämpfung »nur« 643 Morde zu beklagen – weniger als ein Drittel der Moskauer Fälle. Nur Washington schlägt die russische Metropole als »Hauptstadt der Morde« noch deutlich.

Leistung lohnt sich doch

*22. November, »Financial Times Deutschland«:*

Deutsche Bank, Deutsche Telekom und Fresenius Medical Care zahlen ihren Vorständen eine »unangemessen« hohe Vergütung. Das ist eines der Ergebnisse einer Untersuchung der Vorstandsgehälter der Dax-30-Unternehmen, die von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) gestern in Berlin vorgestellt wurde. DSW-Geschäftsführerin Jella Benner-Heinacher kritisierte vor allem die »exorbitante« Bezahlung der Vorstände von Deutschlands größter Bank. Sie erhielten 2001 durchschnittlich jeweils 6,62 Millionen Euro.

Aus der Zivilgesellschaft

*25. November, »Spiegel«:*

Bush liebt rauhe Töne. Er nimmt gern in Kauf, daß seine Kollegen in Europa ihn für einen »toxic Texan«, einen giftigen Texaner, halten, aber selbst auf Bitten seiner Frau will er den Habitus des harten Kerls nicht ablegen. Seine Bomberflotte soll »die heilige Hölle aufs Haupt der Gegner herabregnen«, die Taliban, »diese Parasiten«, endlich »in ihren Stiefeln zittern« lassen, damit sie die Qaida-Terroristen schnellstmöglich »rauswürgen«. Der Großspurigste von allen ist der für Terrorabwehr zuständige CIA-Mann Cofer Black, der häufig an Sitzungen teilnimmt. Er will die Köpfe der Taliban ständig »auf Stangen spießen« und den von Bin Laden »persönlich dem Präsidenten in einer Schachtel« präsentieren. Wenn er erst mal mit seinen Gegnern fertig sei, werden die »Fliegen auf ihren Augäpfeln spazierengehen«. Im Sicherheitsrat hieß Black nur noch der »flies-on-the-eyeballs guy«.

Dumm geboren

*27. November, »Hamburger Abendblatt«*

»Schwächere Schüler werden in Deutschland einfach abgehängt.« Dieser Satz von Unicef-Deutschland-Chef Dietrich Garlichs bringt das zentrale Ergebnis einer neuen Bildungsstudie des Kinderhilfswerks auf den Punkt. Der Bildungsstand der Eltern entscheidet hierzulande stärker als in anderen Industrieländern über den Schulerfolg der Kinder. Die Wahrscheinlichkeit, daß deutsche Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsstand nur unzureichend Lesen und Schreiben lernen, sei dreimal höher als bei Kindern aus privilegierteren Elternhäusern. In Deutschland besteht für Kinder von weniger gut ausgebildeten Müttern eine drei- bis viermal so hohe Wahrscheinlichkeit, etwa beim Lesen in der Schule schlecht abzuschneiden, als (!) in Finnland, Irland, Polen, Island, Norwegen oder Schweden.

Wollen wir wirklich die Deutschen dafür bestrafen, daß sie Pazifisten sind? Wenn diese Typen erst mal in die andere Richtung rollen, dann vergessen sie doch, wo die Bremse ist

*»New York Times«*

Deutsche Typologie

*28. November, »Welt«:*

Seit Jahren lebt Merzedeo B. mit seiner Familie von Sozialhilfe. Auf ein standesgemäßes Fahrzeug mochte der 38jährige dennoch nicht verzichten. Der Mercedes 600 SL, der Polizeibeamten bei einer Verkehrskontrolle auffiel, hatte einen Wert von fast 50.000 Euro. Seit Mittwoch muß sich B. mit seiner früheren Lebensgefährtin Sabine M. (36) vor dem Amtsgericht Barmbek wegen des Verdachts des Sozialhilfe-Betruges verantworten. Die Anwälte wiesen den Vorwurf zurück. Das Sozialamt sei keineswegs betrogen worden, schließlich hätten die Angeklagten stets angegeben, daß sie über ein Auto verfügten. Das Modell sei allerdings nie zur Sprache gekommen. Dies sei möglicherweise eine »Ungeschicklichkeit meines Mandanten, sich beim Autokauf nicht auf einen Golf beschränkt zu haben, weil in dieser Neidgesellschaft offenbar besondere Ressentiments hervorruft, wenn man einen Mercedes fährt«, so der Rechtsbeistand. Er warf der Staatsanwaltschaft vor, die Presse nur deshalb über den Gerichtstermin in Kenntnis gesetzt zu haben, weil die Angeklagten zur Volksgruppe der Roma gehörten.

Wer wen

*28. November, »Bild«:*

Für Schröder waren die Vertreter der Wirtschaft noch kürzlich »Kettenhunde« und »5. Kolonne« der Opposition. Jetzt gratuliert er dem »sehr geehrten Herrn Dr. Rogowski« zur Wiederwahl als BDI-Präsident »herzlich«, und wünschte »Glück und Erfolg«. Kunststück. Die nächsten zwei Jahre muß er mit dem »Boss der Bosse« auskommen. Sonst brummt die Wirtschaft nicht. Der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland gilt als mächtiger Mann. Nur, einige in diesem Land sind auch nicht ohne Macht. Oder wie es der Chefredakteur eines bedeutenden Magazins Gerhard Schröder einmal ins Gesicht sagte – die Herren hatten wohl schon einiges gebechert: »Gerd, ich muß keine Angst vor dir haben. Aber du vor mir.«

Wir brauchen eine totale Rückbesinnung auf das Leistungsprinzip. Wir müssen an die Ur-Instinkte der Menschen appellieren: Leistung und Gier!

*Dieter Bohlen, Autor*

Perestrojka 2

*28.November, Wladimir Kaminer in »Zitty«:*

Neulich hatte ich Besuch aus Moskau. Meine Cousine mit ihren Zwillingen wohnte bei uns und ging jeden Tag auf die Schönhauser Allee, um einzukaufen. Und immer wieder wunderte sie sich, wie nett und geduldig die Verkäufer hier waren. »Stell dir mal vor«, erzählte meine Cousine, »gestern rebellierte ein Dicker in einem Jeansladen: Wieso sind die Jeans so teuer, ich habe vor zehn Jahren genau dieselbe Hose zum halben Preis bekommen! Also, bei uns hätte er sofort eine in die Fresse gekriegt, aber die Verkäuferin hier lächelt ihn nur an.«

Deutsch-Südost

*29. November, Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung Nr. 466:*

Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, hat heute in Belgrad der jugoslawischen Polizei umfangreiche Dokumentationstechnik für Tatortarbeit übergeben. Zu dieser Ausstattungshilfe zählen Minilabore, Phantombildsysteme, Computer sowie digitale Video- und Fotokameras. Der Grenzschutz erhielt daneben ein hochmodernes Dokumentenprüfcenter, mit dem die Echtheit von Pässen festgestellt werden kann. Das Bundesinnenministerium leistet diese Ausstattungs- und Ausbildungshilfe im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa.

Alles muß man selber machen

*2. Dezember, »Spiegel«:*

Leitenden Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) droht möglicherweise ein Verfahren wegen Anstiftung zu einer Straftat. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt derzeit gegen einen verdeckt arbeitenden BGS-Mann, der beim jüngsten Castor-Transport nach Gorleben als Spitzel an der Blockade der ICE-Strecke Hannover-Hamburg teilgenommen hat. Wie der BGS bestätigte, hat sich der »zivile Aufklärer« im dienstlichen Auftrag unter die Demonstranten gemischt. Bei der Aktion hatte die Polizei 38 Castor-Gegner in Gewahrsam genommen, darunter den BGS-Kollegen, der sich als Landwirt ausgegeben haben soll.

Devotionalienhandel

*9. Dezember, »Spiegel«:*

Jürgen Möllemann, 57, ehemaliger Vorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen, ist zumindest online noch groß im Rennen. Zur Zeit werden bei EBay mehrere Exemplare des Israel-kritischen Flugblatts versteigert, das Möllemann in der Schlußphase des Wahlkampfs mit Hilfe dubioser Spendengelder drucken ließ. Offenbar ist der Flyer, der dem passionierten Fallschirmspringer jetzt ein Parteiausschlußverfahren einbrachte, bei Sammlern hochbegehrt. Wie die »Mittelbayerische Zeitung« am vergangenen Freitag meldete, habe das bislang teuerste Exemplar 9,52 Euro eingebracht. Relativ billig sei dagegen noch ein Autogramm von Möllemann zu haben. Bei EBay kostete es Ende vergangener Woche lediglich 5,51 Euro.

Liebe Grüne, Ihr seid und bleibt Korinthenkacker.

Was fällt Euch ein, Eure, meine alte Hippie-Jungfer Claudia zu stürzen?

*»Bild«-Kolumnist Franz-Josef Wagner*

Konkret 01/03, S. 12

**Joachim Rohloff**

# Prof. Barings Barrikadenzauber

**Wie ein konservativer Historiker die Deutschen einmal zur »empörten Revolte« rief und dafür viel Beifall bekam.**

Der neueste deutsche Aufstand, diesmal nicht des Gewissens, sondern der marktwirtschaftlichen Vernunft, den Arnulf Baring, eine emeritierte Kapazität der Geschichte, am 19. November im Feuilleton der »FAZ« ausrief, ist inzwischen abgesagt worden. Der Bundeskanzler machte keine Anstalten, sich ins niederländische Exil zu begeben oder via Moskau nach Chile zu fliehen, beharrte vielmehr auf seinem Recht, die Bürger, die ihn soeben wiedergewählt hatten, auf weitere vier Jahre zu unterdrücken und auszupressen. Und da haben sie's dann lieber bleibenlassen. Der Rädelsführer Baring, der sich ebenfalls nicht traute, eine Bombe zu deponieren, versicherte schließlich, er habe ohnehin bloß an metaphorische Barrikaden gedacht und an eine Verfassungsänderung des Inhalts, künftig sollten die Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen gleichzeitig stattfinden.

Es fehlte aber auch an allem. Ein Militärputsch fällt neuerdings schwer, da nicht mehr nur ein militärisches Oberkommando und ein Reichsrundfunk, sondern zusätzlich drei Dutzend privater Sender zu überwältigen sind; Baring dachte vermutlich an Schönbohm, aber dieser nicht daran, eine Diktatur zu errichten, um womöglich preußischer Innenminister zu werden. Wenn sie sich gar zu einer veritablen Revolution entschließen sollen, brauchen die Deutschen zuerst ein Regime, das längst jede Selbstachtung verloren hat und sich aus eigener Kraft und Herrschsucht kaum noch in den Schuhen, geschweige denn im Staatsrat hält. Das Volk macht »Buh!« und hat gesiegt. Diese Revolution aber hätte gerade an dem unerträglichen Mißstand scheitern müssen, der ihren Sieg so wünschenswert, ja geradezu lebenswichtig erscheinen ließ, nämlich am Bündnis der Regierung mit den Gewerkschaften.

Auf seine alten Tage zum revolutionären Subjekt geworden, blieb Baring denn auch zaghaft und einsam. Zwar hatten das gesellschaftliche Übel, dem sofort ein Ende gemacht werden mußte, um Deutschland vorm Untergang zu retten, seit mindestens einem Jahrzehnt tausend Talkshows und hunderttausend Zeitungsaufsätze angeprangert, aber er gab ihm nun den treffenden Namen: »Deutschland ist auf dem Weg in eine westliche ›DDR light‹.« Weil nämlich »rund achtzig Prozent unserer Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst, aus den Gewerkschaften kommen. Im Bundestag sitzen unter sechshundert Abgeordneten bestenfalls ein Dutzend, die wirklich etwas von Wirtschaft verstehen.« Angesichts des kaum noch vermeidlichen Zusammenbruchs der solidarischen Kranken- und Rentenversicherung, der horrenden Ausgaben für die Sozialhilfe, der unverantwortlichen Staatsverschuldung und einer gefährlichen demographischen Fehlentwicklung müsse »unsere Bürgergesellschaft« sich »bewähren«, und zwar im Widerspruch zum Staat, sich »auf einfache, aber wichtige Grundsätze besinnen, neu verständigen. Nur ein Beispiel: Wer sich aus öffentlichen Mitteln unterstützen läßt, muß künftig natürlich eine entsprechende Gegenleistung für die Gesellschaft erbringen.« Professor Baring meinte nicht sich selbst und, so darf man zumindest hoffen, auch nicht die alleinerziehende Mutter, der schon während der Schwangerschaft das Arbeitslosengeld gestrichen wurde, die aber eine der Sozialhilfe entsprechende Gebärleistung für die Gesellschaft erbracht hat, sondern die notorischen Drückeberger, denen man zwar in der Wirklichkeit selten, um so öfter aber in der Presse begegnet.

Auch nicht sonderlich zu überraschen vermochte die Erkenntnis, »daß wir seit drei Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt haben und daher kräftig sparen, die Ansprüche aller Gruppen und Schichten eine Zeitlang reduzieren müssen«. Ging es in bisherigen Revolutionen darum, daß eine Gruppe die Ansprüche einer anderen reduzierte, so sollten mit dieser Revolution, die als eine konservative angekündigt wurde, die aber eine neoliberale gewesen wäre, wenn sie denn stattgefunden hätte, alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft sich selbst dazu zwingen, ihre eigenen Ansprüche zu reduzieren. Das verlangte jedenfalls die Theorie. In der Praxis hätte es sich wohl bald herausgestellt, daß die Ansprüche der Arbeiter und der Angestellten auf einen Lohn, der Rentner auf eine Rente und der Mitglieder der AOK auf eine medizinische Versorgung zwar Ansprüche sind, daß aber der Anspruch der Unternehmer, künftig weniger Steuern zu zahlen, kein Anspruch ist, sondern ein Erfordernis der ökonomischen Vernunft. Wer sich ihr noch immer verschließt, ist ein hoffnungsloser Außenseiter, und deshalb glaubte Baring, er könne ein Bündnis der Unternehmer und der Arbeitslosen anführen, haben doch auch diese einen Anspruch, der nicht reduziert werden muß, nämlich den Anspruch auf eine allgemeine Senkung der Löhne und ihrer Nebenkosten.

Weil die neoliberale Vernunft in fast allen Köpfen herrscht, aber nicht in den Ministerien, »haben wir nur Umsetzungs-, keine Erkenntnisprobleme!« Um die Erkenntnisse um- und deren Umsetzung kraftvoll durchzusetzen, erwog Baring zunächst Notverordnungen nach dem historischen Vorbild des Reichskanzlers Brüning, die »seinerzeit jahrelang die krisengeschüttelte Republik am Leben hielten«, mußte aber zur Kenntnis nehmen, daß die Verfassung eine »demokratische Diktatur« nicht vorsieht, und schrak zurück. Trotzdem schien, da die Probleme so sehr drängten und jede Hoffnung, sie mit den Methoden der offenen Gesellschaft zu lösen, längst gestorben war, die Zeit »reif für einen Aufstand gegen das erstarrte

Parteiensystem. Ein massenhafter Steuerboykott, passiver und aktiver Widerstand, empörte Revolten liegen in der Luft. Bürger, auf die Barrikaden!«

Für die Idee, die Finanzämter zu belagern, entflammte zwar sogleich der Fraktionsvorsitzende der FDP, aber wer, um Himmels willen, sollte auf die Barrikaden steigen, um nach einer siegreichen Revolte den Staat und die Gesellschaft neu zu ordnen? Ein paar hervorragende Vertreter des Bürgertums mochten einem wohl einfallen: Ron Sommer, der ehemalige Politik- und Bankmanager Landowsky aus Berlin, Herr Schmid aus Büdelsdorf, der eines der größten Telekommunikationsunternehmen gegründet hat, die Megabytemagnaten aus dem »Pixelpark« und dem »Intershop« oder eben jener Lothar Späth, den Baring in seinem Pamphlet zitierte und dem es immerhin gelungen ist, mit zwei Milliarden Euro aus der Staatskasse fast zwölfhundert krisenfeste Arbeitsplätze zu schaffen.

Doch keiner von ihnen griff zur Waffe. Sie alle versagten vor ihrer historischen Mission, weil »das deutsche Bürgertum«, wie Thomas Schmid in der »FAZ« schrieb, »nach seiner 1933 vollzogenen Selbstaufgabe politisch und gesellschaftlich nie wieder aus seiner Schemenhaftigkeit herausgefunden hat. In guten Zeiten schien es zwar wieder Gestalt anzunehmen, als sei nie etwas geschehen. In schlechten Zeiten aber verfällt es sofort in eine defensive Ratlosigkeit. Dann wird erkennbar, daß es von keiner Idee, keinem Corpsgeist, keinem bürgerlichen Willen getragen ist.« Nicht nur die Politikerkaste, auch unsere Bourgeoisie besteht nur noch aus Evertebraten ohne Herz, Schmiß, Schwung und Mumm. Schmid wunderte sich nicht, seien doch viele derer, »die heute das Bürgertum verkörpern, in Wahrheit Hochstapler im Bürgergewand«.

Immerhin sprang einer der höchsten intellektuellen Repräsentanten des Bürgertums, der Herausgeber Schirrmacher, seinem Gastredner Baring zur Seite und ließ Günter Mittag, einst im Politbüro der SED zuständig für die Wirtschaft, posthum die Diagnose stellen, im großen Deutschland gehe es zu wie in der DDR kurz vor ihrem Ende. »Die Revolution, die jetzt not tut, fordert vom Land ein zweites 1989«, schloß Schirrmacher. Diverse nicht ganz so unabhängige Geister stimmten ein. Von »vernichtender staatlicher Mißwirtschaft« und vom »verdorrenden Regulierungsgestrüpp des täglichen Enteignungsspuks«, womit wohl die Besteuerung vor allem der mittelständischen Expropriateure gemeint war, las man in der »Welt«, und ebendort beschrieb Konrad Adam das schlimmste Symptom der Gesellschaftskrankheit: die »demographische Kalamität«. Wer sich mit der Erwartung tröstete, die Demographie werde wenigstens die Statistik der Arbeitslosigkeit verschönern, wurde darüber belehrt, daß »die Schieflage der sozialen Sicherungssysteme« sich »nur durch eine halbwegs standfeste Alterspyramide mit breitem Fuß und schlanker Spitze« beheben lasse. »Durch mehr Kinder also. Daß hier der Schlüssel liegt, wird kollektiv verdrängt.« Den möglichen Einwand, noch so viele Kinder könnten noch so wenige Eltern nur dann ernähren, wenn sie selbst eine Arbeit hätten, ließ Adam der Einfachheit halber ohne Beachtung.

Einen Schlüssel zur Schieflage wie zur Pyramide hielt Stefan Baron, der Chefredakteur der »Wirtschaftswoche«, in seinen Händen. Die Deutschen sterben aus, während manche Landstriche in der Nähe des Äquators überquellen von nutzlosen Menschen. Da könnte man doch die benötigten Kinder auch importieren. Dagegen sprach die Tatsache, daß »die geistig-kulturelle Identität der deutschen Nation« schon heute »unterspült« wird und daß schon bald »die türkischstämmigen Bürger unseres Landes darüber entscheiden, wer in Berlin regiert«. Trotzdem konnte Baron seinen Klassen- und Volksgenossen die bittere Wahrheit nicht verschweigen. »Rettung kann, so wie die Dinge stehen, nur noch ein brutaler Doppelschlag bringen: ein massiver Zustrom von leistungs- und assimilationswilligen Einwanderern und radikale marktwirtschaftliche Reformen.«

Man versteht: Der Stromschlag sorgt für eine standfeste Pyramide, der Staat sorgt für den Assimilationswillen und die radikalen Reformen sorgen dafür, daß die Leistungsbereitschaft nicht ohne Betätigung bleibt. Man fragt sich allerdings, ob für solch ein revolutionäres Programm auch der Kollege Barons sein oder anderer Menschen Blut vergösse, der in der »Welt« zu bedenken gab: »Es geht um einen Begriff von uns selbst. Jetzt rächt sich der Verlust der nationalen Identität, der mangelnde Wille zur eigenen Zukunft. Wofür denn Opfer bringen, wenn eine Gesellschaft zugelassen hat, daß ihre Traditionen und Bindungen wie Flugsand in der Weltgeschichte verrieseln?« Und wozu eine Revolution machen, wenn sie nichts Besseres verspricht als eine eigene Zukunft, die aus der Türkei stammt?

Zum Glück für alle möglicherweise Beteiligten oder Betroffenen fand auch der von Baring inspirierte Aufstand nur im Feuilleton statt. Der einzige, der sich über ihn freuen darf, heißt Schirrmacher. Vielleicht hätte er sich beizeiten, spätestens als er sich zum ersten Mal ins Internet loggte, um seine allwöchentlichen zwei Kilogramm Stellenanzeigen sorgen sollen; statt dessen entwarf er die »Berliner Seiten« und schuf sich »mit einem spielerischen Zugang auf die Welt, feuilletonistisch, jung, konservativ aber auch aufgeschlossen, neue Beobachtungsräume«. Nun muß er den jungen konservativen Beobachtern sagen, er bedürfe ihrer nicht mehr, und auf die bewährten Kräfte zurückgreifen. Und weil ihn die Götter lieben, ist es ihm »trotz unserer gegenwärtigen Krise gelungen, eine nationale Debatte anzustoßen. Wenn sich Sigmar Gabriel und Arnulf Baring bei Sabine Christiansen über das Feuilleton der ›FAZ‹ streiten, belegt es die zentrale Rolle, die wir als Tageszeitung spielen.«

---

*Joachim Rohloff* veröffentlichte zuletzt das Buch »Wenn man dich nicht fragt, sag nein« (Verbrecher Verlag)

Konkret 01/03, S. 14

**Georg Fülberth**

# Rabatz in pädagogischer Absicht

**Warum die Bourgeoisie keinen Grund hat, über die rotgrüne Regierung zu klagen und warum sie es trotzdem tut.**

Der Lärm

Die vorige Wirtschaftskrise war 1992/93, die vorvorige 1981/82. Insofern dürfte man nicht meckern, käme jetzt wieder eine. Nimmt man die gegenwärtige schlechte Laune, könnte man annehmen, es sei schon soweit. In Wirklichkeit aber gibt es immer noch keinen Rückgang des Brutto-Inlandsprodukts, sondern nur eine Dämpfung des nach wie vor stattfindenden Wachstums. Daß dieses geringer ausfällt als in anderen EU-Ländern, könnte sogar ein Qualitätsbeweis sein. Je mehr bereits erreicht ist, desto flacher ist die nächste Steigerung.

Diese Bemerkungen haben einen geringeren Unterhaltungswert als die Anklagen, die gegenwärtig üblich sind. Die Regierung, so liest und hört man, habe das absehbare Loch im Haushalt vor der Wahl verschwiegen. Sie sei wortbrüchig, weil sie eine Senkung der Steuern und Abgaben versprochen habe, dies aber nicht halten wolle. Fragen wir, wer diese Kritik gegenwärtig vorträgt, stoßen wir auf Kommunikatoren und deren Basis.

Fangen wir mit den ersten an. Es ist Personal, das einige kurzfristige Absichten zu realisieren hat, zum Beispiel der Ministerpräsident Koch. Er will am 2. Februar 2003 eine Landtagswahl gewinnen und bekommt einen Bundestagsausschuß zum angeblichen Wahlbetrug von Rotgrün. Das ist – in Ansehung seiner Interessenlage – ebenso verständlich wie die Aufforderung des Professors Baring, die Bürger müßten gegen die Regierung auf die Barrikaden gehen. Die Zeit, da dieser Gelehrte durch zeitgeschichtliche Arbeiten über den 17. Juni, über Adenauers Kanzlerdemokratie und Willy Brandts Sturz zu beeindrucken wußte, sind vorbei. Nun sind Historiker – anders als Mathematiker – mit siebzig gar nicht alt, könnten also, wenn sie wollten, noch etwas leisten. Baring will nicht, möchte aber auf sein gewohntes öffentliches Betriebsgeräusch nicht verzichten.

Oskar Lafontaine und Oswald Metzger ... muß ich das auch noch erklären?

Wenn ein Schröder-Imitator sich mit einem Steuersong zum Grand Prix d'Eurovision anmelden will, fällt dies unter die Gewerbefreiheit und ist nicht zu beanstanden. Damit sind wir dem Kern der Angelegenheit, der Ökonomie, schon ein bißchen nähergekommen. Basis und Überbau finden ja bekanntlich in »Bild«, »Spiegel« »Focus«, RTL und Sat 1 harmonisch zusammen. Investitionsunlust der werbenden Industrie aufgrund geringer Gewinnerwartung führt zu Rückgang des Anzeigengeschäfts. Um den kleiner gewordenen Anteil muß heftiger konkurriert werden, auch mit Hilfe von Kampagnen.

Wo Rauch ist, ist allerdings auch Feuer. Die Regierung gibt ihren Auftraggebern – wer das ist, sagen wir noch – wohl wirklich ein bißchen Grund zur Klage. Allerdings ist ihr nicht vorzuwerfen, daß sie etwa ihren wirtschaftspolitischen Kurs geändert habe. Es fällt ihr nur nicht mehr so leicht, ihn durchzusetzen.

Der Haushalt

Zum Beispiel wollen Schröder und Eichel gar nicht die Steuern und Abgaben erhöhen. Daß sie sie statt dessen senken wollen, haben sie seit Lafontaines Abgang ständig unter Beweis gestellt. An ihrer neoliberalen Entschlossenheit braucht nicht gezweifelt zu werden.

Steuersenkungen können allerdings den Nachteil haben, daß eben weniger Geld in die Staatskasse kommt. Die Marktradikalen predigen zwar, niedrige Sätze würden den Konsum und die Investitionen stimulieren, so daß mehr Arbeitsplätze entstehen und das Finanzamt steigende Einnahmen bekommt. Aber es stimmt halt nicht. Sinkende Lohnsteuern wirken zum Beispiel überhaupt nicht auf diejenigen Leute, die ohnehin keine zahlen müssen, weil sie keinen Job haben. Auch Beschäftigte, deren Reallöhne durch eine große Reservearmee gedrückt werden, werden nicht mehr ausgeben: Eichels Steuerreform konnte die Stagnation der Arbeitseinkommen nicht kompensieren. Schwaches Wachstum auch im Aufschwung und Antriebsschwäche bei Flaute könnten auch davon kommen, daß ein Staat, der wenig einnimmt, nicht genug Geld hat, um zu stimulieren. Und den Konjunkturzyklus sollte nicht aus der Welt hexen wollen, wer in den neunziger Jahren noch Joseph A. Schumpeter als Propheten wiederentdeckt hat.

Kurzum: Weil Eichel sich seit 1999 als der Musterschüler des Neoliberalismus benommen hat, ist die Kasse leer. Aber selbst jetzt will er – anders als ständig behauptet – gar keine neuen Steuern einführen (sehen wir einmal von der schon lange beschlossenen »Fortentwicklung« der Ökosteuer ab), sondern seine Senkungspolitik ein bißchen mäßigen. Es fing ja schon während der Flut an: Die nächste Stufe der Reform wurde um ein Jahr verschoben. Sehr zutreffend heißt das, was Eichel jetzt nicht mehr vermeiden kann, »Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen«. Wenn Aktien- und

Immobilienverkäufe sowie Dienstwagen nun belastet werden, dann handelt es sich nur um die Rücknahme von Ausnahmeregelungen. Die Kürzung der Eigenheimzulage ist ebenfalls keine neue Steuer.

Aber die Neuverschuldung! Hier macht Eichel tatsächlich das Gegenteil dessen, was er vor kurzem noch in Aussicht gestellt hat. Es handelt sich aber auch hier lediglich um die Konsequenz seiner bisherigen Politik. Der Staat kann Einnahmen – wenn es nicht mehr viel zu privatisieren gibt – eben nur entweder durch Steuern und Abgaben oder durch Kredite erzielen. Wer auf die einen verzichtet, wird die anderen auf die Dauer nicht vermeiden können.

Voreilige könnten zu dem Ergebnis kommen, daß der neoliberale Kurs gescheitert ist. Es läßt sich sogar eine Adresse angeben: Die EU mit ihren Vorschriften für eine restriktive Fiskalpolitik hat, soweit Politik da überhaupt eine Rolle spielt, für Wachstumsschwäche gesorgt, und weil Deutschland sich besonders eng daran hielt, hat seine Ökonomie – auch wenn sie nach wie vor die stärkste ist – eine Extra-Formschwäche.

Es mag sogar sein, daß das Diktat über die Grenzen der Verschuldung wieder gelockert wird. Davon werden dieselben Leute profitieren, die in den vergangenen Jahren den Vorteil von den Steuersenkungen hatten, insbesondere die Geldvermögensbesitzer. Die Kredite werden nämlich durch Anleihen aufgebracht. Künftige Gläubiger können dort die Mittel einbringen, die ihnen als Steuergeschenke zuflossen. Damit sie dies für rentabel halten, müssen die Zinssätze hochgehalten werden. Das ist dann natürlich nicht so gut für die Konjunktur, wohl aber für den Zufluß von ausländischem Kapital nicht an den Industrie-, aber an den Anlagestandort Deutschland. Für Zins und Tilgung werden diejenigen zu sorgen haben, denen keine Möglichkeit bleibt, Steuern zu vermeiden.

Dies den voreiligen Keynesianern ins Stammbuch, die von einer Aufweichung der Maastricht-Kriterien einen neuen Investitionsfrühling erhoffen. Sie könnten sich dadurch bestätigt fühlen, daß die Europäische Zentralbank im Dezember 2002 ihre Politik scheinbar korrigiert und den Zins überraschend kräftig gesenkt hat (wie bereits 1999 schon einmal). Eichel ist ein ehrlicher Mann. Er sagt klar, wozu die neuen Schulden da sind: Mit ihnen sollen Haushaltslöcher geschlossen, aber keine expansiven Ziele verfolgt werden. Kein Neoliberaler hat gegenwärtig Grund, unzufrieden mit ihm zu sein.

## Die Rente

Was Eichel für den Staatshaushalt, war in der vergangenen Legislaturperiode Walter Riester für die Rente, und Clement wird es nicht schlechter machen. Die umlagefinanzierte Altersversorgung gibt es nicht mehr im alten Umfang. Das sollte die Lohnnebenkosten dämpfen und ist gut für die privaten Versicherungsunternehmen, die überdies noch aus dem Staatshaushalt subventioniert werden: Er schießt für diejenigen Lohnabhängigen etwas zu, die ihren Zusatzbetrag nicht aufbringen können.

Dumm ist gegenwärtig nur, daß die Pflichtbeiträge dennoch angehoben werden. Das kommt davon, daß die aktuellen Renten weiterhin nach dem alten Modus finanziert werden müssen und daß es bei schlechter Beschäftigungslage zu wenige Einzahler gibt.

Hiergegen wurden zwei Mittel gefunden: Leistungskürzungen und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Die zweite Maßnahme ist wirklich interessant, denn hier wäre der Regierung in ihrer Not sogar etwas Sinnvolles eingefallen, wenn sie irgendwann noch darüber hinausginge: Einbeziehung aller Einkommen. Es wird aber nichts daraus werden: Schon gegen die jetzige Minilösung können sich Schröder und Clement auf die CDU/

CSU-Mehrheit im Bundesrat verlassen. Die gegenwärtige Kampagne gegen die Erhöhung der Zahl der Versicherungspflichtigen dient der Vorab-Legitimation der Blockade. Im Ergebnis wird demonstriert werden, daß das umlagefinanzierte System eben nicht funktioniert, so daß der Privatanteil bei der Altersvorsorge noch weiter erhöht werden muß. Natürlich wird irgendwann in der Krankenversicherung ebenso verfahren werden.

Die Sache läuft gut.

## Hartz

Der Pfiff bei der Reform der Arbeitsvermittlung liegt in der Schaffung eines Niedriglohnsektors für Leiharbeit. Hartz wirft nun dem Kanzler vor, er habe das Hauptstück des Konzepts herausgebrochen, indem er den Gewerkschaften eine tarifliche Absicherung auch in diesem Bereich zugestehe.

Clement und Schröder können dies ohne Mühe richtigstellen: Erstens gebe es ja jetzt schon Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen. Die deutschen Gewerkschaften seien schließlich vernünftig. Zweitens müsse ein Tarifvertrag für Leiharbeit nicht mit dem der Stammbelegschaften identisch sein. Schröder sagte in einem »Zeit«-Interview: Dreißig Prozent weniger dürften es schon sein. Drittens – aber das sagen sie nicht: Die Regierung kürzt gerade wieder die Leistungen für Arbeitslose und arbeitet damit der Vermittlung von Niedriglohnjobs zu. Viertens: Der von den Unternehmern so sehr beklagte

Kündigungsschutz gilt nicht für Leiharbeit.

Die Klassen

Über Arbeitslosengeld, Gesundheitskosten und Rente diskutieren gegenwärtig nur Leute, die gar nicht pflichtversichert sind, und niemand regt sich darüber auf. Das nennt man Hegemonie. Im »Freitag« rechnete der vorzügliche Michael Jäger vor: »Denn während 2003 bei der Rente, der Arbeitslosenhilfe und der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt 8,7 Milliarden Euro eingespart werden sollen, kann das ›Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen‹ im gleichen Zeitraum nur 3,6 Milliarden einbringen.«

Der Protest kommt aber von denjenigen, die weniger gerupft werden. Das zeigt: Es gibt in Deutschland etwas, worüber wenig geredet wird – eine selbstbewußte und politisch dreister gewordene Bourgeoisie. Hier agieren natürlich Industrielle, Banken, Börsianer, die Verwalter der großen Fonds und die medialen Gewerbebetriebe. Die Symbolfiguren der neuen Apo sind aber pittoresker: zum Beispiel jener Apotheker aus der Provinz, der in seinem Städtchen schon mehrere Konkurrenzbetriebe überlebt (und dabei natürlich seinen Marktanteil vergrößert) hat, 2002 selbstverständlich seine Stimme der CDU oder FDP gab und nun mit hocherhobener Mistgabel vor dem Reichstag gegen einen angeblichen Wahlbetrug protestiert.

Die Auftraggeber der rotgrünen Regierung – und jetzt lassen sie sich endlich identifizieren – sind ungehalten, obwohl sich diese doch so angestrengt hat. Gewiß kommt Schröder bei der Umsetzung dessen, was er 1998 durch die Nominierung von Stollmann und 2002 mit Hilfe von Hartz versprach, zur Zeit etwas schwerer vorwärts. Das liegt aber daran, daß er die Vorgaben der Prinzipale – niedrige Steuern, Investitionszurückhaltung des Staates – so strikt einhielt. Dennoch sind die Resultate, die er Unternehmern, Geldvermögensbesitzern und Mittelbourgeoisie apportieren konnte, recht gut gewesen. Daß er ihnen nicht noch mehr bringen konnte, legen sie ihm glatt als Klassenkampf (unter Einflüsterung der Gewerkschaften) aus.

Die Bürgerliche Revolution, an der sich zunehmend auch die Grünen beteiligen, erfolgt in pädagogischer Absicht. In einigen Haßartikeln findet sich der Hinweis: Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Kanzler sich von seinem gegenwärtigen Honecker-Kurs wieder abwende. Man wisse ja, wie flexibel er ist.

Jetzt aber nennen sie ihn erst einmal unglaubwürdig. Die schlechten Umfragewerte sind allerdings nicht nur auf die schlechte Laune der Unternehmer zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Unternommenen – so wenig auch von ihnen zu hören ist (und wenn: dann heulen sie mit) – objektiv noch viel mehr Grund zum Ärger haben.

Daß die Regierung als »unglaubwürdig« gilt, hat sein Gutes. Das Schlimmste in einer wirtschaftlichen Situation wie der gegenwärtigen wäre ein Charismatiker, der beim Täuschen und Blenden auch noch Vertrauen genießt. Eine Regierung, der man von allen Seiten in die gezinkten Karten gucken kann, ist besser.

Wer Glaubwürdigkeit verlangt, gibt bekannt, daß er glauben will, weil er nicht genug weiß. Das haben Sie, verehrte Leserin, geneigter Leser, nach der Lektüre des Vorstehenden ja nun nicht mehr nötig. Ich gratuliere Ihnen.

---

*Georg Fülberth* schrieb in KONKRET_11/02 über die neue Sicherheitsdoktrin der USA

Konkret 01/03, S. 16

**Robert Kurz**

# Doitsche Pleite

**Lange Zeit war die Krise anderswo oder Literatur. Aber plötzlich scheint in Deutschland das Gespenst der Insolvenz allgegenwärtig. Ist Deutschland wirklich pleite?**

Zwar wächst der Sockel der Massenarmut seit zwanzig Jahren kontinuierlich, aber das allein hat im Kapitalismus noch nie zur öffentlichen Panik geführt. Die im Dunkeln sieht man gerne nicht. Panik kommt erst auf, wenn eine kritische Masse von partikularen Desastern überschritten wird, wenn das institutionelle Gefüge bröckelt und die systemische Reproduktion gefährdet scheint. Dieser Zustand rückt nicht allein in der BRD mit Riesenschritten näher. Seit dem Frühsommer 2000 hat die Weltkrise der 3. industriellen Revolution mit dem Ende des Finanzblasen-Kapitalismus ein neues Stadium erreicht. Jetzt schlägt das Versiegen des Recyclings von »fiktivem Kapital« sukzessive auf die Realökonomie zurück.

Die BRD steht dabei insofern mehr als andere europäische Länder im Brennpunkt, weil sie nach dem Crash Japans und der Tigerstaaten seit Mitte der neunziger Jahre neben den USA und Großbritannien ein Zentrum des spekulativen Scheinbooms war. Ähnlich wie jenseits des Atlantiks und des Ärmelkanals schlägt also der Einbruch des Finanzkapitals hier besonders drastisch zu Buche. Gleichzeitig wird die BRD weitaus stärker als die USA und der Rest der EU durch den Rückgang der Weltkonjunktur im Gefolge von Aktienbaisse und Finanzkrächen getroffen, weil sie von allen großen westlichen Ländern das bei weitem exportabhängigste ist. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg kann die versiegende Binnenkonjunktur nicht durch einen simultanen Exportboom aufgefangen werden.

Der Einzelhandel steht größtenteils mit dem Rücken zur Wand; wie in der Bauindustrie kann es in diesem finalen Sektor der Reproduktionskette nach Jahren des Dahindümpelns zu Megapleiten kommen. Zwar ist die Massenverschuldung der Konsumenten noch nicht ganz so weit gediehen wie in den USA, aber aufgrund der strikteren Bestimmungen dürfte die kritische Grenze hier ebenso bald erreicht werden wie dort. Weitere Rückgänge in der Tourismusindustrie, bei den Fluggesellschaften, in der Telekommunikation usw. zeichnen sich ebenso ab wie das Ende der klassischen Automobilkonjunktur, die sich nur noch mittels profitfressender Billigkonditionen weiterschleppt. Jetzt rächen sich die illusionären Groß-Akquisitionen von globalen Überkapazitäten durch die Konzerne, die in Erwartung eines finanzkapitalistischen Endlosbooms durchgezogen worden waren und heute bleischwer auf den Bilanzen lasten. Auch in dieser Hinsicht bildet Deutschland ein Krisenzentrum, weil die transnationalen Unternehmen mit »deutschem« Label aufgrund der überproportionalen Exportlastigkeit der BRD-Ökonomie besonders tief in den Globalisierungsprozeß verstrickt sind.

Das vorläufige Resultat ist ein doppeltes. Zum einen schwillt die Masse der Verschuldung von Privaten und Unternehmen, der faulen Kredite, der großen und kleinen Bankrotte dramatisch an. Dadurch droht großen Teilen des westlichen Bankensystems eine Schieflage, auch wenn bislang die monetären Sicherungssysteme noch halten; immerhin wurde die Bonität insbesondere von US-amerikanischen und deutschen Großbanken bereits herabgestuft. Zum andern wirkt sich der finanzkapitalistische und konjunkturelle Absturz verheerend auf die Staatsfinanzen aus. Der Finanzblasen-Kapitalismus der neunziger Jahre hatte in dieser Hinsicht eine falsche Sicherheit und »Besserung« vorgegaukelt. Während die globalisierten Konzerne praktisch überhaupt keine Steuern mehr zahlten, spülte der breite spekulative Boom dennoch Geld in die Staatskassen; wiederum in besonders großem Umfang in den angelsächsischen Ländern und in der BRD. Diese scheinbare Konsolidierung ging zwar mit Sparprogrammen und sozialer Selektion einher, aber die institutionelle Substanz galt als gerettet. Der finanzkapitalistische Einbruch wirft nun das gesamte Konsolidierungsparadigma über den Haufen.

Als erstes ist neben dem kurzzeitigen »Wunder« der US-Haushaltsüberschüsse der sogenannte Stabilitätspakt der europäischen Währungsunion unter die Räder gekommen. Die feierliche Verpflichtung, die Neuverschuldung unter drei Prozent des BIP zu halten, kann gerade von der BRD, dem einstigen Gralshüter dieses Pakts, nicht mehr eingehalten werden. Das ist zunächst bloß eine Peinlichkeit, öffnet allerdings Tür und Tor für eine neue allgemeine Verschuldungslawine der EU-Staaten, die für die nähere Zukunft nicht nur trotz Konjunkturkrise die Inflation zurückbringen, sondern auch den Euro zu Fall bringen könnte. Ohnehin ist, wie sich im Alltag feststellen läßt, die empirische Inflation weitaus höher als die offiziell ausgewiesene. Die Verschränkung von Inflation und Deflation wäre eine Rückkehr der Stagflation der siebzger Jahre in verschärfter Form.

Dabei handelt es sich vorerst nur um eine noch nicht manifest gewordene Tendenz. Akut dagegen wirkt sich die Baisse als doppeltes Desaster sowohl bei den kommunalen und Länderfinanzen als auch im gesamten Spektrum der sozialen Sicherungssysteme aus. Die von den Zentralstaaten auf die Sub-Instanzen abgewälzte Finanzkrise treibt diese in der BRD ähnlich dramatisch wie in den USA an den Rand des Ruins. Finanzminister Eichel mußte zugeben, daß die Haushalte zahlreicher Bundesländer 2003 verfassungswidrig ausfallen werden. Die erst recht klammen Kommunen können schon jetzt großenteils die Sozialhilfe nicht mehr bezahlen. Arbeitslosen-, Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung, bereits strukturell angeschlagen, stehen viel schneller als erwartet vor der Zahlungsunfähigkeit.

Hinzu kommt eine riesige Deckungslücke in den betrieblichen Pensionskassen der Konzerne, wiederum konzentriert auf die angelsächsischen Länder und die BRD, wo diese Form der Rentenversicherung besonders weit verbreitet ist. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sieht in ihrem jüngsten Bericht darin einen neuen Risikofaktor für die Finanzmärkte. Allein bei britischen Unternehmen summiert sich die Deckungslücke aktuell auf 70 Milliarden Pfund (7 Prozent des BIP), in den USA und in der BRD ebenfalls auf dreistellige Milliardenbeträge. Um nur ein Beispiel zu nennen: Grundig, heute noch 4.000 Beschäftigte zählend, muß für 8.000 ehemalige Angestellte Betriebsrenten zahlen. Das geht nicht mehr gut, wenn der Fluß der Finanzblasen-Gelder versiegt.

Während so die BRD ohnehin einen prominenten Platz in den Charts der Finanz- und Konjunkturkrise einnimmt, erweisen sich plötzlich die fortlaufenden deutschen Vereinigungskosten als zusätzlicher Schlag ins Kontor, während im Hochgefühl des Börsenbooms noch so getan wurde, als könnten sie aus der Portokasse bezahlt werden. Wie unverdaulich die Einverleibung der DDR-Ökonomie war, kommt erst jetzt in vollem Umfang zum Vorschein. Grob gerechnet wurden seit der Vereinigung ungefähr eine Billion Euro Transferleistungen nach Ostdeutschland gepumpt; und dieses Schöpfen in ein Faß ohne Boden geht, weil institutionell festgelegt, ungebremst weiter; es wurden sogar neue Zusatzprogramme auf den Weg gebracht: rund 20 Milliarden Euro extra allein 2002/2003 für Fluthilfeprogramme, Verkehrsinfrastruktur, Investitionsförderung etc. Angesichts der abstürzenden Steuereinnahmen werden hier nicht mehr zu stopfende Löcher gerissen.

Die BRD erreicht dabei ein Krisenniveau, auf dem sich andere EU-Länder schon längst befinden, auch hinsichtlich des Armutspotentials. Aber besonders in den mediterranen Ländern gibt es Puffer, wie sie in Deutschland kaum mehr existieren. Familiale und Clan-strukturen, eine wesentlich breitere Streuung von Wohnungs- und Grundstückseigentum, ja sogar Elemente agrarischer Subsistenzproduktion bieten Überlebens- und Überwinterungsmöglichkeiten, wie sie der vorwiegend protestantische Norden mit der BRD als Zentrum nicht mehr kennt. Deutschland bildet neben den USA und Großbritannien die Speerspitze einerseits von fordistischem Industrialismus, andererseits von postmoderner abstrakter Individualisierung. Dem verstärkten Krisenpotential korrespondiert ein vermindertes Potential »naturwüchsiger« Kompensation.

In den angelsächsischen Ländern befinden sich jedoch Ideologie und institutionelles Gefüge in Übereinstimmung mit dem Prozeß kapitalistischer Restriktion. An die Stelle quasi-vormoderner Puffer tritt hier ein traditionell verankerter innergesellschaftlicher Sozialdarwinismus, der schon seit den Zeiten von Reaganomics und Thatcherismus die sozialen Sicherungssysteme brutal angepaßt hatte, ungebrochen fortgeführt und sogar übergipfelt in der Clinton- und Blair-Ära. In Deutschland dagegen bricht hier ein ungeheurer Widerspruch auf. Einerseits ist die BRD ebenso extrem individualisiert und »postmodernisiert« wie die angelsächsischen Gesellschaften des Kapitals; andererseits gründet sie historisch auf dem Konstrukt der »Volksgemeinschaft«; nicht bloß im Sinne der Blutsideologie, sondern institutionell inkarniert im Staatsbürgerrecht, im Beamtenstatus und in der deutschen Version des auf Bismarck zurückgehenden Ethno-Sozialstaats. Der Sozialdarwinismus ist hier nicht individualisiert, sondern ethnisiert (was in beiden Fällen rassistische Ideologien einschließt).

Traditionell wurde die sozialökonomische Krise der »Volksgemeinschaft« durch die nationalimperiale Aggression nach außen gelöst. Das ist jedoch unter den Bedingungen von Globalisierung und US-amerikanischer Dominanz nicht mehr möglich. Erstens würden territoriale Eroberungen sowieso im Zeichen der transnationalen Betriebswirtschaft keinen nationalökonomischen Gewinn und daher auch keine Alimente für die »Volksgemeinschaft« mehr abwerfen. Zweitens besitzt das Exportzentrum BRD heute keinerlei eigenständige militärische Machtbasis und kann überhaupt nur unter der »Sicherheitsglocke« der letzten Weltmacht USA sowie des davon abhängigen institutionellen Gefüges (Nato, IWF usw.) existieren. Selbst wenn die gesamten Transfergelder für Ostdeutschland in die Rüstung gesteckt worden wären, hätte die in Jahrzehnten des Nachkriegsbooms aufgebaute militärische Vorherrschaft der USA nicht einmal angekratzt werden können.

Beim gegenwärtigen Stand des Krisenprozesses handelt es sich weder um einen allgemeinen Zusammenbruch noch schlechthin um einen Staatsbankrott der BRD. Pleite ist jedoch schon mal die deutsche »Volksgemeinschaft« (alias »rheinischer Kapitalismus«); es kann keinen sozialen Bonus für die ethno-kulturelle »Volksgenossenschaft« mehr geben. Die rotgrüne Regierung steht vor dem Problem, die deutsche durch die angelsächsische Version des Sozialdarwinismus ersetzen zu müssen. Das Zögern und Schwanken in dieser Hinsicht hat bereits den wütenden Protest sämtlicher Funktionseliten hervorgerufen. Zwar läßt man im Rahmen der »Festung Europa« besonders im ostdeutschen »Mezzogiorno« für die Neonazi-Banden klammheimlich das Ventil geöffnet. Aber das alte strategische Bündnis von Mob und Eliten fällt diesmal ins Wasser, die »Volksgemeinschaft« wird von oben aufgekündigt.

In dieser Situation wäre es die endgültige Selbstaufgabe der radikalen Restlinken, wenn sie sich, gesteuert von einem »antideutschen« ideologiekritischen Reduktionismus, sowohl in der äußeren Frage der gesamtimperialen Weltordnungskriege als auch in der inneren sozialen Frage zu einer bloßen Agentur der angelsächsischen Version des Sozialdarwinismus machte. Richtig wäre vielmehr der Versuch, die deutsche »Volksgemeinschaft« auch von unten

aufzukündigen und in einer transnationalen antikapitalistischen Bewegung die konsequente Ideologiekritik aller »völkischen« Kriseninterpretation zu verbinden mit einem ebenso konsequenten Widerstand gegen den gesamtimperialen Weltordnungskrieg und den gesamtdemokratischen Sozialdarwinismus.

---

*Robert Kurz* schrieb in KONKRET 11/02 einen Nachruf auf den Neuen Markt

Konkret 01/03, S. 18

**Sahra Wagenknecht**

# Mythos Demographie

**Die vielzitierte »demographische Entwicklung« ist für die Malaise des Rentensystems nicht verantwortlich.**

Es geht nicht um den Prozentwert eines aus dem fernen Dunst des Jahres 2030 herausscheinenden Rentenniveaus, es geht um einen tiefen Schnitt in das gewohnte Paradigma der Sozialpolitik ...« höhnte die »FAZ« im Herbst 2000, als Arbeitsminister Riester sich gerade aufmachte, die Gewerkschaften mit dem Versprechen eines Rentenniveaus von 67 Prozent zu ködern und diese dem traurigen Rentendeal am Ende tatsächlich zustimmten. Dabei verbargen sich hinter den 67 Prozent bei korrekter Berechnung 64 Prozent, und auch diese hätte nur der statistische »Eckrentner« nach 45 vollbeschäftigten Beitragsjahren erhalten – also niemand.

Nicht allein das wird die »FAZ« damals beruhigt haben. Sie ahnte vor allem, daß der Scheinkompromiß mit den Gewerkschaften die Sendeminuten und das Papier nicht wert war, die seine öffentliche Belobigung und Kritik verbrauchten. Denn Riester konnte den Deal auch deshalb ohne Herzschmerz absegnen, weil er wußte, daß ihn für seine Einlösung in dreißig Jahren kein Mensch mehr haftbar machen würde. »Nach der Rentenreform wird mit Sicherheit vor der Rentenreform sein«, bekundete damals auch Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, seine Zuversicht. Daß Riesters Versprechen allerdings noch nicht einmal zwei Jahre halten würde, hätten vermutlich weder Braun noch die »FAZ« zu hoffen gewagt.

Zwar hat SPD-Fraktionsvize Stiegler den allzu rührigen Herrn Rürup inzwischen einigermaßen grob zurückgepfiffen und Schröder, kaum freundlicher, die unbekümmert in FDP-Gefilden wildernden Grünen gerüffelt – immerhin stehen im ersten Quartal 2003 wichtige Landtagswahlen an, und die SPD-Umfragewerte sind bescheiden. Dennoch kann man sich getrost darauf einstellen: Die nächste Rentenreform kommt noch vor 2006, und das von Rürup im Herbst 2003 zu präsentierende Konzept wird nicht allzuweit von jenen Ideen entfernt sein, mit denen er derzeit die Öffentlichkeit beglückt: Das Rentenalter wird wohl weiter angehoben, die gesetzliche Rente weiter abgesenkt und die Vorruhestandsregelungen werden drastisch verschlechtert; wer im Alter noch halbwegs menschenwürdig leben will, muß tüchtig ansparen – so er es kann und sich zudem nicht den falschen Fonds von seiner Bank aufschwatzen läßt.

Selbstverständlich wird sich diese wie jede Übeltat mit guten Gründen wappnen: Nicht politischer Wille, ausschließlich die desaströse Einnahmesituation der Rentenkassen erzwinge die Änderungen, wird es wieder einmal heißen. In der Tat schreibt die Rentenversicherung notorisch rote Zahlen: Trotz Riesters Erbe und eines Bundeszuschusses in Höhe von immerhin 49,2 Mrd. wird das Defizit in diesem Jahr bei schätzungsweise 3,8 Mrd. Euro liegen. Am 1. Januar steigen aufs neue die Beiträge: von 19,1 auf 19,5 Prozent. So kann es nicht weitergehen! rufen die Rentenmodernisierer. Das Umlagesystem mag zu Bismarcks Zeiten funktioniert haben; heute sei es zu einer unerträglichen Bürde für die junge Generation geworden ...

Schuld ist, wir wissen es seit Blüm, die »demographische Entwicklung«. Lothar Späth hat das Einmaleins des Rentenklaus jetzt im »Handelsblatt« erneut durchbuchstabiert: Die Leute fingen immer später an zu arbeiten, gingen immer früher in den Ruhestand und lebten dann zu allem Überfluß auch immer länger. Immer weniger Erwerbstätigen stünden so immer mehr lebens- und konsumlustige Senioren gegenüber. Unter solchen Bedingungen könne »die jetzige kollektive Rentensystematik für die nächste Generation nicht aufrechterhalten werden«.

Dieser irrwitzige Fehlschluß ist lange genug wiederholt worden, daß ihn nun alle für logisch zwingend halten. Ohne Zweifel gibt es in Deutschland, wie in vielen anderen Industriestaaten, die vielbeschworene Verschiebung in der Altersstruktur. Auf einhundert Einwohner zwischen 20 und 60 Jahren kommen gegenwärtig in der Bundesrepublik vierzig Einwohner über 60. Voraussichtlich – geht man vom Fortbestehen des gegenwärtigen Trends aus – wird das Verhältnis im Jahr 2030 bei hundert zu siebzig liegen. Was die »Uns-gehen-die-Jungen-aus«-Debatte allerdings vergißt bzw. bewußt ausblendet, ist zweierlei: Erstens würde das Problem sich wesentlich reduzieren, wenn wenigstens jeder, der erwerbs*fähig* ist und Lust auf Arbeit hat, auch erwerbs*tätig* sein könnte. Davon trennt uns gegenwärtig eine Kluft von mindestens sechs Millionen fehlenden Stellen. Das heißt: sechs Millionen Menschen in diesem Land wären vermutlich froh, wenn sie die Renten der Rentner miterarbeiten *könnten,* indem man ihnen erlaubte, ihren eigenen Lebensunterhalt durch ein angemessenes Arbeitseinkommen zu sichern.

In diesen Kontext gehört auch die vielbeklagte Verringerung der Lebensarbeitszeit. Daß die Beschäftigungszeit von Arbeitnehmern derzeit im Schnitt bei 37 Jahren liegt – Tendenz abnehmend – , hat seinen wichtigsten Grund keineswegs in der wachsenden Vorliebe für Vorruhestand und Frühpensionierung. Der Hauptgrund liegt darin, daß Unterbrechungen des Erwerbslebens durch Arbeitslosigkeit längst zur Regel geworden sind und jemand, der mit Ende vierzig seinen Job verliert, kaum noch eine Chance zum Wiedereinstieg ins Berufsleben hat. Die von Wirtschaftsbossen und neuerdings von Rürup geforderte Erhöhung der Lebensarbeitszeit würde somit kaum dazu führen, daß rüstige Siebzigjährige in Zukunft an Aldis Kassen sitzen müssen. Sie würde vor allem bedeuten, daß arbeitslose Senioren künftig noch länger in der Sozialhilfefalle

bleiben, ehe sie Anspruch auf ihre Rente erhalten, und daß diese Rente dann noch seltener eine Höhe erreicht, die das Sozialhilfeniveau übersteigt. Das zum einen.

Zum anderen wird ignoriert – und das ist der Kern der demographischen Rentenlüge – , daß zwar die Zahl der Erwerbsfähigen abnimmt, die von ihnen geleistete Arbeit aber von Jahr zu Jahr produktiver wird. In den Neunzigern ist die Produktivität in der Bundesrepublik jährlich im Schnitt um 2 bis 2,5 Prozent gewachsen. Die Zahl der Rentner relativ zu den Erwerbstätigen wird zwischen 2000 und 2040 um schätzungsweise 0,75 Prozent pro Jahr zunehmen. Selbst wenn der Produktivitätsanstieg sich in Zukunft halbieren sollte – wovon nicht auszugehen ist – , wäre die demographische Veränderung durch die wachsende Erzeugungskraft der menschlichen Arbeit somit mehr als ausgeglichen.

Im übrigen ist die Verschiebung der Relation zwischen Arbeitenden und Menschen im Rentenalter durchaus kein neues Phänomen. Dieser Prozeß läuft seit Jahrzehnten. 1960 finanzierten, statistisch gesehen, 4,6 Beitragszahler je einen Rentner. Im Jahr 2000 waren es nur noch 2,4. Das Verhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern hat sich somit in vierzig Jahren annähernd halbiert. Zugleich wurde das Rentenniveau von 60 Prozent Anfang der sechziger Jahre auf 70 Prozent seit Beginn der Siebziger angehoben. Das Umlageverfahren hat diese Veränderungen problemlos verkraftet. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 1,7 Beitragszahler einen Rentner finanzieren. Und das soll per Umlage plötzlich nicht mehr gehen?

Noch eine weitere Zahl ist interessant: Betrachtet man die von den Unternehmen zu zahlenden Sozialbeiträge aller Art, ergibt sich, daß deren Summe seit 1975 konstant etwa 11 Prozent der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ausmacht. Auch der Umfang der Sozialbeiträge insgesamt in Relation zum BIP hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren nicht verändert. Was sich dagegen erheblich verändert hat, ist der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt. Die (bereinigte) Lohnquote, die dieses Verhältnis mißt, ist seit 1980 – und besonders drastisch seit 1990 – in nahezu jedem Jahr gefallen. Inzwischen bewegt sie sich auf einem Level unterhalb des Werts der fünfziger Jahre. Wenn ich allerdings eine gleichbleibende Größe in Relation zu einer abnehmenden setze, dann wächst nach den Regeln der Mathematik der Prozentsatz, der den Anteil der ersteren an letzterer ausdrückt. Die Wurzel des Rentenproblems erschließt sich somit als Ergebnis einfacher Prozentrechnung: Diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, haben immer weniger Anteil an ihm – ein Trend, der das lohnbezogene Sozialversicherungssystem in all seien Elementen auf tönerne Füße stellt.

Nicht also die demographische Entwicklung ist für die Malaise der Rentenversicherung verantwortlich, sondern Lohndumping, niedrige Tarifabschlüsse, Zunahme ungeschützter und ungesicherter Beschäftigung, die Ausweitung von Teilzeitarbeit und natürlich Arbeitslosigkeit. Der Verband der Rentenversicherer hat zu Recht auf die zusätzlichen Gefahren hingewiesen, die der Rentenversicherung aus der Umsetzung des Hartz-Konzepts – Absenkung der Sozialpauschale für »Dienstmädchen«-Jobs und Zwangsleiharbeit zum Billigtarif inklusive – erwachsen. Wenn die Rentenversicherung 2003 erneut mit einem Minus abschließt, sollten die Ursachen hier und nicht in Sterbetafeln und Alterspyramiden gesucht werden. (Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß auch die 1999 im Rahmen des Eichelschen Sparpakets durchgesetzte Kürzung der Rentenbeiträge für Arbeitslose ihren Beitrag zur Verschärfung des Problems geleistet hat.)

Aus der Misere gäbe es mehrere vernünftige Auswege. Der erste und naheliegendste wäre, die Gewerkschaften bewiesen dem Kapital einmal wieder, daß sie nicht nur kungeln, sondern auch kämpfen können und brächten auf diese Weise die Lohnquote sukzessive zurück auf das Niveau der siebziger Jahre. Für diesen Weg sprechen viele gute Argumente, gegen ihn, leider, spricht die derzeitige Verfaßtheit der Gewerkschaften, zumindest ihrer Oberhäupter. Eine andere Variante – nicht alternativ zur ersten, sondern durchaus ergänzend – bestünde darin, die Art der Finanzierung der Rentenversicherung zu verändern. Indem beispielsweise Einkommen aus Zinsen, Dividenden und Mieten in gleicher Weise wie Arbeitseinkommen herangezogen würde und – vor allem – der sogenannte »Arbeitgeberanteil« nicht mehr als fixer Prozentsatz der Lohnsumme im Unternehmen berechnet würde, sondern auf Basis der gesamten betrieblichen Wertschöpfung. Die Höhe der von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialbeiträge würde dann durch dessen Gewinne mitbestimmt. Das hätte nebenbei den Vorteil, daß arbeitsplatzvernichtende Rationalisierung nicht länger durch sinkende Beitragspflichten belohnt würde und Westerwelle uns nicht mehr mit der Platitüde nerven könnte, hohe »Lohnnebenkosten« verursachten Arbeitslosigkeit. Während gegenwärtig tatsächlich ein Unternehmen um so stärker zur Kasse gebeten wird, je mehr Mitarbeiter es beschäftigt, bedeutet eine Finanzierung der Sozialabgaben anteilig zur Wertschöpfung, daß Unternehmen mit hohen Gewinnen höhere Beiträge zu zahlen hätten; kleine und mittlere Betriebe, die zumeist arbeitsintensiv produzieren, würden dagegen durch eine solche Regelung entlastet.

Es gäbe also Wege, die Probleme der Rentenversicherung in den Griff zu bekommen – ohne Absenkung der Leistungen, ohne Erhöhung des Rentenalters. Die Ergänzung bzw. teilweise Ersetzung des Umlage- durch das Kapitaldeckungsverfahren, kurz: die Teilprivatisierung der Rente, löst dagegen kein einziges reales Finanzierungsproblem. Es gibt nämlich keinen plausiblen Grund, weshalb in einem System, wo jeder für sich selbst vorsorgt, am Ende insgesamt mehr Geld zur Verfügung stehen sollte als in einem umlagefinanzierten. Dies verhielte sich nur dann so, wenn die Investitionen gegenwärtig wegen *Kapitalmangel* – d. h. wegen zu geringer Sparquoten – niedrig wären. Das Gegenteil ist

aber der Fall. Der in der Bundesrepublik seit Jahren rückläufigen Investitionsrate steht ein permanent wachsendes Geldvermögen gegenüber. Eigentümer desselben sind nicht nur reiche Privatiers, sondern in zunehmendem Maße die Wirtschaftsunternehmen selbst. Große Konzerne (sehen wir von der beliebten Volksaktie Telekom ab) arbeiten seit Jahren überwiegend mit positivem Finanzierungssaldo, d. h. sie deponieren mehr Geld in Finanzanlagen als sie insgesamt an Schulden haben. 40 Cent von jedem Euro nichtausgeschüttetem Gewinn werden in Aktien bzw. – derzeit bevorzugt – Anleihen und Geldmarktpapieren angelegt.

Finanzierungssorgen haben allenfalls kleine und mittlere Firmen, denen die Großbanken oft genau dann den Kredithahn zudrehen, wenn sie das Geld am dringendsten brauchen. Aber deren Kreditchancen werden durch die Privatisierung der Rente nicht gestärkt. Die »FAZ« hatte von Beginn an ein gutes Gespür, wohin das Geld fließen dürfte: »Die Rentenreform ist ein positiver Liquiditätsimpuls für Aktien« (18.10.00) und »Aktienmärkte profitieren langfristig von der Rentenreform« (2.3.01) lauteten die Kommentare im Wirtschaftsteil. Etwa 30 Mrd. Euro zusätzlicher Anlagegelder werden allein durch Riesters Rentenreform ab 2008 in der Bundesrepublik erwartet. Spätestens sie sollen die dümpelnden Finanzmärkte offenbar wieder auf Trab bringen, die Aktienfonds füllen und die Gewinne ihrer Anbieter nach oben treiben. Ein Drittel des Geldes wird staatlich gesponsert sein. Milliarden an Steuermitteln und die Alterssicherung von Millionen Menschen werden so zum Spekulationsobjekt von Finanzkonzernen und zum Spielball der Kursentwicklung an den internationalen Kapitalmärkten.

Eindrucksvolle Ergebnisse derartiger Operationen lassen sich derzeit in den USA besichtigen. Von den 99 Millionen US-Bürgern, die Gelder in private Pensionssparpläne einzahlen, nehmen 58 Prozent an sogenannten 401-(k)-Sparplänen teil. Sie sparen einen Teil des Gehalts steuerfrei bei ihrem Arbeitgeber, der dieses Geld in diversen Anlageformen, bevorzugt natürlich eigenen Unternehmensaktien, investiert. Insgesamt 1,64 Billionen Dollar Pensionsgelder werden zur Zeit in dieser Anlageform verwaltet, drei Viertel davon sind in Aktien angelegt. Alle viertel Jahre werden die Sparer über den Wert ihres Vermögens – und damit ihrer Alterssicherung – informiert. Seit zwei Jahren steigt pünktlich mit Versendung dieser Kontoauszüge der Absatz an Herztropfen, Schlaftabletten, Alkohol und die Zahl der Überstunden in psychiatrischen Praxen. Und dabei kann froh sein, wer überhaupt noch etwas hat. Als der Pleitekonzern Enron vor Jahresfrist Gläubigerschutz beantragte, verloren etwa 20.000 Mitarbeiter über 850 Millionen Dollar Pensionsgelder. Im Unterschied zu Enron-Chef Ken Ley, der seine Millionen ins Trockene brachte, konnten sie ihre Aktien noch nicht einmal verkaufen, als der Unternehmenswert sich bereits im freien Fall befand und das drohende Ende absehbar war. Der Fall einer 56 Jahre alten Mitarbeiterin, die es durch lebenslanges Sparen auf ein Pensionsguthaben von 300.000 Dollar gebracht hatte und nach dem Desaster keine 20.000 Dollar mehr besaß, wurde tränenreich in der Boulevardpresse aufbereitet. Der Frau nützte das wenig; Rentenansprüche über das Angesparte hinaus hat sie kaum. Und Enron ist nur ein Beispiel von vielen.

Das Argument gegen die Umlage – die arbeitenden Generationen könnten die Renten der vielen Rentner nicht mehr finanzieren – wäre ohnehin, wenn es zuträfe, auch ein Argument gegen die kapitalgedeckte Rente. Denn die Rentner jeder Generation leben unbedingt und immer von dem, was die zu ihrer Rentenzeit Erwerbstätigen produzieren; sie leben nie von dem, was sie einst selbst erarbeitet haben. Ganz gleich, ob die Renten per Umlage finanziert werden oder ob die Senioren ihre in Aktien und Anleihen angelegten Gelder allmählich abschmelzen: Wieviel sie mit diesem Geld kaufen können, hängt davon ab, wieviel aktuell produziert wird. Die schönste Rendite wird sofort inflationär entwertet, wenn ihr in der Zeit, in der ihre Eigner sie ausgeben möchten, nicht ein Plus an real produzierten Gütern gegenübersteht.

Wer ohne Umlage am Ende mehr hat, sind nicht alle, sondern einige: diejenigen nämlich, die dank hoher Einkommen viel ansparen können und als gute Kunden von Banken und Vermögensverwaltern auch nach bestem Wissen beraten werden. Je breiter die private Säule, desto weniger müssen sie an jene abgeben, die wegen Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Krankheit oder aus anderen Gründen keine ausreichende Vorsorge betreiben können und dann eben leer ausgehen. Zu den Nutznießern gehören natürlich auch Banken und Versicherungen, denen der staatlich gesponserte Liquiditätsschub Milliardenprofite bringt. Und nicht zu vergessen: Die Unternehmen – ausschließlich sie! – profitieren von der Deckelung der Beiträge, denn zur privaten Vorsorge gibt es keinen »Arbeitgeberanteil«. Die Beschäftigten dagegen werden – zählt man gesetzliche Beiträge und private Vorsorge zusammen – belastet wie noch nie. Und sehen Renten entgegen, die das gegenwärtige Niveau bei weitem nicht mehr erreichen dürften.

Das Argument, die Rentenreform entlaste die jüngere Generation, ist deshalb besonders zynisch. In Wahrheit findet eine bloße Umfinanzierung statt. Jene Milliarden, die die Unternehmen sparen, werden die Lohnabhängigen zusätzlich aufbringen müssen – soweit sie es können. Viele Rentner wird die Privatisierung der Vorsorge unter die Sozialhilfeschwelle drücken. Ein abhängig beschäftigter Durchschnittsverdiener mit den derzeit üblichen 37 Arbeitsjahren wird schon nach Riesters »Reform« nur noch eine Rente von etwa 53 Prozent seines Nettoeinkommens nach Hause tragen. Niedrigverdiener oder längerfristig Arbeitslose haben keine Chance. Zumal letztere auch zu denen gehören, für die »private Vorsorge« nie mehr als ein schöner Traum sein wird. Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes kann sich ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung keine private Altersvorsorge leisten. Ein Viertel aller Haushalte kann nach dieser Untersuchung im Monat noch nicht einmal 50 Euro sparen. Man sollte sich also vielleicht weniger wundern, weshalb die Nachfrage nach Riester-Produkten sich in Grenzen hält und von den insgesamt 32 Millionen Förderberechtigten bisher

kaum ein Zehntel eine entsprechende Police abgeschlossen hat. Das Geschwätz von der privaten Altersvorsorge des kleinen Mannes und vom künftig höheren Gesamtrentenniveau ist wissentliche Lüge.

Daran ändern auch die Milliarden Euro staatlicher Förderzuschüsse nichts, die die private Rentensäule stützen sollen. Denn deren Verteilung erfolgt bibeltreu: Wer hat, dem wird gegeben. Während eine Verkäuferin mit einem Bruttoeinkommen von 1.500 Euro ab 2008 Aussicht auf eine Zulage von 13 Euro im Monat hat, kann ihr Chef bei einem Einkommen von 4.000 Euro mit einem Steuervorteil von etwa 70 Euro monatlich rechnen. Selbst die 13 Euro monatliche Zulage aber stehen nur dem zu, der die vorgegebene Rate des Einkommens – 4 Prozent ab 2008 – tatsächlich spart. Wer nicht genug hat und deshalb nichts sparen kann, der kriegt auch nichts.

Insgesamt dürfte Riester-Rürup II, wie schon Riester I, die verfügbaren Einkommen und damit die Kaufkraft der Beschäftigten weiter schwächen und dadurch die Investitionsquoten zusätzlich nach unten drücken. Steigenden Vermögenstiteln wird somit eher ein schrumpfender realer Warenkuchen gegenüberstehen. Spätestens wenn dann tatsächlich mehr Rentner Guthaben einlösen als junge Menschen Geld anlegen, droht die Entwertung und der Crash.

Wie bei im Grunde allem, was heutzutage »Reform« heißt, geht es also auch bei der Rentendebatte nicht um die Lösung realer Probleme, sondern um Interessenpolitik. Die angeführten Zahlen des Statistischen Bundesamtes dürfte auch Gerhard Schröder kennen. Ohne Skrupel werden somit Verarmung und soziale Not in einem Ausmaß in Kauf genommen, das man bei Bedarf auf den Straßen von Los Angeles oder London heute schon in Augenschein nehmen kann. Und der agile Herr Rürup soll durchaus nicht nur der gesetzlichen Rente den Gnadenschuß geben. Er ist ausdrücklich auch mit der Reform des Gesundheitswesens beauftragt. Richtungsweisende Vorschläge wie die Abschaffung des Arbeitgeberanteils und Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfprämie von 200 Euro zur Abdeckung des »Grundbedarfs«, bei Privatisierung des Risikos für alles Weitere, hat er bereits ins Gespräch gebracht. Möglicherweise erledigt sich über diesen Weg irgendwann sogar das Rentenproblem.

---

*Sahra Wagenknecht* hat zuletzt das Buch »Die Mythen der Modernisierer« (Dingsda Verlag) veröffentlicht

Konkret 01/03, S. 20

**Jenna L. Brinning**

# Links & Rights

Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut, gab das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer vergleichenden Studie über Großbritannien und Deutschland auf www.diw.de letztes Jahr bekannt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß gerade Kinder nicht erwerbstätiger Alleinerziehender von der Armut betroffen seien – der Weg aus der Armut führe über eine Vollzeitbeschäftigung des Elternteils.

Während in Übersee das Problem der »working poor« ein eigenständiges Forschungsfeld darstellt, denkt man in Europa bei dem Stichwort Armut noch immer vorwiegend an Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Nach einer Studie für das Geneva International Labour Office von Strengemann-Kuhn (http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/hauser/strengma.htm) steht Deutschland auf einer der untersten Stufen in der europäischen Armutsrangliste, es gibt hier aber immerhin, bei einer Armutsrate von insgesamt 9,1 Prozent, 7,7 Prozent Armut in Haushalten mit mindestens einem erwerbstätigen Mitglied bzw. 5,5 Prozent Armut unter Erwerbstätigen. Die Ursache der deutschen Armut unterscheidet sich mit Ausnahme Großbritanniens deutlich von der in anderen europäischen Staaten: Während 73,3 Prozent aller in Armut lebenden Europäer den Haushaltskontext als Grund für die Armut angeben, nennen in Deutschland 42,5 Prozent ein zu geringes Einkommen als Ursache. Zum Vergleich: In Portugal geben nur 9,6 Prozent dieselbe Begründung an, wobei Arbeiter in Portugal die höchste Armutsrate in Europa aufweisen (24,7 Prozent). Ob die in Deutschland vertretenen Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z. B. Niedriglöhne und geringfügige Beschäftigung, der Armut entgegenwirken, bleibt fraglich.

Attac analysiert den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung unter http://www.attac-netzwerk.de/

giessen/sozsi/grundlagen4.htm, in dem die ungleichmäßige Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik evident wird. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ihre eigene Studie online unter http://www.bpb.de zugänglich gemacht, und »Sozialpolitik aktuell« bringt ebenfalls Beiträge über Armut in Deutschland (http://www.sozialpolitik-aktuell.de/index.htm).

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (www.dihk.de) fordert eine Reform des Sozialstaats. Eine Senkung der Sozialhilfe und ihre Zusammenlegung mit Arbeitslosenhilfe wurde in den letzten Jahren immer wieder gefordert in der Annahme, mehr als drei Millionen neue Jobs könnten dadurch entstehen. Man unterstellt, daß Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose aus eigenem Antrieb nichts für ihre Erwerbstätigkeit unternehmen würden. Nun, wer nur die Wahl hat zwischen Armut in Arbeit und Armut in Arbeitslosigkeit, hat keine Wahl.

Konkret 01/03, S. 21

**Ralf Schröder**

# Gans, du hast den Fuchs gestohlen...

**Die »Taz« erklärt, warum Israel keine deutschen Transportpanzer kriegen darf. Und noch ein paar andere Dinge.**

In der ARD-Sendung »Bericht aus Bonn« wurde am 6. Dezember eine Erhebung vorgestellt, die deutlich machte, daß sich die Deutschen von ihrer Führung gegenwärtig restlos verraten fühlen. Die einzige Frage, so Moderator Thomas Roth, in der die Regierung die Witterung für die Affekte des Volkes noch nicht verloren habe, sei offensichtlich die der Waffenlieferungen an Israel. 71 Prozent der Angesprochenen hatten sich in der Umfrage gegen die Lieferung der von Israel gewünschten und hierzulande produzierten Truppen-Transport-Panzer vom Typ »Fuchs« ausgesprochen. In der gleichen Sendung wurde augenzwinkernd gemeldet, im Verteidigungsministerium habe man nun einen eleganten Kniff gefunden, die von Israel gewünschten Geräte zu verweigern: Man würde einfach behaupten, die Bundeswehr brauche die Panzer selbst. Patriot-Luftabwehr-Rakten hingegen könne Israel bekommen, allerdings nur zwei statt der bestellten sechs Batterien. Die endgültigen Entscheidungen über diese Fragen waren bei Redaktionsschluß noch nicht gefallen.

Die übelsten Beiträge zu dieser Debatte, in der Israel vielerorts ganz selbstverständlich als ein Schurkenstaat behandelt wurde, kamen von den Neonazis und der »Taz«. Unter dem Motto »Hände weg von Palästina – Keine deutschen Waffen für Israel« veranstalteten NPD & Co. eine Demonstration in Berlin. Diese Überschrift hätte auch zu zwei Kommentaren gepaßt, die die notorisch klugscheißerische Bettina Gaus für die »Taz« schrieb. Daß sich Gaus hier als ideelle deutsche Gesamtfachfrau für moralische und israelische Angelegenheiten zeigt, verwundert nur bedingt. Die alternative Betriebsnudel, die sich selbst irrtümlich für eine kritische Journalistin hält, tat schon in ihrem vor zwei Jahren erschienenen Buch über Politik und Journalismus in Deutschland angestrengt so, als spräche sie lauter tabuisierte Wahrheiten aus. Neben der »Politikverdrossenheit« klagte sie über eine wachsende »Distanz zwischen Regierenden und Regierten«, der »große Einfluß der verschiedenen Lobbygruppen« war ihr nicht geheuer, und dann kam sie noch zu einer besonders bahnbrechenden Erkenntnis: »Ohne die prinzipielle Bereitschaft zum Kompromiß ist Politik nicht zu gestalten.« Unter die politologischen Platitüden zur Lage der Republik mischte Gaus auch die basisdemokratische Idee, den deutschen »Nationalfeiertag« auf jenes Datum zu verlegen, »an dem die Bewohner der DDR die Mauer überrannten«.

Jetzt, am 3. Dezember, wollte sie die Bundesregierung in ihrem vermeintlichen Antikriegskurs bestärken und schrieb in der »Taz« u. a. die folgenden, an Perfidie kaum zu übertreffenden Sätze: »Auch die Lieferung von Luftabwehrraketen an Israel hinterläßt ein Gefühl des Unbehagens. Der Westen kann den Irak nur dann attackieren, wenn die Sicherheit Israels wenigstens einigermaßen gewährleistet ist ... Jede Rakete für Israel bedeutet zugleich die indirekte Unterstützung einer Attacke auf Bagdad, mag das der Bundesregierung nun gefallen oder nicht.« Das heißt: Weniger Sicherheit für Israel bedeutet weniger Krieg im Nahen Osten. Während Gaus die Lieferung der Luftabwehrraketen so gerade eben noch akzeptieren kann, bleibt sie bei den Fuchs-Panzern hart: Es sei »schwer erträglich, daß eine palästinensische Familie stirbt, weil Deutschland für sicheren Transport jener Soldaten gesorgt hat, die sie tötete«. Eine wirklich gelungene Verwechslung: Als ob es die israelische Armee sei, und nicht die Kader und Anhänger Arafats und der palästinensischen Islamorganisationen, die sich die Ermordung möglichst vieler feindlicher Zivilisten zum Ziel gesetzt haben.

Dann kam der israelische Staatspräsident nach Deutschland, und Gaus schrieb: »Wenn Mosche Katsav im Vorfeld seines Besuches erklärt, eine deutsche Ablehnung der israelischen Anfrage nach deutschen Transportpanzern werde zu großer Enttäuschung führen, und wenn er zugleich jede Zusage ablehnt, daß dieses Gerät nicht in palästinensischen Gebieten eingesetzt werde«, dann könne die Visite nicht zum »Freundschaftsspiel« geraten. Obwohl ein solches im deutsch-israelischen Verhältnis gerade jetzt »besonders wichtig« wäre, denn: »Es könnte der Klarstellung dienen, daß zumindest die einflußreichsten Politiker dieses Landes jede Form des Antisemitismus ablehnen.«

Durch seine Taktlosigkeit aber hat der israelische Staatspräsident nicht nur eine entschiedene deutsche Manifestation gegen den Antisemitismus verhindert (und dem Antisemitismus Vorschub geleistet), sondern auch einer »moralfreien Machtpolitik« in die Hände gespielt: »Washington mag es in psychologischer Hinsicht nützlich finden, Deutschland und Israel aufeinanderzuhetzen und somit jeden Einspruch gegen einen Angriffskrieg auf den Irak mit dem Stigma des latenten Antisemitismus zu versehen. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach seiner Staatsgründung sollte sich Israel dafür nicht hergeben.« Man sieht also: Israel nutzt jede Chance, die Deutschen zu provozieren. Und die grüne Israelkritik arbeitet nicht mit antisemitischen Ressentiments, sondern empirisch.

Nicht einmal als Freund des Menschenrechts mochte sich der israelische Staatspräsident präsentieren. Statt dessen mißbrauchte er die deutsche Gastfreundschaft durch den Versuch, »kurzfristige Interessen seines Landes unter dem protokollarischen Schirm eines Staatsbesuches durchzusetzen«. Angesichts der Tatsache aber, daß »nicht alle Deutschen« der Ansicht sind, »daß der historische Mord an den europäischen Juden jede Menschenrechtsverletzung an Palästinensern unter dem Gesichtspunkt der Prävention israelischer Sicherheit rechtfertigt«, wäre es »hilfreich gewesen, wenn deutsche

Menschenrechtsaktivisten den israelischen Präsidenten Mosche Katsav ... an ihrer Seite gefunden hätten. Schade, daß dem nicht so war.«

Damit wären alle Fragen gerade noch rechtzeitig geklärt. Denn dort, wo die Israelkunde bisher heimisch war, steht jetzt: »Die Seite www.juergenwmoellemann.de wurde auf Wunsch von Herrn Möllemann deaktiviert.«

---

*Ralf Schröder* schrieb in KONKRET 12/02 über die deutschen Medien im Tschetschenienkrieg

Konkret 01/03, S. 22

**Bernhard Schmid**

# Der Schnauzbart

**Beim Reden über einen neuen Irakkrieg sollten die Interessen der Großmächte ernster genommen werden als ihre Worte.**

Es gebe »im Prinzip keine Unvereinbarkeit zwischen den Interessen Washingtons und Bagdads«. Die Erklärung Zbigniew Brzezinskis, des Sicherheitsberaters von US-Präsident Carter, erschien in »Le Monde« am 20. September 1980. Zwei Tage später bombardierte die irakische Luftwaffe die iranischen Städte Teheran, Isfahan und Abadan. Der Krieg sollte fast acht Jahre dauern und mindestens eine Million Menschenleben kosten.

Brzezinski, der Animateur des Gemetzels, wußte, was er tat. Die irakische Führung wußte es nicht. Denn schon ein paar Tage später, trafen in Paris Emissäre mit einflußreichen US-Vertretern zusammen, unter ihnen wahrscheinlich ein gewisser George Bush sr., ehemaliger Chef der CIA. Die Amerikaner hatten eine seltsame Bitte: Das islamistische Regime in Teheran möge die 52 amerikanischen Geiseln, die seit der Botschaftsbesetzung im Sommer 1979 im Land festgehalten wurden, nicht vor den Präsidentschaftswahlen in den USA freilassen. Dem Amtsinhaber Jimmy Carter sollte nicht durch einen solchen Erfolg eine zweite Amtszeit beschert werden (Näheres dazu bei Barbara Honneger: *October Suprise*, 1989). Die Ajatollahs spielten mit: Sie ließen die Geiseln am Tag der Amtseinführung des Wahlsiegers Ronald Reagan frei.

Und wurden dafür belohnt. Ab Anfang 1981 begannen die USA, die Islamische Republik Iran großzügig mit Waffen zu beliefern, wofür wiederum die Iraner dafür sorgten, daß US-Geiseln im Libanon freigelassen wurden, und Geld zur Finanzierung der nicaraguanischen Contra-Terroristen bereitstellten, die durch einen Beschluß des US-Kongresses offiziell nicht mehr unterstützt werden durften. Nach ihrer Aufdeckung im Jahr 1987 bekam die Affäre den Namen »Irangate« und hätte beinahe die Karriere des Ronald Reagan vorzeitig beendet. Mit den amerikanischen Waffenlieferungen, so berichteten die französischen Zeitungen »Libération« und »Le Monde« im Juli 1983 unter Beigabe von Originaldokumenten, habe die iranische Armee ab Frühjahr 1982 anfänglich vom Irak gewonnenes Territorium zurückerobern können. Doch auch die Iraner wußten nicht alles.

Wie die »New York Times« am 27. Januar 1992 enthüllte, hatte die Reagan-Administration 1982 den Beschluß gefällt, Waffenlieferungen in den Irak zu erlauben, »um eine Niederlage Saddam Husseins gegen den Iran zu verhindern«. CNN berichtete einen Monat später, US-Militärs hätten seit den achtziger Jahren und noch bis Juli 1990 (also einen Monat vor dem Einmarsch in Kuwait) die irakische Armee mit Satellitenbildern über die Truppen in der Region versorgt. In jüngerer Zeit, am 20. August dieses Jahres, präzisierte der Sender NBS, ab 1982 sei vor allem ein Mann – als Sonderbeauftragter des Präsidenten Reagan für den Mittleren Osten – für die Beziehungen zu Bagdad zuständig gewesen. Er sollte dann auch ein Jahr später in Bagdad die Hand des irakischen Dikators drücken: Donald Rumsfeld, heute US-Verteidigungsminister.

Was lehrt das? Es lehrt, die hehren Reden nicht so ernst zu nehmen, wenn es um Interessen von Großmächten geht. Imperialistische Realpolitik ist in erster Linie zynisch und basiert auf dem Recht des Stärkeren. Ideologische Affinitäten spielen nur ausnahmsweise eine Rolle. Die Politik nahezu aller westlichen Führungsmächte gegenüber den beiden Diktaturen im Iran und Irak zielte jahrelang darauf, beide möglichst gleichmäßig aufzurüsten, auf daß sie sich gegenseitig in Schach halten bzw. niedermachen konnten. Der mal kalte, mal heiße Krieg sorgte dafür, daß die Petrodollars in die Metropolen zurückflossen, anfangs vor allem für Rüstungskäufe, später auch für Wiederaufbauzwecke. Zugleich lieferte der Kriegsschauplatz am Golf ein hervorragendes Testfeld für Spitzentechnologien.

Auch die Politik der Bundesrepublik folgte überwiegend dieser westlichen Gesamtstrategie. Daß deutsche Firmen an der Lieferung von Komponenten für Massenvernichtungswaffen in den Irak beteiligt waren, hat bereits im Golfkrieg von 1991 Teile der deutschen Linken dazu verführt, Parallelen zum Zweiten Weltkrieg zu entdecken. Die Begriffe »deutsche Firmen«, »Gaslieferung« und »Angriff auf Israel« verknüpften sich zu einer Assoziationskette, die von Hitler und dem Holocaust direkt zu Saddam Hussein führte. Daß auch die USA oder Frankreich an der bakteriologischen und chemischen Aufrüstung des Irak beteiligt gewesen waren, wurde verdrängt.

Thomas von der Osten-Sacken knüpft in KONKRET 12/02 an diese Assoziationskette an, um noch sehr viel weitergehende Schlüsse daraus zu ziehen. In seinem historisch-ideologischen Schattentheater, bei dem der Spielplan von 1939 sich hinter jenem von 1991 und 2003 abzeichnen soll, müssen die Kriegsgegner zu zumindest dämlichen, wenn nicht übelwollenden Kumpanen des neuen Hitler werden. Einige seiner Versuche, die internationale Konstellation lesbar zu machen, kollidieren jedoch mit der Wirklichkeit. »Amerikaner und Briten einerseits«, schreibt er unter Bezugnahme auf den Zweiten Golfkrieg, hätten »eine konsequente militärische Aktion« gegen einen »totalitären Diktator« gefordert, während andererseits »die Deutschen, unterstützt von der Mehrheit der Bevölkerung in Europa und der Dritten Welt«, den Wiedergänger Hitlers unterstützt hätten. Wenn die Amerikaner im Kampf gegen einen neuen Hitler standen, warum beschlossen sie dann, daß Saddam im Anschluß an den Krieg an der Macht bleiben solle? (Nachzulesen in den Memoiren des damaligen Außenministers James Baker.)

Von der Osten-Sacken scheint wild entschlossen, im Wirken der USA in bezug auf den Nahen und Mittleren Osten das eines  vielleicht gegen seinen Willen  »objektiv fortschrittlichen« Beförderers von Aufklärung und Revolution zu sehen. Als Beispiel führt sein Koautor Thomas Uwer die Rolle Napoleons als Ausbreiter der bürgerlichen Revolution an. Wie gut solche schematischen Konzepte in der Geschichte aufgehen, zeigt gerade Deutschland. Die Reaktion, die Napoleon hier hervorrief, war nicht die Revolution, sondern der preußische »Befreiungskrieg«, der es den Vorläufern der Völkischen erlaubte, bürgerliche Emanzipation für weitere 150 Jahre zu verhindern. Wenn von der Osten-Sacken in der »Jungle World« meint, die derzeitige Unruhe der iranischen Studenten sei eine Frucht der Nahostpolitik des US-Präsidenten Bush, so ist auch hier das Gegenteil wahr: Eine Einmischung der USA wäre das sicherste Mittel, die iranische Emanzipationsbewegung zu stoppen. Davon würden alle identitätspolitischen Reaktionäre, allen voran die Islamisten, nur träumen. Es gibt gute Gründe, im Iran zu rebellieren, vom staatlichen Tugendterror bis zur bitteren sozialen Lage. Keiner dieser Gründe hat irgendwas mit Bush zu tun.

Die Luftfahrtzeitschrift »Air et Cosmos« berichtete Anfang September über die Wunderwaffen, welche die Militärmächte für den Einsatz im Irak vorsahen. 1991 war die neuste Errungenschaft der USA die sogenannte C-Bombe: Eine sauerstoffvernichtende Waffe, deren »Vorteil« darin bestehen soll, »nur« Menschen (und Tiere) zu töten und Waffen oder andere Geräte unversehrt zu lassen. Die jüngste Geheimwaffe, welche die USA unbedingt im Irak testen wollen, heißt E-Waffe. Sie tötet Mensch und Tier durch elektromagnetische Wellen, die Fleisch verbrennen, und schaltet elektronische Geräte aus, läßt aber ebenfalls das technische Material unversehrt. Eine Linke, die zu solchem Geschehen aus der Ferne Beifall klatscht, kann mir gestohlen bleiben. Oder sollten Rumsfelds Verbrechen von 1983 jene des Jahres 2003 rechtfertigen?

Nicht besser ist eine Linke, die die irakische Diktatur zum Bannerträger der Befreiung umlügt. Ein jüngst in Frankreich veröffentlichter Dokumentarfilm (»Irak  d une guerre à l autre«) zeigt den Redakteur Rainer Rupp von der »Jungen Wel im Gespräch mit dem irakischen Vize-Regierungschef Tarik Aziz und dokumentiert die völlig unterwürfigen und kritiklosen Fragen, die er und sein Kollege, der belgische Kommunist Michel Collon, dem Repräsentanten eines Folterregimes stellen: »Was halten Euer Exzellenz von den kriminellen Plänen der USA, den Irak anzugreifen?«  Aziz: »Wie Sie bereits sagten, es handelt sich um kriminelle Pläne ...«

---

*Bernhard Schmid* schrieb in KONKRET 7/02 über den Erfolg Le Pens

Konkret 01/03, S. 23

**Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken**

# ... muß weg!

**Wie die deutsche Friedensbewegung in Bomben auf Bagdad Bomben auf Dresden wiederkennt.**

»Warum muß die Menschheit immer nur Krieg führen?« Hannah Arendt legte die Frage einem ideellen gesamtdeutschen Gesprächspartner in ihrem Essay »Besuch in Deutschland« in den Mund. »Der Durchschnittsdeutsche«, schrieb sie weiter, »sucht die Ursachen des letzten Krieges nicht in den Taten des Naziregimes, sondern in den Ereignissen, die zur Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies geführt haben.«

Diese eigentümliche Haltung zu einem Krieg, den Deutschland begonnen und als Vernichtungskrieg geführt hatte, findet sich als frühe Nachkriegslüge in fast allen Berichten wieder, die Beobachter der Alliierten über das besiegte Deutschland verfaßten, etwa Martha Gellhorn, Janet Flenner, Ilja Ehrenburg oder Stephen Spender, der seine Interviews im Auftrag der britischen Armee führte. Wie vorzüglich die laute Rede vom Krieg sich eignet, über die Verbrechen zu schweigen, die dem Krieg vorangingen, weiß in Deutschland ohnehin jeder, dem nicht die Gnade sehr später Geburt oder frühkindlicher Taubheit widerfahren ist. Die mit bebender Stimme vorgetragene Klage über zerstörte Städte und die Schrecken des Krieges steht immer in Konkurrenz zum pflichtschuldigen Eingeständnis des Massenmords. Kriege, so lautet die deutsche Friedenslüge, sind größeren Invarianten der Menschheitsgeschichte geschuldet als den Taten und dem konkreten Willen der Beteiligten, und die durch sie entfesselte Gewalt stellt jedes andere Verbrechen in den Schatten.

»Als endlich Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer erklärten, Deutschland werde sich nicht am Krieg gegen Irak beteiligen, ging ein Aufatmen durchs Land ...« Der Satz stammt von Professor Ullrich Gottstein, Ehrenvorsitzender der deutschen Sektion der Ärzte gegen den Atomtod (IPPNW) und führender Repräsentant der Friedensbewegung. Gottstein war einer der Podiumsteilnehmer der im November in Berlin abgehaltenen Konferenz über »Irak – Alternativen zu Krieg und Embargo«, die unter anderem von Attac, der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und den Bundesausschuß Friedensratschlag getragen wurde. »Wir Deutsche wissen noch genau, was Krieg bedeutet«, fuhr Gottstein fort, »noch sind nicht alle Kriegsschäden beseitigt, noch trauern viele Menschen um ihre gefallenen Männer und Söhne, viele um ihre Väter, Geschwister und Mütter, um ihre verlorene Heimat.« Die Lehre, die Gottstein daraus für den Irak zieht, ist folgerichtig: »Lieber soll der augenblickliche Zustand erhalten bleiben als wieder Krieg, Zerstörungen und Massentötungen und dann ein neues Regime, etwa unter amerikanischer Führung.« In Folge eines Krieges drohten zudem »Revolutionen in den arabischen Ländern« auszubrechen.

Die Wortwahl ist kein Zufall und auch die implizite Losung, Krieg sei schlimmer als Faschismus, keine absichtslose Tölpelei. Angesichts eines drohenden Sturzes Saddam Husseins mutiert die deutsche Friedenslüge von einst zur Anklage gegen die alliierten Siegermächte und ihren »totalen Krieg«. »Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, daß es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft.« Den Satz aus der Urteilsbegründung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals richtet die Illustrierte »Stern« heute gegen die USA. Bereits als im Dezember 2001 zum erstenmal konkret über einen möglichen Irakkrieg gesprochen wurde, erklärte Herbert Kremp in der »Welt am Sonntag«, wie sich die Verbrechen der Deutschen im gegenwärtigen Krieg der einstigen Anti-Hitler-Verbündeten wiederholen: »Es ist ein Anti-Terrorismuskrieg im Gange, der keine Grenzen kennt und der Öffentlichkeit verborgen bleibt ... Sein Wesen ist total und unberechenbar, jenseits aller Konventionen und fern des Völkerrechts. Es gibt keinen *iustus hostis*, keinen ehrenhaften Feind, nicht den *ésprit géométrique* des alten Frontenkrieges, nicht die Trennung von militärischer und ziviler Sphäre – statt dessen Kopfjagd und die Logik der Vernichtung. In diesem Krieg der alten und neuesten Waffen liegt mehr auf der Waagschale als Sprengstoff und Stahl – wie Ernst Jünger einst formulierte.«

Zitiert findet sich dieses Wortgewitter in einem Buch des Soziologen Arno Klönne, der in den frühen Achtzigern als einer der ersten die Affinität der Friedensbewegung zur Rechten kritisierte. Heute führen Klönne und sein Co-Autor Werner Biermann vor, wie gut sich der deutsch-nationale Revanchismus von einst mit dem antiamerikanischen Sentiment der Linken von heute verbindet. »Die US-amerikanischen Medien haben in der Vergangenheit auf Japan und Deutschland eingewirkt, sich zu ihren Kriegsverbrechen zu bekennen, sich zu entschuldigen und Wiedergutmachung zu leisten«, heißt es dort. »Daß die USA selber Staatsverbrechen begangen haben, ist großen Teilen der politischen Klasse und der Öffentlichkeit unvorstellbar. Die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen, die mit der Globalisierung untrennbar verbunden sind, sind keine Themen in den US-Medien, die sich ebenfalls zu den Verbrechen ausschweigen, die von den mit den USA verbündeten Staaten oder von der US-amerikanischen Politik selbst verübt wurden.«

»Kriegsverbrechen« hier – sechs Millionen ermordete Juden, 20 Millionen tote Sowjetbürger, Millionen weitere in Lagerhaft gehalten, ein Kontinent in Asche gelegt. »Staatsverbrechen« dort – »soziale Verwerfungen« und Globalisierung. Allein zehnmal taucht der Begriff »Jahrhundertkrieg« im Vorwort auf, das Titelbild des Buchs *Ein Kreuzzug für die*

*Zivilisation?* zeigt einen B-52 Flieger, aus dem Bomben regnen. Zufall, unglückliche Formulierung oder Ausnahme? Weder noch.

Die Gleichsetzung von Naziherrschaft und imperialistischer Politik ist eine über Jahrzehnte eingeübte Figur. Von Vietnam über Iran und Chile, die besetzten palästinensischen Gebiete und Afghanistan bis zum Irak wurden den einstigen Gegnern und Verfolgten des Naziregimes dessen Methoden unterstellt. Dabei sicherte mehr als die ständige Wiederholung des Falschen der Superlativ der Vernichtung die »Schlüssigkeit« der Argumentation. Auch heute kursieren bereits, lange bevor wirklich absehbar wäre, wie, gegen wen und welcher Zielvorgabe folgend ein Krieg gegen den Irak vonstatten gehen wird, horrende Hochrechnungen über die zu erwartenden Opfer. Gottsteins IPPNW warnt vor vier Millionen Toten und setzt voraus, daß die USA eine Atombombe auf Bagdad werfen werden. Eine »linke bis linksliberale Anti-Kriegsinitiative« (Jutta Ditfurth) fordert die Bundesregierung auf, »alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Regierung der USA davon abzuhalten, ein weiteres skrupelloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, das durch nichts zu rechtfertigen ist«. Worin dieses »weitere skrupellose Verbrechen« bestehen wird? »Tausende von Menschen werden Opfer eines brutalen Krieges, der dazu dient, die irakischen Ölfelder zu erobern und ein amerikanisches Imperium zu errichten, das durch weltweiten Terror aufrechterhalten wird.«

Während sich die USA zumindest in ihren Verlautbarungen hinter die irakische Opposition und ihr Insistieren auf einem Sturz der ba'thistischen Diktatur stellen, landet eine Argumentation, die die Verbrechen des irakischen Regimes ausklammert, im stupiden Umkehrschluß beim Volk und damit bei seinem Führer Saddam Hussein. Der Krieg richte sich nämlich »gegen das Volk und nicht gegen die Diktatur«, erklärte Dr. Andreas Hämer, Pfarrer der evangelischen Versöhnungsgemeinde Völklingen auf einer Kundgebung zum Antikriegstag im Oktober 2002. Was es mit dem irakischen »Volk« auf sich hat, wußte schon Franz Schönhuber 1998, als er erklärte, es sei »in jeder Hinsicht Leidensgenosse des deutschen Volkes und (muß) Verhältnisse durchstehen, die auch Deutschland aus seiner Geschichte kennt«. Das »Volk«, so Hämer weiter, muß auch »die Zeche zahlen«. Nicht nur in Deutschland. »Auch das israelische Volk wird für die US-Interessen benutzt. Das israelische Volk (wird) durch seine eigenen Hardliner und Kriegstreiber nicht weniger bedroht als durch Saddam Hussein – und die sind ein willfähriges Instrument in den Händen der US-Kriegstreiber. Weiterhin benutzen die US-Kriegstreiber auch das eigene Volk für ihre politischen Zwecke.« Darum ist »in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Irakkrieg. Wir sind das Volk!«

Ein kurzer Blick in die Verlautbarungsorgane der Friedensbewegung reicht, um sich zu versichern, daß es sich bei Hämer nicht um einen Sonderling handelt. Seine Idee, daß am Ende immer »der Ehrliche der Dumme« sei und das »Volk immer Recht« habe, entspringt einer Projektionsleistung, die aus der widerständigen Bevölkerung des Irak, die mit Giftgas, Panzern und einem paranoiden Geheimdienststaat seit Jahren niedergehalten wird, ein Volk von Deutschen macht. Seine Befreiung kann daher nur Untergang, Kriegsverbrechen, atomarer Holocaust und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein. Die Vorstellung, daß im Irak die USA als Befreier begrüßt werden könnten, ist mit dem deutschen Nachkriegsmythos vom »Volk«, daß zuerst den Faschismus und dann den Bombenterror der Alliierten still erlitten habe, unvereinbar. »Wir Deutschen waren die ersten Opfer des amerikanischen Größenwahns«, verlautbaren Neonazis in einem Aufruf gegen den Irakkrieg. »Die USA traten planmäßig in den Zweiten Weltkrieg ein und zerbombten deutsche Städte rücksichtslos.« In »Titel, Thesen, Temperamente« (ARD) hieß es, »die US-Bomber ... tauchen hinunter und mähen diese Bevölkerung, schwangere Frauen, mit Maschinengewehren nieder ... Ist das nicht jenseits aller Vorstellungen eines zivilisierten Krieges, eines christlichen Volkes, so zu verfahren?«

Was wie eine projektive Vorwegnahme des Angriffs auf Bagdad klingt, gilt der Beschreibung eines US-Bombardements ostpreußischer Flüchtlinge aus dem Jahr 1945. So spricht der ehemals linke Historiker Jörg Friedrich, dessen Buch *Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945* gerade Furore macht. Friedrich schreibt über die »Jahrtausendliquidierung« von 160 deutschen Städten und erklärt so, warum die Deutschen, denen das »Bombentrauma quasi in den Venen sitzt«, sich derart vehement den »Bombardierungen von Kabul und Bagdad« widersetzen. Indem »Friedrich die Fakten des Bombenkrieges präzise beschreibt«, kommentiert die ARD, »Stadt für Stadt, Bunker für Bunker, Leichenhaufen für Leichenhaufen, bricht er das Schweigegebot von Schuld und von Scham – ein Tabu in 50 Jahren Bundesrepublik.«

Nun, da ein Tabu, das es in Wahrheit nie gab, gefallen ist, wird auch verständlich, warum laut Peter Strutynski vom Bundesausschuß Friedensratschlag die Aufgabe der Friedensbewegung darin besteht, »den zum Krieg bereiten Regierungen in den Arm zu fallen, bevor der erste Schuß fällt, die erste Rakete abgefeuert, die erste Stadt bombardiert wird. Es wäre zweifellos eine Überforderung ..., von ihr zu verlangen, sie sollte nun auch noch die Konzepte ... liefern zur Ablösung autoritärer, diktatorischer, verbrecherischer Regime. Eines zumindest weiß und beherzigt sie: Krieg kann niemals so ein Konzept sein.«

Ohne Krieg freilich stünden auch die deutschen Städte noch in ihrer ganzen Pracht und die »Welt« müßte nicht die »Vernichtung einer halben Million« deutscher »Zivilisten« beklagen.

*Thomas Uwer* und *Thomas von der Osten-Sacken* sind Mitherausgeber/ Autoren des konkret-texte Bands »Saddam Husseins letztes Gefecht«

Konkret 01/03, S. 25

**Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer**

# Body Count

Die »Ethik der Revolution«, wie Herbert Marcuse die Berechtigung dessen, was »sein sollte, weil es Schmerz, Elend und Ungerechtigkeit verringern kann«, bezeichnete, ist nicht alleine aus der Empirie zu schlußfolgern. Die Revolution selbst, die in der Überwindung des Überkommenen besteht, hebt den Maßstab auf, mit dem das etablierte Gemeinwesen »Leid und vielleicht auch Glück« aus seinem historischen Recht heraus zu messen gewohnt war. Solange der Umsturz nicht erfolgte, gilt die Rechenart des Ancien Regimes, gilt der Wert, den es dem Leben beimißt, als Maßstab, an dem sich Besseres zu messen hat.

Zu den Bedingungen, unter denen diese Rechnung für den Irak aufgemacht wird, gehört, daß Menschenrechtsorganisationen seit Jahren der Zutritt ins Land verwehrt wird. Will man den Zustand im Landesinneren von außen ermessen, so ist man in der Regel auf Beweise und Dokumente angewiesen, die illegal aus dem hermetisch abgeriegelten Land gebracht wurden. Die bei der UN akkreditierte Alliance International pour la Justice (AIJ) schätzte Anfang dieses Jahres die Zahl der Opfer des Baa'th-Regimes auf eine Million. Obwohl das ganze Ausmaß der Verbrechen im Irak erst nach dem Sturz Saddam Husseins bekannt werden wird, reichen die bislang vorliegenden Zahlen und Berichte aus, um die Schätzungen der AIJ für glaubwürdig zu halten.

Der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte im Irak, Max van der Stoel, hatte schon 1992 erklärt, daß »die Zahl der Menschen, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden, sicher in die Hunderttausende geht, wenn sie nicht höher ist ... Täglich sind die irakischen Bürger bedroht, ihr Leben zu verlieren. Es vergeht kaum ein Tag ohne Exekutionen.« Die Situation dort sei eine »der schlimmsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs«, er wisse von mindestens hundert Einrichtungen, in denen Gefangene gefoltert und hingerichtet würden, während die irakische Regierung nur die Existenz von vier Gefängnissen zugäbe. »Das irakische Regime führt weltweit im ›Verschwindenlassen.‹ Mehr als 200.000 ›Verschwundene‹ sind bekannt, davon 182.000 Kurden während der Anfal Operation (1988), 8.000 Barzan-Kurden ... vom Sommer 1983, 8.000 Feyli-Kurden im April 1980 und Tausende von arabischen Irakis« (»Report of the United Nations Special Rapporteur on Iraq«: E/CN.4/1994/58).

Nur selten tauchen die Namen der »Verschwundenen« wieder auf, als Tote auf Hinrichtungslisten. So legte die Irakische Kommunistische Partei (ICP) im Rahmen ihrer Kampagne gegen Gefängnissäuberungen Beweise vor, daß nahezu 1.000 in den achtziger Jahren »verschwundene« Feyli-Kurden als Versuchskaninchen für die Entwicklung biologischer und chemischer Waffen mißbraucht wurden. »Seit den frühen achtziger Jahren sind Hunderttausende von Menschen im Irak ›verschwunden‹ und ihr Schicksal ist bis heute unbekannt«, schreibt auch Amnesty International (»AI-index«: MDE 14/008/1997). »Bei der Anfal-Kampagne 1988 melden kurdische Quellen 182.000 Opfer, die irakische Regierung gab den Tod von 100.000 zu« (Human Rights Watch). Zwischen 7.000 und 10.000 Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden in den siebziger Jahren hingerichtet, 1.000 Kuwaitis 1990, 600 gelten als verschwunden, mehr als 1.000 ägyptische Leiharbeiter wurden 1988 ermordet (Indict), 5.000 iranische Kriegsgefangene blieben »verschwundenen«. Von März 1975 bis Ende 1976 wurden 300.000 Kurden deportiert und an anderen Orten des Landes angesiedelt, 25.000 bis 30.000 in Detention Camps festgehalten, davon im Lager Diwaniya südlich von Bagdad 14.000 zu je 200 Mann in einer 4 x 10 m großen Baracke bei hoher Sterblichkeit (ILM). Ab 1971 wurden Hunderttausende Feyli-Kurden (UNHCR), 25.000 Yesiden und 30.000 Khanakin-Kurden in den Iran vertrieben, seitdem wurden 4.049 Dörfer der Region zerstört (Helena Cook).

Während des Iran-Irak-Krieges ebneten irakische Sicherheitskräfte auch assyrische und turkmenische Dörfer ein und töteten 10.000 Assyrer (Unpo). Peter Sluglett schätzt, daß bis zu 300.000 Menschen nach den Aufständen im Südirak und der Verwüstung der Marschen umgekommen sind (Amar Appeal), auch die Republikanischen Garden rühmten sich dieser Zahl (Iraq Foundation). Alleine zwischen Mai 1997 und Ende 2000 sind mehr als 3.000 Fälle extralegaler Exekutionen von Gefangenen namentlich bekannt geworden. An nur einem Tag im April 1998 wurden 2.000 Gefangene im berüchtigten Abu-Graib-Gefängnis exekutiert (ICP). Etwa 400.000 Menschen flohen aus dem Südirak im Laufe der neunziger Jahre durch teils schwer vermintes Gebiet in den benachbarten Iran, bei der Massenflucht von Kurden vor den Truppen des Regimes 1991 starben »mehr als 20.000 Menschen« (»Junge Welt«). Im Zeitraum zwischen Sommer 1991 und Frühjahr 1992 fielen im kurdischen Nordirak 5.594 Menschen Minen der irakischen Armee zum Opfer (Middle East Watch), noch im Jahr 2000 sind dort von der Mines Advisory Group 672 Todesfälle durch Minen registriert worden.

»Es gibt«, schrieb Wolfgang Pohrt 1982, »in diesem Jahrhundert – nach Auschwitz, nach dem Archipel Gulag, nach Kambodscha und Uganda – keinen Grund, irgendeinem Regime irgendein Verbrechen nicht zuzutrauen ... Wenn ein Regime in Verdacht gerät, liegt die Beweislast beim Angeklagten.« Eine Beweislast, bei der es nicht auf die Zahl der Opfer alleine ankommt, sondern auf die Möglichkeit, den endlosen Body Count zu unterbrechen. Die Liste der irakischen Verbrechen ließe sich unschwer erweitern. Einen Sinn bekommen diese empirischen Daten erst, wenn die Möglichkeit

besteht, daß sie künftig nicht mehr fortgeschrieben werden müssen.

Konkret 01/03, S. 26

**Gerhard Scheit**

# Die Wut und der Wahn

**Über zwei Traktate zum religiösen Fanatismus.**

Es gibt Wörter, die vom Gebrauch nicht nur abgenutzt, sondern völlig verdorben sind. »Fanatismus« dürfte ein solches Wort sein. Zu oft und zu lange hat es dafür herhalten müssen, alles mit allem zu identifizieren. »Fanatiker« sagt der Spießer letztlich zu jedem, der nicht in der guten Stube vor dem Fernseher sitzt. An den Ursprung der Bedeutung zurückzugehen – wonach fanatisch zu sein heißt, von einer Gottheit begeistert, besessen zu sein – ist hier nicht unbedingt ein Ausweg, das lehrt Ulla Berkéwicz' Essay *Vielleicht werden wir ja verrückt*. Als »Orientierung in vergleichendem Fanatismus« angekündigt, behauptet sich in diesem Vergleich von Christentum, Judentum und Islam, von »Kreuzzug, Herem und Dschihad«, doch durchaus der Wahn der Gleichsetzung. »Die einen warten auf den Messias und die anderen auf den Mahdi, und auch die irdischen Entwürfe sind auf beiden Seiten dieselben: Sowohl die Selbstmordattentäter als auch die Siedlerbulldozer zielen darauf ab, jede Aussicht auf Frieden kaputtzumachen. Zu viele sind manipuliert, durchgeknallt ...«

»Durchgeknallt«: Das ist das Schlüsselwort solcher Art von Religionskritik. Einen geschichtlichen Prozeß hat es ihr gemäß nie gegeben, sondern immer nur dasselbe: hier böse Fanatiker – dort gute Gläubige. Von »heiligen jüdischen Terroristen« spricht Berkéwicz, wenn es um den einstigen Kampf der Juden gegen die Römer geht, den antiken Massenselbstmord von Massada setzt sie mit den aktuellen Selbstmordattentaten in Israel gleich: »Sein Ziel war, die Unterdrückung durch die Römer unerträglich zu machen, so daß der Aufstand unvermeidlich wurde, und jeden Versuch der Versöhnung zu verhindern. Mit demselben Ziel ziehen die islamischen Krieger heute in ihren Dschihad.« Die Autorin schreibt, was alle deutschen Journalisten ohnehin denken – aber sie versucht es mit mehr Leidenschaft. Die Analyse selbst ist ein einziges Gespinst von Phrasen, die, obwohl sie jeder hundertmal gehört hat, als neue Einsichten präsentiert werden: »Was haben westlicher Rassismus, Islamismus und radikalreligiöses Judentum gemein? Fanatismus und Mystifikation der Geschichte ... Fundamentalismus gedeiht in Krisenzeiten, in Zeiten der Orientierungslosigkeit und der Entwurzelung. Lösung und Heilung werden dann in politischen Lehren und religiösen Kulten gesucht.«

Zu diesen Lehren und Kulten zählt die Autorin – Baudrillard und Chossudovsky zitierend – auch die Ideologie der US-amerikanischen Eliten: »Christlich-apokalyptische Themen und messianische Erwartungen werden mit politischen Verschwörungstheorien verschmolzen, und die führenden Kräfte wissen wozu, denn sie selber sind die Verschwörer, die Drahtzieher, die Spielleiter, die Herzbuben von Scull & Bones und Loge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Sie sind die Wichser unter den ungelüfteten Kutten der Mammonanbeter, sie sind es! Sie unterstützen ethnische Zwietracht, forcieren soziale Apartheid, rekolonisieren, globalisieren, alliieren den Reichtum gegen die Armut. Sie sind es, die uns den programmierten Untergang, das Umkippen unseres technisch-wissenschaftlichen Kapitalismus in ein Regime der Katastrophen verkauft haben als Kampf um Zivilisation und Fortschritt, sie sind es, die so lange Beute machen, bis kein Zeuge mehr da ist, kein Richter und kein Recht. Bis keiner mehr da ist, der die Analogie zum Führerbefehl der Selbstvernichtung des deutschen Volkes herstellen könnte ...« Die amerikanischen Fundamentalisten erscheinen als die eigentlichen Selbstmordattentäter – Urgrund allen Übels, die auch noch den schönen und im Technischen doch so praktischen Kapitalismus verderben und in ein Katastrophensystem verwandeln.

Es ist also ein religiöses Bewußtsein, das sich hier in Religionskritik übt, und darum ist es auch nicht vor rassistischen Entgleisungen gefeit: Der Plan der Schöpfung gerate ins Wanken, wenn das »Feld monotheistischer Solidarität« nicht mehr bestellt werde – »wenn es verwildert, wenn das Menschenbewußtsein halt- und heimatlos herumzigeunert ohne Feldmarkierung ...« Diejenigen, die realiter nicht mehr »herumzigeunern« wollen, werden in offener, nicht ironischer Anlehnung an den islamistischen Jargon »als kleine Teufel«, als »Siedlerbrut« bezeichnet. Glaubt sich die Autorin frei von Antisemitismus, da sie doch auf eine jüdische Großmutter verweist?

Aber es gibt Momente in diesem Text, da vergißt die Autorin, die ohnehin zirkulierenden Meinungen zu verdoppeln, da gibt es einen Riß im Phrasengespinst: Unerhörtes wird berichtet, sogar Fragen werden gestellt. So wenn sie an Fania Scholem, die Frau von Gershom Scholem, und an Hans Jonas, den Philosophen und Exilanten aus Deutschland, erinnert und dabei die verzweifelte Lage der Juden und Jüdinnen im Angesicht der Erfolge Hitlers evoziert; oder wenn sie plötzlich auf Eigenarten der jüdischen Religiosität stößt, die – bis hin zu ultraorthodoxen Gruppierungen – ihrem Identifizierungswahn widersprechen, ohne daß ihr dies freilich zu Bewußtsein kommt. So sagt sie plötzlich: »Das Judentum verehrt seinen Gott mit dem Atheismus der Vernunft.« Solche Momente finden sich vor allem in der Schlußpassage des Buchs, da Berkéwicz von der Teilnahme an einem Freitagsgebet in einer Moschee berichtet (im Zuge einer Recherche für einen Roman). Sie begegnet dabei in Gestalt ihrer »Patin« einer muslimischen Fanatikerin – einem »bittren Nazimensch im Tschador«: »was da in seinem schwarzen Zelt wie etwas ohne Füße, einem Verhängnis gleich, jetzt auf mich zukommt. Denke an all die Märtyrer, die christlichen, islamischen (gibt es auch jüdische?), ich finde sie zum Kotzen, spüre die Übelkeit und bin bereit für die Passion.«

Gibt es auch jüdische Märtyrer? Mit dieser Frage, die sie in Klammern setzt und unbeantwortet läßt, hat die Autorin die Differenz doch noch benannt, die das jüdische Kollektiv der Verfolgten vom christlichen und islamistischen der Verfolger unterscheidet, und die zu jener Vernunft gehört, mit der die Juden ihren Gott verehren. Nein, es gibt jüdische Märtyrer nicht – versteht man Märtyrertum als eigenartige Mischung aus Selbstopfer und Reklameaktion, ideale Grundlage zur Fortsetzung der Politik in der allseitigen Vernichtung. Wie die jüdische Religion sich überhaupt vom Wahn des Missionierens frei weiß, so fern liegt es ihr auch, mit dem Tod selbst zu missionieren.

*Vielleicht werden wir ja verrückt?* – lautet der Titel von Ulla Berkéwicz' Buch. Vielleicht bin ich schon verrückt geworden, könnte das von Oriana Fallaci heißen. Von *La Rabbia e L'Orgoglio* (*Die Wut und der Stolz*) liegt dem Rezensenten nur die deutsche Übersetzung von Paula Cobrace vor – und die liest sich wie das Libretto einer Verdi-Oper in der Übertragung von Franz Werfel. Etwas von einer Wahnsinnsarie muß auch dem Original anhaften, aber damit ist noch nichts gesagt, denn: Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, hat keinen zu verlieren. Die gewissen Dinge sind die Selbstmordattentate der Islamisten – aber auch die Erfahrungen, die Fallaci lange davor als Journalistin mit Islamisten verschiedenster Herkunft, von Arafat bis Khomeini, machen mußte, und die bereits auf die heutige Eskalation vorauswiesen.

All das wird jedoch in den Hintergrund gedrängt. Die Kritik der Religion schlägt in Fallacis Pamphlet um ins rassistische Vokabular und verfehlt gerade darin ihr Objekt: Fallacis Wut entzündet sich an den Massenmorden der Selbstmordattentäter und am repressiven Kollektiv des Islamismus, aber sie verfolgt jene, die davon abrücken und statt dessen die Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft individuell ausschöpfen – die sich zum Beispiel »vor der Kirche San Lorenzo ... Allah zum Trotz betrinken und den Frauen Obszönitäten nachrufen«; die ganz einfache Bürger dieser Gesellschaft werden möchten: »Ja unter dem Vorwand, ihre verdammten Waren zu verkaufen, sind sie ständig da.«

Fallaci klagt die Einwanderer an, weil sie »mit ihren Verwandtenhorden« am Wohlstand teilhaben wollen und sich – im Gegensatz zu den Italienern – fortwährend »vermehren«, es steht da wirklich im Text: »wie die Ratten«. So müßte sie doch die islamistischen Schläfer schätzen, die brav sind wie die Nonnen, als deren Schutzpatronin die Autorin auch auftritt. Die Kathedralen, gesteht sie, gefallen ihr besser als Moscheen und Synagogen, so wie sie Wohlstand und Kultur als eine Errungenschaft der Zivilisation betrachtet, an der jeder nur durch eigene Arbeit und redlich erworbenen Geschmack partizipieren dürfe.

Die Wut auf den Islamismus tobt sich in Projektionen auf die Immigranten aus – und ist zuletzt nur noch der Zorn des biederen Steuerzahlers: »Diebe, Vergewaltiger, ehemalige Sträflinge. Prostituierte, Bettler, Drogenhändler, Menschen mit übertragbaren Krankheiten ... Einmal angekommen, werden sie auf Kosten der Einheimischen untergebracht, gewaschen, ernährt, behandelt. Will heißen auf Kosten der Steuerzahler.« Der Rausch solcher Projektion ist so widerspruchslos nur möglich, weil Fallaci jeden Gedanken an die Herkunft ihres Wohlstands abwehrt. Um so emphatischer preist sie die italienische, die europäische Kultur und sieht im Islam einen Angriff, der »Europa viel mehr bedroht als Amerika«. Ein Angriff zuallererst »auf die antiken Denkmäler, auf die Kunstwerke, auf die Schätze unserer Geschichte und unserer Kultur«. Als ob zunächst nicht am meisten Israel bedroht wäre. Die Autorin malt sich ein imaginäres Vaterland aus, für das sie selbst – in einem phantasierten kollektiven Heldentod – schon gestorben ist: »Ein Italien, das seine Werte, seine Kultur, seine nationale Identität verteidigt. ... Ein Italien, das stolz auf sich ist, ein Italien, das die Hand aufs Herz legt, wenn es die Fahne grüßt, für die wir (sic!) gestorben sind.« Das Kernproblem der Immigration in Europa wird durch diese lächerliche Selbstverherrlichung verdeckt: daß der Islam als Religion massenhafte Zustimmung zu Antisemitismus organisiert, daß er zur Alltagsreligion des Suicide bombing geworden ist.

Für die deutschen und europäischen Freunde des Islamismus ist das Buch natürlich ein Anlaß, endlich auch ohne umständliche Präliminiarien zur Sache zu kommen. Fallaci lasse sich »von räudigen Ressentiments wie eine räudige Hündin begatten« – heißt es nicht etwa in irgendeinem islamistischen Hetzblatt, sondern in der von Sigrid Löffler herausgegebenen deutschen Literaturzeitschrift »Literaturen« (10/02). Dabei ist sich Ludwig Ammann, der Autor dieser Rezension, mit Fallaci durchaus darin einig, »Diebe, Vergewaltiger, Bettler, Drogenhändler, aidskranke Huren« unter den Immigranten gleichermaßen zu perhorreszieren: Es gebe sie – aber es gebe unter den Immigranten ebenso »die anderen, die Mehrheit der Unbescholtenen – wie bei uns!« Wichtiger aber ist die Schlußfolgerung der Besprechung: »Seit Hitlers *Mein Kampf* hat kein Buch so erbarmungslos einer ganzen Religionsgemeinschaft den Krieg erklärt. ... Der schaurige Erfolg ihrer Hetzschrift macht deutlich: Der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts wird ein Anti-Islamismus sein.« Das ist mehr oder minder der Zweck der meisten Verrisse von Fallacis Buch: Wenn der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts der Antiislamismus ist – dann kann es einen Antisemitismus gegen Juden gar nicht mehr geben.

Auf der einen Seite die Gleichsetzung aller Fanatismen – von der immer nur die schlimmsten Formen des Antisemitismus profitieren, nämlich deutsche Ideologie und Islamismus; auf der anderen Seite – angesichts dieses Schlimmsten – der Verlust von Selbstreflexion, von Reflexion auf die Herkunft der vielbeschworenen Werte des Abendlandes, der dem Rassismus dient. Nirgendwo ein Zeugnis dafür, daß sich die Urteilskraft an der Einheit des Verschiedenen wie am Verschiedenen in der Einheit auszubilden und zu bewähren hätte; daß der Zwang zur Einheit und deren ganze Gewalt aus

einem bestimmten Verhältnis des Verschiedenen resultieren, das nur begriffen werden kann, wenn das Verschiedene nicht identifiziert wird. Natürlich ist jede Religion – ausnahmslos – »Opium des Volks«. Aber im gleichen Maß gilt die Frage, die Lessing lange vor Marx stellte und die selbst dessen naiven Gebrauch des Volksbegriffs bereits im Kern trifft: »Wie aber wenn es bei der einen Nation ein Religionspunkt und beinahe ein verdienstliches Werk wäre, die andre zu verfolgen?«

Ulla Berkéwicz: *Vielleicht werden wir ja verrückt?* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2002, 128 Seiten, 14,90 Euro

Oriana Fallaci: *Die Wut und der Stolz.* List, München 2002, 176 Seiten, 18 Euro

---

*Gerhard Scheit* schrieb in Literatur Konkret 2002 über Noam Chomskys »The Attack«

Konkret 01/03, S. 28

**Horst Pankow**

# Antisemitismus der guten Laune

**Zweiter Teil des Streifzugs durch die politische Paranoia nach dem 11. September 2001.**

Die Verlaufsformen politisch-oppositioneller Bestrebungen in spätbürgerlichen Gesellschaften dokumentieren leider nur allzuoft die Verfallsformen politischer Erkenntnisbildung. Man kann das am Gebrauch kategorischer Imperative nachvollziehen. Erkenntnisse, die als Resultat vom Leser nachzuvollziehender Überlegungen konsequenterweise an deren Abschluß plaziert worden waren, trägt man nun als Werbeslogans vor sich her. Daß sie dennoch weniger erfolgreich sind als die Werbeslogans der gewöhnlichen Affirmation – z. B. die großen konkurrierenden Losungen des je letzten Wahlkampfs: »Aufwärts« und »Weiter so« – , liegt in der Schlichtheit der bestehenden Verhältnisse und des ihnen adäquaten Denkens begründet und muß Gegenstand anderer Erörterungen bleiben. Hier mag zunächst die Feststellung reichen: Wer als Newcomer in der Arena des politischen Showbusiness auch nur eine geringe Chance auf Beachtung haben will, bedarf eines unverwechselbaren kategorischen Imperativs.

Auch die von Mathias Bröckers ersonnene »kritische Konspirologie« hat sich einen zugelegt: »Schalten Sie sofort den inneren Beobachter ein und stellen die konspirologische Frage Nr. 1: ›Und was steckt dahinter?‹« Nicht gerade originell, oder? Aber immerhin wird damit eine landesspezifische Eigenart benannt, die auch von kritischen Zeitgenossen außerhalb der deutschen Grenzen meist nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen wird: Mit dem »inneren Beobachter« verfügen die Deutschen über ein Organ, das sie befähigt, die Tätigkeiten des Erkennens, Bewertens und Denunzierens als ein und dieselbe Aktivität auszuführen. Wurde bisher vermutet, der »innere Beobachter« sei, ähnlich wie der Orwellsche »Televisor«, einmal aktiviert, nicht wieder auszustellen, werden wir nun mit seiner Ein- und Ausschaltfunktion bekannt gemacht. Verblüffend ist das eigentlich nicht, denn die Orwellsche Vision bezog sich ja auf eine *totalitäre* Ordnung, in der die Leute noch auf altbackene Art von äußeren Instanzen kontrolliert wurden, während der »innere Beobachter« das mündige und selbstverantwortliche Subjekt einer *demokratischen* Gesellschaft ziert.

Der »innere Beobachter« blickt gleichermaßen ins Außen wie ins Innen des an der Welt teilnehmenden Subjekts, er überwindet die Grenzen von Raum und Zeit und ist in der Lage, ideologische Scheuklappen abzustreifen, wenn es gilt, Nützliches auch bei Persönlichkeiten zu entlehnen, die arglosen Zeitgenossen noch als Verkörperung des ganz anderen eines demokratischen Weltenlaufes erscheinen mögen: »Einer der blutigsten Verschwörungstheoretiker des vergangenen Jahrhunderts, Josef Stalin, prägte einst das definitive Diktum des paranoiden Staatsstils: ›Ich traue niemandem, nicht einmal mir selbst.‹ Als Arbeitshypothese im Umgang mit Verschwörungstheorien scheint mir der Satz gut geeignet, und ich habe mich bemüht, so wenig eselhaft wie möglich den Möhren hinterherzutraben, die ich mir selbst vor die Nase halte.«

Doch ganz ohne Möhren scheint auch die »kritische Konspirologie« nicht auszukommen: »Schnallen Sie sich an, denn der 3. Weltkrieg wird keine Kaffeefahrt«, heizt Bröckers seinen Lesern ein, »halten Sie Augen und Ohren offen und erwarten Sie das Unerwartete.« Nur wer über keinen »inneren Beobachter« verfügt oder unfähig ist, ihn rechtzeitig einzuschalten, wird an den Bestimmungsorten feststellen, daß alles Präsentierte so unerwartet doch gar nicht ist. Die Antwort auf die »konspirologische Frage Nr. 1« lautet in diesem Fall selbstverständlich: Hinter dem Unerwarteten steckt das Erwartete. Und auf den einzelnen Stationen dieser Helter-Skelter-Tour durch den 3. Weltkrieg, der nur Menschen ohne »inneren Beobachter« als noch nicht erklärt und ausgebrochen erscheint, lauern wohlbekannte Verdächtige auf die arglosen Reisenden: »Wer heute auf die faschistischen Tendenzen der USA aufmerksam macht, wird als ›Antiamerikaner‹ ins Abseits gestellt, und wer Israels Bruch des Völkerrechts kritisiert, erhält als ›Antisemit‹ umgehend die rote Karte.«

Hatte nicht der Ticketverkäufer einen gestutzten Schnauzbart getragen, war nicht gerade den Süddeutschen unter uns sein behäbig-westfälischer Tonfall aufgefallen, und diese klobige 18 auf seiner blau-gelb-gestreiften Krawatte – sollte das mehr gewesen sein als die läßliche Geschmacksverfehlung eines Subalternen? Ach was, beruhigt uns die Exkursionsleitung, »an Gespensterdebatten wie an der um Möllemann und Walser im deutschen Feuilleton« habe man nicht das geringste Interesse. Vielmehr lenkten diese gerade von den wirklich wichtigen Dingen ab: »Wäre es nicht die PR-geile Nullpartei FDP, die mit dieser Nummer unter den 800.000 muslimischen Wahlberechtigten hausieren geht, ginge es um eine ernsthafte Debatte über Rolle und Funktion des Antisemitismus, dann müßte diese perverse Logik der israelischen Siedlungspolitik im Mittelpunkt stehen.«

Das Unerwartete ist das Erwartete, das Unbekannte das Bekannte. Sollte sich jemand angesichts des folgenden Zitats ein »Und was steckt dahinter?« nicht verkneifen können, dürfte sein »innerer Beobachter« nicht richtig justiert sein: »Doch eingedenk des Hinweises von Hannah Arendt, daß Hitler letztlich zu einem ›Schüler‹ der von ihm als Propagandainstrument eingesetzten Verschwörungstheorie wurde, können wir Sharon unterstellen, daß seine Konsequenzen aus Auschwitz darin bestehen, Hitlers rassistischen Verfolgungswahn ›mehr oder weniger‹ unbewußt zu kopieren.« Völlig zu Recht hat Gert Ockert in KONKRET 11/02 darauf hingewiesen, daß Bröckers mit solchen Sätzen die Grenzen des

Diskutierbaren hinter sich gelassen habe. Auffällig ist daran aber auch, mit welch geringem intellektuellen Aufwand Bröckers sein Publikum, das ihn innerhalb weniger Monate zum Bestsellerautor machte, zu beeindrucken vermag. Es reichen die Erwähnung eines Namens, der bei Halbgebildeten irgendeine Erinnerung an gedanklichen Tiefgang hervorruft sowie die Setzung von ein paar Anführungszeichen und fertig ist, was Erklärung zu nennen wohl auch den begeistert Zustimmenden nicht einfallen würde – dafür ist es ihnen längst zu selbstverständlich.

Aber so funktioniert Antisemitismus als demokratisches Freizeitvergnügen: Endlich sagt mal einer, was alle wissen, aber aus Furcht vor Abseits und roten Karten nicht offen zu sagen wagen. Das allgemeine Gerau- ne über die Juden, die unfähig waren, aus Auschwitz die richtige Konsequenz, nämlich ihr Verschwinden von dieser Welt, zu ziehen, wird zum öffentlichen Diskurs. Jeder ist eingeladen, sich mit seinen Mitteln und Fähigkeiten zu beteiligen.

Dem Autor kommt dabei die Rolle des Moderators zu. Er wirft Bröck(ers)chen in die Menge, welche diese dann in einem der Verdauung von Rindern analogen Prozeß zu antisemitischer Energie verarbeitet. Ihr schmecken solche mit den Bezeichnungen »Psychologie« und »psychohistorisch« besonders gut: »Der aus der Psychologie bekannte Mechanismus der ›Identifikation mit dem Aggressor‹ scheint mir hier sehr deutlich zu werden: Menschen, die in ihrer Kindheit Gewalt erfahren, werden selbst gewalttätig; Völker und Staaten offenbar auch. Insofern wäre der Staat Israel, geboren aus der Not vor dem gewalttätigen ›Übervater‹ Hitler, psychohistorisch jetzt zu so etwas wie einem gewalttätigen Hooligan herangewachsen, der einfach nicht anders kann.« Ein Moderator muß zur richtigen Zeit auch die richtigen Fragen stellen: »Fragt sich, wie man Sharon und seine Killer überzeugen kann, daß sie auch anders als mit den von ihrem grausamen ›Vater‹ übernommenen Methoden überleben können.« Und auch mit gezielten Antworten den weiteren Verlauf der Debatte vorstrukturieren: »Mit Selbstmordbombern kann man sie gewiß nicht überzeugen – das wird sie nur provozieren, ihre Koppel noch enger zu schnallen.« Wie die Nazis, die schließlich auch »Koppel« trugen, und deren legitime Erben die Israelis, jedenfalls »psychohistorisch« – und das klingt doch seriöser als »rassebiologisch« – gesehen heute sind.

Die Antwort auf die Frage, wie mit »Sharon und seinen Killern« denn zu verfahren sei, gibt der Autor seinen Lesern nicht. Da können sich die Leute gefälligst selbst was einfallen lassen. Schließlich sollen sie ja nicht bevormundet oder in eine Richtung geleitet werden, in die sie gar nicht wollen. Bröckers will auf keinen Fall als antisemitischer Agitator gelten. Er wird nicht müde, den Leuten von ihrer Selbstverantwortung zu erzählen und davon, daß allein sie es in der Hand hätten, wie die Dinge sich entwickeln. Auf jeden Fall sollen sie Spaß haben und viel, viel lachen. Arbeit und Anstrengung will solcherart Antisemitismus – derzeit jedenfalls – nicht sein, vielmehr so etwas wie ein *offenes event* in Permanenz, eines mit interaktiven Funktionen und der Möglichkeit, einmal getroffene Optionen auch wieder aufzuheben: »Nichts ist wie es scheint – alles erscheint nur wie es ist, weil Sie es so erscheinen lassen.«

Wäre die folgende Frage nicht etwa gleichzeitig mit der ersten Auflage des Bröckerschen Werkes veröffentlicht worden, man möchte glauben, sie sei von diesem inspiriert: »Wie empfindet ein Exilautor, der vor den Fundamentalisten und Nationalisten geflohen ist, die antiislamische und antiarabische Welle, die in Deutschland als vorübergehender Ersatz für den verbotenen Antisemitismus sorgfältig gezüchtet wird?« In welcher Parallelwelt sind wir denn hier gelandet? In einem Prospekt des Heidelberger Palmyra Verlages wird damit u. a. für ein *Tagebuch über den 11. September und den Palästinakonflikt* geworben. Es trägt den Titel *Mit fremden Augen,* sein Verfasser ist der aus Syrien stammende und heute »zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Autoren« (Palmyra) zählende Rafik Schami.

Wie man zur Einsicht in die Phänomene der hierzulande sorgfältig betriebenen Wellenzüchterei und des mysteriösen Antisemitismusverbots gelangt, verrät Schami in seinem Tagebuch unter dem Datum des 12. Januar 2002: »Seitdem ich eine starke Satellitenantenne habe, kann ich alle Fernsehprogramme der arabischen Länder sehen: von Saudi-Arabien über Syrien bis Marokko. Der Empfang ist außerordentlich gut. ... Heute bin ich ernüchtert. Die Nachrichten sind der einzige Vorteil. Sie sind viel besser als die deutsche Berichterstattung. Das besagt aber nicht viel. Das Kulturprogramm dagegen ist katastrophal.«

Arabische Sender verschaffen offenbar auch einen ganz eigenen Zugang zur Erkenntnis des Antisemitismus. Der Autor hat viel darüber nachgedacht. So ist es ihm am 15. Januar 2002 gelungen, drei wesentliche »Fraktionen« von Antisemiten auszumachen: »Die erste große Fraktion ist die alte, die Juden haßt und alles Übel der Welt auf sie zurückführt. ... Die zweite Fraktion bilden die Erzieher-Antisemiten. Das sind Leute, die Juden lieben und bedauern, daß diese die Lektion der Deutschen nicht verstanden haben.« Ist es nicht merkwürdig, daß der Autor in dieser »Fraktion« einen »militaristischen Flügel« ausmacht, der sich freut, »wenn Israel die Oberhand bekommt«? Überhaupt nicht, denn die schlimmste und »dritte Fraktion bilden die Philosemiten. Sie ist weniger in den Unterschichten als in den Akademien, den Medien und der Politik zu finden. Denn die Lüge und Selbstlüge dieser Fraktion ist kompliziert, sie verlangt ein geschultes Mundwerk und ein paar Windungen mehr im ansonsten kleinen Gehirn der Antisemiten. Philosemiten gab es immer schon, doch erst seit der Gründung des Staates Israel machen sie eine Metamorphose zu Araberhassern durch. Das wiederum läßt ihre Liebe zu den Juden unglaubwürdig werden.« Warum? Weil Araber schließlich auch Semiten und Philosemiten eigentlich Philojuden und damit eigentlich Antisemiten sind. Verstanden?

Der Autor mag den Antisemitismus vor allem deshalb nicht, weil er glaubt, er nütze nicht nur den Juden, sondern sei – jedenfalls im Nahen Osten – von diesen hervorgebracht worden: »Zeitgleich mit der Gründung des Staates Israel auf Kosten der vertriebenen Palästinenser ... begann in den arabischen Ländern eine neue Entwicklung. Man könnte vereinfachend sagen, daß die Araber bis zu diesem Augenblick keinen Antisemitismus kannten.« Macht nichts, daß das gelogen ist, daß die Pogrome und antijüdischen Exzesse im Palästina der 20er und 30er Jahre ebenso unterschlagen werden wie die Rolle des mit den Nazis kollaborierenden Großmuftis von Jerusalem. Wichtig scheint hier vor allem die auf diese Weise zum Ausdruck kommende Konvergenz von arabischen und deutschen Nachrichtenprogrammen im Hirn des Konsumenten zu sein.

Auch der Palmyra Verlag macht mit seinem Slogan »Von Arafat bis Zappa« deutlich, daß es zwischen Judenhaß und Spaßgesellschaft keinen Dissens zu geben braucht. Everything goes scheint auch in dieser Enklave des Antisemitismus der guten Laune verbindliche Maxime zu sein. Im Verlagsprospekt läßt sich Verleger Georg Stein sowohl mit Palästinenserchef Arafat wie mit dem Rolling-Stones-Mitglied Ron Wood und dem Buena-Vista-Social-Club-Gitarristen Compay Segundo abbilden. Eine runde Mischung aus Popmusik, Folklore und antiisraelischer Literatur wird hier angeboten. Edward W. Said und Jürgen W. Möllemann gehören selbstverständlich dazu.

Mathias Bröckers: *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 2002, 370 Seiten, 12,75 Euro

Georg Stein/Volkhard Windfuhr (Hg.): *Ein Tag im September. 11.9.2001.* Palmyra, Heidelberg 2002, 400 Seiten, 26 Euro

---

*Horst Pankow* schrieb in Literatur Konkret 2002 über die spätbürgerliche Sehnsucht nach Gemeinschaft nach dem 11.9.

Konkret 01/03, S. 30

**Deniz Yücel**

# Tiger und Wölfe

**Ob sich die Islamisten der türkischen AKP nun geläutert haben oder nicht: Sie bieten eine Verwaltung der Krise an, mit der sich auch die Militärs anfreunden könnten.**

Die geplante Wahl zur »Miss World« war in Nigeria militanten Islamisten Anlaß für pogromartige Ausschreitungen. Nachdem der Wettbewerb in Folge der blutigen Auseinandersetzungen nach London verlegt und dort die Türkin Azra Akin zur »schönsten Frau der Welt« gekürt worden war, meldeten sich erneut Islamisten zu Wort: Der neue türkische Ministerpräsident Abdullah Gül beglückwünschte die Siegerin und teilte ihr mit, die Türkei sei ebenso glücklich und stolz wie sie selbst. Tourismusministerin Güldal Aksit, die einzige Frau in Güls Kabinett, meinte gar: »Als Türkin schwillt mir vor Stolz die Brust.«

Die Episode mag verdeutlichen, daß auch die nun regierenden Islamisten in Ankara türkische Nationalisten sind, die, ausgestattet mit der landestypischen Kombination von Minderwertigkeitskomplex und Größenwahn, jeden Erfolg ihrer Landsleute – im Fußball, beim Grand Prix de la Chanson oder im Sackhüpfen – als nationalen Triumph feiern. Die Reaktion der neuen Regierung zeigt aber auch, daß die Islamisten von der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) keine finstren Gesellen sind, die es nach der sofortigen Einführung der Scharia verlangt.

Solche Verdächtigungen weisen die Funktionäre der Partei, die bei den Wahlen Anfang November 34 Prozent der Stimmen erhielt, aber nahezu zwei Drittel der Parlamentssitze einstrich, weil fast die gesamte Konkurrenz an der Zehnprozenthürde scheiterte, weit von sich. »Wir sind eine konservative und demokratische Partei, wie die deutsche CDU«, sagt ihr Vorsitzender Recep Tayyip Erdogan. Im Wahlprogramm heißt es, der Laizismus sei »ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie«, der jedoch nicht als »Feindschaft gegen die Religion« verstanden werden dürfe.

Während Kritiker in der Türkei noch darüber rätseln, ob Erdogan und seine Partei Takkiye ein religiös legitimiertes Täuschungsmanöver betreiben oder sich tatsächlich zu konservativen Demokraten gewandelt haben, sind sich die meisten Kommentatoren hierzulande sicher: Als »gemäßigt islamistisch« oder »islamisch-konservativ« gilt ihnen die Partei, deren Vorsitzender noch vor wenigen Jahren die islamische Revolution propagiert hatte. »Mit der AKP könnte erstmals glaubwürdig eine Synthese zwischen islamischer Tradition und westlicher parlamentarischer Demokratie gelingen«, heißt es etwa in der »Taz«.

Das ist Unfug. Schließlich formuliert der Islam einen Reglementierungsanspruch für alle Bereiche des Lebens. Der Koran und die Überlieferungen des Propheten sind eben nicht nur religiöse Offenbarung, sondern auch politische Verfassung; sie sind bürgerliches Gesetzbuch, Handels- und Strafgesetz. Selbst wenn man gewillt ist, der AKP ihre Bekenntnisse zur bürgerlichen Ordnung abzunehmen, ist eine Synthese, wie sie dem Kommentator der »Taz« vorschwebt, schon aus logischen Gründen nicht möglich.

Damit aber ist die brennende Frage – Tarnung oder Läuterung? – nicht beantwortet. Und sie wird vorläufig auch nicht zu beantworten sein. Denn die AKP macht sich darauf gefaßt, die Regierungsgeschäfte für die kommenden Jahrzehnte zu übernehmen. Im Falle einer Konfrontation mit den Militärs aber könnte sie, wie sie so gut weiß wie jeder, im Handumdrehen abserviert werden. Selbst jene in der Türkei, die die AKP für den berühmten Wolf im Schafspelz halten, verlassen sich darauf, daß die Generäle die Lage unter Kontrolle haben. Eine Machtdemonstration hat das Establishment bereits geliefert, als Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer zwei alte Kämpfer, die die AKP für sensible Posten wie das Bildungs- und Justizministerium vorgeschlagen hatte, von der Kabinettsliste strich.

Die AKP nahm diesen Eingriff ohne größeres Murren hin. Denn die junge, von Erdogan geführte Generation hat ihre Lektion gelernt, als 1997 die Militärs den langjährigen Führer der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung, Necmettin Erbakan, aus seinem Ministerpräsidentenamt drängten. Kurz darauf mußte Erdogan seinen Sessel als Oberbürgermeister von Istanbul gegen eine Gefängniszelle eintauschen. Als Spätfolge seiner damaligen Verurteilung wegen Volksverhetzung wurde ihm jüngst das passive Wahlrecht entzogen.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Gül, der an Erdogans Stelle Ministerpräsident wurde, gehörte als Staatsminister dem Kabinett Erbakans an. Wie diese beiden entstammt ein großer Teil der Führungsspitze der AKP der islamistischen Bewegung. Es sind die klugen Kinder von Milli Görüs, die nach dem sanften Putsch von 1997 sowie den Verboten, die im Januar 1998 die Wohlfahrtspartei und im Juni 2001 deren Nachfolgeorganisation trafen, eingesehen haben, daß gegen den Willen der Militärs in der Türkei keine Regierung zu machen ist. Allerdings ist es nicht nur dieser unfreiwillige Lernprozeß, der die Funktionäre der AKP moderat auftreten läßt.

Als sich der politische Islam in der Türkei unter Erbakan in den siebziger Jahren parteiförmig organisierte, fand er seine sozioökonomische Basis im anatolischen Kleinbürgertum. Diese rückständige und oft über Clans wie den

fundamentalistischen Naksibendi-Orden organisierte Ökonomie bildete damals den dritten Zweig der türkischen Wirtschaft, neben den Staatsbetrieben und dem in den Metropolen ansässigen Großkapital.

Mit der nachputschistischen Privatisierungspolitik in den achtziger Jahren unter Ministerpräsident Turgut Özal erlebte dieser Wirtschaftszweig einen Aufschwung. Ausländische Investoren wurden ins Land geholt. Mit Hilfe von Petrodollars entwickelte sich ein islamischer Finanzsektor, der staatlich gefördert wurde. Ferner gelang es den Banken, die behaupteten, das islamische Verbot von Zinsgeschäften zu befolgen, die Ersparnisse anatolischer Kleinbürger und Bauern anzulocken, die zuvor in Gold oder Devisen angelegt waren. Mit Hilfe der islamischen Finanzierungsgesellschaften floß nun Kapital in die anatolische Wirtschaft. In vielen Industrie- und Handelszweigen entstanden Großbetriebe, aus denen Ende der achtziger Jahre die ersten islamischen Holdings hervorgingen, die »anatolischen Tiger«, wie sie sich selbst nennen. Seit 1990 ist das »grüne Kapital« auch in einem separaten Unternehmerverband organisiert. In den neunziger Jahren wurde die Wohlfahrtspartei zur politischen Organisation des anatolischen Großkapitals, das seinerseits den politischen Islam unterstützte. Als die Militärs gegen Erbakan vorgingen, spielte die Konkurrenz zwischen den Fraktionen des Großkapitals eine wichtige Rolle.

Inzwischen ist die AKP die Partei des anatolischen Großkapitals und des Mittelstands. Die »anatolischen Tiger« aber haben kein Interesse an einer Konfrontation mit dem Militär. Sie exportieren mittlerweile in alle Welt und versprechen sich Vorteile von einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Ein Vergleich der außenpolitischen Aktivitäten des ehemaligen und des jetzigen islamistischen Führers verdeutlicht den Wandel: Wenige Tage nach der Wahl brach Erdogan zu einer Tour durch die europäischen Hauptstädte sowie nach Washington auf, sein erstes Reiseziel war Athen. Erbakans erster offizieller Auslandsbesuch hatte ihn nach Teheran geführt, sein Ziel war die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft islamischer Staaten.

Auch in anderer Hinsicht ist die AKP keine Camouflage der alten Milli Görüs. Zwar rekrutiert sich der Parteiapparat größtenteils aus ihr, aber sowohl in der Wählerschaft als auch beim Führungspersonal ist es ihr gelungen, einen guten Teil des islamistisch-konservativen Potentials, das zuvor zwischen Milli Görüs und den Mitte-Rechts-Parteien aufgeteilt war, an sich zu binden. Besonders einflußreich ist eine Fraktion, deren Angehörige aus den oberen Rängen der Staatsbürokratie kommen und von denen viele früher Özals Mutterlandspartei angehörten. Diese Fraktion, zu der der neue Verteidigungsminister Vecdi Gönül sowie der neue Innenminister Abdülkadir Aksu zählen, arbeitet seit Anfang der neunziger Jahre daran, eine neue nationalistisch-islamische Kraft zu schaffen, mit der sie die rechten Kräfte bündeln und eine »Versöhnung von Staat und Volk« erreichen will – was ihr mit der AKP auch gelingen könnte.

Es war schließlich das Militär selbst, das nach dem Putsch von 1980 die Islamisierung einleitete und den Islam als konterrevolutionäre Kraft etablierte. Die »türkisch-islamische Synthese« wurde zur Staatsideologie erhoben und mit den autoritären Mitteln der Junta durchgesetzt. Auf dieser Grundlage könnte die neue Regierung tatsächlich eine Aussöhnung mit dem Establishment erreichen und eine neue politische Ideologie durchsetzen, oder eher: die alte wiederbeleben. Auf die Einführung der Scharia liefe das nicht hinaus, aber auch nicht auf eine bloß folkloristische »Synthese islamischer Tradition und westlicher parlamentarischer Demokratie«. Ziel wäre ein autoritäres Modell, mit dem Islamisten, Militärs und Kapital die akute Krise managen könnten. Voraussetzung für ein solches Arrangement wäre, daß die Islamisten die von ihren Stammanhängern erwarteten Prestigeerfolge erzielen, ohne daß dies als Niederlage der Generäle erscheint. Das heißt: Die für beide Seiten symbolisch wichtige Kopftuchfrage muß gelöst werden. An einem Stück Stoff aber sollte eine prima Krisenverwaltung nicht scheitern. Ein möglicher Irakkrieg hingegen könnte wirklich problematisch werden.

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Frühjahr 2001 hat in der Türkei eine Massenverelendung begonnen. Im Jahr 2001 ging das Bruttosozialprodukt um 9,4 Prozent zurück, während das Pro-Kopf-Einkommen im Mittel um 27,2 Prozent zurückging. Die Krise trifft die Gesellschaft deshalb besonders hart, weil inzwischen die kapitalistischen Beziehungen die feudalen zwischenmenschlichen Bindungen weitgehend aufgelöst haben. Die familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhänge – die natürlich auch immer Kontrollinstanzen waren – können die Krisenfolgen nicht abfedern. Wohlfahrtstaatliche Strukturen aber, die an deren Stelle treten könnten, sind nicht entwickelt – und wären für den türkischen Staat, der auch die Gehälter seiner Soldaten nur mit Geldern des IWF bezahlen kann, ohnehin nicht zu finanzieren.

Daß es noch nicht zu sozialen Aufständen gekommen ist, liegt wohl daran, daß ein großer Teil der Bevölkerung seine Hoffnungen auf die EU setzt. Die einst so starke türkische Linke vermag die weitverbreitete Verzweiflung längst nicht mehr zu kanalisieren. Sozialdemokratie, Sozialisten, Kommunisten plus Kurden haben zusammen bei der Wahl nur knapp 30 Prozent und damit ihr schlechtestes Ergebnis der jüngeren Geschichte erzielt. Andererseits blieb fast ein Viertel aller Stimmberechtigten der Wahl fern, deutlich mehr als je zuvor seit Einführung der Wahlpflicht in den achtziger Jahren. Die illegale Linke und die PKK sind in einer nicht weniger deprimierenden Lage. Die PKK hat ihre Waffen gestreckt, ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu bekommen. Und die gauchistische Linke führt seit zwei Jahren eine Hungerstreikaktion in den Gefängnissen durch, die mittlerweile über hundert Todesopfer gekostet hat, aber niemanden interessiert. Ihr

Märtyrerkult ist zwar kein relevanter, dafür aber ein originärer Beitrag zur Islamisierung der Gesellschaft.

---

*Deniz Yücel* schrieb in KONKRET 12/01 über die islamistische Organisation Milli Görüs

Konkret 01/03, S. 32

**Arno Neuber**

# Operationen □ber Zeit und Raum

**Mit der geplanten neuen Nato-Eingreiftruppe versch□rft sich die Konkurrenz zwischen den USA und Deutsch-Europa.**

Die »Frankfurter Rundschau« nennt sie die Truppe, »die als erste auf feindliches Gelände vorstößt« und die »Frankfurter Allgemeine« am gleichen Tag (22.11.02) ein »Expeditions-Korps für weltweite Kampfeinsätze«. Die Rede ist von der sogenannten »Nato Response Force (NRF)«, die auf Vorschlag der USA als Speerspitze einer global agierenden Nato operieren soll. Ihr Aufbau soll so rasch erfolgen, daß die erste Stufe ihrer Einsatzfähigkeit spätestens im Herbst 2004 erreicht wird. Bis 2006 soll dann die gesamte Truppe mit geplanten 21.000 Soldaten stehen. Geplant ist weiterhin, daß im Bedarfsfall ein Verband in Brigadestärke (mindestens 3.000 Soldaten) innerhalb von sieben Tagen abmarsch-, das heißt einmarschbereit zur Verfügung der Herren in Washington und Brüssel steht. Für Teile der Truppe soll es bereits nach zwei bis drei Tagen ins auserkorene Kriegsgebiet gehen.

Im Vorfeld des Prager Gipfels war viel geredet und geschrieben worden über eine Nato, die für die US-Führung jegliche Bedeutung verloren habe. Waffentechnologisch weit hinter den USA zurückgeblieben und durch die Aufnahme der »armen« östlichen Nachbarn aus dem ehemaligen Warschauer Pakt mehr zu einem politischen Debattierklub als zu einem schlagkräftigen Kriegsknüppel mutiert, sei die Stunde der größten Nato-Ausdehnung gleichzeitig die Stunde ihrer größten Sinnkrise.

Die Sicht der USA war das nie. Für die Führungsmannschaften in Washington – und das gilt nicht nur für Rumsfeld, Cheney, Wolfowitz und Co. – war und ist die Nato vor allem ein entscheidender Teil des »globalen Ordnungssystems der USA« (Brzezinski), das den »Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme« verleiht. Für sie gilt und galt: Je größer die Nato-Ausdehnung in Europa, desto größer der US-Einfluß auf dem alten Kontinent.

Neben diesem hauptsächlichen Zweck gibt es den nicht unerheblichen militärischen Nutzen. Der ist für die USA künftig dann optimal gegeben, wenn die Nato nach Bedarf Bushs neue Kriege global unterstützt. Dazu muß sie ihre bisherige vertragliche Beschränkung auf das Bündnisgebiet endgültig über Bord werfen. 1999, auf dem Washingtoner Jubelgipfel zum 50. Gründungsjahr der Nato, hatte der Streit über das Operationsgebiet des Militärpakts zwischen Paris und Washington noch mit einem Formelkompromiß geendet. Die Nato erklärte sich damals vor allem für den euro-atlantischen Raum zuständig, eine geographisch nicht gerade besonders präzise Eingrenzung.

In Prag gab es nun allerdings überhaupt kein Halten mehr. Insbesondere deshalb, weil im Vorfeld des Gipfels die Nato-Europäer selbst auf eine weltweite Einsetzbarkeit der Nato gedrängt hatten. Die Berliner Regierung beispielsweise war nach dem 11. September ganz damit beschäftigt, die Chance beim Schopf zu fassen und im Sinne einer »Neupositionierung Deutschlands in der internationalen Staatengemeinschaft« (Schröder), den USA Bundeswehreinheiten für ihren sogenannten Antiterrorkrieg aufzudrängen. Man glaubte wohl auf diese Weise verhindern zu können, daß die US-Führung sich künftig mehr auf den Deal mit Putin oder eine »Koalition von Willigen« orientieren könnte.

Weil die EU militärisch noch nicht im Alleingang handeln kann, bleibt sie für eine längere Zeit auf die Nato angewiesen. Ohne Nutzung von Nato-Infrastruktur und ihrer Hauptquartiere sind EU-Militäroperationen derzeit noch nicht durchführbar. Eine Vereinbarung darüber mit der Nato wird aber seit zwei Jahren von der Türkei sabotiert, die als Nicht-EU-Mitglied bei deren militärischen Entscheidungen dennoch ein vollständiges Mitspracherecht haben will. Daß sie dabei insgeheim die Rückendeckung einer US-Führung hat, der (wie ihrer Vorgängerin) die ganze EU-Militärpolitik gegen den Strich geht, darf durchaus unterstellt werden.

War in der Vergangenheit die US-Dominanz in der Nato für Bonn kein Problem, weil wesentliche Ziele des deutschen Imperialismus (die Einverleibung der DDR und die Wiederaufrüstung) nur im Windschatten der USA zu erreichen waren, galt in der Berliner Ära stets die Regel, nach Möglichkeit zu vermeiden, sich zwischen Washington und Paris entscheiden zu müssen. Man mühte sich gleichzeitig um die Rolle des Nato-Musterknaben und versuchte, die Kommandohöhen in der künftigen EU-Militärunion zu besetzen. Mit Bushs Kriegskurs und seiner Drohung an die Alliierten, daß künftig das (Kriegs-)Ziel über die Koalition und nicht die Koalition über das Ziel entscheidet, wird dieser Spagat immer schwieriger.

Die neue Nato-Eingreiftruppe kann der Deutschen Regierung nicht schmecken. Sie funktioniert nach dem denkbar einfachen Prinzip, daß die Nato-Europäer die Truppen und das Gerät stellen und die Einsätze bezahlen, die Amerikaner aber das Kommando führen. Schnell machte daher auch das Wort von »der Fremdenlegion des Pentagon« die Runde. Was nicht ganz die Sache trifft, schließlich sollen die Nato-Legionäre ihre Einsätze auch noch selber bezahlen.

Während Schröder den Part übernahm, die neue Eingreiftruppe zu loben und ihr seinen politischen Segen zu geben – was als gewichtiger Beitrag zur »Entgiftung« des Verhältnisses zu Washington gewertet wurde – sind Fischer und Struck für die

»Vorbehalte« zuständig. Dabei wurden drei Punkte vorgebracht, die der deutschen Beteiligung an der Nato-Truppe Grenzen ziehen sollen: Die Finanznöte der Bundesregierung, ein Einsatz nur nach einstimmigem Beschluß im Nato-Rat und eine Zustimmung für die Beteiligung der Bundeswehr im Einsatzfall durch den Bundestag. Letzteres ist allerdings makaber, wenn man weiß, daß hinter den Berliner Kulissen bereits an einem Entsendegesetz oder einer anderen Möglichkeit gearbeitet wird, künftig das Parlament bei Entscheidungen über Bundeswehreinsätze weitgehend zu entmachten.

In der Gipfelerklärung von Prag ist eine Passage enthalten, die das friedliche Nebeneinander von Nato- und EU-Eingreiftruppe beschwört, aber durch ihre Formulierung eher das Gegenteil enthüllt: »Die Arbeiten zu den Nato-Reaktionskräften und die entsprechende Arbeit im Rahmen des Planziels der EU sollten sich gegenseitig stärken und der Autonomie beider Organisationen Rechnung tragen.« Sie sollten! Scharping-Nachfolger Struck sah sich jedenfalls bereits bei seiner Rede im Bundestag am 14. November genötigt, Klartext zu reden: »Wir werden kein Konkurrenzverhältnis zulassen, das daraus erwächst, daß man dem Motto □Es gibt jetzt nur noch die Nato-Response-Force, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vergessen wir□ folgt.« Und im Interview mit der »Berliner Zeitung« (21.11.02) erklärte er es für »wichtig«, daß »das Projekt der EU-Eingreiftruppe dabei nicht gefährdet wird«.

Berlin hat sich in den internen Vorbereitungszirkeln für den Prager Gipfel unter US-amerikanischem Druck bereit erklärt, für die Nato-Truppe Bundeswehreinheiten aus allen Waffengattungen zur Verfügung zu stellen. Öffentlich wird der Eindruck erweckt, diese Truppenteile könnten sowohl für Nato- als auch für EU-Einsätze zur Verfügung stehen und so ließe sich eine teure Doppelung vermeiden. Tatsächlich dringt die Nato-Führung offenbar aber auf die exklusive Abstellung von speziellen Einheiten, die abwechselnd sechs Monate in Bereitschaft und danach in Reserve gehalten werden sollen. Mit Allerweltssoldaten wird man sich nicht zufriedengeben für eine »tödliche, technisch jeder denkbaren Herausforderung gewachsene Kampfeinheit zum schnellen Eindringen in ein feindliches Gebiet« (»FR«, 22.11.02). Es müssen schon speziell ausgebildete und ausgerüstete Eliteeinheiten sein, die der EU dann nicht mehr für eigene Kriegseinsätze zur Verfügung stehen.

Eine detaillierte und kontrollierbare Aufrüstungsvereinbarung hat die US-Führung zudem durchgedrückt: das sogenannte Prague Capabilities Commitment (PCC). Danach müssen die europäischen Nato-Mitglieder so schnell wie möglich (noch bevor der Militär-Airbus A400M gebaut ist) ihre Lufttransportkapazitäten aufstocken, elektronische Führungs- und Spionagesysteme erneuern oder anschaffen und ihre Truppen in die Lage versetzen, »Operationen über Zeit und Raum zu führen – auch in einem potentiellen nuklearen, biologischen und chemischen Bedrohungsumfeld«, wie es in der Gipfelerklärung heißt. Parallel dazu will die EU bis Mitte 2003 ihre Rapid Response Force (RRF) voll einsatzfähig haben. Hier beklagen die Generäle einen Mangel an See- und Lufttransportfähigkeiten, an Tankflugzeugen, Marschflugkörpern, Spionagesatelliten und Flugzeugträgern.

Hatte Kriegsminister Struck bisher auf Zeit gespielt und behauptet, die Nato-Truppe würde gar kein Extrageld kosten, hat er jetzt in der Haushaltsdebatte die Notbremse gezogen. Bei der Bundeswehr soll mit Hinweis auf die Prager Beschlüsse nur noch das finanziert und beschafft werden, was unmittelbar ihren Interventionstruppen zugute kommt. Selbst beim Sponsoring für die Luft- und Raumfahrtindustrie (in der letzten Legislaturperiode noch ausdrücklich im Koalitionsvertrag festgelegt) muß nun kürzergetreten werden. Es sollen nur 60 statt 73 Militärtransporter bei der EADS gekauft werden. Bei dieser Gelegenheit erklärte Struck auch gleich einen Verfassungsartikel zu Altpapier, den seine Vorgänger Rühe und Scharping bereits konsequent ignoriert hatten. Der Artikel 87a (»Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf«) soll nach Strucks Willen ruhig im Grundgesetz stehen bleiben, aber »Verteidigung müsse heute anders verstanden werden, als es bei der Abfassung des Grundgesetzes der Fall gewesen sei« (»FAZ«, 6.12.02).

Damals hatte man gerade einen Weltkrieg verloren, mußte militärisch erst einmal kleine Brötchen backen und durfte die militaristische Klappe nicht zu weit aufreißen. Deshalb auch stand von einer deutschen Armee überhaupt nichts im Text des Grundgesetzes von 1949. Der Artikel 87a wurde erst 1956 hineingefummelt, als man die Wehrverfassung gegen den Widerstand einer mächtigen Antikriegsbewegung regelrecht durchgeprügelt hatte. Aber solche Kleinigkeiten fechten einen nicht an, der künftig Deutschland am »Hindukusch verteidigen« möchte.

Wenn der SPD-Vizefraktionschef Gernot Erler verkündet, »für das Einsatzgebiet der Streitkräfte werde es in Zukunft grundsätzlich keine Einschränkung mehr geben« (»FR«, 7.12.02) ist ihm der Beifall von Grün bis Schwarz sicher. Dieser weitere Schritt bei der »Enttabuisierung des Militärischen« (Schröder) gehört zu den positiven Elementen, die deutsche Militärexperten in ersten Analysen der amerikanischen NRF-Initiative von Prag entdecken. Ein weiteres besteht in der Erwartung, bei der engen Zusammenarbeit mit US-Eliteverbänden könnte einiges für den eigenen Nutzen abfallen von der technischen und taktisch-operativen militärischen Revolution, die derzeit in den Vereinigten Staaten stattfindet. Ansonsten herrscht Gemaule über eine US-Regierung, die sich »mit der besonders beförderten Osterweiterung und dem Instrumentarium Responce Force eine Nato nach ihrem Bilde« schafft (»Soldat und Technik«, 12/02).

Damit es rascher vorangeht mit dem Aufbau einer Militärunion nach eigenem Bild hat Außenminister Fischer jüngst mit seinem französischen Amtskollegen Dominique de Villepin die Idee eines »verteidigungspolitischen Kerneuropas« ausgeheckt, bei dem Paris und Berlin den Militarisierungskurs forcieren und die Zögerer gegebenenfalls als Nachhut

mitgeschleppt werden, aber keinen Einfluß mehr auf das Tempo und die Marschrichtung nehmen können. Die Europäische Union soll demnach »die Sicherheit ihres Gebietes und ihrer Bevölkerung gewährleisten und zur Stabilität ihres strategischen Umfeldes beitragen« (»Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«, 1.12.02), eine Aufgabe, für die sich bislang die Nato zuständig fühlt.

»Die Sicherheits-Analyse ergibt: Wo die Nato bestimmt, kann Europa nicht bestimmen«, hat Egon Bahr im Mai 2002 in einem Aufsatz mit dem Titel »Schild Europas oder Schwert Amerikas?« geschrieben. Daß beide zum Teufel gehen sollen, Schild und Schwert, kam ihm nicht in den Sinn.

---

*Arno Neuber* ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V. in Tübingen und aktiv im Karlsruher Friedensbündnis

Konkret 01/03, S. 34

**Michael Hahn**

# Land ohne Nachtigall

**Dan Diners Studie über Antiamerikanismus in Deutschland läßt zu viele Fragen offen.**

Wer die Kriegspläne von George Bush und Adolf Hitler miteinander »vergleicht«, befindet sich schon mal auf der richtigen Spur, meint Jürgen Elsässer in KONKRET 11/02 (»Deficit bombing«). Herta Däubler-Gmelin habe im vergangenen September ihren Ministerposten verloren, »weil sie der Realität zu nahe gekommen ist«, daß nämlich – und der Rest von Elsässers Beitrag beruht auf dieser Binsenweisheit – Kapitalismus, Krise und Krieg zusammengehören. War Däubler-Gmelins Gleichsetzung von Bushs und Hitlers »Methoden« in Wahrheit eine verkappte, sozusagen auf halbem Wege stehengebliebene Kapitalismuskritik? Ist Antiamerikanismus also nur eine Art »Antikapitalismus der dummen Kerls«? Wie sonst ließe sich Antiamerikanismus definieren?

Der Historiker Dan Diner (Jahrgang 1946, zeitweise beim Sozialistischen Büro in Frankfurt/Main aktiv und heute Professor in Leipzig und Jerusalem) hat vor kurzem eine Neuauflage seines Buchs *Verkehrte Welten: Antiamerikanismus in Deutschland* (1993) vorgelegt. Eine schlüssige Definition seines Gegenstands sucht man darin allerdings vergebens. Da wird Antiamerikanismus mal schlicht als »Feindseligkeit gegenüber Amerika« verstanden, ein anderes Mal als »Ressentiment« oder als »Ergebnis einer verschrobenen Welterklärung, einer affektgeladenen Rationalisierung von gesellschaftlich Unverstandenem«. Auf jeden Fall aber, so Diners Hauptthese, handelt es sich bei Antiamerikanismus um eine Reaktion von »Traditionsgesellschaften« auf »die Moderne«. Antiamerikanismus kann demnach praktisch überall auftreten (ob auch in den USA selbst, sagt Diner nicht), war historisch aber vor allem in Deutschland anzutreffen. Soweit der Stand von 1993. Gegenwärtig grassiert Antiamerikanismus »in erster Linie in außereuropäischen Kulturen und Gemeinwesen«, heißt es im – leider recht schwachen – aktuellen Schlußkapitel »Nach dem 11. September«.

Ein »polemisch gehaltener historischer Essay ... (ohne) akademischen Anspruch« sei sein Buch, schreibt Diner, und, so läßt sich hinzufügen, eine reichhaltige Zitatsammlung etwa aus der deutschen Romantik, der Weimarer Republik und der deutschen Anti-Golfkriegs-Bewegung von 1991 (manches davon hat Thomas von der Osten-Sacken bereits in KONKRET 12/02 wiedergegeben).

Ein anschauliches Beispiel ist der spätromantische Dichter Nikolaus Lenau, der sich 1831/32 einige Monate in den USA aufhielt und in Briefen über seine Beobachtungen lamentierte: »Was wir (Deutschen, M. H.) Vaterland benennen, ist hier bloß eine Vermögensassekuranz. Der Amerikaner kennt nichts, er sucht nichts als Geld; er hat keine Idee.« Der Romantiker schaut sich die Natur an: »Die Nachtigall hat recht, daß sie bei diesen Wichten nicht einkehrt. Das scheint mir von ernster, tiefer Bedeutung zu sein, daß Amerika gar keine Nachtigall hat. Es kommt mir vor wie ein poetischer Fluch.« Da sind sie schon fast alle versammelt, die antiamerikanischen Klischees: Geldgier, Kulturlosigkeit, Oberflächlichkeit und was »den Amis« sonst noch alles unterstellt wird – bis heute.

Die Pointe: Lenau reiste zu einem bestimmten Zweck in die USA. Er hatte mit Staatspapieren spekuliert und wollte seinen Gewinn in den USA anlegen (damals galten Kauf und Verpachtung einer Farm im Ohio-Gebiet als gute Investition) – interessierte sich also selbst vor allem für »Vermögensassekuranz«. Diner: »Eine geradezu klassische Reaktion: Die gepeinigte Seele schafft sich Entlastung, indem sie die mit der Realisierung des Begehrens verbundenen quälenden Schuldgefühle dem □anderen□ aufbürdet. ... Amerika (wird) zur wohlfeilen Projektionsfläche verdrängter Wünsche und Ängste.«

Das Beispiel Lenaus legt solche psychologisierenden Interpretationen nahe. Aber auch sonst entdeckt Diner überall Verdrängungen, Abspaltungen, Kompensationen und Wiederholungszwänge. Da wünschte man sich von dem Historiker an manchen Stellen doch einen etwas »akademischeren« Zugang. Wie repräsentativ sind die gesammelten Zitate? Waren die ausführlich geschilderten (bildungs-)

bürgerlichen Ressentiments gegen die USA (oder gegen »die Moderne«) auch massenwirksam? Sind Äußerungen des rechtsradikalen Exgrünen Alfred Mechtersheimer, dem Diner gleich mehrere Seiten widmet, wirklich »exemplarisch« für die Anti-Golfkriegs-Bewegung von 1991?

Vor allem da, wo Diner auf die frappierenden Parallelen von rechter und linker Amerikakritik hinweist (zitiert werden u. a. Heinrich Heine, Clara Zetkin und Hans Magnus Enzensberger), vermißt man eine schärfere Analyse. Wenn Antiamerikanismus »quer« (Diner) zu den herkömmlichen politischen Strömungen vorkommt, existiert er dann auch unabhängig davon? Wenn Antiamerikanismus vor allem »antimodern« ist, warum tauchen dann dieselben Klischees bei kulturpessimistischen Rechten und bei (sonst doch so fortschrittsgläubigen) Linken auf? Gibt es auch einen spezifisch linken Antiamerikanismus?

Zu Recht betont Diner, daß Antiamerikanismus selten in Reinform vorkommt, sondern sich bisweilen auch mit euphorischer Amerikafaszination vermengt. Das gilt für das 19. Jahrhundert ebenso wie für die »1968er«. Selbst die Nazis waren keineswegs hundertprozentig antiamerikanisch, sondern bewunderten den technischen Fortschritt und »die Massenkultur« in den USA. Andererseits betrachteten die Nazis die USA als »Bastion jüdischer Weltherrschaft« – eine typische »Verschränkung von Antiamerikanismus und Antisemitismus«. Auch über dieses Verhältnis hätte der Historiker sicher noch mehr zu sagen.

Wenig zu überzeugen vermag das Schlußkapitel, in dem sich Diner vor allem mit der Entstehung des Islamismus und den Hintergründen der Attentate des 11. September 2001 beschäftigt. Ratlos bleibt der Rezensent bei Sätzen wie diesem: »Vom tragischen Schicksal der Palästinenser abgesehen, ist der arabisch-israelische Konflikt für die Entstehung des Islamismus jedenfalls nicht kausal.« Gehört die Palästinafrage nun zu den Ursachen oder nicht?

Nachdem Diner es 190 Seiten lang durchgehalten hat, über Antiamerikanismus als Projektion zu schreiben, die weitaus mehr über die Projizierenden (also über die »Alte Welt«) aussagt als über die Projektionsfläche (also die »Neue Welt«), wird er auf den letzten 15 Seiten doch noch weich. Fast alle Vorurteile gegenüber den USA scheint er plötzlich für bare Münze zu nehmen, wenn auch mit positivem Vorzeichen. Hymnisch besingt Diner die USA als »Land der Zukunft«, als »imperiale Republik, die allen sonstigen Gemeinwesen gegenüber spiegelbildlich, □verkehrt□ konstituiert ist«, und in der »Attribute der Zugehörigkeit geradezu irrelevant« sind.

Die (nicht erst seit dem 11. September) verschärfte Repression nach innen nimmt Diner immerhin zur Kenntnis, tut sie aber als für Amerika »nicht wesensgemäß« ab. Die zunehmend aggressive Außenpolitik (»Rolle eines Weltpolizisten«) sei den USA »angetragen« worden. Einen Hinweis auf die immer offener ausgetragenen Interessenkonflikte zwischen den USA und ihren ehemaligen westeuropäischen Verbündeten sucht man vergebens. Dabei ließe sich vielleicht mancher antiamerikanische Ausbruch (etwa der Versuch einer deutschen Ministerin, Nazi-»Methoden« ausgerechnet bei den früheren Kriegsgegnern auszumachen) auch auf dieser Grundlage erklären.

Dan Diner: *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments.* Propyläen, München 2002, 236 Seiten, 20 Euro

---

*Michael Hahn* schrieb in Literatur Konkret 2002 über Neuerscheinungen zur US-amerikanischen Außenpolitik

Konkret 01/03, S. 35

**Jürgen Elsässer**

# The good, the bad and the ugly

**Bei den serbischen Präsidentschaftswahlen gab es zwar wieder keinen Gewinner □ aber neue Erkenntnisse über die Verwicklung von Premier Djindjic in das organisierte Verbrechen.**

Die gängige westliche Analyse der politischen Landschaft in Belgrad geht ungefähr so: Der serbische Premier Zoran Djindjic ist der Gute, er will das Land zu Demokratie und Marktwirtschaft führen; der jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica ist der Böse, er will diesen Prozeß bremsen oder sogar stoppen; ganz und gar häßlich ist Vojislav Seselj, ein Faschist.

Die serbische Präsidentschaftswahl bot die Möglichkeit, diese Einschätzungen zu überprüfen. Auffällig ist zunächst, daß sich die Bevölkerung offensichtlich nicht so recht entscheiden mochte: Es gab sage und schreibe drei Wahlgänge, und in keinem einzigen hat einer der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl erreicht. Großer Gewinner dieser Pattsituation ist Djindjic: Nach dem Scheitern der Wahl übernimmt Natasa Micic, eine Abgeordnete des von ihm geführten Parteienbündnisses DOS, interimistisch das höchste Amt im Staat.

Kostunica hat in der Stichwahl der ersten Runde (Mitte Oktober) den Djindjic-Kandidaten Miroljub Labus im Verhältnis 2:1 deklassiert, in der zweiten Runde (Anfang Dezember) ließ er Seselj beinahe im selben Verhältnis hinter sich. Trotzdem hat es für ihn nicht gereicht, da in beiden Fällen die vorgeschriebene Wahlbeteiligung von mindestens 50 Prozent um jeweils etwa fünf Prozent unterschritten wurde. Nun strengt er eine Verfassungsklage wegen Wahlfälschung an: Die Djindjic-Regierung habe 835.000 Geisterwähler – verstorbene oder nichtexistente Personen, zum Teil ohne Namen und Vornamen – in die Statistiken aufgenommen; würde man diese aus der Gesamtzahl der Wahlberechtigten (6,5 Millionen) herausrechnen, sei das erforderliche Quorum erreicht worden.

Der lautstarke Krach um diese Frage ist wohl, wie überhaupt der Showdown Djindjic – Kostunica, eine Inszenierung. Würde Kostunica wirklich seinen Konkurrenten entmachten wollen, dürfte er nicht langwierig herumprozessieren, sondern müßte den Notstand ausrufen und Wahlen auf allen Ebenen ansetzen. Höchstwahrscheinlich geht es bei dem Zweikampf nicht um die Entscheidung über eine pro-westliche oder eine nationalistische Orientierung, sondern lediglich um zwei unterschiedlich akzentuierte Westausrichtungen. Im großen Fernsehduell vor dem ersten Wahlgang sagte Kostunica: »Das A und O unserer Stabilität sind gute und ausgewogene Beziehungen zu den USA.« Demgegenüber erklärte sein Kontrahent Labus: »Ziel unserer Außenpolitik ist die Integration in die Europäische Union.«

Seselj hingegen steht tatsächlich für Nationalismus. Sein Erfolg bei den Wählern – im Oktober erzielte er 23, im Dezember sogar 36 Prozent – dürfte allerdings nicht auf seine rechtsradikalen und rassistischen Sprüche zurückgehen (die er in den letzten Jahren weniger lautstark hinausposaunt), sondern auf eine Reihe von Skandalen und Verbrechen, bei deren Aufdeckung er sich Verdienste erworben hat.

Insbesondere handelt es sich dabei um mehrere spektakuläre Mordfälle, für die man bisher den Oberschurken Milosevic verantwortlich gemacht hat, während der Verdacht nach neueren Erkenntnissen auf Djindjic und seine Clique fällt – etwa das Attentat auf den Royalisten Vuk Draskovic im Oktober 1999. Diese Bluttat wird sei einiger Zeit vor einem Belgrader Gericht verhandelt, spektakuläre Zeugenvernehmungen boten Seselj im Wahlkampf immer neuen Stoff für Attacken gegen das DOS-Lager.

Am 3. Oktober 1999 hatte ein Mercedes-LKW auf der Ibar-Schnellstraße südlich von Belgrad den Wagen von Draskovic, Chef der zur damaligen Zeit wichtigsten Oppositionspartei SPO, gerammt. Vier Begleiter Draskovics starben. Da die Ermittlungen nicht vorankamen, stellte die SPO eigene Recherchen an. Als diese nach kurzer Zeit ergaben, daß der LKW der Staatssicherheit gehörte, wurde der Stasi-Mann, der dies bezeugt hatte, ebenfalls bei einem Autounfall getötet. Im weiteren meldeten sich zwei Verkehrspolizisten, die am 3. Oktober in der Nähe des Tatortes einen Mann mit einem auffälligen Tattoo gesehen hatten – eine Rose an der rechten Halsseite. Dieselbe Tätowierung an derselben Stelle trägt der Stasi-Offizier Milorad Lukovic, genannt Legija. Er war zur damaligen Zeit Leiter der sogenannten Roten Barette, einer schwerbewaffneten Polizeiabteilung für Sonderoperationen – etwa vergleichbar mit der bundesdeutschen GSG 9 – und übt diese Funktion seltsamerweise auch heute noch aus.

Denn »der Mann mit der Rose« hat den Regimewechsel unbeschadet überstanden. Nach dem Sturz Milosevics am 5. Oktober 2000 hat die Justiz zwar zwei Angehörige von Legijas Einheit wegen der Morde auf der Ibar-Magistrale angeklagt, aber nicht ihren Kommandeur. Noch rätselhafter: Im Mai 2001 sagte Djindjic, er wisse seit Oktober 2000, daß einer der beiden Angeklagten den Killer-LKW gesteuert habe. Trotzdem wurde der Premier nicht als Zeuge vor Gericht geladen, um Auskunft darüber zu geben, wer ihm die Identität des Attentäters enthüllt hatte.

Man muß vermuten: Djindjic hat sein Wissen von Legija selbst. Er bezeichnet ihn heute als Freund – kein Wunder, denn er verdankt ihm die Macht. Fakt ist jedenfalls, daß er sich mit Legija, damals der wichtigste Mann in Milosevics »Prätorianergarde«, persönlich am Morgen des 5. Oktober 2000 getroffen und das Stillhalten der Rote Barette vereinbart hatte. Als im Verlaufe des Tages die Anhänger des DOS-Bündnisses in Belgrad zusammenströmten, konnten sie, obwohl kaum bewaffnet, das Parlament und den Staatssender RTS besetzen und brandschatzen – die Antiterror-Einheiten griffen nicht ein und verbrüderten sich am Abend gar mit den Aufständischen. Verlangte Legija für diese Hilfestellung im Gegenzug Immunität und Kündigungsschutz? Jedenfalls blieb der Haudegen auf seinem Posten – und rechtfertigte Djindjics Vertrauen auch in der Folgezeit: Bei der Erstürmung der Villa Milosevics und dessen Verhaftung in der Nacht auf den 1. April 2001 soll er wiederum eine wichtige Rolle gespielt haben.

Nach Seseljs Einschätzung sind Legija und andere Topleute aus Milosevics Sondereinheiten nicht erst unmittelbar vor der »Oktoberrevolution« gekauft worden, sondern bereits viel früher. Für diese Theorie spricht, daß die Anklageschrift des Haager Tribunals vom 28. Mai 1999 neben Milosevic alle möglichen und unmöglichen serbischen Politiker und Militärs auflistet – aber ausgerechnet die Anführer der Roten Barette, die auch im Kosovo die Schmutzarbeit gemacht haben, nicht. Mit welcher Gegenleistung haben sie sich diesen Persilschein erkauft? Hat Legija bestimmte Verbrechen schon während der Amtszeit Milosevics nicht in dessen Auftrag begangen, sondern auf Anregung der Milosevic-Gegner – um den Staatschef zu diskreditieren? Seselj erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß das Attentat auf Draskovic nicht Milosevic nutzte, sondern der Opposition. Diese hatte sich nämlich bereits sechs Wochen zuvor heillos zerstritten. Der Anschlag verschaffte ihr einen Mitleidsbonus und stachelte die Empörung über Milosevic wieder an.

Wahlen sind im heutigen Belgrad so demokratisch wie im Chicago der dreißiger Jahre – egal wer gewinnt, Al Capone regiert. Attentatsopfer Draskovic meint jedenfalls: »Unsere Öffentlichkeit muß wissen, daß die Kriminellen und Staatsterroristen in Serbien nach dem 5. Oktober keine neuen Bosse bekamen, sondern daß sie selbst die Bosse wurden.«

---

*J□ □gen El□ □* interviewte in KONKRET 12/02 Felipe Turover über die Mafiaverbindungen von Carla del Ponte

Konkret 01/03, S. 36

**Matthias Gockel**

# Wanderleichen im Kühlwaggon

**Wie die Anklage beim Haager Tribunal sich in Widersprüche verstrickt. Eine Zwischenbilanz des Milosevic-Prozesses.**

Der 11. September 2002 war nicht nur der erste Jahrestag des »11. September«, sondern auch der letzte Verhandlungstag der ersten Runde im Prozeß gegen Slobodan Milosevic, der für den Tod mehrerer hundert und die »Vertreibung« von 800.000 Kosovo-Albanern zwischen dem 1. Januar und dem 20. Juni 1999 verantwortlich gemacht wird. Nachdem zu Beginn noch von einem »Jahrhundertprozeß« die Rede gewesen war, verklang die Euphorie der Medien, als klar wurde, daß der Angeklagte den Prozeßverlauf aktiv mitbestimmen würde. Nur wenn hochrangige westliche Funktionäre auftraten, erwachte vorübergehend das Interesse an Massakern und anderen serbischen Spezialitäten und brachte vorhersehbare Schlagzeilen – »Milosevic schwer belastet« etc. – hervor. Die durchaus plausiblen Bemühungen des Angeklagten, sich als Vorkämpfer gegen Bin Ladens Balkankompagnie in die neu propagierte »Allianz gegen den Terror« einzureihen, konnten an der vorgefertigten Sichtweise nichts ändern.

Die Anklage stützte sich hauptsächlich auf drei Zeugengruppen. Die erste bestand aus Kosovo-Albanern, die von mutmaßlichen Verbrechen serbischer Polizeikräfte erzählten. Hier gelang es Milosevic schnell, Ungereimtheiten aufzudecken. Alle Zeugen bestritten zunächst, Details über den UCK-Terror, z. B. Mord und Entführung, zu kennen, räumten im Verhör jedoch ein, daß sie oder ihre Mitbewohner die UCK mit Nahrung oder Unterkunft versorgt hatten. Die Legende, daß UCK-Kämpfer nur mit leichten Gewehren bewaffnet waren, wurde durch den Kommandanten Shukri Buja, der u. a. für die in Racak stationierte UCK-Einheit zuständig war, am 6. Juni dementiert. Zum Arsenal zählten demnach schwere Maschinengewehre, Minen- und Granatwerfer sowie tragbare Raketenwerfer. Bujas Aussagen stellen den zentralen Vorwurf der Anklage, daß die serbische Seite bei der Aufstands- und Terrorismusbekämpfung unverhältnismäßige Mittel angewandt habe, in Frage.

Zu den Aussagen der ersten Zeugengruppe sind auch Darstellungen zu rechnen, die eine umfassende politische und kulturelle Diskriminierung nach 1989, wie etwa ein angebliches Verbot der albanischen Sprache als Amtssprache sowie im Schulunterricht, beweisen sollten. Exemplarisch hierfür war der Auftritt von Mahmut Bakalli, ehemals Berater des UCK-Haudegens Adem Demaci und seit kurzem Abgeordneter im regionalen Kosovo-Parlament. Er räumte ein, daß jede Minderheit in Serbien das Recht hatte, in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden. Der Grund dafür, daß kosovo-albanische Kinder nur selten öffentliche Schulen besuchten, war ein Schulboykott. Bakalli: »Die Albaner verweigerten die ... Teilnahme am Unterricht, weil sie ihr eigenes System hatten, ihre eigenen Lehrer und Professoren.« Der Zeuge bestätigte außerdem, daß das Curriculum für albanischsprachigen Unterricht in ganz Serbien galt und keine diskriminierenden Sonderregelungen für das Kosovo vorsah.

Eine systematische Benachteiligung am Arbeitsplatz hat es ebenfalls nicht gegeben. Auch hier handelte es sich in Wirklichkeit um einen organisierten Boykott. Milosevic: »Sie verweigerten die Arbeit aus politischen Gründen und nicht weil sie entlassen wurden. Dies ist genau der Grund, warum ich gefragt habe, ob Sie einen Unterschied machen zwischen jemandem, der die Arbeit boykottiert und jemandem, der entlassen wird ... Nun ist alles klar.« Bakallis Antwort: »Es ist klar.«

Die zweite Zeugengruppe umfaßte Diplomaten und Militärs aus Staaten, die am Nato-Angriff teilgenommen hatten. Sie karikierten Milosevic als einen schizophrenen Alleinherrscher, dem von der wohlmeinenden »internationalen Gemeinschaft« mehrmals »ernste Konsequenzen« angedroht worden waren. Nun sei er eben tatsächlich in Den Haag gelandet. Der deutsche Kfor-Kommandeur Klaus Naumann (»Militärs haben eins gelernt: Sie müssen Befehlen gehorchen«) insinuierte sogar, daß der Kampf der jugoslawischen Partisanenarmee gegen profaschistische Gruppen im Kosovo eine Vorform »ethnischer Säuberungen« darstellte.

## Schwache Kronzeugen

Wirklich interessant ist die dritte Gruppe. Insider aus diversen Belgrader Führungszirkeln sollten belegen, daß es einen umfassenden Plan zur Vertuschung von Verbrechen gegeben habe. Die Vermutung liegt nahe, daß die Anklage damit den Mangel an direkten Beweisen für »systematische Vertreibungen« ausgleichen wollte. Die Anklage stützt sich auf angebliche Enthüllungen vor Ort im Mai 2001. Hauptakteur dabei war Dragan Karleusa, ein hoher Beamter im serbischen Innenministerium. Er ließ (z. T. falsche) Informationen »kalkuliert durchsickern« (»The Observer«, 24.6.01), um die serbische Öffentlichkeit auf die von Washington und Berlin geforderte Auslieferung des Expräsidenten einzustimmen.

Die Vorwürfe sind bekannt. Milosevic habe die umfassende »Vernichtung von Beweismitteln zu Verbrechen im Kosovo angeordnet«. Bei einem »Beweismittel« habe es sich um 50 Leichen gehandelt, »die in einem in der Donau versenkten Kühllastwagen gefunden worden waren« (NTV, 25.5.01). Die Leichen seien nach der Bergung des Lasters an der

rumänischen Grenze – an einer Hauptroute des organisierten Menschenhandels, aber darüber erfuhr man nichts – weitertransportiert worden und schließlich 200 km weiter westlich beerdigt worden. Die »Rheinische Post« wußte am 3. Juni 2001: »In einem Massengrab in der Nähe der jugoslawischen Hauptstadt sind 86 im Kosovo ermordete Albaner entdeckt worden ... Es handelt sich um Opfer eines Massakers, deren Leichen in einem Kühlwagen nach Serbien gebracht wurden und in der Donau versenkt werden sollten. Der LKW wurde aber entdeckt ... Der Fall wurde zum Staatsgeheimnis erklärt.«

18 Monate später ist festzuhalten: Sowohl die These vom *cover-up* als auch die Behauptung, die Leichen aus dem LKW seien bei Belgrad beerdigt worden, haben sich nicht bewahrheitet – trotz erheblichen Aufwands der Belgrader Justizbehörden und ihren Haager Vorgesetzten.

Der ehemalige Staatssicherheitschef Radomir Markovic, den die Anklage am 25. Juli 2002 als Kronzeugen präsentierte, weil er im März 1999 an einem Treffen, bei dem das Täuschungsmanöver angeblich geplant wurde, teilgenommen hatte, verneinte im Kreuzverhör den zentralen Vorwurf, der drei Tage zuvor von Karleusa – unter Berufung auf Verhöre seiner *working group* mit Markovic – noch bejaht worden war. Es habe bestimmt keinen Befehl zur Spurenverwischung gegeben, ganz zu schweigen von Vertreibungsplänen und anderen Hufeisen. Vielmehr habe der Schutz von Zivilisten, und zwar aller Zivilisten, auch bei der Bekämpfung des UCK-Terrors eine wichtige Rolle gespielt (siehe Wortlaut in KONKRET 9/2002). Markovic bezeugte auch, daß Milosevic die Bestrafung von Kriegsverbrechen befürwortete und daß mehrere hundert solcher Fälle verfolgt worden sind.

Die Anklage sah sich daraufhin genötigt, Markovic zu diskreditieren, und lud kurzfristig den Beamten, der im Frühjahr 2001 die Verhöre mit ihm geführt hatte, als Zeugen vor. Sein Name: Zoran Stijovic. Am 16. August 2002 erhielt er die Vorladung, am 5. September erschien er im Gerichtssaal, gerade noch rechtzeitig vor Abschluß der ersten Runde. Richter Richard May bemerkte dazu: »Der Zeuge wurde offensichtlich mit der Absicht vorgeladen, um den Beweis zu erbringen, daß Herr Markovic nicht die Wahrheit gesagt hat.« Dummerweise wies Stijovic schon zu Beginn seiner Aussage darauf hin, daß der schriftliche Bericht, auf den die Anklage sich stützte, kein gerichtstaugliches Dokument sei, da es sich um ein bloßes Gesprächsprotokoll gehandelt habe. Er selbst sei überrascht, daß es in Den Haag vorliege, denn der Bericht verlange eine nähere Überprüfung der Fakten, bevor die Ermittlungsbehörden eingeschaltet würden. Außerdem sei Markovic – in Isolationshaft – nur unter der Bedingung, daß seine Aussagen vertraulich behandelt würden, zum Gespräch bereit gewesen.

Obwohl Stijovic darauf beharrte, daß der Anteil Markovics am Zustandekommen des Protokolls größer gewesen sei als von diesem zugegeben, stimmte er der für die Anklage unangenehmen Aussage im entscheidenden Punkt zu: Es habe keinen Befehl zur Spurenverwischung oder gar Vernichtung von Beweismitteln gegeben. Im Gegenteil. Es sei bei den sogenannten Assanierungsmaßnahmen u. a. darum gegangen, jeder Art von Manipulation der Leichen entgegenzuwirken. Skeptiker mögen einwenden, dies sei bloße Theorie. Aber Stijovic bestätigte, daß man auch im Kriegszustand bemüht war, die entsprechenden Anweisungen – Feststellung der Todesursache, Identifikation, Rückgabe an die Familien – zu befolgen, und bejahte Milosevics Feststellung, daß *clean-up* nicht *cover-up* bedeutete.

Dies entspricht den Aussagen des anonymen Zeugen »K25«, der am 9. Juli 2002 auftrat und im Kreuzverhör quasi zu einem Zeugen der Verteidigung wurde. Als Mitglied einer Sondereinheit der Polizei hatte er 1998/99 an Einsätzen gegen die UCK teilgenommen. Dabei war es üblich, Zivilisten, deren besonderer Schutz »stets unser Ziel war bei allen Einsätzen«, zu ihrer eigenen Sicherheit aus dem Kampfgebiet zu evakuieren. Den Vorwurf »systematischer Vertreibungen« bestritt er: »Da hier jeden Tag irgendeine Form von Säuberung erwähnt wird, sagen Sie mir, ob es stimmt, daß die Verwendung der Worte ›Säuberung‹ oder ›Aufräumen‹ ... immer und ohne Ausnahme die Zurückdrängung der terroristischen UCK zum Inhalt hat?« – »Ja.« – »Und sie bedeutete oder implizierte niemals irgend etwas, das die persönliche Sicherheit der Zivilisten gefährden würde; richtig?« – »Das ist richtig.«

## Gefrier- und Wanderleichen

Die Geschichte vom Kühllaster sollte sodann die Verbindung zwischen dem Kosovo und den Gräbern bei Belgrad herstellen und als exemplarischer Fall der angeblich von höchster Stelle angeordneten »Vernichtung von Beweismitteln« dienen. Die Details wurden entlang der Aussagen von Zeugen, die mit der Bergung des Lasters zu tun hatten, konstruiert.

Was ist bekannt? Karleusa mußte im Kreuzverhör einräumen, daß er über den Verbleib der Leichen aus dem Kühllaster nichts wisse und über ihre Herkunft keine genaueren Informationen habe. Der damals vor Ort anwesende Kriminaltechniker sagte aus, daß diese Leichen vor ihrem Auftauchen nicht beerdigt worden waren. Ein Ermittler der Anklage bezeugte aber im Gegensatz dazu, daß die in Belgrad gefundenen Leichen zuvor beerdigt und exhumiert worden waren, allerdings nicht in der Nähe des LKW-Fundorts, sondern auf einem Armeeschießstand bei Prizren im Kosovo. Damit ist belegt: Es kann sich bei den Kühllaster-Leichen nicht um die angeblich aus dem Kosovo verschwundenen und später bei Belgrad bestatteten handeln.

Nachdem der Kühllaster nicht länger zum *missing link* taugte, war es nicht verwunderlich, daß die Anklage vorsichtshalber noch einige Argumente nachschob. Sie wollte nachweisen, daß einige der Leichen mit Opfern eines Polizeieinsatzes in Suva Reka, einer UCK-Hochburg, am 26. März 1999 identisch seien. Aber auch hier gibt es Unklarheiten, etwa die Frage, warum sechs der neun identifizierten Opfer erst in der zum zweiten Mal geänderten Anklageschrift vom 29. Oktober 2001 auftauchen und zwei nicht einmal dort, obwohl eine Hauptzeugin, die auf wundersame Weise überlebte, schon seit dem 17. Mai 1999 im Kontakt mit Beamten der Anklage stand.

Der Kronzeuge Stijovic schoß auch in diesem Fall den Ball ins Tor der Anklage: »Die Idee selbst wäre idiotisch, daß jemand einen Kühllaster mit Leichen in die Donau schieben und denken könnte, es würde nicht entdeckt werden ... Ich denke, es ist ziemlich unglaublich.« Wie so vieles in diesem »Jahrhundertprozeß«.

*(Die Prozeßtranskripte sind einsehbar unter www.un.org/icty/transe54/transe54.htm)*

---

*Matthias Gockel* lebt und arbeitet in New York

Konkret 01/03, S. 38

**Rolf Surmann**

# Deutschland fordert Gerechtigkeit

**Deutschlandfunk, NDR und MDR preschten vor, die »FAZ« und andere zogen nach. Damit ist die Forderung »Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter« von einer Marotte rechtsdrehender Politiker zu einem gesellschaftlichen Thema geworden.**

Angefangen hatte es mit dem Stiftungsgesetz für NS-Zwangsarbeiter/innen. Bei der Schlußabstimmung forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Regierung auf, »mit denjenigen Staaten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, oder mit deren Nachfolgestaaten Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, daß auch die noch lebenden deutschen Opfer von diesen Staaten eine – der deutschen Regelung entsprechende – Entschädigung in Form einer humanitären Geste erhalten«.

Einzelne Abgeordnete erläuterten diesen Vorschlag. So bekannte das Fraktionsmitglied Martin Hohmann in der »Ostpreußen-Zeitung« zunächst, er könne dem Gesetz nicht zustimmen, da er sich sonst als »Erfüllungsgehilfe« der US-Regierung vorkomme und vor allem Juden ungerechtfertigte Vorteile erlangten. Dabei berief er sich auf den deutschen Genozidforscher Gunnar Heinsohn, der die Meinung vertreten hatte, allenfalls 11.900 bis 35.900 jüdische Anspruchsberechtigte seien zu berücksichtigen. Die von der Claims Conference genannte Zahl von 135.000 übervorteile deshalb andere Opfergruppen. (Die Bundesstiftung geht aktuell von 160.000 jüdischen Anspruchsberechtigten aus.)

Doch Hohmann lehnte nicht einfach ab, sondern fühlte sich zugleich berufen, die Juden zu schützen: vor ihrer bekannten Unart natürlich, Antisemitismus zu provozieren. »Wenn wir Abgeordnete, die über diese Dinge informiert sind, schweigen, dann fürchte ich eine Wiederbelebung des Vorurteils, daß Juden – und es wird dann schnell verallgemeinert – eine besondere Beziehung zu Materiellem haben. Wenn die Schieflagen jetzt und hier verschwiegen werden, können sie nur von Extremisten aufgegriffen und antisemitisch instrumentalisiert werden.«

Nachdem er sich so zu ihrem eigenen Besten gezwungen sah, den Angaben jüdischer NS-Verfolgter zu ihrer Verfolgung nicht zu glauben, kam er zu seinem eigentlichen Anliegen. Nicht die im Laufe der vergangenen fünfzig Jahre da und dort bereits hinreichend bedachten NS-Opfer sollten finanzielle Leistungen erhalten, sondern die seines Erachtens tatsächlich »vergessenen Opfer«: die deutschen Zwangsarbeiter. Hohmanns Fazit: »Meine persönliche Ablehnung (finanzieller Leistungen für jüdische und andere NS-Opfer, R. S.) soll von der Regierung auch als Appell für eine Initiative für deutsche Zwangsarbeiter verstanden werden.«

Kollegen wie der Münchner CSU-Abgeordnete Uhl haben diese Argumentation variiert. Auch Uhl geht es um die »richtige Erinnerung«, für ihn Voraussetzung dafür, daß es »keine ewige Stigmatisierung der Deutschen« gibt. Deshalb erinnert er vor allem an die »Vernichtungslager« für Deutsche, die er nach 1945 in Jugoslawien ausgemacht hat. Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und für die Hessen-CDU im Bundestag, hat da noch mehr zu bieten. Sie weiß gleich von »Zwangsarbeits- und Vernichtungslagern für Millionen von Deutschen« in Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Die Volksparteien CDU und CSU sehen keine Veranlassung, diesen Geschichtslügen entgegenzutreten. Sie flankieren sie vielmehr. In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wollten sie – in bewußter Analogie zu den Straf-, KZ- und Vernichtungslagern der NS-Zeit – u. a. wissen: »Haben diese deutschen Zwangsarbeiter zwar gegebenenfalls für die zu Unrecht erlittenen Gewahrsamszeiten Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingsgesetz oder aufgrund anderer Gesetze erhalten, nicht jedoch für den Tatbestand der Zwangsarbeit?« Den Tätern soll also schleunigst zugute kommen, was sie ihren Opfern verweigert und erst aufgrund des massiven Drucks vor allem aus den USA in geringem Umfang zugestanden hatten.

Dieses Vorgehen ist nicht einfach Klientelpolitik für den »fünften bayerischen Stamm«, die Vertriebenen, sondern Ausdruck einer speziellen Variante der die »Berliner Republik« prägenden Ideologie. Sie kommt als Volksmythos in den bunten ZDF-Geschichtsabenden Knoppscher Machart ebenso zum Ausdruck wie im letzten Werk von Günter Grass. Selbstverständlich macht sie sich auch politisch bemerkbar. Seit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Tschechien ist die deutsche Polemik gegen die Benesch-Dekrete ein zentrales Beispiel, nachdem schon in den neunziger Jahren das Abkommen über eine »Versöhnungsstiftung« mit beschämenden Almosenzahlen für NS-Opfer aus demselben Grund über Jahre blockiert worden war.

Was gegenüber Tschechien im Namen der Menschenrechte in Anschlag gebracht wird, drückt sich gegenüber Polen vor allem in der Forderung nach »Heimat« aus. Dabei ist zumindest die Teilrevision der Ergebnisse des 8. Mai 1945 nur ein erster Schritt. Denn ist das »Heimatrecht« erst durchgesetzt, wird man sich auch gemütlich einrichten wollen. Die Rückforderung des nach 1945 beschlagnahmten Besitzes ist dann eine logische Konsequenz. Aufstellungen der erlittenen Verluste zirkulieren jedenfalls schon in den einschlägigen Kreisen. Der Unterschied zwischen den Schwarzen und den

Rotgrünen besteht an diesem Punkt nur darin, daß die einen »näher bei den Menschen« sind, wenn sie ihre Forderung nach einem »Recht auf Heimat« erheben, und die anderen mit ruhiger Hand auf die »Gestaltungskraft« des Marktes setzen.

Auch das ist nicht neu. Im Grunde prägt diese Haltung die gesamte Geschichte der »Wiedergutmachung«. Bereits Adenauers Verkehrsminister Seebohm versicherte Anfang der fünfziger Jahre, daß er keine Einwände gegen Entschädigungszahlungen an Juden habe, sofern die Welt bereit sei, den Vertriebenen das ihnen zugefügte Leid in gleicher Weise zu entgelten. Doch war dies die Zeit der berüchtigten »Sonntagsreden«. Das heißt: Die Deutschen durften zwar reden, aber die Alliierten bestimmten, etwa im Deutschlandvertrag, was zu geschehen hatte.

Eine neue Etappe begann mit der offiziellen Beendigung der Entschädigungspolitik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Selbst im Rahmen der Neuen Ostpolitik beharrte die sozialliberale Koalition auf dem entschädigungspolitischen Schlußstrich und war zu minimalen Zugeständnissen nur bereit, wenn gleichzeitig deutsche Forderungen erfüllt wurden. So zahlte man für Zwangsarbeit in der NS-Zeit eine Spottsumme in die polnische Rentenkasse und gewährte einen Wirtschaftskredit, während Polen sich verpflichten mußte, 200.000 »Volksdeutsche« – Arbeitskräfte waren noch begehrt, und das »Recht auf Freizügigkeit« galt damals als ein wohlfeiles Menschenrecht – in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Damit war das Prinzip der geschichtspolitischen Aufrechnung durchgesetzt.

Die Grundlage für die gegenwärtige Politik wurde ab 1990 mit dem Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrags – er gilt allgemein als De-facto-Friedensvertrag – geschaffen. In den Verhandlungen konnte die Bundesrepublik verhindern, daß Reparationsfragen berücksichtigt wurden. Zu Almosenzahlungen an osteuropäische NS-Opfer über die »Versöhnungsstiftungen« erklärte sie sich im Anschluß nur unter der Voraussetzung bereit, daß ihren Forderungen entsprochen werde. Das populäre Stichwort für diese Strategie hieß »Beutekunst«. Ohne Rückbezug auf den Vernichtungskrieg in Osteuropa und die daraus resultierenden Reparationsverpflichtungen blieb allein übrig, was hiesiger Wahrnehmung gemäß nach 1945 geschah: Die Deutschen wurden beraubt.

Nach Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« hat die Bundesregierung diese Haltung noch einmal verschärft. Während sie im Namen der Menschenrechte ihre Forderungen stellt, beruft sie sich u. a. auf das Prinzip der Staatenimmunität, nach dem ein Staat nicht vor den Gerichten eines anderen Staates verklagt werden kann. So will sie trotz vieler noch offener Forderungen den entschädigungspolitischen Schlußstrich durchsetzen. Dabei hat sie in letzter Zeit einige Erfolge erzielt. So gelang es ihr nach jahrelangem Rechtsstreit vor griechischen Gerichten, durch ein Urteil des Athener Sondergerichts mit Verfassungsrang den Klageweg in Griechenland abzuschneiden. Auch das rechtskräftige Urteil, das die Massakeropfer aus dem Dorf Distomo erzielt hatten, kann nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht vollstreckt werden.

Ähnlich erfolgreich war sie gegenüber den jüdischen Gemeinden in der Slowakei. Sie hatten sich in den neunziger Jahren zunächst an die Bundesregierung gewandt, um eine Entschädigung für die 500 Reichsmark zu erhalten, die jeder der mehr als 50.000 slowakischen Juden an Berlin für die Deportation in die Vernichtungslager zu zahlen hatte. Das Geld sollte heute für die Pflege von jüdischen Friedhöfen und für andere kulturelle Zwecke verwendet werden. Doch die Bundesregierung war zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Eine Klage vor dem Berliner Landgericht scheiterte 2001, verwies die Kläger jedoch an die neugegründete Stiftung. Die wiederum lehnte Zahlungen mit dem Argument ab, in Vermögensfragen seien nur Einzelpersonen antragsberechtigt, nicht aber Körperschaften. Da kaum einer der Deportierten die Vernichtungslager überlebt hatte, war das Thema damit vom deutschen Tisch. Auf Intervention der USA hat sich jetzt die slowakische Regierung jedoch bereit erklärt, 19 Millionen Euro bereitzustellen.

Doch kann die Bundesregierung trotz solcher Erfolge nicht unbedingt davon ausgehen, daß ihre Rechnung auch künftig aufgeht. Die griechischen NS-Opfer zum Beispiel klagen jetzt nicht nur vor europäischen Gerichten, sondern setzen auch ihren politischen Kampf in Griechenland fort. Die von Stiftungszahlungen ausgeschlossenen italienischen Militärinternierten haben beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde eingelegt, und die sowjetischen Kriegsgefangenen klagen unter Hinweis auf die bekannten Vernichtungspraktiken der Nazis vor dem Berliner Verwaltungsgericht.

In den USA sind nicht nur weiterhin alte Klagen anhängig, sondern auch neue eingereicht worden. Besonders interessant ist der Fall der Wertheim-Erben, die Anfang der fünfziger Jahre von Karstadt mit einem Butterbrot für Grundstücke an der damaligen Berliner Demarkationslinie abgefunden worden waren. Unter zwei Aspekten ist ihr Vorwurf des Entschädigungsbetrugs brisant. Zum einen wird ihre Position von Stuart Eizenstat, US-Unterhändler bei den Verhandlungen zur Zwangsarbeiterentschädigung, durch ein Gutachten gestützt. Das wird von deutscher Seite als Loyalitätsbruch empfunden. Zum anderen hatte die Bundesregierung versucht, dem Fall durch Einordnung in den Vermögensschadensteil des Stiftungsabkommens die Sprengkraft zu nehmen, was ihr nicht gelang. Jetzt wird vor Gericht verhandelt. Sollte ein Urteil zugunsten der Kläger gesprochen werden, steht die deutsche Entschädigungspolitik für Vermögensfragen insgesamt auf dem Prüfstand.

Auch die »vergessenen« NS-Opfer, deren Almosen nach dem Koalitionsvertrag der alten Bundesregierung durch eine »Bundesstiftung für NS-Unrecht« aufgestockt werden sollten und die dann einfach fallengelassen wurden (siehe KONKRET 4/02), haben ihren lebenslang geführten Kampf selbstverständlich mit Ablauf der letzten Legislaturperiode des Bundestags nicht aufgegeben. Die letzten Überlebenden stehen der deutschen Spaß- und Menschenrechtsgesellschaft aber lediglich als Vereinzelte gegenüber und finden bei keiner politischen Richtung nennenswerte Unterstützung. Doch hilft vielleicht auch in dieser Situation eine Intervention des Auslands – sei es, daß Opfergruppen wie die in Griechenland einen Durchbruch schaffen, sei es, daß George W. Bush der Bundesregierung die Grenzen ihres »deutschen Weges« aufzeigt.

---

*Rolf Surmann* schrieb in KONKRET 7/02 über die Weigerung des Bundestags, die NS-Urteile gegen »Kriegsverräter« aufzuheben

Konkret 01/03, S. 39

**Christian Y. Schmidt**

# Ein Drama

Acht Stimmen fehlten auf dem grünen Parteitag in Hannover zu einer Zweidrittelmehrheit, die benötigt wurde, um die in der Satzung festgeschriebene Unvereinbarkeit von Parteiamt und Parlamentsmandat zu kippen. Das Resultat: Die bisherigen Vorsitzenden Roth und Kuhn, die nicht gewillt waren, ihr lukratives Bundestagsmandat aufzugeben, mußten als Parteivorsitzende zurücktreten; an ihrer Stelle werden künftig Angelika Beer und Reinhard Bütikofer die – zumindest auf dem Papier – obersten Parteiwurschtel geben.

Anlaß genug für nahezu alle über den Parteitag berichtenden Journalisten, ordentlich aufzudrehen. Eine »dramatische Sitzung« (»Tagesspiegel«) sei es gewesen, »krimireif« (»Tagesschau«). Auch das Ergebnis des »Tränen-Dramas um Claudia Roth« (»Bild«) nimmt die politischen Kommentatoren schwer mit. »Eine geschwächte Parteispitze zweiter Wahl« (»SZ«) habe die Partei berufen, »bange Fragen« (»Hamburger Morgenpost«) stelle man sich.

Was die Medien so tief erschüttert, läßt den grünen Außenminister Fischer nahezu ungerührt. Zwar hielt er eine Rede, in der er sich für Roth und Kuhn einsetzte; auch hat ihm dann das Abstimmungsergebnis nicht gefallen. Als aber am Ende die neue Notlösungsvorsitzende Beer begeistert gefeiert wurde, zeigte Fischer keine Regung. »Als ob er nicht dazugehörte oder die Wahl nicht ernst nähme«, fiel dem »Tagesspiegel« auf. Eben letzteres muß er auch nicht. Wer da pro forma an der Spitze der Partei steht, kann Fischer so egal sein, wie es ist. Das Versorgungswerk für in die Jahre gekommene Studienabbrecher, das sich Die Grünen nennt, macht schließlich sowieso nur das, was ihr Oberjockel will.

Eben deshalb ist ein grüner Parteitag so dramatisch, wie dem Festplattendefragmentierungsprogramm auf dem Computermonitor bei der Arbeit zuzuschauen. Das wissen auch die auf die Grünen spezialisierten Journalisten. Weshalb sie regelmäßig das Gegenteil behaupten, ist allerdings auch verständlich: Sie verdienen mit dieser Art von Nonsensberichterstattung über gar nichts ihren Lebensunterhalt.

Wenn denn wenigstens in einem der Kommentare von der eigentlichen Parteitagskatastrophe die Rede gewesen wäre: daß uns nämlich die Entscheidung von Hannover nicht einmal ästhetische Entlastung bringt. Ob□s scheußlicher ist, wenn uns in der »Tagesschau« die krawallplunzige Roth und das abgrundtief pfiffige Tankwartgesicht Kuhn mit ihrer Erscheinung belästigen oder aber die graue Soldatenbraut Beer zusammen mit dem Gewinner im diesjährigen Geburtshelferkröten-Ähnlichkeitswettbewerb – wer soll, wer kann das je entscheiden? Ich nicht. Ansonsten sollte jedem, der noch halbwegs bei Groschen ist, die grüne Vorstandswahl so schnurz sein wie Joschka Fischer bzw. dem Rest der Bevölkerung dieses Planeten.

Konkret 01/03, S. 40

**Gert Ockert**

# Kunst & Gewerbe

**Die Riefenstahl-Welle**

Die »Riefenstahl-Welle rollt«, droht die »Welt«. Und tatsächlich ist, kaum haben wir die Feierlichkeiten zu ihrem 100. Geburtstag überstanden, der Rummel um die Ruine ohne Reue schon wieder voll im Gange. Das Haus der Geschichte, Bonn, zeigt bis zum 2. März eine Ausstellung über die Nazifilmerin, die laut Ankündigung »Einblicke in ihr vielseitiges Leben und Werk gibt«. Zur feierlichen Eröffnung der Ausstellung am 12. Dezember (nur für geladene Gäste) sprach der ehemalige Präsident der Goethe-Institute Hilmar Hoffmann. KONKRET dokumentiert einen Auszug aus seiner Laudatio, die die »FAZ« »erfreulich« nannte:

*Meine Damen und Herren,*

*nach ihrem hundertsten Geburtstag scheint mir eine Neubewertung von Riefenstahls künstlerischer Produktion auch in politischer Hinsicht überfällig. Ihr Beitrag zur faschistischen »Ästhetisierung der Politik« (Walter Benjamin) blieb schließlich auf die Jahre 1933 bis 1936 beschränkt. In keinem ihrer vier Dokumentarfilme gibt es einen Kommentar, der sich explizit und affirmativ zur Naziideologie äußert. Die Bildauswahl und die Montage der zu Filmsequenzen verdichteten realen Einstellungen kommentieren sich vielmehr selbst, im Spielraum zwischen historischer Dokumentation und künstlerischer Inszenierung.*

*Nach 65 Jahren darf folgende komparatistische Frage erlaubt sein: Warum sind die Protagonisten der proletarischen Sowjetavantgarde um den Dichter Wladimir Majakowskij und die Regisseure des sowjetischen Propagandafilms von der Weltgeltung eines Dziga Wertow oder Wsewolod Pudowkin nicht auch unter den vergleichbaren Verdacht einer doktrinären Ästhetik gestellt worden? Unter Stalins Diktatur haben sie keineswegs die humanere Form der »Politisierung der Kunst« im Sinne Benjamins ausformulieren können. Vielmehr haben auch sie mit ihren Agitpropkünsten einem menschenverachtenden System erfolgreich gedient. In Aleksandre Dowschenkos berühmten Filmen, wie »Die Erde« (1929), wird der Kommunismus sogar als unmittelbarer Sachwalter der Natur gefeiert. Und Sergej M. Eisenstein hat mit »Panzerkreuzer Potemkin«(1925) nicht nur das filmhistorisch berühmteste Stummfilmbeispiel für die Ästhetik der Bildsymbole und für die Kunst der Filmmontage geliefert. Er hat damit auch die sowjetische Revolutionsidee in programmatisch eindeutiger Wirkung verfochten.*

*Mit ihren staatlich finanzierten Filmen haben die genannten Regisseure das hehre Pathos einer ebenfalls ideologisierten Gemeinschaft gefeiert und eine Ästhetik des sozial-metaphysischen Schauers erzeugt. Stalin hat Eisenstein beim Film »Oktober«(1919), einer Auftragsproduktion zum 10. Jahrestag der großen Oktober-Revolution, hineingeredet. Dessen »pathetische Gestik der Sozialistischen Helden« hat kein geringerer als Roland Barthes beklagt. Den Schluß von Eisensteins »Generallinie« (1929) hat der Diktator sogar höchstselbst geändert. Gegen solche direkten Eingriffe hat sich Riefenstahl immer verwahrt. Auch Eisensteins dynamischer Rhythmus des Inhalts wird – nach Bela Balász – in visuelle Bildfolgen umgesetzt, indem »das äußere formale Tempo« des Films »das Tempo des Dramas« steigert. Mit dieser Methode hat Eisenstein schließlich die nicht gerade zimperlichen Aktivitäten der Bolschewiki beglaubigt. In seiner berühmten programmatischen Schrift »Montage der Attraktionen« hat Eisenstein 1923 ausdrücklich den Zuschauer als »Hauptmaterial des Theaters« – und des Films – bestimmt. Es gehe um die »Formung des Zuschauers in einer gewünschten Richtung (Gestimmtheit)«. Eisenstein wörtlich: »Eine Attraktion ... ist jedes aggressive Moment, ... das den Zuschauer einer Einwirkung auf die Sinne oder Psyche aussetzt.« Hier wird die Relation von Medium und Rezipient, von Darstellung und Zuschauer als ein einseitiges Verhältnis, also als eine indoktrinäre Manipulation betrachtet. Im Unterschied zur impliziten Ästhetik Riefenstahls wird hier die Technik der medialen Propaganda und der visuellen Determination also ganz unverhüllt theoretisch eindeutig ausformuliert. Die Wahrnehmung des Zuschauers soll regelrecht gefesselt werden.*

*Oder lassen wir die Stummfilme Wertows, des russischen Meisters des Dokumentarfilms, in ihrer eindeutigen Tendenz Revue passieren: Dziga Wertow wollte nach eigenen Worten »die Errungenschaften der sowjetischen Revolution glaubwürdig an den einfachen Mann bringen«. Seine Filme sind eine permanente Aufforderung an die russischen Menschen, sich als kollektives Subjekt zu begreifen. Auch in Wertows »Kino-Prawda« (1919) organisiert die Montage wie bei Leni Riefenstahl vorgegebene Gefühlswerte, die das politische Implikat beglaubigen und weitervermitteln sollen. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht hier nicht darum, die politische Kritik am ideologischen Gehalt der Riefenstahlschen Filme von 1933 bis 1936 gegen die entsprechenden Praktiken in sowjetischen Filmwerken aufzurechnen. Doch bei aller notwendigen Kritik am Beitrag zur Glorifizierung der NS-Ideologie in ihren Parteitagsfilmen gilt es aber auch, das künstlerische Talent und filmische Genie Riefenstahls ebenso anzuerkennen wie die außerordentliche Kreativität der großen russischen Regisseure.*

Und da wundern sich die kritischen Journalisten der Republik noch darüber, daß »Leni Riefenstahl selbst« dem Haus der Geschichte einige Exponate »ohne weitere Auflagen« (»Berliner Morgenpost«) zur Verfügung stellte, obwohl ihr dafür »kein Euro bezahlt« wurde (»Kölner Stadtanzeiger«). »Auch wachte sie über die ausgewählten Filmsequenzen und riet hier und da, die Ausschnitte etwas länger zu fassen, mit ›mehr Fleisch‹ zu versehen«, wie die Kuratorin Andrea Mork sagt. Sonst habe sie »keinerlei Einfluß genommen«. War ja auch nicht nötig.

KONKRET fragte Autorinnen und Autoren, was sich tun ließe, um diese Veranstaltung angemessen zu würdigen oder abzukürzen.

**Vergessen**

Diese Frau ignorieren, sie vergessen, sie einfach mit ihren Lügen alleine lassen – es wäre das Gerechteste. Leni Riefenstahl weiß es selbst. Sie ist ja nicht halb so dumm wie ihre Apologeten. Aber ein tonloses Versinken und Verschwinden in die Wahnwelt, die sie umgibt, wird ihr nicht vergönnt. Sie, Riefenstahl, muß bleiben. Muß so lange bleiben, bis sie ihren Auftrag erfüllt hat: den Nationalsozialismus in ein rein ästhetisches Phänomen zu verwandeln. Darum haben die Revisionisten vom »Haus der Geschichte« sich die uralte Tante gegriffen: um die Nazis aus der politischen Geschichte zu bannen. Und schon wieder könnte man, wenn sie es wert wäre, Mitleid mit ihr haben: Denn Leni Riefenstahl darf einfach nicht in Frieden verrückt sein.

Sie befördert Kuratoren, Magisterkandidaten und »Emma«-Herausgeberinnnen in den feuilletonistischen Olymp und muß dafür im Rampenlicht einer Öffentlichkeit bleiben, mit der sie lieber nichts zu tun haben möchte. Das könnte eine Höllenstrafe sein.

Aber warum geht es den Trotteln, Ignoranten und Protonazis, die Riefenstahl anbeten, so gut? Warum leben und labern die? Vielleicht weil sie vor allem das von Leni Riefenstahl gelernt haben – zu labern, ewig zu leben und alles zu vergessen, was gestern noch war? Ja, genau. Genau das.

Konkret 01/03, S. 41

**Peter O. Chotjewitz**

# Kunst & Gewerbe

**Gewaltphantasie, zensiert**

Soll ich jetzt bei jedem rechtsradikalen Arschloch bekennen, was ich mit dem Gesocks am liebsten machen täte? Und dann druckt’s keiner, weil alle Angst haben vorm Schiri?

Konkret 01/03, S. 41

**Marit Hofmann**

# Kunst & Gewerbe

### Dauerbeschallung

Man könnte die Veranstaltung einer, zugegeben: nicht leicht realisierbaren, ohrenbetäubenden Dauerbeschallung mit Goebbels' Sportpalastrede aussetzen. Auf die Idee brachte mich der Film »Geliebtes Leben – Soul of a Century« (läuft am 26. Januar um 23.45 Uhr im NDR-Fernsehen), der Aufnahmen von europäischen Amateurfilmern der Jahre 1900 bis 1980 auf beeindruckende Weise montiert. Mit ebendieser Goebbels-Rede unterlegt der Regisseur Michael Kuball eine Szene aus Dachau im »Dritten Reich«: Die Verwandten eines Konditoreibesitzers räkeln sich in den Sommerferien im Liegestuhl und verspeisen eine der mächtigen Torten, während Häftlinge aus dem heimischen KZ der Konditorei als Packer zuarbeiten. O-Ton eines der gefilmten Feriengäste, der die Bilder über 50 Jahre später kommentieren soll: »Aus Dachau kamen wir immer gutgenährt zurück.« Die entlarvende Untermalung mit Goebbels' Gegeifer hätte man auch der Rede Hilmar Hoffmanns und der Riefenstahl-Schau gewünscht.

Konkret 01/03, S. 41

**Jürgen Roth**

# Kunst & Gewerbe

**Ölbeutelweitwurf**

Ob man etwas tun kann, um eine Ausstellung im Bonner »Haus der Geschichte« zu würdigen oder abzukürzen, die »Einblicke« gibt »in ein vielseitiges Leben und Werk«, das mit der Person Leni Riefenstahls verbunden ist, fragt die Redaktion. Können Texte etwas tun? Können sich Texte die Finger schmutzig machen? Können Texte gegen eine Pionierin (Frau Schwarzer, grad sechzig geworden, bemühe sich endlich darum, daß das Wort »Pionierin« wenn nicht in den deutschen Duden, dann in das deutsche Rechtschreibprogramm von Microsoft Einzug hält) – können Texte gegen eine Pionierin des Bergfilms etwas ausrichten? Können in Zeitschriften gesetzte Texte Berge versetzen? Oder sollte man bei so einer Nazischachtel wie der Luis Rinserberg nicht lieber wegsehen und sehen, daß man Land gewinnt – oder See gewinnt, weg von all dem Gesinnungsschlamm, der im Lande Deutschland unablässig angeschwemmt und aufgehäuft und dann von Hilmar Hoffmann (Goethe) besprochen wird?

Oder soll man den aus dem eigenen PKW abgelassenen galizischen »Prestige«-Ölschlamm in kleine Plastiksäckchen abpacken, nach Bonn fahren und beim Altölschlammbeutelweitwurf vor dem Geschichtshaus seinen Protest, sein Wolfgang Borchertsches NEIN! kundtun? Wäre das nicht etwas ideen- und farblos? So schwarz und finster wie die Nubaneger vor dem inneren Kameraauge der Rassefrau Riefenstahl?

Ist das alles nicht vielleicht viel zu kotzwürdig und kotig, dieses ganzes Gegeier um eine höchstmaßlich verkommene Person? Und hat nicht bereits mein alter Freund Gert Ockert zu Werk und Wesen Riefenstahls alles dringend Notwendige gesagt (siehe KONKRET 10/02)?

Irgendwo hat Thomas Kapielski aus der Leni Riefenstahl mal einen Lenin Stalingrad gebastelt, wenn ich mich nicht irre. Das stimmt soweit erst mal riefenstahlerledigend froh.

Aber, mein Gott, sie sollen ihren Scheiß halt machen. Bonn braucht »es«.

Konkret 01/03, S. 41

**Horst Tomayer**

# Kunst & Gewerbe

### Das klassische Argument

Es gilt, bei Gelegenheit der Inaugenscheinnahme des im Panoptikum zu Bonn kostbar aufgebahrten Œuvres der Abfilmerin von Jahrestagen einer Partei von Mördern, die ein Festredner, ganz das ästhetisierende Miststück in der Furzbuchte der Restauration, als »die wohl bekannteste und umstrittenste deutsche Regisseurin« betextet, sich des klassischen Argumentes im Diskurs mit notorischen Nazifotzen zu bedienen: der Buttersäure.

Konkret 01/03, S. 43

**Kay Sokolowsky**

# Schluß mit lustig

**Kulturkolumne**

Zum Wesen des Feuilletons gehört es, daß seine Angestellten von Zeit zu Zeit durchdrehen. Dann wollen sie wichtig genommen werden, so wichtig wie die Kollegen vom Politikressort, wenn nicht gar wie die vom Sportteil. Immer nur Vermittler zu sein für die Produkte der Kulturindustrie befriedigt sie plötzlich nicht mehr. Sie wollen sagen, was Sache, und weisen, was zu tun ist. Bzw. zu lassen.

Christian Geyer, Feuilletonist der »FAZ«, ist am 16. November durchgedreht und hat den Fernsehkomiker Harald Schmidt angewiesen, künftig von seinen Witzen zu lassen. Denn Geyer glaubt, daß Deutschland am Abgrund nicht nur steht, sondern bereits hineinfällt, und entsetzt sich darüber, daß Schmidt partout nicht wahrnimmt, welch unendliches Elend die neue alte Regierung über »die Nation« bringe, der doch auch der Komiker angehöre mit Haut und Haha. »Es nervt«, ist Geyers eigenartiger Artikel überschrieben, und der Untertitel schimpft: »Ruin einer Deutungsmacht: Harald Schmidt verfehlt den Ton«. Ja, »Deutungsmacht«, und, ja, »Ruin«. Es werden hier Dinge von monumentaler Bedeutung verhandelt, schreit die Headline; aber es ist nur ein Anfall akuter reaktionärer Megalomanie.

Man wird nirgends wirklich schlau aus den Sätzen Geyers, aber der Mann hat den Ehrgeiz, das Vaterland zu retten, und da darf man eine auch nur angedeutete Logik nicht erwarten. Der pathische Pathetiker in Aktion: »So wie der Kanzler derzeit ein Heer von Renegaten hervorbringt ..., so ergeht es auch denjenigen aus den Kohorten seiner Hofnarren, die einfach weitermachen, weitermachen, weitermachen, als sei das Land noch immer das alte, als würde Deutschland nicht soeben kaputtregiert« – der Satz märt noch viele Zeilen weiter, weiter, weiter, aber hier muß erst mal unterbrochen werden. Denn wenn Schmidt nichts ist als einer von Schröders Hofnarren, dann fragt sich schon, weshalb Geyer sich so enttäuscht von ihm zeigt wie Wilhelm Zwo einst von den Sozis.

Schmidt macht also weiter, weiter, weiter, obwohl das Land unter-, unter-, untergeht, »als könne man die ökonomische Unvernunft nach wie vor als ein Feld der Kulturkritik unter anderen behandeln«. Hat der Late-Night-Moderator nie getan, weil er zu klug ist, um in der kapitalistischen Ökonomie irgendwo Vernunft zu vermuten, aber um das ebenfalls zu kapieren, ist der »FAZ«-Kerl schlicht zu dumm. Er droht dem Komiker lieber gleich mit dem Ende von allem, was den Komiker ermöglicht: »(Die) Instanzen der Kritik selbst (stehen) auf dem wirtschaftlichen Spiele.« Der anachronistische Dativ soll den Ernst der Lage beweisen, wie Geyer sie sieht. »Wer das nicht begreift, obwohl er es um unserer Freiheit und unseres Lachens willen doch bitte umgehend begreifen sollte, ist Harald Schmidt.«

Man hat Schmidt in den letzten Jahren allerlei angehängt, Grimme-Preise, Sprachpreise und völlig narrische Epitheta; doch daß in seinen schönen Organistenhänden »unsere Freiheit« liegt, hat noch niemand behauptet. Die »Harald Schmidt Show« sei, meint Geyer, »bislang die gültige Instanz der Bundesrepublik zur satirischen Begleitung des Zeitgeschehens« gewesen (Schröders »Hofnarren« hat er innerhalb eines Absatzes schon wieder vergessen). Das aber war diese Show nie und will sie auch gar nicht sein. Die Abschaffung der Politik, die nicht erst unter Schröder begonnen hat, und die Atomisierung der Polis, an der das Fernsehen seit seiner Einführung arbeitet, sind keine Themen für Schmidt, sondern die Voraussetzungen seiner Satire. Die eben nicht den Ehrgeiz hat, das »Zeitgeschehen« zu begleiten, sondern sich der hektischen Beschwörung von Geschichte, die überall, sogar beim Grand Prix d'Eurovision, gemacht wird, gänzlich verweigert.

Christian Geyer fordert von Schmidt ein, was der nie, in keiner Sendung, mit keinem Witz und keiner Geste, versprochen hat. Der Komiker gibt nicht her, was der patriotische Polemiker will, und schon ist eine der ehedem »Deutungsmächte unseres Landes« ein ignoranter Idiot, mit dem Geyer nichts mehr zu tun haben mag: »(Um) die Phänomene eines nationalen Notstands wirkungsvoll unterlaufen und aufspießen zu können, muß man ihn als solchen erst einmal erkannt haben.« Wie eben Geyer. Der gar nicht ahnt, wie fremd aller Satire man sein muß, um von dem Satiriker zu verlangen, er habe was »aufzuspießen«, nicht etwa runterzumachen, und sich anstecken zu lassen von der reaktionären Hysterie eines Mahners in der Bleiwüste. Der durchgedrehte Feuilletonist unterstellt dem relaxten TV-Star, dessen Gags liefen »reihenweise ins Leere, nerven, nerven, nerven und wirken einfach nur läppisch, flau und gut gemeint«. Das Leere freilich ist vor allem in Geyers Kopf zu finden, den das Wichtigtun fürchterlich aufgeblasen hat.

Hätte der »FAZ«-Prophet des »nationalen Notstands« nur einmal der »Deutungsmacht« bei ihrer Arbeit zugesehen, so könnte er wissen, daß Harald Schmidts Satire mit voller Absicht keinen didaktischen Auftrag, kein moralisches Amt sich anmaßt, ein Privatvergnügen ist durch und durch, mißtrauisch gegen alle Leitartikelei wie ein Geyer sie betreibt, und daß es Schmidt echte Freude bereitet, solche Spaßbremsen und Niedergangsheuler mit, scheint's, läppischen Witzen zu nerven, zu nerven, zu nerven.

Konstatierte Geyer noch im zweiten endlosen Satz, Harald Schmidt bringe zur Zeit ein »Heer von Renegaten« hervor, wo kürzlich nur Fans waren, muß er bald eingestehen, daß der Komiker nie so hohe Einschaltquoten hatte wie heute. Doch das

ficht den Feuilletonisten im Blechgewitter nicht an: »(Natürlich) zieht es uns in Frontzeiten seit je reflexartig zu den Herden des Spaßes« – auch wenn die nerven, nerven, nerven – , »man denke an das Aufblühen der Operette im Zweiten Kaiserreich« – er meint eventuell das deutsche – »oder die ins Kraut schießende Komik Hans Mosers in einem anderen Reich«. Die Beispiele sind so schief wie Geyers Furor kurios. »Frontzeiten«? Weil die Steuern erhöht werden müssen? Diesem Land kann es wirklich nicht so schlecht gehen, wenn seinen Einwohnern und zumal seinen Journalisten die Abgaben an die Krankenversicherung wie Krieg vorkommen.

Geyer ist, man muß es dreimal sagen, durch und durch durchgedreht: »Wer wie Schmidt ... mit dem Gag punkten will: ›Deutschland ist viel entspannter, seit wir so pleite sind‹ ..., der muß damit rechnen, daß sich Scharen von in ihren Existenzen getroffenen oder bedrohten Zuschauern ... abwenden«, und wenn sie es doch nicht tun, wird Geyer eine weitere wahnhafte Erklärung für dieses herdenartige Fehlverhalten einfallen.

»Politische Satire, die von den falschen Prämissen ausgeht, verspielt ihr größtes Kapital: Statt Kritik, die sitzt, und Aufklärung, die zündet« – oh, diese schaurigen Metaphern aus den dunkelsten Ecken des Studentenkabaretts! – , »verharmlost sie das Desaster und macht sich so mit jenen gemein, die es verantworten.« Und letzter Widerstand herrscht nur mehr im Feuilleton, das in guten wie in schlechten Zeiten Satire nie verstanden hat. Sondern ihr immer das Gleiche vorwirft: das Thema zu verfehlen, mit ernsten Dingen Spott zu treiben, ins Leere zu laufen und das Publikum zu verprellen. Dieser Vorwurf jedoch ist das größte Lob, das der Satiriker bekommen kann, und darum wird man die genaueste satirische Zustandsbeschreibung des Landes, das Christian Geyer untergehen sieht, auch künftig in der »Harald Schmidt Show« verfolgen können, denn die macht, zum Glück, weiter, weiter, weiter.

---

*Kay Sokolowsky leitet ein Seminar über die Satire der NFS und Harald Schmidts an der Universität Hamburg*

Konkret 01/03, S. 44

**Magnus Klaue**

# Moral Bombing

**Mit Schweiß, Blut und Tinte kämpft Deutschland dafür, als »Opfer des Bombenkriegs« anerkannt zu werden. Jörg Friedrich ficht an vorderster Front, Dieter Forte in der Etappe.**

Des Deutschen Dasein ist ein einziges Martyrium. Erst Opfer raffgieriger Franzosen und jüdischer Demokraten, dann in den Händen Hitlers, schließlich in der Verfügungsgewalt der Alliierten – Fremdbestimmung, wohin man schaut. Jüngst verkündete »Bild« die Hiobsbotschaft: Nur knapp sei Deutschland 1944 der atomaren Katastrophe entronnen. Aus bislang unveröffentlichten Dossiers des britischen Geheimdienstes gehe hervor, daß Churchill den Abwurf einer Atombombe auf Berlin geplant habe, um »die Kapitulation Adolf Hitlers zu erzwingen«. Nur weil die Bombe technisch noch nicht ausgereift gewesen sei, habe die Hauptstadt nicht das Schicksal Hiroshimas ereilt. Zwar ist in den angeführten Zitaten nicht von »Vernichtung« die Rede, sondern nur davon, daß die Briten erwogen hätten, »die Deutschen mit der Uraniumbombe zu bedrohen«, doch das sind Subtilitäten. Entscheidend ist, daß das deutsche Volk an Leib und Leben gefährdet war. Dieser Gefährdung muß gedenken, wer nicht einer »halbierten Erinnerung« das Wort reden möchte.

Mit dem Terminus »halbierte Erinnerung« bezeichnet Wolfgang Sofsky in der »Süddeutschen Zeitung« nicht etwa eine Gedächtniskultur, die das Andenken der Holocaust-Opfer zugunsten nationaler Selbsterhöhung ausblendet, sondern eine Erinnerung, die sich in unzureichendem Maß dem eigenen Opferstatus widmet. Da die »Täterschaft« längst im Kollektivbewußtsein verankert, mithin abgehakt sei, liege keine Gefahr darin, daß die Nation sich verstärkt mit dem Andenken der eigenen »Opfer« befasse. Sein Plädoyer für offensive Selbstbetrauerung hat Sofsky aus Anlaß von Jörg Friedrichs Studie *Der Brand* verfaßt, deren Veröffentlichung vor allem in der britischen Presse heftige Kritik ausgelöst hat. Friedrich schildert darin akribisch die Planung und Durchführung des alliierten Bombardements in Deutschland von 1940 bis 1945, rechnet diverse »Menschenverluste« nach, beschreibt den Alltag in Luftschutzbunkern und die »traumatisierende« Wirkung der Angriffe auf die Betroffenen. Die britische Befürchtung, sein Buch könne dem Bedürfnis der Deutschen entgegenkommen, sich selbst zu »Opfern« und Churchill zum »Kriegsverbrecher« zu stilisieren, dürfte sich indes weniger an der Studie als an deren enthusiastischer Rezeption hierzulande entzündet haben. Friedrichs Schwarte selbst, für keinen denkenden Menschen ohne Magenverstimmung verdaulich, ist den Lektüreaufwand so wenig wert wie das Papier, auf dem sie gedruckt wurde.

Was eigentlich will Friedrich? Die Alliierten als »Kriegsverbrecher« entlarven, wie der Standardvorwurf lautet? Er selbst bestreitet es, und tatsächlich wird diese These an keiner Stelle explizit formuliert. Will er einen Beitrag zur völkischen »Erinnerungskultur« im Sinne Sofskys leisten? Wer ihm einen derart anspruchsvollen Revisionismus zutraut, überschätzt den Mann. Friedrich will vor allem zeigen, daß er ein besserer Militärstratege ist als Churchill und Hitler zusammen. Sein Buch zeugt von der tumben Faszination, mit der hirnlose Halbstarke über Kriegsspiele faseln. Es ist eine Onaniervorlage für Militaristen, vollgestopft mit Details über »Brandmunition«, »Funknavigation«, »Abfangjäger« und »Pathfindergruppen«. Man braucht es nur auf einer beliebigen Seite aufzuschlagen, um Sätze zu lesen wie: »Ein großer Erfolg wurde die dunkelrote 30-Pfund-Flüssigkeitsbombe ... Sie war dreiundachtzig Zentimeter lang, zigarrenförmig mit Leitwerk und durchlöcherte drei Stockwerke. Die Benzol-Kautschuklösung nährte ein intensives dreißigminütiges Feuer, mit Haushaltsmitteln nicht löschbar.« Oder: »Es war ein Fehler, daß die Deutschen nach Rußland zogen, weil sie England nicht in die Knie bomben konnten, daß sie Englands Städte zerbombten, weil sie seine Jäger nicht kleinbekamen, und daß sie die Jäger angriffen, weil ihr Friedensultimatum abgewiesen wurde. Entscheidend ist, daß Deutschlands Bomberoffensive fehlschlug, indem sie die Briten zur trotzigen Schicksalsgemeinschaft verschmolz, die Bühne der Martern eröffnete, die Amerika unaufhaltsam in den Krieg sog, und daß nun (!) die Tötungshemmung schwand.« Hätten die Nazis *Brand* gelesen, wäre Stalingrad nicht passiert. Vor aller nationalistischen Munition, die Friedrichs Buch auch liefert, ist es, bis in Diktion und Grammatik hinein, ein Loblied auf die Logik des Krieges, wer immer daran beteiligt sein mag.

Friedrich ist aber auch Geopolitiker, was ihm erlaubt, die Schilderung urdeutscher Städte mit logistischen Details zu würzen: »Stettin war eine der stärksten Festungen Europas; die Schweden, die Brandenburger, die Franzosen, die Russen, die Polen hatten sie belagert oder«, is' ja auch egal, »waren darin belagert worden. Ihre Geschichte war größtenteils die der Granaten gewesen.« Anders als bei Paul Virilio, der untersucht hat, wie öffentliche Räume im Zuge des Faschismus militärisch »kolonisiert« wurden, kommt Stadtgeschichte bei Friedrich nur als Militärgeschichte in den Blick. Nicht in unterschiedlichen Kommunikationsformen drücken sich die Menschen aus, sondern darin, wie gut sie angreifen oder sich verteidigen können. Moralische Fragen nach der Legitimität von »Vergeltung«, die in der Debatte um Friedrichs Buch im Mittelpunkt stehen, scheinen dem Autor so fern zu sein wie seinem stilistischen Vorbild Ernst Jünger.

Hin und wieder wird der neusachliche Jargon aber doch von patzigen Stammtischthesen durchbrochen. Erst dann ist Friedrich ganz bei sich bzw. bei Walser: »Nachdem Deutschland dreihundert Jahre Objekt der Machtpolitik Mächtiger gewesen war, hatte es eine Machtbegier in sich angestaut, die in zwei Weltkriegen zum Eklat kam. 1914-1918 noch in dem Rahmen, in dem auch die imperialen Gegner ihre Sachen durchkämpften. Dann, nach erneutem Ohnmachtserleben unter

den Vorschriften des Friedens von Versailles, entsteht ringsumher ein Sklavenhalterstaat, der wie ein Ausbruch aus der Zivilisationsgeschichte erscheint.« Der Nazismus war also ein Versuch des deutschen Volkes, sich vom geknechteten »Objekt« zum Subjekt der eigenen Geschichte zu machen. Hätte man nicht jahrhundertelang versucht, den naturwüchsigen deutschen Antisemitismus zu bändigen und das Volk statt dessen »seine Sachen durchkämpfen« lassen, wäre es nicht zum »Eklat« gekommen. Insofern hat es das Ausland sich selber zuzuschreiben, daß plötzlich die Deutschen einfielen.

Eine legitime »Vergeltung« können die alliierten Bombardements Friedrich zufolge ohnehin nicht genannt werden, sind doch derlei ethische Bewertungen Sache humanistischer Banausen: »Der Terror will nichts erreichen, sein Regime ist absolut, er kommt aus dem Nichts, braucht keinen Grund, sühnt keine Schuld ... sein Ratschluß ist unergründlich, sein Ziel absurd.« Der »Zusammenhang von Genozid und Sühnebombardement« werde lediglich durch »die Moral des Betrachters« hergestellt und bleibe der Sache selbst, dem »unergründlichen Terror«, äußerlich. Deutlicher hat selten jemand die eigene intellektuelle Abdankung formuliert.

Solche als »Neutralität« getarnte Debilität fällt auf fruchtbaren Boden bei jenen, die die alliierte Strategie des »Moral Bombing« auf ihre Weise fortsetzen wollen. Der deutschen Presse liefert Friedrichs Buch reichlich Munition, um zurückzuschlagen und die alten Feinde endlich moralisch zu diskreditieren. Cora Stephan bedankt sich in der »Welt« für die »Kühle der Bestandsaufnahme des Schreckens« und für seine »unduldsame Wahrheitsliebe«: »Solange wir nicht Kriegsverbrechen Kriegsverbrechen nennen können, auch, wenn sie unseren Eltern und Großeltern gegenüber geschaften, sind die Deutschen kein sonderlich zuverlässiger Partner in einer Gemeinschaft, von der man hofft, sie möge im Angesicht der europäischen Geschichte zu einer befriedeten Zivilisation zusammenwachsen«, mithin den Deutschen erlauben, sich im Windschatten internationaler »Befriedungsmaßnahmen« endlich wieder als Herren aufzuspielen. Entsprechend herrisch weist man die »alliierten Freunde« zurecht, deren Umerziehungsmaßnahmen man bislang schweigend erdulden mußte: »Die Nachkommen jener, die den Bombenkrieg gegen Deutschland geführt haben, brauchen sich von diesem Buch nicht bedroht zu fühlen. Sie müssen es nur lesen«, befiehlt Andreas Kilb in der »FAZ«, und Lorenz Jäger freut sich im selben Blatt: »Bald wird man wohl auch mehr über das Schicksal der nach Rußland verschleppten Zwangsarbeiter hören.« Nur von einem Mann, der »außerhalb der Universitäten« stehe, habe ein solches Buch geschrieben werden können, fügt er allzu optimistisch hinzu. Ein Blick in die »wissenschaftlichen« Veröffentlichungen, die wie Friedrich historische Information und Oral history zu einem effekthascherischen »Tatsachenroman« verknüpfen, hätte ihn eines Besseren belehrt.

Die kollektive »Traumatisierung« der »Bombenopfer«, der Friedrich nur ein vergleichsweise kurzes Kapitel gegen Ende widmet, steht im Zentrum eines schmalen Bandes mit Interviews und Essays des Schriftstellers Dieter Forte. Wie für Friedrichs Adepten stellen für Forte die Bombenangriffe auf Deutschland einen »Zivilisationsbruch« dar, womit ein ursprünglich für die historische Zäsur des Holocaust reservierter Terminus auf Maßnahmen angewendet wird, die der Bekämpfung Nazi-Deutschlands dienten. Trotzdem läßt Fortes Werk sich nicht ohne weiteres in die Reihe der Relativierer von Walser über Grass bis Friedrich stellen. Nicht nur hat der Autor, der die Bombenangriffe als Neunjähriger miterlebte und seine Texte als eine Art persönliche Vergangenheitserforschung begreift, schon früher Walsers Forderung nach deutscher »Normalität« zurückgewiesen mit dem Hinweis, »Normalität« sei ein Wort, das ihm angesichts deutscher Vergangenheit und Gegenwart Angst mache. Überdies hält er in allen Interviews fest, daß der Krieg »ein deutsches Verbrechen« und das größte denkbare Unrecht »die Ermordung der Juden in den KZs« gewesen sei. Dennoch nährt auch Forte den Mythos, die alliierten Bombenangriffe seien noch immer ein deutsches »Tabu«: »Schon im Krieg entstand dieses Schweigen, die Verdrängung des Geschehenen. Man durfte nicht darüber reden, weil es das ja offiziell gar nicht gab.« Damit widerspricht er seinen eigenen Aussagen, die belegen, daß »der Krieg« und »die Bomben« von Beginn an ein fester, emotional äußerst wichtiger Bestandteil »deutscher« Erinnerung gewesen sind.

Ausgangspunkt seiner Beschäftigung mit dem Gegenstand seien Gespräche mit seinem Großvater gewesen, schreibt Forte. Seither habe er »eine Flut von Briefen bekommen. Grauenhafte Lebensberichte, seitenlang.« Damit weist er selbst darauf hin, in welcher Sphäre das angebliche Tabu schon immer hat erinnert werden können – im deutschen »Familiengedächtnis«, bei Kaffeeklatsch und Alltagskommunikation, in denen sich revisionistische Ressentiments seit jeher besser als im offiziellen Erinnerungsdiskurs einnisten konnten (siehe KONKRET 11/02). Auch die Behauptung, die Literatur habe sich erst mit W. G. Sebalds Protokollen des Themas angenommen, ist haltlos. Jeder Schüler weiß, daß sich die »Nachkriegsliteratur« von Borchert über Böll und Lenz bis zu Koeppen fast nie mit dem Holocaust, wohl aber mit »dem Krieg« und dessen deutschen »Opfern« beschäftigt hat.

Forte muß sich also fragen lassen, was an seinem Erinnerungsprojekt, in dessen Zentrum die Romantrilogie *Das Haus auf meinen Schultern* steht und das mit *Schweigen oder sprechen* fortgesetzt wird, denn so neu ist. Seine existentielle Überhöhung der Kriegserfahrung, die er als Entbindung »archaischer Reflexe« interpretiert; seine Behauptung, der Erste Weltkrieg mündete in einer Art schicksalhafter Verstrickung »direkt in den Zweiten«; sein Gerede davon, daß es für den »Schrecken« keine Sprache, nur die Möglichkeit der Annäherung gebe – all das arbeitet jenen in die Hände, die nur noch zwischen Opfern und Opfern unterscheiden und die Bezeichnung »Täter« meiden wollen.

Was bei Friedrichs Anhängern Bestandteil einer Entlastungsstrategie ist, scheint bei Forte jedoch eher das Ergebnis schlichter Naivität zu sein. Im Interview mit Volker Hage wird der Autor deutlich: »Wenn ich die Vergeltung beschreibe, dann ist die Ursache ja gegeben. Man muß nicht auch noch sagen: ›Es gab da Auschwitz.‹ Das setze ich doch voraus, das ist doch selbstverständlich. Die Bomben fielen ja, weil es Auschwitz gab. Wer will das trennen?« Die Antwort auf diese Frage fällt auch das Urteil über Fortes Buch: Viele wollen.

Jörg Friedrich: *Der Brand.* Propyläen, München 2002, 592 Seiten, 25 Euro

Dieter Forte: *Schweigen oder sprechen.* S. Fischer, Frankfurt a. M. 2002, 94 Seiten, 12 Euro

---

*Magnus Klaue* schrieb in KONKRET 12/02 über Bertelsmann im »Dritten Reich«

Konkret 01/03, S. 46

**Hermann Peter Piwitt**

# Und es geschah

**Am 30. Januar jährt sich Hitlers Machtübernahme zum siebzigsten Mal.**

Hineingezappt am 13. Oktober 2002 in die Schlöndorffsche *Blechtrommel*-Verfilmung und die Szene erwischt, in der Oskar die Naziveranstaltung zum Walzertanzen trommelt. Eine der dümmsten im ganzen Film. Denn im »Dritten Reich« wurde ja immer nur Walzer getanzt. Wenn nicht gerade marschiert und gestorben wurde. Von Lanner bis Lehar. Im Rundfunk von morgens bis in die Nacht. Das Medium Operette war die message. Da brauchte es keinen Oskar. Die Zweidrittelgesellschaft: im Dreivierteltakt. Und als es keine Gelegenheit mehr dazu gab, träumte man doch noch davon.

Wie weise und genau dagegen, gemessen am Film des Deutschen, jener Moment in »Cabaret«, wo, an einem Sommertag in einem Kaffeegarten, der blonde Junge in Uniform aufsteht und verzückt mit glockenheller Stimme das Lied von der Fahne anstimmt, die mehr ist als der Tod. Wie trifft die Szene die herrschende Stimmung zumindest im Bürgertum, die schweinische Seligkeit jener Jahre!

Der erste Nazi, den ich sah, war Hitler selbst. Es war ‘38. Oder ‘39, beim Stapellauf der »Bismarck« in Hamburg. Und der Vater oben in den Anlagen am Bismarck-Denkmal, mitten unter den jubelnden Menschen, hob mich hoch, daß ich ihn sehen konnte. In seinem Sechssitzer. Ich verdanke ihm die schönsten Jahre meines Lebens. Das war magisch.

Daß auch der Vater, der Bruder die Uniform anzogen, wenn sie »zum Dienst« gingen – ich erinnere mich nicht daran. Es war halt bloß wie immer. Und die »Hitlerjugend«: Man mochte sie eh nicht groß zu Haus. Plebs. »Pack aus Hannover« (Mutter). Und dabei dachte sie natürlich nicht an die Stadt H., sondern an den südlichen, »hannoverschen« Teil der Elbinsel Finkenwerder, von der sie kam.

Wie auch immer: Das Leben ging einfach weiter. Nein, eben nicht *einfach*. Es belebte sich. Es lebte auf. »Unser Erwecker und Führer ... des deutschen Volkes Leitstern und Hoffnung«, schreibt die Hamburger Lehrerin Luise Solmitz am 31. Dezember 1932 in ihr Tagebuch. Voller Helden, Mythen und Feste ist auf einmal das Leben. Olympiaden, Parteitage, Erntedankfeiern, Gedenktage. Gigantische Love-Parades der Organisation »Kraft durch Freude«, entzückte bekränzte Frauen, beseelte Sieger wie der 800-Meter-Läufer Rudolf (IC 586!) Harbig, »starke Plätze« erstrahlen im Licht der neuen (Foto-)Techniken. Die alten Götter, die »Heldenahnen« über uns, versteht sich, »im Geiste mit«. Während das Reich sich weitete. Geographisch: *Auf deutschem Boden um die Welt* hieß ein Buch. Und historisch: *Das viertausendjährige Reich der Deutschen* ein anderes. Und natürlich als inneres, der Seele.

Natürlich war alles längst vorbereitet, seit alters als Tradition, gleichsam von Natur aus, als »Lebensgut« eingeseelt oder -geprügelt, vorveranlagt jedenfalls über Jahrhunderte weg bis hinein in die Schulbücher des sozialdemokratischen Hamburg, zum Beispiel. Eins, von 1926, hieß *Lebensgut*. Von »Heimat-Jugend-Werden« lese ich darin. Von »Urvätern-Land-und Volk«. Von deutschen Domen und letzten Rittern. Vom edlen Junker Jörg (dem Judenfresser, Bauern- und Freundesverräter). Von Eisengießern, die biederb wie Landsknechte hinlangten. Und von der weiten Welt, wo wir überall, in Zukunft und immer schon.

Die völkischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie: Wann und wo beschäftigt sich endlich einmal jemand ernsthaft *damit*?

1933 erscheint Arnold Gehlens *Theorie der Willensfreiheit*. Dort heißt es: »Amor fati ist also ein tiefes und richtiges Symbol der Freiheit: Bejahen, was sowieso geschieht.« Wenn Parteisozialisten das Volk ‘89 nicht daran hinderten, zu tun, was es wollte: Hitler brauchte es nur dazu zu ermuntern, und es geschah. Sowieso. Jenen attestierte der einstige Bundestagspräsident Gerstenmaier einmal das »Geschichtsbewußtsein eines Pygmäenstamms«. Dieser war eine heilsgeschichtliche Figur. Und die Welt der Kindergeburtstage, die Nachmittage im Schwimmbad, Handel und Industrie, Hobbys und Kino, die privaten Tugenden der Familie: Alles erweist sich als konvertierbar mit den makropolitischen Maßgaben. Die Familie überlebt sie; die kleine; und die große, heilsgeschichtliche der Nation. Und nach ein paar Jahren Reha unterm Dach der Kirchen ist sie, nun nach Maßgabe der »Freien Marktwirtschaft«, schon wieder im Abwehrkampf gegen die nun nicht mehr »jüdisch-bolschewistische«, sondern nur noch »bolschewistische Weltverschwörung«.

Gerhard Henschel läßt in seinem jetzt erschienenen Roman *Die Liebenden* (Rezension siehe Buch &_Deckel) eine solche bürgerliche deutsche Durchschnittsfamilie in Briefen aus den Jahren zwischen 1940 und 1992 (»nach Originalvorlagen«) zu Worte kommen. Es ist der endgültige deutsche Familienroman. Es braucht danach keinen weiteren mehr. Fliegeralarm, Judenghetto, Lametta, Herzensgrüße, Humanitätsgefasel, Heimkehrerbeihilfe, Leberwurst, Marika-Röck-Revuen, Frauengold, Cocktailsessel, Kindersegen, Trennungsgeld, Dienstreisen, Lymphknoten und Reihenhaushälfte: Nichts geht über den Horizont. Und der ist gerade immer so eng, daß er nicht über die Kräfte geht. Stalingrad liegt ihm näher als

Bergen-Belsen gleich nebenan. Und billige Waschmittel auf Palmöl-Basis näher als die Urwälder Indonesiens, die deshalb brennen.

Wir glauben an die Rückkehr des Wachstums wie die (Ur-)Großväter an den Endsieg. Daß es uns fortan schlechter gehen muß, wenn wir größer nicht mehr werden können: logisch. Daß Boden, Geld und Arbeit »arbeiten«, daß Arbeit geschaffen werden muß von Unternehmern für – andernfalls hilflose – Unternommene, daß Geld nicht verzockt wird, sondern »verbrennt«, und Afrika hungert gewissermaßen von Natur aus und nicht, weil der Welthandel halt so frei ist, daß regierende Politiker mehr könnten als herrschende Wirtschaft absegnen: Jeder Irrwitz ist uns, wie Raum und Zeit bei Kant, Bedingung der Erkenntnis. Das Wahnsystem ist geschlossen. Das Leben geht weiter. Wir diskutieren das Geschlecht der Engel. Den »Teufelskreis«, laut »Spiegel« und »SZ«.

Und da hätte ich Hitler nicht gut finden sollen? Wo er doch *mir* nur Gutes?

»Die wollen uns noch mehr schröpfen«, ruft uns »Bild« zu. Uns: der großen Familie. Und Koksgesicht Schill in Hamburg ruft das Programm »Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit« (SOS) ins Leben. Der makropolitische Rahmen ist da. Fehlt nur noch der richtige Mann mit den Sondervollmachten. Daß es »wieder läuft«. Wie in Berlusconis Italien. Oder Singapur. (Und wie haben wir manchmal im Stillen gehofft, die Klassiker mögen sich irren ...!)

Von wegen: »Wie konntet ihr das zulassen« ...? Gestatten zu lachen, die Damen, die Herren. Aus diesem Anlaß. 2003.

---

*Hermann P. Piwitt* schrieb in Literatur Konkret 2002 über Schriftsteller im geschlossenen Wahnsystem

Konkret 01/03, S. 47

**Jan Pehrke**

# Verfolgt, vermessen, vernichtet

**Eine Kölner Ausstellung widmet sich dem Schicksal dunkelhäutiger Menschen im Nationalsozialismus und leistet so einen Beitrag zur vergleichenden Rassismusforschung.**

Großartige neue Erkenntnisse erwartet der Besucher von der Ausstellung »›Besondere Kennzeichen: Neger‹ – Schwarze im NS-Staat« nicht. Es kann darin eigentlich nur um den Grad der Grausamkeit gehen, mit welcher der Nationalsozialismus Menschen anderer Hautfarbe behandelte. In der Schau selbst stellt sich dann aber doch wieder das Erstaunen darüber ein, wie das absurde Wahnsystem »Rassismus« realitätsmächtig werden konnte, indem es unterschiedlichste Quellen anzapfte. Der Sadismus hatte darin ebenso seinen Platz wie Kalkül und Pragmatismus; hanebüchene ideologische Konstrukte fanden sich neben scheinbar objektiven wissenschaftlichen Erkenntnissen; sexuelle Minderwertigkeitskomplexe und Überflutungsphantasien konstituierten es ebenso wie negative Bezugnahmen auf konkrete politische und kulturelle Erscheinungen der Weimarer Republik.

»Besondere Kennzeichen« verfolgt die Wurzeln dieses spezifischen Rassismus nicht allzuweit zurück. Die Ausstellungsmacher zeigen zum Beispiel keine Exponate zum traurigen Los von Afrikanern als exotische Attraktionen in Jahrmarktshows und Carl Hagenbecks Mensch- und Tierschauen. Sie beschränken sich auf Phänomene der zwanziger Jahre, an denen sich die Propaganda der Nazis und ihrer Vorläufer abarbeitete.

Ein bevorzugtes Objekt ihres Rassenhasses waren die zirka 5.000 Soldaten afrikanischer Herkunft unter den französischen Truppen, die 1923 wegen ausgebliebener Reparationszahlungen des Deutschen Reiches das Rheinland besetzten. Afrikaner, die zumeist aus den deutschen Kolonialgebieten kamen oder als Seefahrer im Reich strandeten und oft Unterschlupf in den kulturellen Ghettos der Zirkusse und Varietés fanden, mochte der aufrechte Patriot als Nachfolger der früheren Schauobjekte aus den Freakshows noch akzeptieren. Aber daß die Nicht-Germanen jetzt Hoheitsrechte ausübten, kränkte die nationale Ehre. Selbst die SPD wandte sich »gegen diese dem deutschen Volk angetane Schmach«.

Das Klagelied über die »schwarze Schmach« war bald allerorten zu hören, Carl Boese drehte sogar einen – später verbotenen – Film gleichen Titels. Das Satireblatt »Kladderadatsch« ließ den Himmel über dem Ruhrgebiet von einem monströsen schwarzen Kopf verdunkeln, und nach Ernst von Wolzogens Einschätzung hatte Frankreich mit den schwarzen Regimentern »den Glauben an die Göttergleichheit der Weißen verloren«. Nur so ließ sich wohl erklären, daß der Erbfeind sich einen Unterstaatssekretär afrikanischer Abstammung leistete. Auch von fern drohte dem weißen Götterglanz von seiten der antikolonialen Bestrebungen in China, Südafrika und der Karibik Ungemach. »In 100 Jahren wird Europa von Negern und Chinesen regiert – in 100 Jahren?« raunte 1931 die »Kölnische Illustrierte Zeitung«.

Ganz konkret nährten sich die Überflutungsphantasien an den afrikastämmigen Soldaten, denen ihre Dienstherren angeblich deutsche Frauen als Besitz versprochen hatten. Zahlreiche zeitgenössische Darstellungen dämonisierten den vorgeblich imperialistischen Charakter schwarzer Manneskraft. In A. M. Cays Bilderbuch *Franzosen im Ruhrgebiet* griff ein Unhold mit einer überdimensionalen schwarzen Pranke auf einem deutschen Feldweg nach einer deutschen Maid. Und mit einem riesenhaften Menschenaffen, hinter dem sich nur noch verbrannte, mit Grabeskreuzen übersäte deutsche Kulturerde auftut und der sich auf einer Regimentsflagge noch Missetaten wie seiner 170 Sittlichkeitsdelikte rühmt, wollte der »Simplizissimus« »an das Weltgewissen« appellieren. Eine Mischung aus sexuellen Minderwertigkeitskomplexen und aggressivem Selbstbehauptungswillen heizte die Kampagne an – und liegt auch heute noch vielen Rassismen zugrunde.

Aber bei aller Paranoia im Detail verloren die Rassisten doch nie ihre große Paranoia, den Antisemitismus, außer Augen; sie verknüpften beide Ressentiments verschwörungstheoretisch. »Juden waren und sind es, die den Neger an den Rhein bringen«, schrieb Adolf Hitler in *Mein Kampf*. Selbstverständlich waren sie es auch, die Josephine Baker auf die Bühne brachten, den Primitivismus auf die Leinwände, den Jazz in die Säle und den Charleston auf die Tanzfläche. Von einer »jüdisch-negerischen Epoche der preußischen Kunst« sprachen die Hetzer.

Dem Rassenhaß diente die zarte Blüte eines frühen Multikulturalismus in der Weimarer Republik als unerschöpfliches Propagandareservoir. 1932 gelang es, ein Auftrittsverbot für Josephine Baker in München durchzusetzen. Dabei ließ der Erfolg der Baker-Auftritte in Deutschland doch nur das Pendel der Verkennung zur anderen Seite des Gegensatzes »Schwarze Teufel – edle Mohren« ausschlagen, mit dem Ausstellungsmacher Peter Martin in seinem gleichnamigen Buch das Verhältnis der Deutscher zu den Afrikanern über die Jahrhunderte hinweg charakterisierte. Die Multikulti-Folklore bereitete den rechten Kräften aber auch einige Schwierigkeiten, denn ihre antizivilisatorische Weltanschauung hätte dem als naturwüchsig erachteten Dunkelhäutigen eigentlich einen bevorzugten Platz einräumen müssen. Also dichteten sie ihm Kultur an. Die neuen Tänze sind nicht »exotischer Herkunft – also gesund, sondern aus Hafenkneipen«, befand ein brauner Kulturkritiker etwa. Bei Bedarf durfte es nach 1933 aber auch mal wieder ein Zuviel an Natur als Distinktionsmerkmal sein. Einige »Untermenschen«, wie etwa Jesse Owens, hatten bei der Olympiade 1936 nämlich leider einige

übermenschliche Leistungen erbracht. Ein Wissenschaftler bog die Schieflage im Medaillenspiegel deshalb mit Brachialgewalt wieder gerade. Die Sportler seien von primitiver Rasse, ihre Vorfahren stammten aus dem Dschungel, deshalb seien sie athletischer gebaut als die zivilisierten Weißen, dozierte er. Und »die siegreichen farbigen Athleten nicht in den Vordergrund des Films stellen« hieß die Regieanweisung an die Olympia-Cineastin Leni Riefenstahl aus dem Führerhauptquartier.

Im Reich mußten die Afrodeutschen sich zu dieser Zeit schon mit einem Fremdenpaß ausweisen. In der Kulturpolitik galt die Maxime »Deutsche Tanzmusik fürs deutsche Volk«. 1935 proklamierten die Nazis diesen Sieg über die »entartete Musik«: »Der Nigger-Jazz ist von heute ab im deutschen Rundfunk endgültig ausgeschaltet.« Zwei Jahre später machten sie Ernst mit ihrem Ruhrkampf gegen die »Neger-Bastarde« und begannen mit Zwangssterilisierungen. Er wußte gar nicht, wie ihm geschah, erzählt ein damals 14jähriges Opfer in einem Video der Ausstellung. Seiner eigenen Sexualität noch kaum bewußt, ging es über das Fassungsvermögen des Jungen, daß der durch keinerlei Leiden nötig gemachte, schmerzhafte Eingriff des Arztes, der ihn danach wegen seiner Tapferkeit lobte, an seinem Körper ein rassistisches Programm vollstreckte.

Mit der Umsetzung der Politik war im Nazistaat unter anderem die »Abteilung für Blutfragen« befaßt, die gemäß der »Blut und Boden«-Ideologie dem Reichsbauernführer unterstand. Hier gingen auch die als Faksimile gezeigten Denunziationsbriefe ein, in denen Volksgemeinschaftler etwa ein Auftrittsverbot für zwei in ihrem Dorf gesichtete afrodeutsche Musiker anmahnten. Nicht alle Schreibtischtäter erledigten solche Angelegenheiten umgehend. Innerhalb der NS-Bürokratie gab es auch Vorbehalte gegen ein allzu forsches Vorgehen. Einige hatten die hochfahrenden kolonialpolitischen Ziele des Deutschen Reiches in Afrika im Sinn und wollten die zu ihrer Umsetzung als Erfüllungsgehilfen benötigten Eliten der dortigen Länder nicht unnötig durch braune Exzesse brüskieren. Erst als die Niederlage von Stalingrad die abermalige Suche nach einem Platz an der Sonne unmöglich machte, verkündete man ein Ende der Schonzeit. »Alle Neger sind bei Gefangennahme zu erschießen«, lautete jetzt der Marschbefehl an die Soldaten, und an der Heimatfront füllten sich die Lager.

Allein 500 Afrodeutsche verschleppten die Nazis nach Luckenwalde. Hier gierten die NS-Ärzte schon nach »Menschen-Material« für ihre tropenmedizinischen Forschungen. Der Rassismus dieser und anderer Mediziner drückte sich vorzugsweise in Zahlen aus und füllte ganze Formblätter mit genauen Angaben zur Länge von Kopf, Lidspalte, äußeren Augenwinkeln und anderem. »Ich habe Serum untersucht und deutliche Unterschiede qualitativer Art festgestellt«, lautete sinngemäß einer der weiß-braunen Heurekarufe. Genauso akribisch gingen die Lageroberen ihrem Sadismus nach. Nach einem Augenzeugenbericht suchte ein NS-Scherge jeden Morgen zur selben Uhrzeit einen bestimmten Gefangenen afrikanischer Abstammung auf, um ihm eine Zigarette auf seinem Bein auszudrücken.

Für derartige Quälereien haben die Opfer nie eine Entschädigung erhalten. Ein entsprechendes Gesuch lehnte das Düsseldorfer Oberlandesgericht mit Hinweis auf ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte ab. Nach dieser Expertise waren »Neger im Nationalsozialismus nicht besonderen Maßnahmen ausgesetzt«. So setzte sich die unheilvolle Tradition, die nicht erst mit den Mensch- und Tierschauen des Kaiserreichs begonnen hatte, über die Weimarer Republik und die Nazizeit bis in die Nachkriegsjahre fort. Und sie dauert immer noch an, wie der Appendix der Ausstellung mit Zeitungsausschnitten über Mordanschläge auf Asylbewerber afrikanischer Herkunft deutlich macht.

Trotz der umfassenden Aufbereitung des Themas ist einige Kritik an ››Besondere Kennzeichen: Neger‹« lautgeworden. Die Initiative »Schwarze Menschen in Deutschland« monierte das Fehlen Afrodeutscher im Ausstellungsteam und störte sich am Nazivokabular zitierenden Titel. Doch gerade diese Terminologie verdeutlicht die Menschenverachtung der Faschisten. In seinem Buch rechtfertigt Peter Martin die Verwendung solcher diffamierenden Ausdrücke mit dem Hinweis auf den Kontext, in dem sie auftauchen, der Mißverständnisse ausschließt. Wo in der Ausstellung Mißverständnisse aufgetreten sind, wie bei der ohne Quelle angeführten Bildunterschrift »Jesse Owens wie ein Affe an einem Seil hochkletternd«, hat man sie aufgeklärt. Die im einzelnen sicher diskutierbaren, letztlich eher formalistischen Einwände treffen die Ausstellung aber in ihrer Substanz nicht, da ihre politische Integrität außer Frage steht.

*Die Ausstellung ››Besondere Kennzeichen: Neger‹ – Schwarze im NS-Staat« im NS-Doku-Zentrum Köln (Appellhofplatz 23-25) läuft noch bis 23. Februar.*

---

Jan Pehrke schrieb in KONKRET 12/02 über das Filmprojekt »11’09”01«

Konkret 01/03, S. 50

**Jens Hoffmann**

# Buch & Deckel

**Vladimir Nabokov: Durchsichtige Dinge / Sieh doch die Harlekine! Gesammelte Werke, Band 12. Rowohlt, Reinbek 2002, 550 Seiten, 28 Euro**

»In den Größenverhältnissen der Welt, so scheint es mir, gibt es einen feinen Punkt, wo sich Phantasie und Wissen treffen, einen Punkt, den man erreicht, wenn man Großes verkleinert und Kleines vergrößert, und der seinem Wesen nach künstlerisch ist.«

Vladimir Nabokov – u. a. shortstragender Schmetterlingsjäger, Torhüter beim Fußball, nicht gerade der treueste Fan der KPDSU(B), unverbitterter Emigrant mit sozialisiertem Erbe – veröffentlichte bis zu seinem Tod im Juli 1977 neben Erzählungen, literaturwissenschaftlichen Arbeiten und einer Autobiographie, aus der das Eingangszitat entnommen wurde, siebzehn Romane. *Durchsichtige Dinge* von 1972 und der letzte Roman des Autors, *Sieh doch die Harlekine!* (1974), liegen nun in einem sorgfältig edierten Band vor. Nabokovs Werk, das funkelndste Rendezvous von Grazie und Eleganz, das sich im 20. Jahrhundert zwischen Buchdeckeln ereignete, vermittelt den möglicherweise allen biographischen Fakten widersprechenden Eindruck, daß es von einem Menschen geschaffen wurde, dessen Leben auf berührende Weise glückte. Was von den Hauptfiguren seiner späten Romane nicht behauptet werden kann.

Der Schriftsteller Vadim berichtet in *Sieh doch die Harlekine!* von seinen glücklosen Liebschaften. Nabokov entwirft ihn als schusseligen Ich-Erzähler, der entsetzlich gern über seine räumliche Desorientierung monologisiert. Auslöser für den Roman war wohl Nabokovs Unzufriedenheit mit seinem Biographen Andrew Field. Nabokov konstruierte als Replik ein Spiegelspiel mit vermeintlich autobiographischen Details, um ein auf entblößte Autorenhaut fixiertes Publikum zu locken und auszutricksen. Wer nicht mitspielen mag, wird sich bei der Lektüre langweilen und erst dann wieder wach werden, wenn der mit viel Weiß umsäumte, eigentlich an einen davonfliegenden Zettel gerichtete Satz »Nein, du bleibst hier« der Geschichte eine andere Wendung gibt.

Nichts auszusetzen gibt es hingegen an *Durchsichtige Dinge*. »Immer sachte voran, wissen Sie, dann wird's schon werden, Söhnchen« ist schließlich eine nicht uncharmante Aufmunterung für jemanden, der gerade in einem Hotelzimmer verbrannt ist. Die Geschichte von Hugh Persons Reisen in die Schweizer Berge ist fein ausgedacht. Der Erzähler wirft keine störenden Schatten, ein Kofferraum gähnt, wir passieren »einen berühmten schwarzen Schuppen« und hätten fast das Taschenmesser übersehen, »das stachelstrotzend seine unverschämten Innereien vorführte«.

Konkret 01/03, S. 50

**Fanny M□ ller**

# Buch & Deckel

**Gerhard Henschel: Die Liebenden. Hoffmann & Campe, Hamburg 2002, 752 Seiten, 25,90 Euro**

Am 19. März 1941 schreibt Frau Lüttjes an ihren Mann Gepke: »... es war ein Blindgänger unserer Flak, und nun denk Dir das Schreckliche, der hat Krauses Haus zerstört ... Eva (ist) schon gestorben im Sophienstift und Frau Krause heute mittag.« Am gleichen Tag schreibt Gepke aus dem besetzten Polen: »... stellt sich unser deutscher Schicksalskampf ... dar als der Kampf sehr germanischer Werte ... das ist nur da möglich, wo der Jude geherrscht hat.«

Dies sind die Eltern von Ingeborg Lüttjes, die später Richard Schlosser heiratet, die »Liebenden« aus Gerhard Henschels Roman. Fast 800 Seiten lang lesen wir Briefe der Protagonisten, ihrer Eltern, Verwandten, Freunde, Kinder, von 1940 bis 1993. Ein halbes Jahrhundert Deutschland, vom Krieg über die Aufbaujahre bis hin zum Wirtschaftswunder. Es handelt sich übrigens um Originalbriefe, die zum Teil überarbeitet und zusammengefaßt, aber nicht verfälscht wurden.

Ich habe mehr als drei Wochen gebraucht, weil mich die Rückkehr auch in meine eigene Vergangenheit sehr mitgenommen hat. Viel Banales, natürlich: wieviel der Anorak für die Tochter gekostet hat, welche Badeanzüge (Latex!) Mutter Ingeborg besitzt, ob sie sich eine Vampyrette kaufen soll. Da wurde geschrubbt und eingemacht, die Kinder in den Ferien zu Oma und Opa gebracht und alles getreulich der Verwandtschaft geschrieben. Aber ganz nebenbei, daß eine der Schwestern von Ingeborg ein uneheliches Kind bekommt und wie damit zu verfahren sei: Adoption.

Der eine Großvater ein Faschist, der andere Großvater bigott – und gleichzeitig auch er ein Liebender, der sich in Traditionen, Selbstmitleid und Blödheit verlor. Und sich zu Tode soff. Vorurteile werden umstandslos zugegeben: Man hat etwas gegen Rheinländer, gegen Studenten, gegen die amerikanische Lebensweise; die Tagesmutter hat »Dienstmädchenmanieren«; Kinder kriegen einen »kleinen Klaps«, und der Herr des Hauses macht der Hausfrau minutiöse Vorschriften, wie sie die Kinder zu erziehen hat, während er noch in der Lungenheilanstalt ist. Man möchte Ingeborg schon zu Beginn wünschen, daß sie Richard nicht heiratet. Sie sind zu unterschiedlich: sie eine lebenslustige und temperamentvolle Frau und er ein Besserwisser und Prozeßhansl. Und doch bemüht er sich, auch er ein tragisch Liebender, der nicht weiß, wie man das Leben lebt. Er schuftet wie blöd, um der Familie ein Dach über dem Kopf zu geben und wohnt am Ende vereinsamt in dem großen Haus, trinkt und weigert sich, jegliche Hilfe anzunehmen. Die Liebe, wie immer, geht dann zwischendurch den Bach runter, aber es wird den beiden anfangs nur am Rande bewußt, man muß ja das Haus bauen, den Garten versorgen, die Kinder aufziehen und dann wieder Einkochen, Putzen, Verwandtenbesuche ...

Scheinbar belanglose und dennoch so typische Briefe, und ich erkenne sie mit Grausen wieder: meine eigene Familiengeschichte. Oder Ihre. Und trotzdem, ein großartiges Buch, von dem man nicht loskommt. 800 Seiten mit privaten Briefen, in einer gewöhnlichen, nicht literarischen Sprache, hält man das überhaupt aus? Ja, man hält es aus und vergißt die Herkunft der Texte nach wenigen Seiten: Man fühlt und bangt mit den beiden Liebenden. Und ahnt doch, daß es böse enden wird.

Wie Greffrath über Montaigne sagt: »... daß es die kleinen Dramen und Mißgeschicke sind, die universellen Charakter haben und daß ihnen nicht weniger Würde zukommt als den großen Spektakeln der Geschichte«.

Konkret 01/03, S. 50

**Michel Raus**

# Buch & Deckel

**Hermann Lenz: Die Schlangen haben samstags frei. Insel, Frankfurt a. M. 2002, 300 Seiten, 19,90 Euro**

Die 40 Prosastücke erwecken stillschweigend den Eindruck, sie stammten, vier Jahre nach dem Tod des Autors, aus dessen Nachlaß. Der Band enthält aber mit drei Ausnahmen lediglich Arbeiten, die nicht nur schon 1937 entstanden bzw. nach 1945 sporadisch erschienen, sondern jetzt, 2002, auch mit dem befremdlichen Etikett »Erzählungen« versehen sind.

Frappieren kann diese frühe, mittlere und späte Prosa allerdings nur Leser, die erst vom Lenz-»Entdecker« Handke für den Verfasser der Eugen-Rapp-Romane gewonnen worden sind. Hermann Lenz entwirft allenfalls einfühlsame Porträts von in die Romane einschmelzbaren Figuren oder scheinbar leicht, fast frivol hingestrichelte Landschafts- und Ortsbilder, nicht selten Zwitter der Gattungen Geschichte und Essay.

Schon der Titeltext ist ein Musterbeispiel der Lenzschen Technik, quasi wie nebenbei zu erzählen, dem Leser Geschichten auch dann nur vorzuplaudern, wenn sie ihm, dem »Zeitzeugen«, bitterernst sind. Lenz ist damit seiner eignen frühen und späten Lyrik, manchmal auch dem Sound der Gedichte Karl Krolows viel näher als epischer Prosa. Er hat sich zwar ausdrücklich zu diesen weniger beachteten, zum Teil von langjähriger materieller Not diktierten Arbeiten bekannt; dennoch dürfte er sie eher als Fingerübungen für sein Opus magnum, das Rapp-Epos, angesehen haben.

Zudem sind die durch und durch süddeutschen, mitunter schwäbelnden Texte dem phantastischen Realismus verpflichtet und deshalb Dichtung eher als Erzählung auch noch oder gerade dort, wo der ehemalige Wehrmachtssoldat Lenz mehr Rußland als den im Osten durchgestandenen Krieg beschwört.

Der Band ist mit »Au net schlecht!«, einer der beliebtesten Redensarten des Autors Lenz, vollauf gewürdigt.

Konkret 01/03, S. 51

**Kurt Pätzold**

# Buch des Monats

**Sabine Hauk/Hermann Simon: Feldpostbriefe jüdischer Soldaten 1914-1918. Hentrich&Hentrich, Teetz 2002, 2 Bd., 735 Seiten, 46 Euro**

Als der Erste Weltkrieg sich in die Länge zog und kein Gedanke mehr daran war, die Feinde rasch zu »versohlen« und Weihnachten wieder zu Hause zu sein, bekamen die Herrschenden Lust auf Sündenböcke. Die Juden waren als solche bereits markiert. Nun also sollten sie es sein, die es an Einsatz fürs Vaterland fehlen ließen. Der preußische Kriegsminister ordnete, von den Ursachen des Kriegsverlaufs ablenkend, eine »Judenzählung« in der Armee an, deren Ergebnisse nie veröffentlicht wurden.

Nach der Kapitulation wurden die Juden den »roten« und seit ehedem »vaterlandslosen Gesellen« an die Seite gerückt. Die Führer des deutschen Judentums reagierten darauf mit dem Nachweis, das von den etwa 96.000 jüdischen Bürgern, die in den Krieg gezogen waren, 12.000 Männer nicht überlebt hatten. Das war eine defensive Antwort, die sich jeder Charakteristik des Krieges verschloß und sich in jenes Verständnis einordnen ließ, das ihn als einen Akt der Vaterlandsverteidigung hinstellte.

Doch als die faschistische Diktatur errichtet wurde, begann das Kramen nach den »Drückebergern« erst richtig. Die Frontsoldatenklausel im ersten antijüdischen Reichsgesetz vom 7. April 1933 sah für jüdische Schützengrabenkrieger eine weniger nachteilige Behandlung vor und bewirkte die Sonderung dieser Gruppe von anderen Kriegsteilnehmern. Der Aufschub des Hinauswurfs dauerte kaum zweieinhalb Jahre. Dann war die Klausel erledigt. Die Verherrlichung des Ersten Weltkrieges kam da erst auf volle Touren – Juden aber hatten an seinen Schlachten vorgeblich nicht teilgenommen.

Knapp wird im Klappentext der vorliegenden Sammlung jüdischer Feldpostbriefe gesagt, sie dokumentiere »den Dienst jüdischer Soldaten« und deren Einsatz, der sich »durch nichts von ihren nichtjüdischen Soldaten unterschieden« habe. Das liest sich im Jahre 2002 anders als ein Menschenalter zuvor und merkwürdig undistanziert. Ganz ähnlich fand es sich schon in einer Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, die er am 20. Juli 2001 in Berlin bei einer Rekrutenvereidigung gehalten hatte. Er sprach mit Bezug auf die jüdischen Soldaten im Ersten Weltkrieg vom »bedingungslosen Einsatz für ihr deutsches Vaterland«. Rührt heute nicht viel mehr an, daß diese Zehntausende erst zu Instrumenten eines deutsch-germanischen Weltherrschaftswahns gemacht, sodann aber selbst dessen Opfer wurden?

Versammelt sind in dem Zweibänder Texte, die Zöglinge eines Berliner jüdischen Waisenhauses an dessen Direktor Siegmund Feist richteten, als sie sich in Rußland, Polen, Frankreich, Belgien, auf dem Balkan und in Ausbildungsstätten befanden. Gedruckt wurden aus der archivierten Sammlung von 754 Feldpostkarten und -briefen darüber hinaus Stücke von Erziehern, Verwandten und Bekannten des Anstaltsleiters, sofern sie ebenfalls Militärangehörige waren. Vermittelt wird ein breitgefächertes Bild vom Dasein, Denken und Hoffen vorwiegend junger Menschen. Die Mehrheit der Schreibenden gehörte zu den »einfachen Leuten«. In den Mitteilungen an den Direktor, an deren Ende nie Grüße an seine Frau vergessen wurden, finden sich Angaben über das Kriegsgeschehen, Eindrücke von den fremden Orten, Schilderungen des Drills, von langen Märschen und Transporten, vom Zusammenleben mit Kameraden, selten Urteile über Vorgesetzte. Jüdische Feldgottesdienstes werden ebenso beschrieben wie die Unauffindbarkeit eines Rabbiners moniert. Einen besonderen Platz beanspruchen Informationen über die Verpflegung.

Keine Frage: Zwischen dem Mann und seinen Zöglingen bestand und erhielt sich ein besonderes Verhältnis. Er verwaltet Ersparnisse früherer Hausbewohner, sendet ihnen Zeitungen und »Rauchmaterial«. Sie schicken ihm besondere Briefmarken, Texte von Befehlen, einen aus Feindgeschossen gefertigten Leuchter. Ein Zögling, der berichtet, daß er seine Kameraden durch Vorträge unterhält, erbittet Stoff für Rezitationen. Eine Mischung von Respekt und Vertrautheit offenbart sich da. So und nicht anders würde sich eine analoge Briefsammlung aus einem christlichen Waisenhaus lesen.

Reflexionen über den Charakter des Krieges sind selten. Da schreibt einer nach der Erwähnung überwundener Strapazen: »... aber das tuen wir gern aus Liebe zu unserem geliebten Vaterlande. Siegen oder Sterben, das ist unsere Losung.« Schicksalsergebenheit und Autoritätsglaube, womöglich auch etwas von der Heimerziehung, atmen Texte eines Zöglings, der über den schweren Dienst nicht klagt, denn »es muß ja auch sein, bei der schwierigen Aufgabe, welche unsere Herren Vorgesetzten haben«.

Ganz anders hingegen ein Musketier, der seine Einkleidung als Soldat mit den Worten kommentiert: »... und damit haben wir den Menschen abgelegt«. Zu diesem Zeitpunkt findet sich am häufigsten der Wunsch ausgedrückt, es möge dieser Krieg doch zu Ende gehen. Ein Grenadier schreibt im Sommer 1916 von der Westfront, es sei ihm »als Beteiligten« unmöglich »von diesem Morden zu berichten«. Im Brief eines Metallarbeiters ist zu lesen: »Soldat zu spielen, daran ist mir gar nicht so viel gelegen«, aber er habe doch »hier keine Veranlassung zu Beschwerden«. Ein Landsturmmann, im Zivilleben Prokurist, schreibt im Juni 1917: »Ich glaube, manche Faktoren der Weltpolitik jetzt einigermaßen erkannt zu

haben! Vor allerhand großen Umwälzungen gelangen wir wohl nicht zum Frieden.« Da hatte die Februarrevolution den Zaren bereits vom Thron gestürzt. Und ein Einjährig-Freiwilliger schreibt am 23. April 1917: »Die russische Revolution hat mit starker Hand in das ganze Kriegsgetriebe eingegriffen. Und die Menschheit erfährt wieder einmal, daß die Macht der Idee oft eine stärkere Sprache spricht als die schwersten Waffen.« Ein Zögling, der als Krankenwärter das Kriegselend sieht, schreibt im August 1918, selbst schwer erkrankt, aus einem Lazarett: »Je größer hier draußen das Elend ist und je länger der Völkermord dauert, desto mehr freuen sich daheim die Großkapitalisten und Kriegsgewinner.«

Solche Urteile, gar das offenherzige: in Zeitungen sei nur »müßiges Zwangsgeschwätz« zu lesen, sind selten. Mehrfach wird, auf die Zensur anspielend, erwähnt, daß man sich näher nicht äußern wolle. Einer trug im Sommer 1918 derlei Bedenken nicht mehr: »Das gibt bei diesem Frieden ein Ende mit Schrecken ... Vorige Tage hat ein ganzes Regiment □partie□ (d. h. Fahnenflucht; K. P.) gemacht.«

So gibt die Sammlung doch ein eindrucksvolles, wenn auch nicht repräsentatives Bild von Stimmungen im Heer und von deren Wandel. Es erschließt sich nicht leicht. Die Briefe wurden nicht chronologisch, sondern nach den Namen der Absender geordnet. Deren Biographien sind weitläufig recherchiert worden. Sie schließen wieder und wieder mit Angaben wie: »mit dem 35. Transport nach Auschwitz deportiert«. Aber auch: »1955 in Haifa verstorben« und »starb 1975 in den USA«. Den sorgsam editierten und großzügig gestalteten Bänden wurden Aufsätze zur Geschichte des Waisenhauses und über das Leben seines Direktors vorangestellt.

Konkret 01/03, S. 52

**Jan Süselbeck**

# Die Gilde der Guten

**Neue Bücher von und über Arno Schmidt geben einen Einblick in die Werkstatt des Autors.**

Als erste Veröffentlichung der Arno-Schmidt-Stiftung im Suhrkamp Verlag (nach dem Konkurs des bisherigen Partners Haffmans) haben zwei Fragmente aus der frühesten Schaffensphase Arno Schmidts beachtliche Aufmerksamkeit gefunden. Glaubt man Schmidts nun als Faksimile und in diplomatischer Umschrift sorgfältig edierten Notizen, ist diese Resonanz nicht übertrieben: »Sehr wichtig! Entwurf von ca. ’47«, schrieb er auf das Titelblatt des Entwurfes »Brüssel«, eines autobiographisch grundierten Versuchs über seine Kriegsgefangenschaft.

Irgendein Rezensent nannte Schmidt kürzlich den größten »Kotzbrocken« der Nachkriegsliteratur. Schmidt hatte seine Gründe: »Was ›Menschn‹ anbelangt, so ist Meine Neubegier seit ei’m Dezennium gestillt«, heißt es in *Zettel’s Traum*. Anfang der sechziger Jahre meinte das sicherlich auch: seit Ende des Krieges und der britischen Kriegsgefangenschaft in Brüssel, die am 20. August 1945 endete. Schmidt hatte es satt, mit Menschen zusammengepfercht zu sein, mit denen er nichts zu schaffen haben wollte. Seine »Brüssel«-Erinnerungen klagen weniger über die Kriegsgefangenschaft selbst, als über die Dummheit der soldatischen Mitgefangenen, unter deren deutschen Tugenden der Erzähler zu leiden hat. Schmidt wendet den vergangenen Rausch der Besiegten gegen den Geist der Noch-siegen-Wollenden: »... (M)an sah deutlich, daß ihnen die 12 Jahre ›Heil‹ und Fahnenrauschen unauslöschlich im Blute lagen. – Befehlen und Gehorchen muß man leider zuweilen in dieser Welt; aber wer Gefallen daran findet, sollte sofort erschossen werden, denn er ist unheilbar vergiftet!«

Es ist, als blicke man in eine Werkstatt: In kondensierter Form führen die Textfragmente vor, wie der frühe Schmidt gearbeitet hat. Wortstreichungen, Erinnerungsbrocken und grob skizzierte Ideen vermengen sich zu einem Konzentrat dessen, was in späteren Werken erzählerisch virtuos auskomponiert werden sollte. Hier die bloßgestellte Idiotie derjenigen, denen Gewalt zu »Kultur« wurde – »Ich würde auf einer ... Boxveranstaltung jedem der Buben, die sich für Geld gegenseitig in die Fresse hauen, 100 Rutenhiebe auf den Hintern geben lassen« – , dort die bekannten Wege des Entkommens für den einzelnen: »... (N)achts spann ich meine Dauerphantasien, einen endlosen Liebes=Roman mit Schiffbruch, einsamen Inseln, Not – alles schwermütige düstere Lieblingsthemen.«

Das zweite nun veröffentlichte Fragment »Die Feuerstellung« (1955) bereitet eine typische Schmidt-Dystopie vor und reißt den Leser mitten in ein atomares Fegefeuer an der Saar. Die kurzen Passagen samt den abgedruckten Planungsnotizen und Handlungsskizzen mögen manchen Schmidt-Leser bedauern lassen, daß der Autor das Projekt abbrach: »(D)ie ›Deutsche Kriegsgräberfürsorge‹ war erst bei den Opfern des 2. Weltkriegs: anstatt längst Platz für den 3. vorzubereiten!!«

Der Herausgeberin Susanne Fischer und dem Typographen Friedrich Forssman ist mit der vorbildlich gestalteten Ausgabe ein würdiger Einstand gelungen: Jetzt ist Arno Schmidt also Suhrkamp-Autor. Leider ist er damit nicht nur neben die Klassiker der Moderne, sondern auch an die Seite Martin Walsers geraten.

An den ersten literarischen Versuchen Schmidts, die bis auf den Text *Pharos oder von der Macht der Dichter* zu Lebzeiten unveröffentlicht blieben und erst posthum in die Bargfelder Werkausgabe aufgenommen wurden, scheiden sich die Geister. Schmidt selbst zitierte die Titel seiner Juvenilia aus den dreißiger und vierziger Jahren in späteren Werken immer wieder gerne geheimnis- und bedeutungsvoll. Die Selbstmystifikation änderte nichts daran, daß die betreffenden Texte bis heute als Zeugnisse der romantisierenden Kleinbürgeridylle eines erst werdenden Autors gelten, der sich aus düsterer Kriegszeit in ein anachronistisches Literaturelysium flüchtete.

Maike Bartl beleuchtet diesen bislang stiefmütterlich behandelten Teil des Schmidtschen Œuvres jetzt erstmals ausführlich als literarisches Dokument einer auf den Autor rückverweisenden »Entwicklung von zunehmender Beschädigung der jeweiligen Zentralfigur«. Sie untersucht die tatsächlich immer fragwürdigeren Fluchtversuche der Schmidtschen Helden, die aus einer dämonischen Lebensrealität in paradiesische (Phantasie-)Welten zu entkommen suchen. Bartl zeichnet eine chronologische Linie von der ersten fragmentarischen Erzählung »Die Insel« bis zur bedrohlichen Szenerie des »Pharos« nach, der ihrer Meinung nach das »Bindeglied« zwischen den Juvenilia und Schmidts düsterer Erstveröffentlichung *Leviathan oder Die beste der Welten* (1949) darstellt.

Schmidts frühe Erzählungen bis zum Fragment »Mein Onkel Nikolaus« (datiert auf den 21.9.1943) ordnen sich aus dieser Perspektive entlang einer ansteigenden Resignationskurve. Im »Onkel Nikolaus« ist bereits »eine positive Bezugnahme auf die menschliche Existenz, wie sie in den vorigen Texten in verschiedenen Variationen versucht wird, ... unmöglich geworden ... Es scheint naheliegend zu vermuten, daß der Glaube an den hohen Wert des Menschen ... ihm (Schmidt; J. S.) während des Krieges verlorengegangen ist.«

Bartls angenehm lesbarer Studie kommt das Verdienst zu, die Genese des Schmidtschen Pessimismus bis in jene frühen Texte zurückverfolgt zu haben, die bislang kaum beachtet worden sind. Die frühesten Stationen einer schwarzen Epistemologie gewinnen damit an Kontur. Der Leser bekommt außerdem Lust, sich diesen vernachlässigten Teil des Gesamtwerks selbst anzusehen. Für ein wissenschaftliches Buch keine kleine Leistung.

Der Hannoveraner Literaturwissenschaftler Jochen Hengst hat sich in seiner Studie Schmidts *Schule der Atheisten* (1972) vorgenommen, scheitert jedoch schon im Ansatz: Einerseits bringt er in ermüdender Geschwätzigkeit zuviel Bekanntes zur Sprache, andererseits werden von ihm, sieht man von einigen vagen Andeutungen ab, kaum neue Spuren verfolgt. Hengst rechtfertigt diesen Mangel in dem ihm eigenen Seminarstil: »Angeregt von den Fallstricken der Schrift geht es dem vorliegenden Unternehmen also nicht so sehr um eine deutende Interpretation, sondern um eine die Differenzen amplifizierende Beschreibung, die einzig durch ihre archäologische Beziehung zur Schrift daran gehindert wird, in höhere Stadien der Schmidt-Paranoia abzudriften.« Mit derlei Gefasel legt Hengst schon auf den ersten Seiten alle seine Schwächen offen: Er pflegt eine assoziative literaturwissenschaftliche Selbstgefälligkeit, die außer arrogant formuliertem Belesenheitsgetue nichts als heiße Luft produziert. Die Studie gebiert Stilblüte auf Stilblüte. Immer, wenn Literaturwissenschaftler einen »Schriftraum abschreiten« wollen, droht ein gipfelstürmender Unsinn, wie dort, wo Hengst aufgrund bloßer klanglicher Ähnlichkeiten eines in der *Schule der Atheisten* vorkommenden Wirtinnennamens vermutet, der Autor habe damit auf Hoyerswerdas abstoßende Plattenbauarchitektur anspielen wollen.

Von anderem Kaliber ist der verdiente Schmidtforscher Rudi Schweikert. Er untersucht in einer Zusammenstellung alter und neuer Studien den Einfluß von Nachschlagewerken auf das Schaffen Arno Schmidts und Karl Mays. Schmidt, der als bekennender Enzyklopädie-Kompilator verkündete, man könne »nicht genug davor gewarnt werden, die Wirkungen mehrbändiger Nachschlagewerke zu unterschätzen«, hatte in Karl May einen ebenso gewitzten wie dreisten Vorgänger, der nicht nur Kitsch, scheinheiligen katholischen Missionsgeist und chauvinistisches Kolonialpathos produzierte, sondern als raffinierter Lexikonplagiator auch »zur Gilde der Guten gehört«, wie Schweikert betont.

Schweikert stellt einschlägige Artikel der *Pierer-Enzyklopädie*, eines bedeutenden Nachschlagewerks des 19. Jahrhunderts, spaltenweise Textpassagen Mays gegenüber, um zu zeigen, was da so alles geklaut und zu »Literatur« verwurstet worden ist. Das mag trocken klingen, ist aber eine spannende und witzige Spurensuche. May entpuppt sich als literarischer Puzzlespieler, der fleißig nachschlug, um das Lexikonwissen des 19. Jahrhunderts für seine kuriosen Abenteuertexte zu plündern und so zu tun, als sei er ein geradezu titanischer Universalgelehrter. Oft schrieb er einfach ab, wobei ihm peinliche Fehler unterliefen, die Schweikert genüßlich aufführt. May brüstete sich bekanntlich damit, etwa vierzig Sprachen schreiben und sprechen zu können, darunter auch »malayisch, Namaqua. Lappländisch will ich nicht mitzählen.« In der Regel »belegte« der Autor die polyglotten Protzereien damit, daß er seinen Figuren einige übersetzte Zeilen aus dem »Vaterunser«, die er im *Pierer* unter dem jeweiligen Landesartikel fand, in den Mund legte. Ein anderer Trick, von Schmidt in *Zettel's Traum* als Running Gag bis zum Überdruß kopiert, ist das Übernehmen der in den jeweiligen Sprachartikeln gelieferten Zahlenübersetzungen von eins bis zehn. Sämtliche Schauplätze, die May nie gesehen hatte, puzzelte er auf diese Weise aus Lexikonartikeln zusammen: Flora, Fauna, Geographie und Geschichte, alles aus dem *Pierer*.

Auch Schmidt lobte das »trauliche Embonpoint der Nachschlagewerke« und die »SpezialWonnen des Nachschlagens«. Er behauptete einmal, er habe den gesamten *Pierer* von 1845 lesen und memorieren müssen, um sein Gehirn in die Falten der Zeit Edgar Allan Poes legen zu können (»Vorläufiges zu Zettel's Traum«). Tatsächlich arbeitete Schmidt also ähnlich wie May, und die von ihm immer wieder gerne vorgetragene Behauptung, er verfüge über ein »gußeisernes Gedächtnis«, muß nach Kenntnisnahme der Schweikertschen Ergebnisse wohl eher als Hinweis darauf verstanden werden, daß er weniger ein »wanndlndes Lecksiekonn« als vielmehr ein gewitzter und systematischer Enzyklopädie-Nutzer war, der ungezählte Details sammelte und diese »Informations-Patchworks« zu Literatur montierte.

Schweikerts Studie blickt den Schriftstellern bei der Arbeit über die Schulter. So kann Literaturwissenschaft zu Ergebnissen führen: Erst nachschlagen, dann interpretieren!

**Literatur**

Arno Schmidt: *Brüssel/Die Feuerstellung*. Herausgegeben von Susanne Fischer. Arno Schmidt Stiftung im Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2002, 72 Seiten, 50 Euro

Maike Bartl: *»Ein erloschener Leuchtturm« – »Pharos oder von der Macht der Dichter« und die »Methodik des Entkommens« in den Juvenilia*. Hefte zur Forschung 5. Arno Schmidt Stiftung, Bargfeld 2001, 15 Euro

Jochen Hengst: *Den ersten Schriftraum von Arno Schmidts »Die Schule der Atheisten« abschreiten. Wort-Werk bLeich wie eine laiche*. Bangert und Metzler, Wiesenbach 2002, 119 Seiten, 16,50 Euro

Rudi Schweikert: *Das gewandelte Lexikon. Zu Karl Mays und Arno Schmidts produktivem Umgang mit Nachschlagewerken*. Aus dem poetischen Mischkrug, Band 2. Bangert und Metzler, Wiesenbach 2002, 272 Seiten, 33 Euro

---

*Jan Süselbeck* hat zuletzt das Buch »›Arse=tillery + Säcksualität.‹ Arno Schmidts kritische Auseinandersetzung mit Gustav Frenssen« (Aisthesis Verlag) veröffentlicht

Konkret 01/03, S. 53

**Eike Stedefeldt**

# Ritterkreuz & Rattenorden

Schloß Bellevue, 4. Oktober. Zum »Tag des Ehrenamts« bekreuzigt einer eifrige Untertanen für Leistungen, deren höchste zweifellos die Unterdrückung des politischen Ekelreflexes beim Anblick rot emaillierten Messings ist. Obwohl von acht BVK-Stufen nur ein mickriges Ritterkreuz rausgesprungen ist, lassen Frau Müller und Herr Schlauch stolz die Presse wissen: »Unserem Fraktionskollegen und Parteifreund, Volker Beck, ist heute vom Bundespräsidenten, Johannes Rau, das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Mit dieser herausragenden Auszeichnung erfährt Volker Becks politisches und gesellschaftliches Engagement für die Stärkung der Bürgerrechte, die Verteidigung des Rechtsstaates sowie die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Minderheiten eine ganz besondere Würdigung.« Tätärä.

Eine Würdigung wird bis Mitte November verheimlicht: das Große Bundesverdienstkreuz für Prof. Günter Dörner, dem Raus Laudatio am selben 4. Oktober attestiert, er habe »dem Institut für Experimentelle Endokrinologie der Charité schon zu Zeiten der ehemaligen DDR nationales und internationales Profil verliehen ... Das von ihm entwickelte Gebiet der *funktionellen Teratologie* hat in viele Forschergruppen hineingewirkt.«

Das hineinwirkende Gebiet rotiert um Dörners Idee, daß »unphysiologische Hormonspiegel« bei der Hirnentwicklung als Teratogene (sprich: Ursachen für Mißbildungen) wirken und »bleibende Störungen des Paarungs- bzw. Nichtpaarungsverhaltens« hervorrufen. An Nagern suchte er nachzuweisen, was er an Probanden der Spezies Beck nicht konnte: daß sich per Hormontherapie auch unerwünschtes menschliches Sexualverhalten verhindern ließe. Sogar die Schnarchnasen der DDR-Homoszene erkannten das Potential und setzten noch vor die Stasi das Feindbild »Ratten-Dörner«. Dessen Ziel, erklärte schon 1981 die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung, sei »das Ausmerzen der Homosexualität mittels radikaler endokriner Eingriffe«.

Wirft einer, dem – mit Musik! – mitgeteilt wird, seinesgleichen gelte weiter als abzuwendender bevölkerungspolitischer Blindgänger, dem Herrn Bundespräsidenten das Blechding vor die Füße? Kein Gedanke. Beck und Dörner werkeln nämlich am selben Ziel: eine an Familie, Volk und Vaterland nicht interessierte Sexualität in geordnete heterosexuelle Bahnen zu lenken. Verschieden sind nur ihre Gehirnwaschmittel: Becks Repressionsmodell »Homo-Ehe« heterosexualisiert die unverhinderten Volksschädlinge, Dörners will, was ehrlicher ist, den Schaden vom Volkskörper von vornherein abwenden. Die höhere Ordensstufe für ihn war also berechtigt.

Konkret 01/03, S. 54

**Alexander Kasbohm**

# Geht nicht? Gibt's nicht!

**Eine Berliner Ausstellung und der neue Bond-Film geben Anlaß, an den großen Produktionsdesigner Ken Adam zu erinnern.**

Die Feuerkraft meiner Kratergeschütze reicht aus, um eine ganze Armee zu vernichten. Sie können das alles an den Bildschirmen verfolgen. Es wird ohnehin Ihr letztes Programm sein, Mister Bond.« – Ernst Stavro Blofeld vergräbt die Finger tiefer im Fell seiner weißen Perserkatze, sein Blick wandert durch seine Kommandozentrale in dem riesigen umgebauten Krater. Er gibt ihm Sicherheit. Er ist das Abbild seines Innenlebens.

In Japan, auf der Suche nach passenden Locations für »Man lebt nur zweimal« sah Production-Designer Ken Adam vom Hubschrauber aus einen enormen Kratersee. Der ideale Sitz des Bösen, ein Schlund zur Hölle. Blofelds Raketenstartplatz. Für die Innenaufnahmen der geheimen Kommandozentrale verbaute Adam 700 Tonnen Stahl und 200 Tonnen Gips zum größten freistehenden Set. 40 Meter hoch, 135 Meter im Durchmesser. Die Idee war vollkommen neu, nichts Vergleichbares wurde je entworfen und gebaut. Menschen wurden an diesem Ort zu verschwindenden Punkten, ihrer Individualität beraubt. Nicht durch die Uniformen, die sie trugen, sondern durch die schiere Größe der Anlage.

Adams Bond-Design feierte die Oberfläche und die Künstlichkeit. Es gab im ersten Bond »Dr. No« einen entscheidenden Moment. Das war nicht die berühmte Szene, in der Ursula Andress aus dem Meer auftaucht, sondern die, in der Professor Dent sich beim diabolischen Mastermind Blofeld Instruktionen holt. In einem kahlen, metallenen Raum mit schrägen Wänden, einem riesigen, vergitterten Oberlicht, das ein Schattennetz auf den ganzen Raum legte, einem Stuhl und einem Tisch mit einer Tarantel im Käfig. Es war der Moment, in dem zum ersten Mal der Bond-Zauber auf einer Leinwand auftauchte, das ehrfurchtgebietende Design, das »Dr. No« aus der Mittelmäßigkeit eines Agenten-B-Movies hob. Adams hochgradig stilisierte Sets gaben dem Film eine Ahnung von Größenwahn und Bedrohung, die ihn von anderen Produktionen unterschied. Sie waren unverkennbar beeinflußt vom deutschen Expressionismus, der mit den schiefen Winkeln und verzerrten Perspektiven »Das Kabinett des Dr. Caligari« zu einem Klassiker der Zwanziger machte.

Adams Orte des Bösen sind absolut penible, staubfreie Technokratenwelten und gleichzeitig Symbole des Chaos. Blanker Stahl, polierter Fels, Glasflächen und neueste Technik stehen wild durcheinander, die Wände fallen in unnatürlichen Winkeln ab. Adams kombinierte einfache geometrische Formen, schräge, verschobene Wände und extreme Perspektiven auf eine Weise, daß die Sets fast wie konstruierte Ruinen wirken. Sie wirken so instabil wie die Psyche ihrer Bewohner, übertreiben die Strömungen der Zeit und verzerren sie zur ultimativen Bedrohung. Sie zeigen eine aus den Fugen geratene Welt, symbolisieren die Abwesenheit der vertrauten Ordnung, die noch als Erinnerung nachleuchtet, eine machtvolle Kälte, in der alles Menschliche deplaziert und unvollkommen wirkt. Die besten Bondsets, die Adam zwischen »Dr. No« und »Moonraker« entwarf, sind nicht nur camp, sie sind brutal und düster – Architektur als Weltwerdung des Bösen. Oft wird die Bedrohung kontrastiert mit grotesk entstellten Repräsentanten der Wirklichkeit, der »guten« Welt. Gefangene Kreaturen, Globen wie Spielbälle oder Weltkarten, auf denen das größenwahnsinnige Genie des Untergangs seine Planspiele genießt. Glatte, glänzende Oberflächen, ein staubfreies Sinnbild des Desasters, ver-rückt. Ein eingefrorener Augenblick des Einsturzes. So sieht es im Gehirn eines Irren aus.

Ken Adam hatte das Glück, bei den BondFilmen mit Cubby Broccoli, einem Produzenten wie aus dem Filmklischeebuch, zu arbeiten. Solche Männer sagen Sätze wie: »Es gibt kein Studio das groß genug ist? Dann bauen wir eben eins.« Broccoli ermöglichte Adam, in den er grenzenloses Vertauen setzte, auch die absurdesten Ideen zu verwirklichen.

Ken Adam wurde 1921 als Klaus Adam in Berlin geboren, seiner Familie gehörte das Sport- und Modekaufhaus S. Adam in der Leipziger Straße. Man stattete Expeditionen, Ufa-Filme und Spitzensportler aus, die Berliner Gesellschaft ging bei den Adams ein und aus. Vater Fritz Adam konnte sich – wie so viele deutsche Juden – nicht vorstellen, daß ihm in diesem Land Unheil widerfahren könnte. Doch 1934 waren die Absichten der Nazis zu deutlich geworden, um sie noch zu übersehen. Die Familie emigrierte nach London. Sie lebte im Stadtteil Hampstead, Vater Fritz Adam scheiterte als Vertreter für Socken, Mutter Lilly sorgte für das Auskommen, indem sie einige Zimmer des neuen Familiensitzes vermietete, vorwiegend an andere Exilanten.

Im Krieg ging Klaus Adam zur Royal Air Force. Er wurde der einzige deutsche Jagdflieger in Diensten seiner Majestät. Die Erfahrungen waren prägend für den damals gerade Zwanzigjährigen. Er glaubte nicht daran, den Krieg zu überleben. Jeden Tag zweimal hinter die deutschen Linien, jeden Tag zweimal ins Feindesland, zweimal in das Land, in dem er geboren wurde und das ihn jetzt umbringen will.

Die Pension seiner Mutter wird in der Zwischenzeit zu einem Treffpunkt für exilierte Künstler und Intellektuelle. Über diese lernt Adam auch den Setdesigner Vincent Korda kennen, der ihn mit ins Studio nimmt. Nach seiner Ausbildung an der Bartlett Architekturschule in London beschließt der junge Klaus Adam zum Film zu gehen, wo aus ihm Ken Adam wird. Wie er zu diesem Namen kam, hat er längst vergessen.

Während die Architektur für die Ewigkeit oder doch zumindest für eine sehr lange Zeitspanne plant, entwickelt das Setdesign Bauten, die nur wenige Wochen stehen, bis die Dreharbeiten abgeschlossen sind. Doch die Bilder bleiben für die Ewigkeit. Ohne jede Spur von Gebrauch, Ermüdung oder Verfall. Adams Gebäude werden immer so wirken, wie am ersten Tag.

Ken Adam ist nicht nur der Mann für den Irrsinn. Seine Vorstellungskraft ermöglicht es ihm auch, näher an die Realität zu kommen, als manchem lieb ist. Es gibt in einem seiner besten Filme, Stanley Kubricks »Dr. Seltsam«, den originalen Nachbau des B-52 Bombers. So originalgetreu, daß die amerikanischen Militärs irritiert waren, wie er an die Informationen über das Codegerät gekommen ist. Doch die Sorge war unbegründet. Er hatte es sich einfach ausgedacht. Auch sein Kernreaktor aus »Dr. No« kam der Wirklichkeit sehr nahe. Und das 1962, als Informationen über Kernreaktoren noch nicht sehr weit verbreitet waren. Selbst die expressive Übertreibung des War Room, der Befehlszentrale aus »Dr. Seltsam«, war nicht übertrieben genug, um schlichte Gemüter nicht doch zu verwirren. Eine immer wieder gern erzählte Anekdote ist die, daß Ronald Reagan nach seinem Amtsantritt darauf brannte, in den War Room geführt zu werden, den er aus »Dr. Seltsam« kannte. Manchmal ist die Realität beängstigender als jeder Film.

Adam gestaltete viele unterschiedliche Filme mit unterschiedlichem Anspruch. Doch am deutlichsten wird sein Stil in den inhaltlich doch recht dürftigen Bond-Filmen. Gerade im Schutz ihrer Anspruchlosigkeit konnte Adam seine künstlerischen Ambitionen am besten verwirklichen. Niemand redete ihm rein, es gab kein übermächtiges Regisseurs-Ego, häufig gab es noch nicht einmal ein fertiges Drehbuch, wenn Adam seine Arbeit begann. Er fing einfach an zu entwerfen, und später wurden seine Entwürfe in die Geschichte integriert.

Ken Adam gab dem Film-Bond vor 40 Jahren den Stil, den er inzwischen längst verloren hat. Die Filme sind von den Drehbüchern, von der Ausstattung und von der Darstellung inzwischen genauso vorhersagbar wie die Reaktion der auf »Cinemaxx-TV«-Niveau schreibenden Journalisten, die seit mindestens 20 Jahren Willy Bogners brutal langweilige Skiszenen als »spektakulär« bezeichnen und eine Verkettung hundertmal gesehener Stunts als »atemberaubend«. Ken Adams war ein Production-Designer der alten Schule, der sich noch im klaren darüber war, das eine bloße Aneinanderreihung von Zerstörungen ziemlich langweilig ist. Die aktuellen Filme und ihre Designs sind nur noch offensichtlich. Ihnen fehlt die ins Unterbewußtsein greifende Dimension. Sie überraschen nicht mehr, ihnen fehlt die Doppelbödigkeit, das psychologische Spiel.

Der klassische Bond war auf seine Weise realistisch. All seine unglaublichen Erfindungen mußten funktionieren oder zumindest funktionieren können. Im aktuellen Film »Stirb an einem anderen Tag« fährt Hauptdarsteller Pierce Brosnan ein Auto, das unsichtbar werden kann, es gibt ein »Star Trek«-artiges Holodeck, und innnerhalb von wenigen Monaten verwandelt sich Bonds koreanischer Antagonist mittels genetischer Manipulation in einen britischen Geschäftsmann. Dabei weiß jedes Kind, daß Bonds Technik so realistisch sein muß, das sie in spätestens zehn Jahren bei Karstadt in der Technikabteilung stehen kann.

Brosnans Bond hat so wenig Stil und Charme wie die Sets seiner Filme. Er lungert an Strandbars herum und belästigt Frauen mit Mackersprüchen wie ein alkoholisierter Vertreter auf Mallorca; schon im letzten Film »Die Welt ist nicht genug« schaute er sich in einer Hotelhalle mit einer Röntgenbrille die Unterwäsche der weiblichen Gäste an. Bond tut so was nicht. Wenn Bond wissen will, wie die Unterwäsche einer Dame aussieht, dann schläft er mit ihr. Selbst die paar netten Locations die im neuen Film auftauchen, wurden verschenkt, sie bekommen keinen Raum, keine Zeit und keinen Zusammenhang. Wenn der Bond alter Schule auf einer Party auftaucht, wird er sich mit allen blendend unterhalten. Wenn er fünf Minuten den Raum verläßt und freundlich lächelnd zurückkommt, war er vielleicht Luft schnappen. Vielleicht hat er die Gastgeberin verführt. Vielleicht hat er sie aber auch umgebracht. Oder alles drei.

Bei Brosnans Bond hat man bestenfalls Angst, daß er sich betrinkt, die Freundin belästigt und an die Luft gesetzt werden muß. Das ist gerade deshalb so ärgerlich, weil die klassischen Bonds von Ian Flemings Romanvorlagen zumindest deren Stilfibelfunktion übernahmen. Heute ist Bond nur noch ein heruntergekommener Vertreter für Gadgets und Ferrero Rocher der nachts im Neoprenanzug auf dem Surfbrett steht. Ein Bond mit einem Rest Selbstwertgefühl ist sich für die meisten Sportarten außer Golf zu schade. James surft nicht.

Obwohl Adam nur sieben Bond-Filme gestaltete, prägte er die Ambitionen und Träume von Generationen. Jeder will in einem Bond-Haus wohnen. Adams kaum alternde, bauhausinspirierte Designs sind längst in die Wirklichkeit diffundiert. In die Gestaltung von Wohnhäusern und in den modernen Städtebau. Manche, wie der britische Stararchitekt Sir Norman Foster, bekennen sich offen zu dem Einfluß, bei anderen ist er so offensichtlich, daß sie sich gar nicht zu bekennen brauchen. Adam selbst sieht sich in einer Linie mit dem amerikanischen Architekten Daniel Libeskind.

Vor einem Jahr erschien Alexander Smoltczyks hervorragende Biographie *James Bond, Berlin, Hollywood. Die Welten des Ken Adam*, und in Berlin ehrt man ihn derzeit mit einer Ausstellung im Gropiusbau, die Skizzen, Modelle und Videodokumentationen zeigt – von »Barry Lyndon«, für den er seinen ersten Oscar bekam, bis zur »Addams Family«. Es

ist an der Zeit, daß eines der wenigen wirklichen Genies der Filmgeschichte die Anerkennung bekommt, die es verdient.

Alexander Smoltczyk: *James Bond, Berlin, Hollywood. Die Welten des Ken Adam*. Nicolai Verlag, Berlin 2001, 260 Seiten, 24,90 Euro

Die Ken-Adam-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau in Berlin läuft noch bis zum 28. Februar.

Der neue Bond »Stirb an einem anderen Tag« ist zur Zeit im Kino zu sehen.

---

*Alexander Kasbohm* schrieb in KONKRET 11/02 über die neue Platte von The Devils

Konkret 01/03, S. 56

**Alexandra Buch**

# FilmTheater

**Der Obrist und die T□ n□ erin**

*Regie: John Malkovich; mit Javier Bardem, Laura Morante; Spanien/USA 2001 (Solo Film); 124 Minuten; ab 16. Januar im Kino*

Vier Reisende fahren durch die südamerikanische Nacht. Ein Polizist, der am Wegesrand steht, wird von ihnen überfahren. Die Gruppe kommt an eine Grenze. Sie werden kontrolliert. Einer hat keinen Paß. Der Grenzer führt ihn in die Station. Das Telefon klingelt, der Beamte nimmt ab. Der Paßlose nutzt die Gelegenheit und fährt davon. Ratlos schaut ihm der Beamte hinterher. Dann packt er weiter seine Sachen, denn er wurde zum Polizeidienst in die Hauptstadt versetzt. Ähnlich verwirrt wie der Beamte zurückbleibt, ist auch der Zuschauer während des Films. Nie ist vorhersehbar, was als nächstes passiert.

Rejas heißt der Beamte, dessen Geschichte nun weiter verfolgt wird. Einst Anwalt, wechselte er den Job, um der Korruption zu entgehen und sein Ideal wahrer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Doch bald muß er feststellen, daß auch bei der Polizei von Gerechtigkeit keine Rede ist. Als eine Guerilla-Bewegung Attentate verübt, wird er auf den Fall angesetzt. Doch seine Ermittlungen werden durch die korrupte Militär-Polizei erschwert, die ebenfalls auf den Guerilla-Anführer Ezequiel angesetzt ist.

Ganz nebenbei entwickelt sich auch noch eine zarte Liebe zwischen Rejas und Yolanda, der Ballettlehrerin seiner Tochter. Dies sind die einzigen sozialen Kontakte, die unser Gerechtigkeitsfanatiker pflegt. Und wie es der Zufall will, führt ihn die Suche nach Ezequiel in Yolandas Haus. Es kommt zur Festnahme von Ezequiel und Yolanda. Rejas läßt den Guerillero, entgegen dem Befehl von oben, nicht spurlos verschwinden, sondern führt ihn der Presse vor. Er geht damit gegen den käuflichen Staat an und wird zum Volkshelden. Allerdings beugt er sich dem zwielichtigen Regime dann doch, der Liebe wegen.

Das Regiedebüt des Schauspielstars John Malkovich ist an reale Vorkommnisse angelehnt und erstaunlich geradlinig erzählt. Beinahe dokumentarisch zeichnet Malkovich die von Armut, Korruption und Widerstand geprägte Situation in Südamerika nach. Schade ist nur, daß mal wieder eine Liebesgeschichte als Dreh- und Angelpunkt herhalten muß, und man wenig über die Motive und Ziele der Guerilla erfährt.

Konkret 01/03, S. 56

**Andreas Busche**

# FilmTheater

### All or nothing

*Regie: Mike Leigh; mit Timothy Spall, Lesley Manville; Großbritannien/Frankreich 2002 (Tobis); 128 Minuten; ab 16. Januar im Kino*

Ein Satz wie »I used to make you laugh« am Ende eines Mike-Leigh-Films ist an Bitterkeit kaum zu übertreffen. In Leighs neuem Film »All or nothing« fällt er in einem Augenblick tiefster Depression – nachdem man bereits fast zwei Stunden einem schmerzhaft-freudlosen Wochenende im Leben von elf Menschen (drei Familien) in einer Londoner Sozialbausiedlung beigewohnt hat. Das Lachen ist einem zu diesem Zeitpunkt schon längst vergangen. Leigh ist nach seinem vergleichsweise burlesken »Tupsy-Turvy« wieder zu Hause angekommen: ganz unten. Und in manchen Momenten ertappt man sich bei der Frage, warum man sich so etwas überhaupt noch antut. Hatte Kino nicht auch mal was mit Unterhaltung zu tun? Wieviel häßliche, unförmige und traurige Menschen können und wollen wir in einem Film aushalten?

»All or nothing« bietet kaum Fluchtpunkte. Darin, und in seinem Stil, bleibt Leigh unerbittlich. Reglos hält die Kamera auf das erstarrte Szenario, verweilt auf den Gesichtern, in die sich Frustration und ein gleichgültiger Ausdruck gefressen haben, und verfolgt die hilflosen Bewegungen der Menschen in einem Niemandsland. Aber nicht einmal zu einem sozialkritischen Kommentar läßt Leigh sich noch hinreißen, die Stoik seiner Figuren ist schon Symptom genug. In ihrer Sprache, ihren Gesten wird das Gefühl der Ohnmacht überdeutlich. Und immer kürzer werden die Wege zwischen Supermarkt, Pub und Fernsehcouch.

Einer solchen klinischen Depression noch eine menschliche Note abzugewinnen, ist Leighs Leistung. Sein »Verite«-ähnlicher Minimalismus bewahrt »All or nothing« vor einem falschen Humanismus. Man hat sich angewöhnt, Geschichten, wie Leigh sie erzählt, als »klein« zu bezeichnen. Aber darin liegt die Größe von »All or nothing«: Das Leben ist noch nicht zur Farce geworden, selbst als der Film sich schließlich etwas überraschend zum Working-Class-Ehedrama wendet. In den Gesichtern seiner Langzeitpartner Timothy Spall und Lesley Manville verliert sich jedes Pathos. Das letzte Lachen ist längst verklungen. Aber es hat auch niemand behauptet, daß dieses Leben ein Spaziergang sei.

Konkret 01/03, S. 56

**Meike R□ hrig**

# FilmTheater

**Die Liebe der Charlotte Gray**

*Regie: Gillian Armstrong; mit Cate Blanchett, Ron Cook; GB/Australien 2001 (Senator); 112 Minuten; seit 26. De□ember im Kino*

In □ Herr der Ringe□ verkörpert Cate Blanchett die engelsgleiche Elbenkönigin Galadriel. Für einen Engel halten sie zunächst auch die beiden jüdischen Jungen, die nachts auf einem Feld in Südfrankreich spielen, als plötzlich eine Frau vom Himmel fällt. Während Galadriel vor der Macht des Bösen kapitulieren wollte, ist Blanchett diesmal in kämpferischer Mission unterwegs: Als Kurierin zwischen dem britischen Geheimdienst und der Résistance läßt sich die junge Engländerin Charlotte Gray 1943 hinter den feindlichen Linien in Vichy-Frankreich absetzten □ getrieben von einem diffusen Tatendrang (□ I want to be brave□ ), aber vor allem auf der Suche nach ihrem Geliebten, einem Air-Force-Piloten, dessen Maschine über der Proven□e abgeschossen wurde. Doch dann muß Charlotte mit der weiblichen Vielfachbelastung als Spitzel, Partisanin, Judenretterin, Ersatzmutter und Hausmädchen fertig werden, was ihr patriotisches Engagement allerdings nicht schmälert.

In (Vor-)Kriegszeiten ist die Kulturindustrie wichtigster Vertragspartner des Militärs. Nur so ist es zu verstehen, daß der Pressetext □ Charlotte Gray□ allen Ernstes als einen Film über den □ emotionalen Erkenntnisgewinn□ , den der Krieg für einen Menschen darstellt, anpreist. Immerhin, wenn der schmierige Dorfschullehrer unter Hinweis auf seine mächtigen Freunde Charlotte an die Wäsche will oder ein Vichy-Beamter die Zusammenarbeit mit der Gestapo als Akt wahren Patriotismus zu verkaufen sucht, begreift man etwas über das Wesen der Kollaboration. Ein weiteres Highlight: Charlottes Kontaktmann, ein schnodderiger Zyniker (Cook), der eine Kapelle als Pissoir mißbraucht und sich ständig fragt, warum er eigentlich nicht in Birmingham geblieben ist.

Die Frage nach dem Sinn der Operation stellt sich auch der Zuschauer. Denn worin für Charlotte der □ emotionale Erkenntnisgewinn□ bestehen soll, bleibt unklar: Daß Krieg eine schmutzige Angelegenheit ist, hatte ihr schließlich schon ihr kriegsmüder Flieger in England verraten.

Nicht einmal als echtes Herz-Schmerz-Melodram taugt □ Charlotte Gray□ . Denn große Liebesfilme leben von der Tragik des Verlusts oder des edelmütigen Verzichts. Doch wenn die Heldin im zuckersüßen Happy End dem Richtigen in die Arme sinkt, sind die ermordeten Freunde vergessen, die Streicher geben ihr Bestes, und in der Provençe blüht der Lavendel. So schön kann Krieg sein.

Konkret 01/03, S. 57

**Dietrich Kuhlbrodt**

# Film des Monats

**Die Herrschaft des Feuers. Regie: Rob Bowman; mit Christian Bale, Matthew McConaughey; USA/GB/Irland 2002 (Buena Vista); 101 Minuten; ab 09. Januar im Kino**

Es fängt zwar realistisch an, aber dann haben wir das Fantasygenre pur, um uns schließlich jedoch zu fragen, ob wir einer Film-Lecture beiwohnten, in der alles popularisiert worden ist, was wir von George W. zu lernen haben.

Der Reihe nach. Ganz im Stil des britischen Arbeiterdramas tauchen wir in eine Baustelle der Londoner Subway ab. Wir brauchen bloß dem zwölfjährigen Jungen zu folgen. Tief unten im Schacht ist der Arbeitsplatz seiner Mutter. Sein Zuhause, nach der Schule. Aber die Bohrmaschine öffnet einen unvermuteten Hohlraum. Und was kommt dort herausgeschossen? Die Tunneldrachen sind's, phantastische Flammenwerfer und feurige Raketen, wenn sie aus dem Himmel auf die Bürger herunterstoßen.

Wer überleben will, muß Drachen killen. Das Übliche. Der Film ist jetzt nichts anderes als Verkaufsshow fürs Merchandising. Die Computerspiele für die Zwölfjährigen sind lange vor der Filmpremiere im Handel. Aber mit dem Produkt »Die Herrschaft des Feuers« erwerben die Konsumenten ohne Extrazahlung eine altersgemäße Unterweisung zur Frage, wie man sich zum Bösen verhält. Verteidigung oder Angriff?

Unser Zwölfjähriger hat überlebt. Jetzt führt er, erwachsen, fern vom zerstörten London eine Art Hippiegemeinde an, versteckt in einem malerischen, aber renovierungsbedürftigen Hochland-Castle. Das ist ihr Home. Tapfer züchten sie im Steingeröll etwas, das wie Tomaten aussieht. Doch die Zukunft ist düster. Es wird nicht reichen. Die Defensive ist keine Lösung. Nahen Retter?

Der Film beginnt jetzt mit der Strategie der Ambivalenz. Das ist untypisch für den Genrefilm. Weswegen wir hier davon reden. Denn die Glatzen, die sich mit der Waffe im Anschlag dem Castle nähern, sind Plünderer, nein: »Schlimmer noch als Drachen: Amerikaner!« hallt der Entsetzensschrei. – Wie das? Sind wir jetzt bei der anderen Partei? Die Amerikaner stellen sich als Marines vor, Kentucky Fighters, und sie sind einwandfreie George-W.-Karikaturen. »Man kann sich doch einigen – oder wir entscheiden das«, sagt der Marines-Führer locker. Es geht darum, gemeinsam das Böse zu bekämpfen, und zwar dort, wo es sitzt. Heraus aus dem Schutzraum des Castle!

Dort, wo den vielen Kindern Gute-Nacht-Geschichten erzählt werden und sie sich in der Gruppennestwärme kuscheln, begeistert man sich nicht für den Drachenkrieg. Andererseits, wenn die Raketen in den Burgturm donnern, das geht ja auch nicht. Die Marines werben weiter für den gemeinsamen Krieg, jetzt mit Argumenten aus dem Westerngenre. Die Drachen sind doch so wie die Dalton-Bande. Die wurde von einfachen Bürgern umgelegt. Ja, und? »Wir sind die Bürger«, sprechen die Kentucky-Glatzen. Im Film kommt das ebenso schlicht wie lachhaft. Wird im Kino gelacht, weil einem das vertraut vorkommt?

Weiter. Welche Strategie fährt der Fighters-Präsident, wenn der Castle-Kanzler nicht kriegswillig ist? Er läßt ihn links liegen, bemüht Bibelmythen und wendet sich an die jüngere Generation, die sich hoffentlich noch begeistern läßt. Nach dem Vorbild des Urahnen des Menschengeschlechts reicht US-Adam jetzt dem, der ihm willig sein soll, einen Apfel. Das ist zwar ein Junge, außerdem der Sohn des Kanzlers, wenn auch nicht ein richtiger, weil adoptiert und infolgedessen genetisch nicht belastet. »Du bist nicht mehr mein Vater«, sagt er sich los, womit »Die Herrschaft des Feuers« ebenso prompt die amerikatypische Vater-Sohn-Beziehung bedient.

Bleiben wir bei Bush senior. Wir hören ihn nicht nur sprechen, wenn der Marines-Chef biblischen Mythos aktiviert. Nein, auch dann, und grade dann, wenn demokratische Spielregeln zwar eingehalten, aber eigentlich eher den Zielen angepaßt werden sollen. Das geht so: Am Castle-Kanzler vorbei holen sich die Kentucky Fighters fightgeneigte Jungs. Aber es sind zu wenig. Drum: »Das war freiwillig. Jetzt die Einberufung. Greift euch sechs Männer!« befiehlt der Befehlende. Und damit das klar ist, lautet die Botschaft an den friedliebenden Castle-Herrn: »Ich führe. Du folgst.« Das klingt so einfältig und definitiv, daß es wieder komisch ist. Wird im Kino gelacht werden? Über den, der so was sagt? Oder folgen die Zwölfjährigen dem, der sie führt? Dem Film etwa?

Ich möchte es nicht glauben. Denn der Film stellt ja die Behauptungen, die er aufstellt, in Frage. Auf amüsante Art. Ein Befehl: »Wenn etwas schiefläuft, weißt du, was zu tun ist«. – »Ich hab keine Ahnung.« – »Ich auch nicht.«

Wie mag die Verkehrung der Fronten unterschwellig wirken? Ich weiß es nicht. Das Zentrum des Bösen ist nicht auf einem fremden Kontinent, sondern im Herzen der Heimat. Und die bösen Drachen, die die Lufthoheit errungen haben, erinnern sehr an die Fernsehbilder der Nachrichtenredaktion: an die täglichen Raketen, die in Häuser einschlagen. Bloß sind die Raketen jetzt der Feind. Und die Stadt ist unser London. In einer Napalmlohe.

Wir müssen etwas gegen die Raketen unternehmen. Was die Haudrauf-Marines einsetzen, bringt's nicht. Kampfhubschrauber steigen auf, Panzerketten rattern, Transmitter aktivieren Hardware. Im Krieg, da ist der Mann noch was wert. Doch wir können uns drauf verlassen, der Film stellt die militärische Lösung in Frage, und zwar griffig. »Zu beneiden ist das Land, das Helden hat«, sagt der eine. Und dann der andere: »Arm ist das Land, welches welche braucht.« Und dabei bleibt's.

Vorsätzlich zwiespältig ist »Die Herrschaft des Feuers«. Langsam wird's spannend, wie der Film sein Publikum entläßt. Der geniale dramaturgische Einfall: im Zwielicht. Dazu muß nur noch das Genre bemüht werden, das sich mit den unterschiedlichen Tages- und Nachtaktivitäten böser Feinde beschäftigt, und das ist der Vampirfilm. Der Castle-Kanzler findet heraus, daß die starken Feinde im Zwielicht der Dämmerung ihre schwache Stunde haben, zur Cocktailzeit etwa, wenn wir die gegenwärtige Jahreszeit bedenken. Und? Die innovative intellektuelle Erkenntnis bringt ganz pragmatisch den Sieg, und unsere amerikanischen Krieger bleiben auf dem Schlachtfeld zurück.

Weiter geht's in eine Zukunft, die wieder möglich ist. Ein optimistisches Ende nach der Herrschaft des Feuers. Das Paar schreitet umschlungen in eine lichte, lockende Ferne. Und es verspricht dem Zuschauer anzüglich: »Wir kümmern uns jetzt um die Evolution«.

Ein Nachsatz. Die Jugendpädagogen, die sich um den Film kümmern, sind sich uneins, zwiespältig. Bange Fragen: Läuft was schief? Was ist zu besorgen? Ein Durchhaltefilm, monieren die einen. Keine Botschaft, nirgends, jedenfalls keine für diese Altersgruppe, sagen die anderen. Oder passiert Unterschwelliges im Kino? Tests am lebenden Objekt sind ab Starttermin möglich.

Konkret 01/03, S. 58

**Fritz Tietz**

# KEIN SCHÖNER LAND - Urlaub auf dem Bauernhof

**Warum das Pflanzen von Fichtensprößlingen in Deutschland die öffentliche Sicherheit**

und Ordnung gefährdet.

Am 17. April erhielt die Polizei der norddeutschen Gemeinde Witzfeld den telefonischen Hinweis eines Bürgers: An einer Fichtenschonung im Ortsteil Krampen parke ein verdächtiges Auto mit polnischen Kennzeichen. Zwei Beamte gingen dem Hinweis nach. Und tatsächlich: An besagter Fichtenschonung parkte ein VW-Golf aus Polen. Bei der Überprüfung des Geländes trafen die Polizisten überdies auf den Besitzer des Golfs, den polnischen Staatsbürger Marek Adamszik, sowie seinen Freund Bruno Wityzek, ebenfalls ein Pole. Allem Anschein nach waren beide gerade dabei, auf besagter Schonung ein paar Fichtensprößlinge zu pflanzen.

Die Polizisten ließen sich die Personaldokumente der beiden Männer zeigen. Außerdem verlangten sie ihre Einreisevisa und Arbeitsgenehmigungen zu sehen, wie sie für Angehörige von Nicht-EU-Staaten vorgeschrieben sind, sofern sie die Absicht haben, in Deutschland einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Letztere hatten Adamszik und Wityzek nicht vorzuweisen. Darauf nahmen ihnen die Beamten ihre Reisepässe ab und sie selbst mit auf die Wache.

Kurz darauf erhielt Anna Bock, Ehefrau des Witzfelder Landwirtes Friedrich Bock, einen Telefonanruf einer Polizeibeamtin. Frau Bock bestätigte auf Nachfrage, daß ihr die Herren Adamszik und Wityzek durchaus bekannt seien. Schließlich seien die beiden derzeit ihre Gäste. Arbeiten müßten sie aber nicht dafür. Die Polizistin sagte, daß die beiden Polen gestanden hätten, in der Fichtenschonung für ihren Mann gearbeitet zu haben. Daß dies ohne eine Arbeitsbewilligung verboten ist, hätten sie nicht gewußt. Im übrigen, so die Beamtin weiter, gedenke man durch eine eingehendere Vernehmung mehr in Erfahrung zu bringen. Da die Polen aber deutsch weder besonders gut sprächen noch verstünden, sei für dieses Verhör ein Dolmetscher vonnöten. Ob sie, Frau Bock, als Übersetzerin fungieren könne oder sonst jemanden benennen könne. Andernfalls würde ein Dolmetscher bestellt. Die dafür anfallenden Kosten, so teilte ihr die Polizistin vorsorglich mit, würden allerdings ihrem Mann berechnet, sofern sich der Verdacht bestätigte, daß er der Auftraggeber der mutmaßlich Illegalen sei.

Frau Bock, die über keine ausreichenden Polnischkenntnisse verfügt, sicherte der Beamtin zu, innerhalb der nächsten Stunde einen Dolmetscher zu besorgen. Alsdann telefonierte sie mit dem Stallmeister eines Pferdegestüts im Nachbarort, der ein legal hier arbeitender Pole ist und leidlich deutsch spricht. Eine dreiviertel Stunde später traf dieser im Polizeirevier ein, wo man seine Dienste sogleich in Anspruch nahm. Zwei Stunden lang wurden Adamszik und Wityzek verhört. Am Ende unterschrieben sie das Protokoll, nachdem es ihnen vom Stallmeister, so gut dieser das konnte, übersetzt worden war. Dann durften sie gehen. Ihre Reisepässe verblieben auf der Wache. Sie würden, so wurde ihnen mitgeteilt, der Ausländerbehörde des Landkreises übergeben. Man nannte ihnen eine Uhrzeit am 20. April sowie ein Dienstzimmer. Dort hätten sie pünktlich und zwingend zu erscheinen.

So geschah es. Begleitet wurden Marek Adamszik und Bruno Wityzek von Andreas Zobel, dem Schwiegersohn der Eheleute Bock, der die Gesprächsführung für die Polen übernahm. Der zuständige Beamte erklärte zunächst, daß der Landkreis beabsichtige, die beiden Polen aus der Bundesrepublik auszuweisen. Herr Adamszik und Herr Wityzek (die der Beamte, wie er bemerkte, im Protokoll »der 1 und der 2« zu nennen ankündigte, da ihm das wiederholte Diktat ihrer Namen zu beschwerlich wäre) seien als Touristen nach Deutschland eingereist, wurden aber bei der Ausübung von land- bzw. forstwirtschaftlichen Arbeiten angetroffen, ohne über die dafür erforderliche Einreisegenehmigung und Arbeitserlaubnis zu verfügen. Daraufhin bekam Zobel Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Darin wiederholte er zunächst, was seine Schwiegermutter bereits gesagt hatte. Adamszik und Wityzek seien lediglich Besucher des Hofes. Sie hätten bei den landwirtschaftlichen Tätigkeiten höchstens geholfen. Ihre Arbeit sei keine Erwerbstätigkeit. Man müsse eher von einem Urlaub auf dem Bauernhof ausgehen, den die Polen derzeit hier verlebten. Geld oder geldwerte Entschädigungen bekämen sie für ihre Hilfe nicht. Verpflegung und Unterhalt würden ihnen aus reiner Gastfreundschaft gewährt.

Der Beamte wandte darauf ein, daß die Betroffenen gegenüber der Polizei angegeben hätten, von Landwirt Bock diverse Maschinen geschenkt bekommen zu haben. Als Gegenleistung hätten sie dann für ihn gearbeitet, so stände es im Protokoll. Zobel zeigte sich darüber erstaunt. Er fragte die Polen: »Ihr von Friedrich Maschine?« Darauf nickten beide, und Adamszik sagte: »Roder, Kartoffelsortierer, Pflug! Sylwester von Friedrich geschenkt!« Zobel verstand und erklärte nun dem Beamten: Nicht Adamszik und Wityzek bekamen die Maschinen von Bock geschenkt, sondern Adamsziks Sohn Sylwester. Dieser hatte, wie schon in den vorangegangenen Jahren, auch im letzten Herbst während der Kartoffelernte für Bauer Bock mit behördlicher Genehmigung gearbeitet. Als Dank für seine zuverlässige Mitarbeit, hatte ihm der Bauer die erwähnten drei Maschinen geschenkt; ausrangierte Geräte, die Sylwester aber zu reparieren bzw. auszuschlachten gedachte. Somit, so schloß Zobel, ist wohl die Aussage bezüglich der Maschinen von der Polizei falsch aufgefaßt worden. Ein Irrtum, der

vermutlich auf die mangelhaften Fähigkeiten des Dolmetschers zurückzuführen war. Zobel plädierte deshalb dafür, von einer Ausweisung abzusehen.

Der Beamte bat um eine Stunde Zeit. Eine Stunde später teilte er den Polen mit, daß folgende Verfügungen gegen sie ergehen: »1. Sie werden aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. 2. Für den Fall, daß Sie nicht bis zum 26. April ausreisen, wird die Abschiebung nach Polen angedroht. Die Abschiebung kann auch in einen anderen Staat erfolgen, wenn die Einreise dorthin erlaubt ist oder der Staat zur Rückübernahme verpflichtet ist. 3. Die sofortige Vollziehung der Anordnung zu 1. wird angeordnet. 4. Die Kosten der Abschiebung sind von Ihnen zu tragen.«

Die Begründung der Ausweisungsverfügung wurde Adamszik und Wityzek gegen Empfangsbekenntnis in deutscher Sprache ausgehändigt. Darin hieß es:

*Nach § 45 Abs. 1 des Ausländergesetzes (AuslG) kann ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt. Nach § 46 Nr. 2 AuslG kann insbesondere ausgewiesen werden, wer einen nicht nur vereinzelten oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen und Verfügungen begangen hat ... Sie haben durch die Aufnahme einer illegalen Erwerbstätigkeit derart gegen deutsches Recht verstoßen, daß die Ausweisung gerechtfertigt ist. Gemäß § 1 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes (DVAuslG) ... brauchen polnische Staatsangehörige für Deutschlandaufenthalte von bis zu 3 Monaten nur dann keine Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie keine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Sie haben aber eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, indem Sie auf einem Feld Fichtensprößlinge pflanzten und damit land- bzw. forstwirtschaftliche Arbeiten ausführten. Der Begriff »Erwerbstätigkeit« ist in ausländerrechtlicher Hinsicht in § 12 DVAuslG definiert. Danach ist jede selbständige oder unselbständige Tätigkeit, die auf die Erzielung von Gewinn gerichtet oder für die ein Entgelt vereinbart oder üblich ist ... als Erwerbstätigkeit anzusehen. Für die von Ihnen durchgeführten land- bzw. forstwirtschaftlichen Arbeiten ist ein Entgelt zumindest üblich. Weiter haben Sie nach eigener Aussage vom Eigentümer der Fichtenpflanzung diverse Landmaschinen sowie Unterkunft und Verpflegung als Gegenleistung für Ihre Arbeit erhalten. Die Aussage des Schwiegersohnes des Grundstückeigentümers, daß Sie Unterkunft und Verpflegung sowie die Landmaschinen lediglich aus Gastfreundschaft erhalten haben, ist diesbezüglich unglaubwürdig ...*

*Die Belange der Bundesrepublik Deutschland erfordern, daß arbeitswillige Ausländer grundsätzlich nur einreisen, wenn sie eine Aufenthaltsgenehmigung ... erhalten haben. Die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte bedarf einer rechtzeitigen Steuerung und Kontrolle. Dies ergibt sich daraus, daß wegen der großen Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland auf ausländische Arbeitskräfte ansonsten die Gefahr bestünde, daß eine unübersehbare Zahl arbeitswilliger Ausländer ins Bundesgebiet strömt ... Gerade in Zeiten eines angespannten Arbeitsmarktes besteht ein öffentliches Interesse daran, Verstößen gegen Vorschriften, die den Zugang zum Arbeitsmarkt regeln, wirksam vorzubeugen ... Die Ausweisung ist geeignet und erforderlich, um auf andere Ausländer eine abschreckende Wirkung zu erzielen und sie so von der Begehung ähnlicher Vergehen abzuhalten (Generalprävention). Nur durch eine konsequente Ausweisungspraxis, die jede Form der illegalen Erwerbstätigkeit bekämpft, kann dem starken öffentlichen Interesse an der Bekämpfung von Schwarzarbeit durch ausländische Arbeitskräfte Rechnung getragen werden ... Die sofortige Beendigung Ihres Aufenthaltes ist als das geeignetste Mittel anzusehen, weitere Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Sie zu verhindern. Gemäß § 8 Abs. 2 AuslG darf ein Ausländer, der ausgewiesen ... wurde, nicht erneut ins Bundesgebiet einreisen ... Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch hat hinsichtlich der Wirkungen zu 1. und 2. keine aufschiebende Wirkung.*

Adamszik und Wityzek erhielten ihre Reisepässe zurück. Darin befand sich jetzt ein Stempel, aus dem hervorgeht, daß ihre Inhaber aus der Bundesrepublik ausgewiesen wurden. Der Beamte eröffnete den beiden Polen, daß sie die nächsten fünf Jahre nicht nach Deutschland und die nächsten drei Jahre nicht in einen anderen Staat des Schengener Abkommens einreisen dürften. Obwohl sie erst am 26. April ausreisen mußten, brachen Adamszik und Wityzek bereits am nächsten Tag nach Polen auf.

Am 19. Mai legte Andreas Zobel im Namen beider Polen gegen die Ausweisungverfügungen vom 20. April Widerspruch bei der Bezirksregierung ein. In der Begründung stellte er fest:

*Für die Art von land- und forstwirtschaftlicher Arbeit, in deren angeblich illegaler Ausübung Marek Adamszik und Bruno Wityzek in Witzfeld angetroffen wurden, ist kein gesondertes Einreisevisum und keine Arbeitserlaubnis erforderlich. Deshalb besaßen Adamszik und Wityzek weder das eine noch das andere. Sie wurden bei jener polizeilichen Überprüfung in Ausübung ihres Urlaubs angetroffen, zu dem sie als Freunde und Gäste meiner Schwiegereltern eingeladen worden waren. Zu einem solchen »Urlaub auf dem Bauernhof« gehört es, daß die Urlaubsgäste, so sie es wünschen, an den anfallenden land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten teilnehmen. So können sie sich bei angemessener körperlicher Arbeit in vornehmlich freier Natur vom Alltagsstreß erholen und zugleich die hiesigen Arbeits- und Lebensgewohnheiten kennenlernen. Marek Adamszik und Bruno Wityzek haben nicht gegen den § 45 Abs. 1 AuslG verstoßen und können deswegen nicht ausgewiesen werden. Durch einen Urlaub, den zwei polnische Staatsangehörige auf einem deutschen*

*Bauernhof verbringen, werden nämlich weder die öffentliche Sicherheit und Ordnung noch erhebliche Interessen Deutschlands beeinträchtigt. Im Gegenteil. Im Zusammenhang mit dem Überfall Deutschlands auf Polen im Jahre 1939 und den anschließend im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen des deutschen an dem polnischen Volk sowie hinsichtlich einer allgemein betriebenen Aussöhnung Deutschlands mit Polen und der politisch gewünschten Eingliederung Polens in die Europäische Union ist eine solche, das Verständnis zwischen Deutschen und Polen fördernde Urlaubsbegegnung eher dazu geeignet, die Ordnung und Sicherheit in Deutschland zu schützen und zu festigen.*

*Marek Adamszik und Bruno Wityzek können auch aufgrund § 46 Abs. 2 AuslG nicht ausgewiesen werden, da sie keinen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gegen gerichtliche, geschweige denn gegen behördliche Entscheidungen begangen haben. Das Pflanzen von ein paar Fichtensprößlingen, das man Adamszik und Wityzek als illegale Erwerbstätigkeit anlastet, ist tatsächlich keine Erwerbstätigkeit wie in § 12 DVAuslG definiert. Es handelt sich also hierbei um keine Erwerbstätigkeit im Sinne einer selbständigen oder unselbständigen Tätigkeit, die auf Gewinn gerichtet oder für die ein Entgelt vereinbart oder üblich ist. Im Gegenteil. Ein Entgelt oder sonst eine geldwerte Gegenleistung wurde weder vereinbart noch gezahlt. Es ist für diese Art der Freizeitbeschäftigung auf einem Urlaubsbauernhof auch nicht üblich, ein Entgelt zu zahlen. Üblich ist dagegen, daß die Feriengäste ihrerseits ein Entgelt, nämlich für Unterkunft und Logis, zahlen – so jedenfalls tun das alljährlich Zehntausende von deutschen und ausländischen Feriengästen auf Urlaubsbauernhöfen. Adamszik und Wityzek haben ihren Aufenthalt größtenteils mit einem in Heimarbeit in Polen erstellten Holzpuppenhaus beglichen. Alle möglicherweise höherwertigen Leistungen etwa im Bereich Unterkunft und Logis wurden ihnen aus Gastfreundschaft gratis gewährt. Wenn dies vom Landkreis als »diesbezüglich unglaubwürdig« eingestuft wird, ist das wohl eher als ein, allerdings nicht nachvollziehbares, Problem des Landkreises anzusehen, das dieser mit Gastfreundschaft und deren Glaubwürdigkeit hat. Für meine Schwiegereltern und mich stellt Gastfreundschaft überhaupt kein Problem dar. Eine Gewährung derselben gilt uns deshalb auch nicht als »diesbezüglich unglaubwürdig«, sondern als eine unter zivilisierten Menschen und erst recht unter Freunden übliche und weltweit gepflegte Selbstverständlichkeit.*

*Marek Adamszik und Bruno Wityzek haben keinerlei »diverse Landmaschinen« weder als Gegenleistung für irgendwelche Arbeiten noch als Schenkung erhalten. Ganz bestimmte Landmaschinen hat dagegen Sylwester Adamszik, der Sohn von Marek Adamszik als Schenkung durch meinen Schwiegervater, Herrn Friedrich Bock, erhalten, nämlich u. a. einen Trecker, eine Kartoffel-Sortiermaschine und einen Pflug. Der Zeitpunkt liegt allerdings schon etliche Monate zurück. Jene in den Ausweisungsbegründungen angeführten »diversen Landmaschinen« sind also in dieser Sache ohne Belang. Warum sie dennoch im Protokoll der Vernehmung Erwähnung finden, kann nur mit der mißverständlichen, weil unzureichend übersetzten Aussage durch den Dolmetscher erklärt werden sowie durch den besonderen psychischen Druck, dem sich Adamszik und Wityzek durch ihre Verhaftung ausgesetzt sahen.*

*Zusammenfassend ist festzustellen: Marek Adamszik und Bruno Wityzek sind keinerlei Rechtsverstöße gegen deutsche Gesetze nachzuweisen. Ihre Beteiligung am Einpflanzen einiger Fichtensprößlinge wurde der Polizei durch einen Bürger in offenbar denunziatorischer Absicht als illegale Erwerbstätigkeit angezeigt. Die Polizeibeamten schlossen sich dieser Einschätzung an, ohne sie jedoch zu belegen. Der als Nachweis vom Landkreis vorgebrachte vage Hinweis, daß für solche »in Deutschland durchgeführte land- bzw. forstwirtschaftliche Arbeiten ein Entgelt zumindest üblich« sei, ist kein hinreichender Nachweis für eine illegale Beschäftigung, da in Deutschland einiges andere ebenfalls als »zumindest üblich« gilt, obwohl es das nachweislich gar nicht ist. So gilt es in Deutschland beispielsweise als »zumindest üblich«, daß das Wetter hierzulande im Mai ein eher durchwachsenes ist, mit durchaus schon warmen, sonnigen Tagen, aber auch niedrigen, teilweise noch frostigen Temperaturen (Stichwort: Eisheilige). Auch wird für den Mai üblicherweise mit ergiebigen Niederschlägen gerechnet. Von alledem war und ist im diesjährigen Mai jedoch wenig zu spüren: Es herrschten bis vor wenigen Tagen selbst in den Nächten hochsommerliche Temperaturen, und von den sonst üblichen Mainiederschlägen fielen bislang lediglich ca. zehn Prozent. Schon aus diesem Beispiel muß auch der Landkreis erkennen können, daß sich das Kriterium, etwas sei »üblich«, für einen »hinreichenden Nachweis« nicht eignet. Auch wenn es etwa im sog. Volksmund heißt, daß die Regel (etwa des üblichen Maiwetters bzw. der in Deutschland üblicherweise illegal arbeitenden Polen) durch die Ausnahme (des diesjährigen Maiwetters bzw. der in Deutschland lediglich urlaubenden beiden Polen) bestätigt wird, sind sie dennoch faktisch Ausnahmen und dürfen nicht als die Regel beurteilt werden. Die Ausweisung der polnischen Touristen Adamszik und Wityzek geschah demnach ungerechtfertigterweise. Folglich ist beider Ausweisung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzuheben.*

Am 3. August wurde der Widerspruch gegen die Ausweisung von der Bezirksregierung für zulässig erklärt, jedoch als unbegründet zurückgewiesen. In der Begründung verwies die Bezirksregierung erneut auf die drohende Beeinträchtigung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung durch Verstöße gegen aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtliche Vorschriften. Sowohl Adamszik als auch Wityzek hätten durch ihre illegale Erwerbstätigkeit gegen deutsches Recht verstoßen. Somit sei die Ausweisung gerechtfertigt. Weiter hieß es:

*Die Tatsache, daß Herr Adamszik und Herr Wityzek eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben, ist auch hinreichend nachgewiesen. Sie wurden sowohl bei der Vor-Ort-Kontrolle mit verschmutzter Hose und Händen beim Anpflanzen von Fichten angetroffen, und außerdem geben sie selbst und auch Sie diese Beschäftigung zu. Sowohl Sie bei der Vorsprache*

*beim Landkreis als auch Herr Adamszik und Herr Wityzek bei der polizeilichen Vernehmung gaben an, daß Herr Adamszik die Landmaschinen von Herrn Bock erhalten hat. In Ihrer Widerspruchsbegründung schreiben Sie, daß Herr Bock diese Maschinen dem Sohn von Herrn Adamszik geschenkt habe. Bei der Vernehmung sei es wohl ein Übersetzungsfehler gewesen. Hierzu ist zu sagen, daß die in deutsch protokollierten Aussagen den Herren Adamszik und Wityzek nochmals in die polnische Sprache übersetzt wurden und sie dann die Aussagen unterschrieben haben. Demzufolge muß man davon ausgehen, daß die Aussagen richtig waren. Ihre Aussagen ... sind daher als Schutzbehauptungen zu werten ... Außerdem spricht weiter für eine Erwerbstätigkeit, daß auch Herr Adamszik und Herr Wityzek die Tätigkeit wohl als Arbeit angesehen haben, da beide aussagten, daß sie nicht wußten, daß sie nicht so einfach hier in Deutschland arbeiten dürften ...*

*Anders als im Arbeitsrecht kommt es für die Frage, ob eine Erwerbstätigkeit im Sinne des Aufenthaltsrechts vorliegt, nicht darauf an, ob ein Arbeitsverhältnis geschlossen wurde. Für die von Herrn Adamszik und Herrn Wityzek in Deutschland durchgeführten land- bzw. forstwirtschaftlichen Arbeiten ist ein Entgelt zumindest üblich. Hierbei kommt es nicht auf Urlaubsgäste an ... Normalerweise werden für das Anpflanzen von Fichten Arbeiter entlohnt, und darauf kommt es an. Außerdem stellt bereits die Verfügungsstellung von Essen und Unterkunft eine Entlohnung für die durchgeführten Arbeiten dar, auch wenn dies aus Ihrer Sicht aus Gastfreundschaft geschah ... Auch Unkenntnis der Vorschriften vermag den Ausländer nicht vor Ausweisung zu schützen, da von ihm zu verlangen ist, daß er sich rechtzeitig mit den Vorschriften des Aufenthalts- und Arbeitsrechts vertraut macht.*

Es folgten jene Ausführungen über die »rechtzeitige Steuerung und Kontrolle« der Einreise von Ausländern nach Deutschland und über die »Anziehungskraft der Bundesrepublik auf ausländische Arbeitskräfte«, wie sie wortgleich schon im Ausweisungsbescheid des Landkreises zu lesen waren. Zudem erging an die beiden Polen ein Kostenfestsetzungsbescheid, nach dem sie die Kosten für das bisherige Verfahren in Höhe von je 56,75 Euro zu tragen hätten.

Marek Adamszik und Bruno Wityzek sahen von weiteren Rechtsschritten ab. Ein Ermittlungsverfahren wegen illegaler Beschäftigung von Ausländern, das zeitgleich die Staatsanwaltschaft gegen den Landwirt Friedrich Bock eingeleitet hatte, wurde wenige Wochen später eingestellt.

*Lesen Sie in der nächsten Folge Michael Rudolfs Bericht über Glashütter auf großer Fahrt*

---

*Fritz Tietz* schrieb in KONKRET 11/02 über die Manifeste der Glücklichen Arbeitslosen

Konkret 01/03, S. 61

**René Martens**

# Stürmer und Bilderstürmer

**Soccer ist antiproletarisch und intellektuell und hat jüdische Wurzeln. Kein Wunder, daß er europäischen Fußballfans suspekt ist.**

Als bei der letzten Fußball-WM gleich vier Außenseiter das Viertelfinale erreichten, beurteilte die europäische Presse diese Erfolge sehr unterschiedlich. Senegal, Südkorea, Türkei – sie wurden einhellig gelobt. Was dagegen das vierte Überraschungsteam, die USA, betraf, »überwog der negative Ton«, und immer wieder sei von »Glück« die Rede gewesen, schreibt Andrei Markovits im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Buchs *Im Abseits*, das er gemeinsam mit seinem Politikwissenschaftlerkollegen Steven L. Hellerman verfaßt hat. »Es war wohl tatsächlich so, daß der Fußball es den Journalisten stellvertretend ermöglichte, der letzten übriggebliebenen Supermacht eins aufs Dach zu hauen.«

Was ist dran an dem Vorurteil, daß die Amerikaner nicht Fußball spielen können und sie diese Sportart, die sie seit jeher Soccer nennen, nie mochten? Abgesehen davon, daß in den letzten zehn Jahren auch Viertelwissende die dominierende Rolle der US-Frauen im Weltfußball bemerkt haben: Haben wir es hier mit einer harmlosen und dennoch hartnäckigen Variante des Antiamerikanismus zu tun?

Allemal richtig ist die Einschätzung, daß »Soccer die einzige Form wahrhaft globaler Popkultur ist, die nicht von Amerika dominiert wird«, wie es die »New York Times« formulierte. Markovits/Hellerman sprechen deshalb von einem »amerikanischen Sonderweg« – was ein bißchen so klingt, als würden die Amerikaner vom Fußball so wenig halten wie ihr Präsident vom Klimaschutz.

Daß Soccer sich als Sportkultur nicht etablieren konnte, hat zunächst einmal kulturhistorische Gründe. Das amerikanische Bürgertum definierte sich maßgeblich durch eine ambivalente Haltung zum britischen Empire, und diese Mischung aus Verbundenheit und Abgrenzungsbedürfnis schlug sich auch im Sport nieder: Football – eine amerikanische Kreation, aber auf den englischen Sportarten Fußball und Rugby basierend; Baseball – eine amerikanische Kreation, aber verwandt mit dem englischen Cricket. Wer Fußball mochte, galt als eine Art verkappter Antiamerikaner, der genausogut dort hätte bleiben können, wo in der Alten Welt der Pfeffer wächst.

Dennoch gab es Phasen, in denen die Geschichte des Soccer einen anderen Verlauf hätte nehmen können. Der »erste ernsthafte Versuch, Fußball in der amerikanischen Bevölkerung populär zu machen«, so der Fußballhistoriker Colin Jose, wurde 1905 sogar im Weißen Haus ausgetüftelt. Präsident Theodore Roosevelt, der gerade eine Kampagne gegen die Brutalität im amerikanischen College-Football führte, lud Spieler des englischen Teams Pilgrims zu einer Diskussion ein.

Der zweite Versuch, kurzfristig wesentlich erfolgreicher, ist untrennbar verbunden mit der Geschichte eines der erfolgreichsten europäischen Teams der zwanziger Jahre: der des jüdischen Club Hakoah Wien. Das sagt der Hamburger Fußballhistoriker Werner Skrentny, der für das im Frühjahr 2003 erscheinende Buch *J dische Fu ballan* einem Beitrag über deren Rolle in den USA schreibt.

Hakoah, von 1924 bis 1926 österreichischer Meister, ging zweimal auf eine bis zu zwölf Spiele umfassende Tournee durch die USA und spielte einmal sogar vor 46.000 Zuschauern – diese Zahl wurde bei einem Fußballspiel erst rund ein halbes Jahrhundert später übertroffen. Wichtiger noch: 15 österreichische und ungarische Spieler von Hakoah (hebräisch für »Kraft«) siedelten in die USA über und bildeten dort das Team New York Hakoah, das 1929 gleich amerikanischer Pokalsieger wurde. Insgesamt 50 internationale Auswahlspieler, vor allem aus Schottland, wanderten während des ersten Soccer-Booms in die USA aus, weil sich dort ungleich mehr Geld verdienen ließ. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sei das Niveau in kaum einem Land der Welt besser gewesen, sagt Jose. Das Hoch war allerdings 1931 schon vorbei, weil der Wirtschaftscrash von 1929 auch die Soccer-Liga getroffen hatte; Querelen unter Funktionären taten ein übriges.

Werner Skrentny zufolge haben auch jüdische Fußballer, die 1933 aus den Vereinen des DFB ausgeschlossen wurden, die Entwicklung des Soccer mitbestimmt. Der aus der Gegend von Fulda stammende Kurt Lamm – er emigrierte 1936 – war als Funktionär unter anderem für New York Hakoah II tätig, ein von Wiener Emigranten 1940 neugegründeter Verein, der in den fünfziger Jahren dreimal hintereinander die Meisterschaft errang. Von 1971 bis zu seinem Tode 1987 führte Lamm die Geschäfte des US-Verbandes.

Im Unterschied zu allen Fußballländern sei Soccer in den USA nie mit »›proletarischer‹ Kultur« verbunden gewesen, betonen Markovits/Hellerman. Seine Verfechter preisen ihn vielmehr als egalitären Mittelschichtsport, »in scharfem Kontrast zu den proletarisch-derben Machospielen Football und Eishockey«. In Europa galt dagegen Fußball rund ein Jahrhundert lang als »proletarisch-derb« – erst in den letzten zehn Jahren hat das Image sich verändert – , und viele seiner Fans verteufeln die klassisch amerikanischen Sportarten als »yuppiesk«.

Folgt man Markovits/Hellerman, bietet Soccer Identifikationsmöglichkeiten für Menschen, die gegen die Mainstream-Sportarten eingestellt sind, ja, er steht sogar für einen »bilderstürmerischen Nonkonformismus«. »Die hegemonialen Sportarten sind immer konservativ und nationalistisch besetzt«, sagt Markovits. »Die großen Footballcoaches sympathisieren mit den Republikanern, und ich bin mir sicher, daß die meisten der besseren deutschen Fußballtrainer CDU wählen.« Soccer sei dagegen »sozial anders konstruiert«. Es ist der Sport der Frauen – in den USA sind achtmal so viel aktiv wie in anderen Industrieländern – , sowie der Latinos, wohingegen Fans, die Bush gewählt haben, sich in der Soccer-Community fremd fühlen.

Amerikanische Kicker stammen in der Regel nicht aus den unteren Gesellschaftsschichten. Markovits und Hellerman haben bei der WM 1998 die Aufgebote der USA und von sechs Teams aus wirtschaftlich starken europäischen Staaten verglichen. Unter den 132 europäischen Kickern hatten nur zwölf eine Mutter oder einen Vater mit Universitätsabschluß, und es gab nur einen Spieler, der über das Abitur hinausgekommen ist. Die große Mehrheit der US-Spieler hatte dagegen das College abgeschlossen oder zumindest einige Jahre studiert. So kann Soccer – im Gegensatz zu Base-, Basket- und Football, womit viele Unterprivilegierte die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs verbinden – zum Sportkapitel des Tellerwäschermythos nichts beitragen.

Wer wissen will, worin sich das Selbstverständnis der »hegemonialen Sportarten« hier und in den USA unterscheidet, muß sich den sogenannten Fall Kahn vergegenwärtigen. Weil er an einem freien Tag in die Disco gegangen war, bekam der Bayern-Torwart Ende Oktober 10.000 Euro Strafe aufgebrummt – nur eines von vielen Beispielen für den sektenähnlichen Kategorismus, den die Entscheider im hiesigen Fußballmilieu verfechten. Im US-Profisport, sagt Andrei Markovits, sei das überhaupt nicht vorstellbar: »Die Spieler können machen, was sie wollen – solange es legal ist.«

Colin Jose: *American Soccer League. The Golden Years of American Soccer 1921-1931*. Scarecrow Press, Boston 1998, 544 Seiten, 70 Dollar

Andrei S. Markovits/Steven Hellerman: *Im Abseits. Fu ball in der amerikanischen Sportkultur*. Hamburger Edition, Hamburg 2002, 416 Seiten, 35 Euro

Dietrich Schulze-Marmeling (Hg.): *J dische Fu ballen*. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2003

---

*Ren Martens* hat gerade das Buch »Wunder gibt es immer wieder. Die Geschichte des FC St. Pauli« (Verlag Die Werkstatt) veröffentlicht

Konkret 01/03, S. 62

**Gerhard Henschel**

# Ende gut, alles gut

**Ernst Nolte hat seine gesammelten Revisionen veröffentlicht. Eine Übersetzungshilfe.**

**1**986 warf Ernst Nolte die Frage nach einem »kausalen Nexus« zwischen Gulag und Auschwitz auf: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ›asiatische‹ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ›asiatischen‹ Tat betrachteten? War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz?« Der Historikerstreit über Noltes These, daß die systematische Judenvernichtung der Nationalsozialisten eine begreifliche Folge der Oktoberrevolution und des angeblich mehrheitlich von Juden befehligten Massenmords an Bürgern und Bauern in der UdSSR gewesen sei, gehört inzwischen seinerseits der Zeitgeschichte an. Vorübergehend sah Nolte sich abgedrängt und ausgemeindet; selbst die »FAZ« kündigte ihm die Solidarität auf.

In einem Sammelband hat Nolte nun seine Studien, Artikel und Vorträge über sein umstrittenes Lebensthema zusammengefaßt und kommt darin abermals auf den Zorn, den Haß und die Erbitterung zu sprechen, die Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Joseph Goebbels und Hermann Göring empfanden, als sie von den Schreckenstaten der jüdischen Bolschewisten hörten und lasen. Die spätere Elite der NSDAP sei durch die Nachrichten aus dem revolutionären Rußland »tief beunruhigt und bewegt worden«, und erst infolge dieser Beunruhigung und Bewegung sei der Plan entstanden, die Juden auszurotten. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, daß Hitler, Himmler, Goebbels und Göring überhaupt jemals der menschlichen Regung des Mitleids fähig gewesen wären. In ihrer Kriegsstrategie kalkulierten sie bedenkenlos Millionen Hungertote ein und ließen im Verlauf des Krieges dann ja auch Millionen Menschen krepieren. Daß solche Kriegsherren in ihrer Jugend einmal etwas empfunden haben sollen wie das von Nolte beschriebene »antibolschewistische Entsetzen«, steht dahin.

Geärgert hat sich Ernst Nolte darüber, daß »sogar Historiker es in der Regel vorziehen, als ›anstößig‹ empfundene Sätze oder Halbsätze herauszugreifen und zu kritisieren«, statt »die Erläuterungen, Einschränkungen und Qualifizierungen zur Kenntnis« zu nehmen, die er seiner These vom kausalen Nexus folgen ließ. Man darf Nolte wohl zugute halten, daß er seine Einwände gegen das Judentum im allgemeinen und speziellen nicht für den friedhofverwüstenden Pöbel formuliert hat. Die Glatze, die begreift, was Ernst Nolte ihr sagen will, muß noch geboren werden. Dabei ist es ganz leicht, die Erläuterungen, Einschränkungen und Qualifizierungen aus dem vorliegenden Sammelband aus dem Professoralen ins Völkische zu übersetzen.

Nolte: *Häufig Objekte von Verfolgungen und Vertreibungen, zumal den Volksmassen als »Wucherer« verhaßt und vergleichsweise reich, lebten sie (die Juden) im 18. Jahrhundert in ganz Europa nicht viel anders, als sie im Mittelalter gelebt hatten.*

Übersetzung: In ganz Europa, also auch in polnischen und deutschen Dörfchen, waren sogar die jüdischen Scherenschleifer und Lumpensammler religiös verstockt und unerhört reich und wurden deshalb von den Volksmassen oft verfolgt und vertrieben.

*Aber so marginal der eigentliche, der wirklich judenfeindliche Antisemitismus im Deutschen Reich war, so gewiß konnte er sich auf die Tatsache stützen, daß auch die im Prozeß der Emanzipation befindlichen Juden, wie es ein jüdischer Historiker ausgedrückt hat, zum guten Teil die »fundamentale Unterschiedenheit von den Nationen, in deren Mitte sie lebten« nicht aufheben wollten und trotz aller Säkularisierung von der »eigensinnigen Entschlossenheit« erfüllt waren, im Sinne der jahrtausendealten »messianischen« Tradition »die Welt wieder zum Reiche Gottes zu machen«. Eben dadurch wurde es möglich, daß der bedeutendste Denker unter den Antisemiten, Eugen Dühring, die Juden für ein »menschheitsgefährdendes Volk« erklären und ihre Vernichtung fordern konnte.*

Übersetzung: Selbst jüdische Historiker geben zu, daß die Juden im 19. Jahrhundert eigensinnig an ihrem Glauben festhielten. Also war es nur zu verständlich, daß bedeutende Denker zur Ermordung der Juden aufriefen.

*Ich wundere mich über die Juden, die überall nur bestrebt zu sein scheinen, sich den Status der wichtigsten Opfer zu erhalten und die anscheinend bis auf wenige Ausnahmen nicht wahrhaben wollen, daß es sehr wohl eine enge, leicht begreifliche, sowohl äußere wie innere Beziehung zwar nicht zwischen »den« Juden, wohl aber zwischen vielen Juden und dem Bolschewismus gab.*

Übersetzung: Die Juden sollen sich nicht so anstellen, wenn man ihnen vorwirft, daß viele von ihnen Bolschewisten waren. Und zwar sowohl innerlich wie äußerlich, auch wenn ich im Moment selbst nicht so genau weiß, was ich damit meine.

*... die Empörung über die Nürnberger Gesetze ging ins Leere, denn das Argument, das jüngst der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann mit beträchtlichem Mut wieder aufgegriffen hat, war nicht zu widerlegen, es handle sich nur um eine Replik uralter Gesetze und Gewohnheiten der Juden selbst ...*

Übersetzung: Als Adolf Hitler als oberster deutscher Gesetzgeber den Geschlechtsverkehr zwischen arischen Menschen und jüdischen Untermenschen verbot, folgte der Führer damit im Grunde genommen nur einem ehrwürdigen jüdischen Sittengesetz, und ich bin höchst erfreut darüber, daß ich als Kronzeugen für meine These einen jüdischen Gelehrten namhaft machen kann. Die wollten das ursprünglich nämlich selbst nicht, die Juden, daß alle mit allen schlafen dürfen. Und so war es dann ja wohl auch das gute Recht des deutschen Volks, die Rassenschande unter Strafe zu stellen. Die Empörung darüber war albern.

*Für »große Juden« wie Chaim Weizmann war es immer ganz selbstverständlich, daß die Juden die entschiedensten Feinde Hitlers waren (»In the fight against the Nazi monster no one could have had a deeper stake, no one could have been more fanatically eager to contribute to the common cause, than the Jews.« »Trial and Error«, Bd. II, S. 417, Philadelphia 1949), und jede kriegführende Nation der Welt hätte einen Appell wie denjenigen des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« in Moskau vom 24. August 1941 (»Dringt in die Gebiete der Hitler-Henker ein und lähmt sie auf jede Weise«), auf die Weizmann im Namen aller Juden der Welt eine enthusiastische Antwort gab (»The Letters and Papers of Chaim Weizmann«, Vol. XX., Series A, Jerusalem 1979, S. 196), mit der sofortigen Internierung eines so offensichtlichen »Feindvolks« beantwortet.*

Übersetzung: Die Juden wollten den Krieg, und sie haben ihn bekommen, das kann ich belegen, denn ich kann auch »entschieden« steigern – entschieden, entschiedener, am entschiedensten. Und die entschiedensten Feinde Hitlers waren die »großen« Juden. Daß Hitler dieses offensichtliche »Feindvolk« in Ghettos und Konzentrationslager sperrte, ist die Schuld Chaim Weizmanns und des Jüdischen Antifaschistischen Komitees. Was hätte der Führer denn damals tun sollen in seiner Verzweiflung?

*Stellen wir uns vor, der entscheidende Mann, Hitler, habe bald nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion die – möglicherweise richtige, wahrscheinlich übertriebene, aber später von keinem Geringeren als Jean-Paul Sartre in rühmender Absicht bestätigte – Nachricht erhalten, in Frankreich hätten sich Juden in besonders starkem Maße an Attentaten gegen deutsche Soldaten beteiligt, und deshalb habe er befohlen, alle Juden aus Frankreich abzutransportieren. Ein solcher Befehl läßt sich als exorbitante Präventivmaßnahme gewiß nicht billigen, aber immerhin verstehen. Männer mittleren Ranges organisierten die Deportation, und sie durften dabei der Überzeugung sein, nur ihre Pflicht zu erfüllen, Übergriffe und Grausamkeiten wären nicht vorgekommen. Die im Osten vorbereiteten Lager hätten sich als viel zu klein erwiesen, Seuchen und Hunger hätten zahlreiche Menschen dahingerafft. Und da hätten die niederen Chargen der Endstufe sich die Frage vorgelegt, ob es nicht »humaner« sei, diesen Menschen einen raschen Tod zu verschaffen, als sie über Monate hin qualvoll zugrunde gehen zu lassen. Solche Überlegungen gab es tatsächlich. Müßten die Motive ihrer Urheber nicht am Ende als »gut« und jedenfalls nicht als »böse« bezeichnet werden?*

Übersetzung: Über den Widerstand der französischen Juden war der Führer sehr traurig. Es war aber noch ganz human von ihm, die deportierten Juden im Osten erschießen und vergasen zu lassen. Sie waren nun einmal überflüssig und selbst schuld an ihrer Deportation, denn sie hätten die dumme Sabotage in Frankreich ja auch bleibenlassen können. Sterben mußten sie sowieso, da es nicht möglich war, sie alle durchzufüttern, und weil man es gut mit ihnen meinte, errichtete man aus Mitgefühl Gaskammern.

*Zwar ist eine Annahme, welche die Vergasung als »Einschläferung« aufzufassen scheint und in einem bekannten SS-Dokument auch wörtlich so verstanden wird, all denjenigen unerträglich, welche die Singularität von Auschwitz in exzessiver Grausamkeit sehen wollen, aber sie dürfte mehr Kraft des Wahrscheinlichmachens haben als die Berichte von Dr. Nyiszli, Filip Müller und Elie Wiesel.*

Übersetzung: Was auch immer die überlebenden Juden sagen, es gibt keinen stichhaltigen Beweis dafür, daß das KZ Auschwitz-Birkenau nicht in Wirklichkeit so milde betrieben und verwaltet wurde wie heutzutage der Schlachthof eines tierlieben Ökobauern.

*Schon in* Mein Kampf *hatte Hitler den mit Recht vielzitierten Satz geschrieben, wenn es dem Juden »mit Hilfe seiner marxistischen Weltanschauung« gelinge, den Sieg über die Völker dieser Welt zu erringen, dann werde seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein und am Ende werde der Planet, wie einst vor Jahrmillionen, menschenleer durch den Äther ziehen. Diese Aussage gilt nicht ohne Grund als irrsinnig, und doch ist sie eine der frühesten Manifestationen einer heute allverbreiteten Furcht, daß die Menschheit sich selbst physisch zugrunde richten könnte. Niemand sieht heute mehr in »den Juden« die Ursache, aber jeder muß bei einiger Überlegung zugeben (und kann durchaus einen positiven Sinn mit der Feststellung verbinden), daß einzelne Juden sowohl bei der Entwicklung der Atom- und der Wasserstoffbombe wie bei der umweltgefährdenden »Globalisierung« eine weit überproportionale Rolle gespielt haben und spielten.*

Übersetzung: Zugegeben, Hitler war irre, aber es stimmt nun mal, daß die Atomkriegsgefahr, die Umweltverschmutzung und die Globalisierung jüdische Machenschaften sind, was immer ich auch damit nun wieder sagen möchte. Eigentlich gar nichts. Jedenfalls verbitte ich mir alle Unterstellungen und das Herausgreifen als »anstößig« empfundener Sätze oder

Halbsätze. Wo leben wir denn?

Ernst Nolte: *Der kausale Nexus. Über Revisionen und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft.* Herbig, München 2002, 400 Seiten, 29,90 Euro

---

*Gerhard Henschel* hat gerade den Briefroman »Die Liebenden« (Hoffmann & Campe veröffentlicht

Konkret 01/03, S. 63

**Thomas Behlert**

# Maulschaum

An meine einzige Begegnung mit Rammstein kann ich mich noch gut erinnern: Es war in einer Novembernacht in der Messehalle Erfurt. Eine Freundin, der ich ihre Vorliebe für »Metallriffs und Sextalk, rhythmische Peitschenhieben und hochmütiges Knurren« nicht ansah, zerrte mich zum Konzert dieser deutschesten aller deutschen Bands. Nach nur wenigen Liedern mußte ich den Rückzug antreten. Man schlug und vertrug sich, die Songs wurden mitgegrölt, und die einstmals recht anmutige Begleiterin schien zum Vamp mutiert. Ich täuschte Übelkeit vor und begab mich zum Ausgang.

Seit dieser Zeit hatte ich die »Jungs« aus den Augen verloren. Nun veröffentlichte Rammstein-Sänger und Feuerteufel Till Lindemann den Gedichtband *Messer*. Auf über 140 Seiten wollen Sänger und Verlag einen reifen Dichter präsentieren, der mit Selbstgefriemeltem gut in die Literaturlandschaft paßt. Im Stile des fiebrigen Aussätzigen Klaus Kinski ließ Lindemann alles aus sich heraus, was ihn die letzten Monate so beschäftigte: Tod und Leben. Kleingeistige Gedichte.

Damit auch jeder weiß, daß hier ein toller Musiker am Werk ist, zerhackstückt der Autor Gert Hof im Vorwort die gesamte Gegenwartslyrik. Dagegen kniet er vor den Ergüssen des Freundes und betet, daß sie wie »ein Sturm aus Flammen« über Oasen hoch im Norden hinwegfegen. Von Blutkesseln, Exorzismus, einem Steinbruch des Herzens und allerlei Schmerzen schwafelt der Rammsteiner mit Vorliebe. Trotz einiger Wortneuschöpfungen wie »Staubgebein«, »Spätnachtsonne« und »Maulschaum«, ist dieses *Messer* stumpf wie der Schwanz einer Ratte, die Gedichtzeilen stinken und sind nur für »Harngesichter« geeignet.

In Kinderreimen berichtet Lindemann über handfeste Träume*:* »Erwache aus dem Schlaf der so verdorben / wär besser doch im Traum gestorben. Auch der Tod kommt auf holprigen Versen daher: »Doch selig sind die Toten / die krepiert sind auf gerahmten Noten.« Und: »so leb ich schon zu viele Jahre / doch bin ich zu jung noch für die Bahre.«

Da uns der Verlag das Buch als Gesamtkunstwerk anpreist, sind auch die beigefügten Fotos zu erwähnen. Diese sollen einmalig sein und berauschend. Doch man sieht nur den in einen Schweinedarm gepreßten Lindemann, wie er mit Schaufensterpuppen poussiert, sie mit zerfurchtem Gesicht anstarrt und an ihnen rumspielt. Damit das Buch ein wenig an Umfang gewinnt, was den Preis rechtfertigen soll, erscheinen einige der Hochglanzfotos gleich mehrmals. Allerdings wird Lindemanns Physiognomie auch dadurch nicht schöner; nur das Blättern gestaltet sich schwieriger.

Till Lindemann: *Messer*. Eichborn, Frankfurt a.M. 2002, 140 Seiten, 29,90 Euro

Konkret 01/03, S. 64

**Martin B□ sser**

# Melodie & Rh□ thm□ s

**Giacinto Scelsi: Same. Edition RZ**

Der italienische Komponist gehörte keiner Schule an, läßt sich weder zu den Zwölftönern noch zu den Serialisten packen, schon gar nicht zu den Neoklassizisten und Romantikern im Stil eines Arvo Pärt. Wie aber kommt es, daß von dieser strikt modernistischen Musik ein sinnlicher Sog ausgeht, den man fast schon mit Begriffen wie »psychedelisch« belegen möchte? Scelsis Musik ist alles andere als einfach, doch das, was sie auch für Rezipienten außerhalb der Neuen Musik zugänglich macht, ist ihre Konzentration auf den Klang, auf Strukturen, die sich längst auch in experimentellen Randbereichen von Pop und elektronischer Musik etabliert haben. Getreu dem Varése-Satz »Das vorrangige Material der Musik ist der Klang«, schuf Scelsi atmosphärisch dichte Kompositionen, die sich trotz des häufigen Einsatzes von Blechbläsern niemals triumphal anhören, sondern so pulsierend angelegt sind, daß das Zeitempfinden aufgehoben wird oder doch zumindest in eine Schleife gerät. Darin lassen sich Scelsis Arbeiten mit Morton Feldman vergleichen: Durch ihre ästhetische Strenge und Geschlossenheit sind die Werke beider Komponisten nicht nur sofort wiedererkennbar, sondern sie wirken dermaßen flächig, daß der Hörer bereits mit dem ersten Ton ganz in dieser eigentümlichen Klangwelt versinkt.

Der leicht exzentrische, 1988 gestorbene Scelsi gab dieser Geschlossenheit auch dadurch Ausdruck, daß er sich nicht fotografieren ließ, sondern sich im gezeichneten Selbstportrait als Kreis darstellte. Das »Symbol formerly known as Scelsi« hatte sich, wie auch John Cage, dem Zen-Buddhismus und außereuropäischen Musikformen zugewandt, in denen Rhythmus und Klang jenseits der »intellektuellen Konstruktion« (Scelsi) des Kontrapunktes angelegt sind. Das mag esoterisch anmuten, klingt aber im Ergebnis alles andere als süßlich oder verschwurbelt, ein Vorwurf, den man eher Minimal-Musikern wie dem späten Philip Glass machen könnte. Bei Scelsi halten sich Repetition und Dissonanz, flächige Sounds und rhythmische Fragmentierung so die Waage, daß all seine Stücke trotz des harmonischen Drifts von einer permanenten inneren Spannung, ja Angespanntheit leben.

Das läßt sich nun auf einem hervorragenden Querschnitt durch sein Werk nachhören, bei dem auf zahlreiche historische, noch zu Scelsis Lebzeiten eingespielte Interpretationen zurückgegriffen wurde. Alle Facetten seines Werkes, vom Einsatz elektronischer Musik bis zum Streichquartett, finden sich da berücksichtigt.

Konkret 01/03, S. 64

**Alexander Kasbohm**

# Melodie & Rhythmus

**Libertines: Up The Bracket. Rough Trade/Zomba Radio 4: Gotham. City Slang/Virgin**

Ohne den Erfolg der Strokes hätten die Libertines wahrscheinlich nie einen Plattenvertrag bekommen. Aber das spricht nicht gegen die Libertines, das spricht gegen die Plattenindustrie. Trotzdem wurden sie im »New Musical Express« Opfer eines typischen, brotdummen Verrisses, der die Kritik vorwiegend an den Frisuren festmacht, selbstverliebt und sprachverliebt. Aber diese Sprache ist eine Geliebte ohne Zauber, sie wirft sich je-dem an den Hals, der erbärmlich genug winselt. So ist er, der Rockjournalist. Sprach- liches und inhaltliches Elend, das nicht auch noch zitiert werden sollte.

Zumal die Libertines wirklich vielversprechend sind. Nicht brillant, aber das kann vielleicht noch kommen. Wo die Strokes sich auf Velvet Underground und Blondie beziehen, beziehen sich die Libertines auf die Kinks und The Jam, auf die englische Modkultur. Sie wissen, daß die richtige Krawatte ein entscheidendes Statement ist. Leider wissen sie nicht, daß »What a Waster« ihr bester Song ist. Die hervorragende Single ist nicht mit aufs Album gekommen. Also: extra kaufen. Natürlich sind sie Poser, aber ich habe seit dem jungen Lloyd Cole niemanden mehr erlebt, der ein so angenehmes Posing kultiviert hat. Wo die Strokes kurze knackige Rockkonzerte geben, machen die Libertines eine halbe Stunde lang Krach. Punk. Vielleicht das, was ich mir von den Strokes gewünscht habe. Und auch die Frisuren sind super.

Radio 4 aus New York klingen ein wenig wie Punk aus dem London der späten Siebziger. Als die Grenzen zwischen Punk und Tanzmusik offen waren. Gang Of Four, Slits, P.I.L., Clash. Und vielleicht auch ein wenig so, wie die Talking Heads geklungen hätten, wenn sie nicht die verkopften New Waver gewesen wären, die sie nun einmal waren, sondern etwas einfacher gestrickte Punks, die Gitarren erst mal aufdrehen und Fragen nachher stellen. Wenn überhaupt.

Radio 4 machen Sloganmusik. Einfache Parolen zu einfachen Riffs. Aber es gibt simple Wahrheiten, und die sollte man auch klar sagen. Botschaften so zu vermitteln birgt natürlich die Gefahr, eines Tages in Jugendzentren zur Freude schlechtgekleideter Langhaariger gespielt zu werden. Aber vermutlich haben Radio 4 genug Stil, um von denen als artfremd abgestoßen zu werden. Beängstigend ist bloß, daß die Stimme manchmal, für Sekundenbruchteile genau wie die von Joe Jackson klingt. Fein hingegen, daß der Anfang von »Eyes wide open« genau so klingt wie der Anfang von »Wichtig« von den Sternen. Gute, richtige Platte.

Konkret 01/03, S. 64

**René Martens**

# Melodie & Rhythmus

**Diverse: Bis auf weiteres eine Demonstration. Geräusche für den Tag danach. Zickzack/Indigo**

Jenseits von Szenen und Schulen spielt diese Musik, und dennoch eint die drei Dutzend Bands und Projekte, die Zickzack-Chef Alfred Hilsberg hier versammelt hat, dreierlei: Sie springen radikal, fast immer auch ironisch, aber natürlich nie spaßgesellschaftlich mit der Wirklichkeit um, grenzen sich ab von leicht vermarktbaren Strömungen des Undergrounds und sind alle in irgendeiner Form inspiriert von der Musik der Jahre 79 bis 81, als Hilsbergs Label maßgeblich dazu beitrug, daß die oppositionelle Musik der BRD ihre erste Blütephase erlebte.

Wie seinerzeit geht es Hilsberg darum, die Vielfalt von Entwicklungen und die Facetten einer Stimmung zu dokumentieren, die man als eine des Aufbruchs – politisch bleierne Zeiten sind aufregende Zeiten für Undergroundmusiker – interpretieren könnte. So befinden sich im Backkatalog von Zickzack neben Bands, die opulente Kapitel in der hiesigen Popgeschichte geschrieben haben (Palais Schaumburg), auch solche, bei denen die Wahrscheinlichkeit, daß es auch nur zu einer Fußnote reichen würde, von vornherein absehbar gering war (Brausepöter, Knusperkeks). Letztere gibt es auch jetzt – Die Rote Gerda oder Satellite Footprintshop – , aber insgesamt fallen nur rund ein Viertel der 37 Stücke in diese Kategorie.

Die ideologischen Bezüge bringen es mit sich, daß ein beträchtlicher Teil der Beteiligten mit elektronischen Sounds arbeitet, wie sie kurz nach Punk und lange vor Techno verbreitet waren. Am besten klingt dies bei Das Bierbeben, dem Projekt des Tocotronic-Bassisten Jan Müller und des KONKRET-Mitarbeiters Rasmus Engler, die adornitisch-spielerisch konstatieren: »Jeder Angriff wird zum Futter der Maschine, die euch glatt walzt.« Aber auf »Bis auf weiteres eine Demonstration« sind auch Blueselemente und Seemannschorartiges zu hören. Die herausragenden Stücke sind wiederum ganz anders: Boy Division zerstören liebevoll einen der – man muß es wohl so despektierlich formulieren – Evergreens des Postpunk (»Love Will Tear Us Apart«), und Jens Friebe profiliert sich mit »Wenn man euch die Geräte zeigt« als dramatischer Songwriter auf den Spuren Rufus Wainwrights. Die Zeilen zur Zeit stammen von Tolerantes Brandenburg: »Es regnet Kaviar, es schneit Dividende« ist der richtige Soundtrack, wenn die allgegenwärtige Krisenfolklore und der Hooliganismus à là Baring mal wieder nerven.

Konkret 01/03, S. 65

**Martin Büsser**

# Platte des Monats

**Das Lied der Moorsoldaten**

**1933 bis 2000. Bearbeitungen, Nutzungen, Nachwirkungen (2-CD-Box). Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager, Papenburg**

Das »Lied der Moorsoldaten«, 1933 im Konzentrationslager Börgermoor im nordwestdeutschen Emsland »uraufgeführt«, hat eine einzigartige, weltweite Rezeption erfahren, die wohl mit seiner musikalischen Einzigartigkeit zusammenhängt. In kaum einem anderen Lied liegen Schmerz und Hoffnung derart dicht beieinander, kaum je haben Trauer und Agitation sich derart durchdrungen. In seiner Abhandlung »Über den Begriff der Geschichte« schrieb Walter Benjamin, daß die nicht abbrechende »Tradition der Unterdrückten« ein Staunen hervorrufe, auf das nur eine Erkenntnis folgen könne: »daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist«. Genau dieses Gefühl vermittelt das »Lied der Moorsoldaten«, indem es Trauer an einen obsolet gewordenen Begriff von Geschichte bindet – und damit auf die komplette Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zielt.

In seiner textlichen Einfachheit nimmt das Lagerlied am Ende mit den Zeilen »Doch für uns gibt es kein Klagen, ewig kann’s nicht Winter sein« eine optimistische Wendung, die angesichts der Lage, in der sich die Häftlinge befanden, seltsam anmuten mag, die in seiner kurz darauf einsetzenden Verbreitung jedoch sehr wohl verstanden wurde: In Börgermoor waren vorwiegend kommunistische Gefangene inhaftiert, denen es gelang, ein kämpferisches Revolutionslied in scheinbar unverfängliche Naturbilder zu packen. Deshalb verbreitete sich das Lied nicht nur in andere Lager, nach Sachsenhausen, Buchenwald und am Ende nach Auschwitz, sondern wurde auch von den Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg gesungen und als »Chant de Marais« von der französischen Résistance übernommen.

Die vorliegende Doppel-CD liefert für all das Musikbeispiele und dokumentiert mit knapp vierzig Stücken, in welch unterschiedlichen Adaptionen das Lied um die Welt ging. Es läßt sich kaum eine musikalische Ausdrucksform und keine Generation finden, die das »Moorsoldatenlied« nicht bearbeitet oder – in der Popsprache – gecovert hätte. Die Beispiele reichen von Neuer Musik über Jazz, Folk und Blues bis zu Chanson, Choral, Heavy Metal, Punk und Elektropop. Ein Beiheft begleitet die Aufnahmen mit Kommentaren und Dokumenten und leistet damit die verdienstvolle Aufgabe, das Dickicht zu lichten, auf das die Herausgeber bei der Internetrecherche gestoßen waren.

Wolfgang Langhoff hat seine Erinnerungen an die Entstehung des Liedes erstmals 1935 in einem Buch veröffentlicht, das in der Schweiz erschien. Hanns Eisler lernte das Stück noch im selben Jahr im Exil kennen und schrieb eine Version für Ernst Busch, die dieser in Frankreich, der Sowjetunion, aber auch bei den spanischen Brigaden vortrug. Eisler war es auch, der das Lied in den USA bekannt machte, wo es als Folksong »The Peat-Bog Soldiers« ins Repertoire von Raul Robeson und Pete Seeger überging. Unter dem Titel »6 Songs for Democracy« erschienen die »Moorsoldaten« zusammen mit fünf anderen Songs, die Ernst Busch während des Spanischen Bürgerkriegs aufgenommen hatte, 1940 erstmals auch in den USA auf Schallplatte – wenngleich hier »Democracy« und »Communism« verwechselt wurden.

Sowohl Robeson wie auch Seeger wurden in den fünfziger Jahren Opfer der Kommunistenjagd. Die Musiker, deren »Peat-Bog Soldiers« neben Stücken wie »This Land Is My Land« bis zum Ende des Krieges als nationaler Appell an Freiheit und Demokratie gegolten hatte, fanden sich plötzlich vorm »Ausschuß für unamerikanische Aktivitäten« wieder. Ähnlich liest sich die Rezeption in Deutschland: Während der Song in der DDR zur Hymne avancierte und häufig übertrieben pathetisch dargeboten wurde, konnte man ihn in der BRD bis in die sechziger Jahre hinein totschweigen. Erste Versionen finden sich im Zuge der Folkbewegung zwischen 1964 und 1969, unter anderem bei Hein und Oss und Hannes Wader. Erst durch eine von Wader 1977 veröffentlichte Live-Version wurde das Stück einer breiteren Öffentlichkeit bekannt – um den Preis, daß das Stück bei dieser Aufnahme, wie das Beiheft nicht verschweigt, von einer »Bierzelt-Atmosphäre« umnebelt wird.

Die musikalisch stärksten und eindringlichsten Versionen finden sich auf der ersten CD, darunter Ernst Busch (1937), Paul Robeson (1942), aber auch Hanning Schröders 1953 vorgenommene Streichquartett-Bearbeitung. Seine spannungsreiche Komposition zerlegt die Melodie und setzt ihr eine dissonante Polyphonie entgegen, die das Miteinander von Schwermut und Hoffnung hervorhebt und die Klage nicht erstickt, sondern zugleich auch Anklage fordert.

Die zweite CD ist musikalisch dort ertragreich, wo die ausländische Rezeption dokumentiert wird, der »Chant des Marais«, die niederländische Version »De Moerbrigade« und eine griechische Adaption von Kostas Papanastasiou. Sämtliche Rock-, Techno- und Punkversionen scheitern dagegen am zu hohen Anspruch. An der Notwendigkeit, die »Moorsoldaten« einem jungen Publikum nahezubringen, gibt es nichts zu rütteln, wenn jedoch Die Einsamen Stinktiere das Lied in flotter Melodiepunk-Manier nachspielen, die fast schon zum Schunkeln einlädt, geht all das verloren, was den diffizilen ästhetischen Gehalt des Stückes ausmacht. Reservoir Dogs, die aus den »Moorsoldaten« eine Hardrock-Nummer machten,

wurden sogar von einem ehemaligen Häftling angegriffen – er war entsetzt darüber, wie man »so pietätlos mit der Geschichte umgehen kann«.

Das Problem liegt nicht darin, daß Rock- und Popmusik aufgrund ihrer Ausdrucksmittel unfähig wären, ein solches Stück adäquat umzusetzen, schließlich handelt es sich beim »Moorsoldaten«-Lied strenggenommen auch um einen Popsong, um eine folkloristisch geprägte Zirkusnummer mit konventioneller Songstruktur. Es gibt einige gelungene Beispiele dafür, daß Popmusik eine ähnliche gebrochene Stimmung transportieren kann, ohne Leid zu instrumentalisieren, bei Robert Wyatt etwa, der in den achtziger Jahren einige der schönsten Adaptionen alter Arbeiterlieder aufgenommen hat. Um es kurz zu machen: Die hier versammelten Beispiele sind einfach nur schlecht, nicht pietätlos, sondern unsensibel bis plump.

Trotz solch vereinzelter Kritik wird die CD-Edition den selbstgestellten Ansprüchen gerecht. Vor dem thematisch ernsten Hintergrund ging es gerade nicht darum, ein kulturindustrielles »Best of Moorsoldaten« zu veröffentlichen, das sich wie ein Rock ’n’ Roll-Medley am Stück weghören läßt. Es ging vielmehr um eine politisch-musikhistorische Recherche. Die ausgesparten Jahre, die Jahre nämlich, in denen das Stück verdrängt wurde, wiegen dabei schwerer als selbst noch die schlimmste Version unter den gutgemeinten Rockstampfern.

Konkret 01/03, S. 66

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

**I**n jedem besseren Liebesbrief beteuert ein erhitzter Karl-Heinz einer scheuen Dagmar, er habe sie zum Fressen gern. Nimmt aber einmal einer sich beim Wort, schreien alle: Huch, ein Menschenfresser, ein Kannibale! Wie wird einer so pervers? Die dümmste Zeitung hat die klügste Antwort:

*Sein Vater: Polizist*

*Sein Bruder: Pfarrer*

Armin M. hatte keine Chance.

**N**eues aus dem feinen Leben. Bonvivant Mainhardt Graf Nayhauß kolportiert, Minister a. D. Helmut Haussmann habe bei Kanzler Schröder eine Wettschuld begleichen wollen:

*Haussmann stand nun mit einer Kiste französischen Rotweins Marke Médoc im Vorzimmer der Macht.*

Zum Rotwein der Marke Médoc ein Stück französischen Käses der Marke Matière Grasse – köstlich! Köstlich wie der Kaviar vom Malossol-Stör, von dem einst des Grafen bürgerlicher Kollege Karasek, ein weltgewandter Gournemanz auch er, so kenntnisreich schwärmte.

**Z**wanzig Jahre ist es her, daß Christian Schulz-Gerstein den Hans Christoph Buch als »Typus des kritischen Parasiten« analysiert hat, »der bei der grünen Opposition ein- und ausgeht, solange auch ARD und ZDF dabei sind«, ständig bemüht, »die Bestnote in kritischem Zeitgeist« zu erringen. Damals hatte Buch gerade mit einem heftig ökologischen »Gorlebener Tagebuch« an den Atomkraftgegnern genassauert. Heute segelt er bei Springer in der Abwindkraft des neuen deutschen Nationalismus:

*Ohne Patriotismus keine Reform*

ruft er in die »Welt«, und sagt auf, was kein Landsmann je zu denken gewagt hat, ausgenommen vielleicht die Schriftleiter von 280 Heimatzeitungen in hundertfünfzig Jahrgängen:

*Wer seine Mitmenschen dazu aufruft, den Gürtel enger zu schnallen, muß nicht nur selbst mit gutem Beispiel vorangehen, sondern unmißverständlich klar machen, in wessen Namen er ihnen dieses Opfer abverlangt.*

Was klingt wie Hindenburg 1932, ist original Buch 2002. Und auch dieses ist nicht Schönhuber 1990:

*Im Namen aller bedeutet im Namen der Nation zu sprechen und an Emotionen zu appellieren, die man in der Bundesrepublik verdrängt, weil man sie für historisch überholt oder ideologisch anrüchig hält: Patriotismus – früher sagte man Vaterlandsliebe dazu. An die Opferbereitschaft aller appellieren kann nur, wer den Begriff der Nation zugrunde legt und deren Existenz nicht schamhaft verschweigt, aus Angst, gegen die politische Korrektheit zu verstoßen,*

die es verbieten könnte, mit der Opferbereitschaft aus Vaterlandsliebe dort anzuknüpfen, wo »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« und »Deutschland muß leben – und wenn wir sterben müssen« nach einem bzw. zwei deutschen Weltkriegen aufgehört haben. Buch, der weniger Angst vor politischer Korrektheit hat als Vaterlandsliebe, bemüht sicherheitshalber doch ein politisch korrektes Vaterland, wenn er lobt,

*was John F. Kennedy, ein des Säbelrasselns unverdächtiger Präsident, in folgende schlichte Worte gekleidet hat: »Frage dich nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du tun kannst für dein Land.«*

Der unverdächtige Kennedy hat tatsächlich nie mit einem Säbel gerasselt, sondern bloß einen Krieg angefangen, in dem die Soldaten der USA zwei Millionen Vietnamesen ermordet haben. Allerdings, und da hat wieder Buch recht, mit Bomben, Flammenwerfern, Giftgas, Gewehren, Pistolen und Messern, in keinem der zwei Millionen Fälle jedoch mit einem Säbel. Andererseits: Was sind schon zwei Millionen Tote für einen richtig in Schwung gebrachten deutschen Patriotismus? Peanuts!

**D**ie »Welt« hat neben Buch noch andere Autoren, die im Namen der Nation zu sprechen und an Emotionen zu appellieren vermögen:

*Gewiß, das heutige Rußland ist nicht mehr das stalinistische Konzentrationslager von damals; es ist nur ein Staat, der von einem kinnlosen Ex-KGB-Mann regiert wird, den seine Anhänger wie einen Pharao anbeten. Zugegeben: Es gibt keine stalinistischen »Säuberungen« mehr – aber russische Soldaten in Tschetschenien machen sich einen Spaß daraus, Greise und Kinder aneinander zu fesseln und dann Handgranaten in ihre Mitte zu werfen.*

Zeit, daß wieder eine Abordnung deutscher Patrioten kommt, die diesen Untermenschen den Gürtel enger schnallen, und zwar um den Hals.

**D**ie »Bildzeitung« ermahnt eine Kommunistin, nicht zu fragen, was die Revolution für sie tun kann, sondern was sie für die Revolution tun kann:

*Manchmal ist das Kapital doch eine schöne Sache. Die schöne linksextreme Sozialistin Sahra Wagenknecht nimmt's gern, auch von ihrer Partei. Rund 2.000 Euro kassierte sie für Wahlkampfauftritte in Niedersachsen – und wird deshalb jetzt von ihren Genossen attackiert. Die Philosophin verteidigt ihre Gier mit entgangenen Honoraren für Buchlesungen. »Bild« meint: Links reden, rechts leben.*

2.000 Euro für sechs Auftritte. Das ist eine der Schönheiten des Kapitalismus. Eine andere bieten Frau Springers Sittenrichter weiter hinten an:

*Jaba, 24 J., exot. Schönh., naturgeil, gierig-heiß, willig-nymphoman, sehr eng*

Wieviel die gierige exot. Schönh. pro Auftritt nimmt? Ob Friede Springer, die Betreiberin des naturgeilen Gewerbes, ihren Redakteuren zu Weihnachten erlaubt, Jabas Honorar mit dem Preis für Jabas Anzeige zu verrechnen, als Gegengeschäft? Oder müssen sie auch in der Heiligen Nacht rechts schreiben, links wichsen?

**I**n einer der großen Stunden des deutschen Parlamentarismus hat der Christdemokrat Friedrich Merz den Sozialdemokraten Hans Eichel in die Schranken gewiesen:

*Sie haben wahrheitswidrig die deutsche Öffentlichkeit getäuscht.*

Das wird den Eichel lehren, in Zukunft die deutsche Öffentlichkeit nur noch wahrheitsgemäß zu täuschen, wie Merz und die anderen Anständigen.

**E**in Redakteur in Erregung:

*Solange der Staat die Kunden mit Steuern und Sozialbeiträgen auspreßt wie ein Schwamm.*

Er hätte »Wer wen?« lesen sollen. Nicht von Lenin, sondern von Fu und Fara, Deutsch für Grundschüler und andere »Bild«-Leitartikler.

**K**eine Arme – kein Keks. Keine Konjunktur – keine Arbeitsplätze. Keine Arbeitsplätze – keine Stellenanzeigen. Keine Anzeigen – kein anzeigenfreundliches Umfeld. Kein anzeigenfreundliches Umfeld – keine Redakteure.

*Bei der »FAZ« hat eine weitere große Kündigungswelle begonnen. In der Redaktion geht es um 100 Stellen, darunter 60 Redakteure. Inzwischen verlassen auch prominente Redakteure das Blatt. Florian Illies, der sich mit seinem Buch »Generation Golf« zu einer Kultfigur des jungen Journalismus machte, will »wieder kreativer*

noch kreativer? Geht denn das?

*arbeiten« und geht deshalb zum Jahresende. Für »FAZ«-Herausgeber Frank Schirrmacher »eine der größten persönlichen Niederlagen meines Lebens«.*

Was wohl die zweit-, dritt- und viertgrößten Niederlagen gewesen sein mögen? Eine Fünf in Mathe? Kreisrunder Haarausfall? Zwei Richtige im Lotto? Und wenn dann noch die Kultfigur des jungen Journalismus kreativer werden will ...